



universität  
wien

# Diplomarbeit

Titel der Diplomarbeit

„Krisenherd Baskenland: Nationalismus – Terrorismus –  
Autonomie“

Verfasser

Marco A. Bernal

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Mai 2010

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Hans-Joachim Wimmer

## **Danksagungen:**

An erster Stelle bedanke ich mich bei meinen Eltern für die Unterstützung in meinem bisherigen Leben, und ganz besonders in meiner Studienzeit.

Bei der Erstellung dieser Arbeit war die Betreuung durch Univ. -Doz. Dr. Hannes Wimmer, der meine Diplomarbeit ihren gesamten Entstehungsprozess hindurch mit wertvollen Anregungen begleitet hat, eine wertvolle Unterstützung. Auch haben mir seine Vorlesungen zur Gesellschafts- und Staatstheorie wichtige Erkenntnisse gebracht. Für beides danke ich ihm sehr herzlich.

Mein Dank gilt weiters Frau Prof. Dr. Irene Etzersdorfer für ihre Vorlesungen und Seminare zu den Themenkreisen Krieg, Menschenrechtsdiskurse und Politik der Identität als auch Herrn ao.Univ.–Prof. Dr. iur. René Kuppe, in dessen Kursen ich mich eingehend mit den Aspekten des Selbstbestimmungsrechts als auch des Rechts auf Sezession auseinandersetzen konnte.

Für die Geduld und Genauigkeit beim Korrekturlesen dieser Arbeit danke ich Mag. Thomas Arlt sehr herzlich.



## Inhaltsverzeichnis:

Einleitung	5
<b>I: Nationalismus</b>	<b>7</b>
1. Die Nation Denken	10
2. Nation als Phänomen der Moderne	12
a) Die Phasen des Nationalismus	15
b) Konflikt mit der Moderne	18
3. Nation als singuläre Identität	21
<b>II: Die baskische Identität</b>	<b>24</b>
<b>III: Das Baskenland im Ancien Régime</b>	<b>32</b>
1. Das Baskenland bis zur französischen Revolution	32
Exkurs: Eingliederung Navarras, Alavas, Guipuzcoas und Vizcayas in das Königreich Kastilien	37
2. Baskische Partikularismen	43
<b>IV: Ursachen des Konflikts</b>	<b>49</b>
1. Karl Marx und das revolutionäre Spanien	50
2. Politische und sozioökonomische Veränderungen des 19. Jahrhunderts	55
a) Politische Veränderungen	55
b) Sozioökonomische Veränderungen	64
3. Die Entstehung des baskischen Nationalismus	71
<b>V: ETA: Vom baskischen Nationalismus zum Terrorismus</b>	<b>77</b>
1. Von der Jahrhundertwende bis zum spanischen Bürgerkrieg von 1936	77
2. Der Spanische Bürgerkrieg und seine Implikationen für das Baskenland	78
3. Die Nachkriegsjahre - von EKIN zur ETA	83
4. Marxistische Ideale als Trojanisches Pferd?	92
<b>VI: Der Konflikt im Spätfranquismus und in der Demokratie</b>	<b>101</b>
1. Gründe für das Andauern des Konflikts	101

a) Antidemokratische Reaktion des Staats	101
b) Was ist die ETA? Terrororganisation oder Freiheitskämpfer?	109
ba) Definition von Terrorismus	110
bb) Klassifizierung der ETA	111
bc) Die Entwicklung der ETA. Vom Antifaschismus zum Terrorismus	114
c) Die Verantwortung von PNV, PP und PSOE	122
ca) PNV im Zeitalter des Autonomiestatuts: Gemäßigter Nationalismus?	122
cb) PP und PSOE	127
2. Zukunftsperspektiven – Autonomie vs. Sezession	132

### **Annexe:**

Annex 1: Euskobarómetro 2009	137
Annex 2: Ikurriña	141
Annex 3: Baskisches Autonomiestatut von 1936	141
Annex 4: Heutiges Wappen von Guipuzcoa	142
Annex 5: Wappen von Guipuzcoa von 1513 bis 1979	142
Annex 6: Dekret vom 24. Juni 1937:	143
Annex 7: UN Völkermord-Konvention	145
Annex 8: UN-Resolution 1514 (XV)	149
Annex 9: International Covenant on Civil and Political Rights 16.12.1966	150
Annex 10: ETA-Brief „Revolutionssteuer“	151
Annex 11: EU-Terrorlist - ETA	152
Annex 12: Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	152
Annex 13: Euskobarómetro 2009	154
Annex 14: Affaires Herri Batasuna et c. Espagne	155

<b>Literaturverzeichnis</b>	<b>158</b>
-----------------------------	------------

<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>164</b>
---------------------------	------------

<b>Abstract</b>	<b>169</b>
-----------------	------------

<b>Curriculum Vitae</b>	<b>170</b>
-------------------------	------------

## Einleitung

*„Der grösste Feind der Wahrheit ist oft gar nicht die Lüge, sondern der Mythos“.*

Dieses John F. Kennedy zugeschriebene und in verschiedenen Variationen existierende Zitat könnte für den baskischen Konflikt, mit dem ich mich in dieser Arbeit auseinandersetze, nicht passender sein.

Der romantische Kampf für Unabhängigkeit und gegen Unterdrückung des ältesten Volkes Europas ist Teil des baskisch-nationalistischen Mythos, jedoch werden hierbei zwei zentrale Punkte ignoriert. Erstens waren die Basken im Ancien Régime nicht nur besonders privilegiert, sondern auch bei der Expansion und der späteren Verteidigung des spanischen Imperiums sowohl militärisch als auch administrativ an vorderster Front tätig. Zweitens meinen sowohl die ETA-Anhänger als auch die konservativen Nationalisten für das gesamte baskische Volk zu sprechen, jedoch hält dieser Anspruch einer genaueren Betrachtung nicht stand, denn die Mehrheit der Basken will weder die Unabhängigkeit, noch fühlt sie sich durch Spanien und Frankreich unterdrückt.

Nach der theoretischen Behandlung des Phänomens „Nationalismus“, gehe ich in dieser Arbeit zwei zentralen Fragen nach:

- 1) Wann änderte sich die Einstellung der ehemals glühenden Verfechter des spanischen Imperiums hin zu einer nationalistischen Sezessionsbewegung?
- 2) Was waren die Gründe für diesen Sinneswandel?

Es ist besonders interessant, dass in Spanien die nationalistischen Bewegungen nicht nur zum selben Zeitpunkt - im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts - entstehen, sondern dass sie auch nur in den Industriezentren des Landes aufkommen, denn neben dem Baskenland und Katalonien stünde mit Galizien eine weitere „historische“ Nation für nationalistische Ideen zur Verfügung. Dort trat aber erst in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts und nur in relativ schwacher Ausprägung eine nationalistische Bewegung in Erscheinung. In dieser Arbeit werden eingehend der Zusammenhang zwischen Nationalismus und Industrialisierung als auch die sozioökonomischen Veränderungen im Baskenland des 19. Jahrhunderts

analysiert. Hierfür habe ich - vor allem in Kapitel IV. – vorwiegend Literatur baskischer Soziologen, als auch Wirtschaftshistoriker herangezogen, denn sie geben nicht nur Einblick in die relevanten Veränderungen der untersuchten Periode, sondern erhalten auch noch ein Plus an Legitimationskraft. Wäre die Literatur hauptsächlich von Autoren aus dem Rest Spaniens, so könnte man ihnen vorwerfen, sie würden von außen gegen die baskischen Interessen agitieren, da es sich jedoch bei den wichtigsten von mir verwendeten Schriften um baskische Autoren handelt, kann dieses Argument von Anfang an entkräftet werden.

## I. Kapitel

### Nationalismus

Der politische Konflikt, welcher im Baskenland vorherrscht, wird in Nachrichten, Literatur und Filmen immer wieder als separatistischer bzw. baskisch-nationalistischer bezeichnet. Auf der einen Seite eine Nation (die baskische), die von zwei anderen Nationen (Spanien und Frankreich) daran gehindert wird, einen freien, souveränen Nationalstaat zu gründen.

Doch bevor dieser Konflikt genauer erörtert wird, stellt sich generell die Frage: Was ist eine Nation?

Laut Duden stammt der Begriff vom lateinischen Wort *natio* (= das Geborenwerden) ab und bezeichnet entweder eine „*a) große, meist geschlossen siedelnde Gemeinschaft von Menschen mit gleicher Abstammung, Geschichte, Sprache, Kultur, die ein politisches Staatswesen bilden ..., b) Staatswesen oder c) Menschen, die zu einer Nation gehören*“ und Nationalismus wird definiert als „*a) (meist abwertend) übersteigertes Nationalbewusstsein ... b) (selten) erwachendes Selbstbewusstsein einer Nation mit dem Bestreben, einen eigenen Staat zu bilden*“ (Duden 1989: 1063).

Alleine der Ursprung des Begriffes suggeriert etwas Schicksalhaftes, da man in eine Nation hineingeboren wird und somit die Mitglieder einer Nation, genauso wie die einer Familie, eine Verbindung zwischen den Vorfahren und den Nachkommen bilden. Jeder Mensch scheint somit, ob er oder sie will oder nicht, Teil einer Nation zu sein. Auch hat das Bild des „Nationalhelden“, der in unzähligen Gedichten, Liedern, Romanen oder Filmen heroisch sein Leben für die Nation gegeben und durch den unbekanntem Soldaten symbolisiert wird, diese Schicksalhaftigkeit geprägt, da Nation somit eine fast religiöse Bedeutung erlangt und das Sterben für sie zum Märtyrer macht. Des Weiteren wird der Begriff Nation mit dem des Staatswesens verbunden, womit die Frage aufgeworfen wird, ob eine Nation auch zwingend einen Staat braucht oder ob, um es umgekehrt zu formulieren, ein Staat aus bloß einer Nation bestehen darf, was dafür und was dagegen spricht. Die Kriterien, die hier aufgezählt werden (Abstammung, Geschichte, Sprache und Kultur), werfen mehr Fragen auf, als sie Klarheit schaffen. Ist Sprache ein zentrales Kriterium, so fällt das Ungleichgewicht von weltweit ca. 6000 Sprachen im Gegensatz zu nur ca. 200 Staaten auf. Abstammung, Geschichte und Kultur sind Kriterien, die je nach Überzeugung und Intention auf verschiedenste Art und Weise interpretiert werden können. Um das Beispiel Spanien zu bemühen: Liegen die Wurzeln bei

den iberischen Stämmen, Phöniziern, Griechen, Kelten, Römern oder doch erst bei den Westgoten? Wie wird die maurische Phase bewertet? Wer entscheidet, welche Abstammung die Entscheidende ist (wenn dies überhaupt seriös bestimmt werden kann), welche kulturellen Einflüsse relevant sind, wie die Geschichte gelesen und interpretiert werden muss? Von Ernest Renan stammt der Satz: „*Keine Nation ohne Fälschung der eigenen Geschichte*“ (Hobsbawm 2004: 24).

Auch Ralf Dahrendorf spricht im Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht von Nationen von Grenzen, „*die weniger durch die Geschichte als durch Amateur-Historiker mit politischen Ambitionen gezogen werden*“ (Dahrendorf 2007: 40), und verdeutlicht genauso wie Renan die Problematik der Bildung einer Nation auf Basis der Geschichte. Es erscheint legitim zu fragen, wenn denn nun gemeinsame Abstammung, Sprache, Kultur und Geschichte den Kern einer Nation angeblich ausmachen, was dann z. B. die Kreolengemeinschaften Süd- und Mittelamerikas dazu veranlasst hat, gegen Madrid Unabhängigkeitskriege zu führen und sich als jeweils eigenständige Nationen zu proklamieren. Sprache, Abstammung und Kultur waren mit der der „Mutterlandsspanier“ ident. Hätten hingegen nicht gerade die indigenen Bevölkerungsschichten und die schwarzen Sklaven bzw. ihre Nachkommen diese Unabhängigkeitskriege unterstützen müssen? Dies haben sie jedoch nicht nur nicht getan, sondern gerade das Gegenteil war der Fall, denn mehrheitlich unterstützten sie die königlich-spanischen Truppen gegen die Kreolen, welche sich dann später als Venezolaner, Mexikaner, Peruaner usw. bezeichneten (Anderson 2005: 56f.). Auch lässt sich nach den aufgezählten Kriterien nicht erahnen, warum die Unabhängigkeitsbewegung der Kreolen nicht einen großen Staat wie z. B. die Vereinigten Staaten von Südamerika hervorbrachte, sondern sich genau nach den bis zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitskriege vorhandenen Verwaltungseinheiten Nationalstaaten nach dem Prinzip *uti possidetis* bildeten. Ein Blick auf die Landkarte wird sofort zeigen, dass der kurzzeitige Versuch dies zu erreichen scheiterte und heute nicht Gran Colombia, sondern die Nationalstaaten Venezuela, Ecuador und Kolumbien existieren. Dasselbe gilt für die Vereinigten Provinzen des Rio de la Plata bzw. Argentinien, Paraguay und Bolivien.

All dies sind Aspekte, welche beim Festlegen, was eine Nation ist oder wer zu ihr gehört, auf eine große Menge Arbitrarität schließen lassen oder auf Prozesse hindeuten, die mit der Dudenschen Definition nicht erklärt werden können.

Hobsbawm erkennt auch die Problematik dieser Definitionskriterien, denn: *„Alle derartigen Definitionen sind aus dem einen offensichtlichen Grund untauglich: Da nur einige Mitglieder der großen Klasse von Gebilden, die solchen Definitionen genügen, jederzeit als „Nationen“ beschrieben werden können, sind immer Ausnahmen möglich. Entweder gibt es menschliche Gemeinschaften, auf die die Definition zwar zutrifft, die aber offensichtlich keine (oder noch keine) „Nation“ oder nicht von nationalem Ehrgeiz beseelt sind, oder wir haben es mit unzweifelhaften „Nationen“ zu tun, die dennoch das geforderte Merkmal oder die Merkmalskombination nicht aufweisen ... Wie wir überdies noch sehen werden, sind die Kriterien, die diesen Zweck erfüllen sollen – Sprache, ethnische Zugehörigkeit usw., ihrerseits so verschwommen, wandelbar und mehrdeutig und als Anhaltspunkte zur Orientierung ebenso nutzlos wie Wolkenformationen zur Orientierung von Reisenden im Vergleich zu Wegzeichen. Das macht sie natürlich außerordentlich brauchbar für propagandistische und programmatische Zwecke – im Unterschied zu deskriptiven.“* (Hobsbawm 2004: 16)

Des Weiteren gilt es zu klären, ob sich Menschen immer als Teil einer Nation betrachteten, jedoch erst ab einem bestimmten Zeitpunkt in der Geschichte der Nation einen Staat gaben oder zumindest den Wunsch danach äußerten, oder ob es sich um ein, geschichtlich gesehen, junges Phänomen handelt. Und ist erst einmal geklärt, seit wann es die Nation als politischen Begriff bzw. den Nationalismus als Ideologie gibt, muss erforscht werden, ob dabei eine einheitliche Entwicklung beschrieben wird oder ob es verschiedene Phasen oder verschiedene Ausformungen gegeben hat und gibt. Denn wenn die erwähnten „Nationsbildungskriege“ der Kreolengemeinschaften Entwicklungen des ausgehenden 18. und beginnenden 19. Jahrhunderts waren, was bewegte dann Stefan Zweig dazu das 19. Jahrhundert als „Welt der Sicherheit“ zu bezeichnen und erst die Wirren des frühen 20. Jahrhunderts als dessen Gegenteil, wobei er hierfür dem Nationalismus die Hauptschuld gab, den er als *„Erzpest, der die Blüte unserer europäischen Kultur vergiftet hat“* (Zweig 2009: 11), bezeichnete? Handelt es sich beim kreolischen Nationalismus des frühen 19. Jahrhunderts um etwas anderes als beim Nationalismus des 20. Jahrhunderts? Oder haben wir es hier bloß mit zwei unterschiedlichen Spielarten ein und desselben Phänomens zu tun?

## 1) Die Nation denken

Obwohl es eine große Menge offener Fragen gibt, was Nation oder Nationalismus denn nun seien, kann nichtsdestoweniger jeder Mensch auf die Frage, zu welcher Nation er oder sie gehört, eine klare Antwort geben und in den meisten Fällen wird die genannte Nation auch mit einem Staat übereinstimmen. Aus heutiger Sicht könnte man annehmen, dass es Nationen und Nationalstaaten schon mindestens so lange gibt wie der Mensch sich in staatenähnlichen Gebilden organisiert, doch diese Annahme wäre weit von der Realität entfernt. Weder die Menschen der Territorialstaaten der frühen Neuzeit noch die der mittelalterlichen Feudalstaaten, der antiken Imperien und schon gar nicht die der ersten Hochkulturen kannten die Nation nach ihrer heutigen Definition bzw. den Nationalstaat, auch waren sie nicht im Stande sie überhaupt zu denken. Auch hatten z. B. die verschiedenen germanischen oder keltischen Stämme keine Vorstellung von dem, was wir uns heute unter einer Nation vorstellen, geschweige denn von einer geeinten germanischen oder keltischen Nation.

Die Nation und der mit ihr verbundene Nationalstaat sind sehr moderne Phänomene und können mit dem Übergang von der Agrargesellschaft zur modernen, kapitalistischen Gesellschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert erstmals ausgemacht werden (vgl. Anderson 2005, Gellner 1997 u. 2006, Hobsbawm 2004).

Benedikt Anderson bezeichnet die Nation als eine „*vorgestellte politische Gemeinschaft – vorgestellt als begrenzt und souverän*“ (Anderson 2005: 15), wobei er verdeutlicht, dass nicht nur die Nationen vorgestellt oder kreiert werden mussten und müssen, sondern „*alle Gemeinschaften, die größer sind als die dörflichen mit ihren Face-to-face-Kontakten*“ (Anderson 2005: 16).

Dass Menschen sich die Nation vorstellen oder sie denken können, hat mit der Veränderung unserer Welt in der Neuzeit zu tun, denn erst der Buchdruck und mit ihm die Romane, politischen Schriften und Zeitungen „*lieferten die technischen Mittel, d. h. die Repräsentationsmöglichkeiten für das Bewußtsein von Nation*“ (Anderson 2005: 32).

Verbunden mit dem ewigen Drang nach neuen Märkten, welcher dem Kapitalismus inhärent ist, entwickelte sich ab der Reformation, welche ihren Erfolg auch der Tatsache zu verdanken hatte, dass sie die Menschen nicht auf Latein, sondern in ihren Landessprachen erreichen konnte, vor allem ab dem 17. Jahrhundert in Europa ein Massenmarkt für Schriften in den

jeweiligen Landessprachen, welcher die bisherigen Erzeugnisse in Latein für die kundigen Eliten in kurzer Zeit in den Schatten stellen würde (Anderson 2005: 45ff).

Die Territorialstaaten der frühen Neuzeit hatten nicht nur eine politische Zentralisierung bewirkt, sondern bedurften auch einer jeweiligen Amts- bzw. Schriftsprache für eine funktionierende Verwaltung. So hatten sich etwa das King's English, Hochdeutsch oder im spanischen Fall Kastilisch<sup>1</sup> durchgesetzt und als Amtssprachen in den jeweiligen Königreichen und Fürstentümern etabliert. Welche Sprache dies nun sein würde, folgte nur Zweckmäßigkeitserüberlegungen, denn das entscheidende Kriterium war vor allem die Antwort auf die Frage: „mit welcher Sprache kann ich am besten eine effiziente, zentralisierte Verwaltung in allen meinen Herrschaftsgebieten durchsetzen?“. Entschied sich ein Herrscher nun für Englisch, Deutsch oder Kastilisch, so deswegen, weil die Antwort auf die gestellte Frage dieses Ergebnis gebracht hatte und nicht etwa, weil es sich dabei um einen Angriff auf das Walisische, Ungarische, Katalanische oder Baskische handelte. Dies bildete in weiterer Folge auf dreierlei Weise die Basis für ein aufkommendes Nationalbewusstsein. Erstens bildeten die Schriftsprachen *„die einheitliche Grundlage für den Austausch und die Kommunikation unterhalb des Lateinischen und oberhalb der gesprochenen Umgangssprachen ... Zum zweiten verlieh der Buchmarkt der Sprache eine neue Fixierung, die auf lange Sicht jenes Bild vergangener Zeiten zu errichten half, das für die subjektive Vorstellung der Nation von zentraler Bedeutung ist. Das gedruckte Buch erhielt eine unveränderliche Form, so daß es räumlich und zeitlich praktisch unbegrenzt reproduziert werden konnte. Es war nicht länger den individualisierenden und ‚unbewußt modernisierenden‘ Einflüssen klösterlicher Kopisten unterworfen ... Zum dritten schuf der Buchmarkt neue ‚Machtssprachen‘, die sich von den Verwaltungssprachen früherer Zeiten grundlegend unterschieden. Gewisse Dialekte waren den jeweiligen Schriftsprachen einfach ‚näher‘ und drückten deren endgültiger Form ihren Stempel auf. Die benachteiligten Neffen, die sich der entstehenden Schriftsprache anpaßten, verloren an Ansehen, vor allem weil sie ihre eigene Schriftform nicht erhalten konnten“* (Anderson 2005: 51 f.).

Das waren die Voraussetzungen, damit diese nun neue Form einer Gemeinschaft, einer vorgestellten Gemeinschaft, einer Nation, überhaupt erst möglich wurde. Hier können auch schon die zu den süd- und mittelamerikanischen Kreolengemeinschaften gestellten Fragen beantwortet werden, denn neben den neuen Ideen der Französischen Revolution war es vor

---

<sup>1</sup> Welches heute allgemein als Spanisch bezeichnet wird.

allem der kapitalistische Buchdruck - und mit ihm Zeitungen und Romane -, welcher den Menschen in den bisherigen Verwaltungseinheiten die Vorstellung einer Nation ermöglichte - bzw. die Unterscheidung von den Bewohnern der anderen Verwaltungseinheiten - und diese sich nun als Venezolaner, Peruaner, Bolivianer etc. betrachteten.<sup>2</sup>

Anderson zeigt sehr gut, welche Voraussetzungen geschaffen werden mussten, um die Nation als solche erst denken zu können. Es gibt aber einige Aspekte, die zu behandeln sind, um den Nationalismus besser zu verstehen, von denen Anderson einige erkannt, aber manche auch vernachlässigt hat.

## **2) Nation als Phänomen der Moderne**

*„Das entscheidende Charakteristikum der modernen Nation und von allem, was mit ihr zusammenhängt, ist die Modernität“ (Hobsbawm 2004: 25).*

Doch was genau ist mit dieser Modernität bzw. der „Moderne“ gemeint?. Moderne kann man von einem staatstheoretischen Standpunkt aus betrachten, womit die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und die Unterdrückung gewaltsamer Selbsthilfe im Laufe der frühen Neuzeit gemeint ist (Wimmer 2009: 357). Zwar ist dies noch nicht das Phänomen der Moderne, welches im Zusammenhang mit dem Nationalismus gemeint wird, jedoch schafft der moderne Staat die notwendigen Vorbedingungen, damit zu einem späteren Zeitpunkt das Phänomen der Moderne voll einsetzen kann.

Basis dieser inneren Pazifizierung war die Trennung von Politik und Religion, denn die Kriege des 16. und 17. Jahrhunderts hatten zwar keine ausschließliche, jedoch eine in hohem Maße vorhandene religiöse Komponente, wenn auch oft nur zur Legitimierung bzw. Verschleierung anderer Gründe, und das Ausschalten der religiösen Legitimation der Gewaltorgien war eine wichtige Vorbedingung für die danach folgende Pazifizierung. Der Durchbruch gelang dann, man könnte fast sagen, als Nebenerscheinung der militärischen Revolution zwischen 1550 und 1650. Da es niemand in Europa schaffte, ein Großreich im Stile des alten Roms oder des damals in Asien existierenden chinesischen Reichs zu etablieren, begann ein noch nie dagewesener Konkurrenzkampf zwischen den europäischen

---

<sup>2</sup> Zwar kam der Buchdruck schon im 16. Jahrhundert in die spanischen Kolonien, jedoch war er von Kirche und Krone kontrolliert und reglementiert. Erst ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts entstanden Zeitungen und mit ihnen die Vorstellungen von begrenzten Gesellschaften, die ein halbes Jahrhundert später den Anspruch auf Anerkennung als Nationen und somit auf souveräne Nationalstaaten stellten (Anderson 2005: 67f.).

Mächten, bei denen so wie heute viele technologische Neuerungen ihren Ursprung im Militärapparat hatten. Das Schwarzpulver und die Kanonen machten sowohl die damals vorhandenen Burgen als auch die Ritterheere endgültig obsolet. Eine weitere Vorbedingung war die über lange Zeiträume sich abzeichnende politische Zentralisierung, etwa in Frankreich: *„In einer langen Reihe von Ausscheidungskämpfen, in einer allmählichen Zentralisierung der physischen Gewaltmittel und der Steuerabgaben, im Zusammenhang mit einer immer stärkeren Funktionsteilung und mit dem Aufstieg berufsbürgerlicher Schichten organisiert sich die französische Gesellschaft<sup>3</sup> Schritt für Schritt in der Form eines Staates“* (Elias 1976, Bd. 2: 278f., zit. In Wimmer 2009: 285).

Des Weiteren wurde der Adel an den Hof gezwungen und so wurde der ehemals über das gesamte Territorium zerstreute kriegerische Adel zu einem zentralisierten und gezähmten Hofadel und es gab nun keine ernsthafte Macht im Staate, welche die des Königs gefährden hätte können. *„Mit dieser Monopolisierung der militärischen Gewaltmittel, mit der Durchsetzung des Anspruchs des Staates auf das Gewaltmonopol sowie auch des Steuermonopols und schließlich mit der ‚Verhöflichung des Kriegeradels‘ entstehen immer größere befriedete Räume ... eine Bedingung dafür, dass die Interdependenzen überall in der Gesellschaft steigen dürfen, weil sie eben nicht andauernd durch Gewalt gestört werden, und dass der Grad der Arbeitsteilung bzw. der Spezialisierung in der Gesellschaft, vor allem der Wirtschaft ständig weiter ansteigen kann ... Jetzt aber lässt sich sagen: Gewalttat ist kaserniert“* (Wimmer 2009: 286).

Dieser Staat – zu dem damaligen Zeitpunkt noch Territorialstaat - ist einerseits die Vorbedingung für den Nationalstaat, da im Zuge der politischen Zentralisierung die bereits besprochene Herausbildung von Verwaltungssprachen erfolgte und durch die innere Pazifizierung die Basis geschaffen wurde, um einem kapitalistischen System, in dem neben Privatbesitz Rechtssicherheit als eine *conditio sine qua non* angesehen werden muss, zum Durchbruch zu verhelfen.

Sprechen wir hingegen von Moderne in Verbindung mit dem Nationalstaat bzw. dem Nationalismus, so ist ein viel späterer Zeitpunkt gemeint.

---

<sup>3</sup> Dies gilt natürlich auch für England, Spanien,...

Hannah Arendt datiert diese Moderne „*keinesfalls vor die Mitte des vorigen Jahrhunderts*“<sup>4</sup>. Sie sei „*durch die Industrialisierung der Welt und die Technisierung des Lebens ebenso gekennzeichnet ... wie durch die Emanzipation der Arbeiterklasse*“ (Arendt 2008: 601).

Hier spricht Arendt zwei zentrale Punkte an. Die Industrialisierung bzw. Technisierung des Lebens und die Emanzipation der Arbeiterklasse, auf die ich später noch zurückkommen werde.

Auch Helmut Dahmer beschreibt in seinem Nachwort zur deutschen Ausgabe von Ernst Simmels Sammelwerk „Antisemitismus“ diese Moderne als eine Zeit, die erst mit der Industrialisierung anzusetzen ist und deren Wirkung verheerende Konsequenzen haben könne, denn „*Modernisierung heißt: unaufhörliche Transformation gemeinschaftlicher in gesellschaftliche Lebensformen. Die soziale Evolution verläuft vom Konkreten zum Abstrakten, führt aus vermeintlichen Heimaten in die gefürchtete Fremde, treibt aus glücklich erworbener Bodenständigkeit in ein neues Nomadentum ... überantwortet die freigesetzte Bevölkerungsmehrheit der Verelendung. Der ruinöse Fortschritt, dem sie sich ausgesetzt sehen, überfordert die Menschen und macht sie die Kultur hassen. Ihre aufgestaute Destruktion aber richten sie, der judophoben Disposition entsprechend, gegen die ‚Fremden‘ ... Das Leiden an der Zivilisation wird an Minderheiten gerächt, die der Mehrheit als Protagonisten oder Nutznießer ihrer Entfremdung erscheinen*“ (Dahmer 2002: 190).

Eine zentrale Erkenntnis über Moderne muss jedenfalls der Umstand sein, dass sie einen Bruch mit früheren Epochen darstellt. Hier gab es keine Evolution und schrittweise Änderung, sondern dies muss als radikaler Schnitt gesehen werden. War es in den Gesellschaften davor klar, dass die Menschen von Geburt an ungleich waren, dass die einen über die anderen herrschten, und wurde dies auch noch von der Religion legitimiert, so bedeutete die Logik der modernen, kapitalistischen Gesellschaft, dass dies umgedreht werden musste. Egalitarismus war nun eine Notwendigkeit geworden, da die Basis für die kapitalistische Gesellschaft wirtschaftliches Wachstum war und dieses sowohl soziale Mobilität als auch das Besetzen von einer großen Anzahl an Positionen mit den Fähigsten erforderte. Eine Gesellschaft, die auf Spezialisten in Chemie, Physik, Mathematik, ... zurückgreifen muss, kann es sich nicht leisten diese Posten auf Grund der richtigen Geburt zu besetzen. „*Innovation and the talent-specificity of many tasks leads to the replacement of rigidly stratified societies by formally egalitarian ones. The placement of members of lower*

---

<sup>4</sup> Gemeint ist das 19. Jahrhundert

*strata over members of higher strata would lead to constant friction: far better to embrace a theory of a kind of baseline equality. All men are equals“ (Gellner 1997: 27).*

Anthony Giddens sieht in der Moderne eine Diskontinuität mit allen vorherigen Epochen und macht neben dem Auseinandertreten von Raum und Zeit und der reflexiven Aneignung von Wissen über die Gesellschaft in den Sozialwissenschaften vor allem die „Entbettung“ als zentrales Merkmal aus. Unter Entbettung versteht er *„das ‚Herausheben‘ sozialer Beziehungen aus ortsgebundenen Interaktionszusammenhängen und ihre unbegrenzte Raum-Zeit-Spannen übergreifende Umstrukturierung“* (Giddens 1996: 33). Neben der zentralen Rolle von Geld als symbolischem Zeichen sieht er die Installierung von Expertensystemen als essentiell, welche das fundamentale Vertrauen in abstrakte Fähigkeiten und somit in die Institutionen der Moderne begründen. Die Expertensysteme Giddens' decken sich mit dem meritokratischen Ansatz Gellners und beschreiben hervorragend die Moderne, welche auch gleichzeitig das Zeitalter des Nationalismus wurde. Diese moderne, anonyme, mobile und vor allem auf Leistung von Spezialisten aufgebaute Gesellschaft braucht für die Kommunikation Oxford Englisch, Spanisch, Französisch ... und somit Massen, welche in diesen Sprachen ausgebildet werden, und zwar von der Grundschule über die Gymnasien bis hin zu den Hochschulen. Dies konnte und kann nur der Staat - der Nationalstaat - bewerkstelligen und so wird die Verbindung von Moderne und Nationalstaat verständlich.

### **a) Die Phasen des Nationalismus**

Sowohl Arendt als auch Dahmer beziehen sich auf die bereits industrialisierte Welt und verbinden sie mit Phänomenen wie Arbeiterbewegung, Antisemitismus, Fremdenhass. All jene Phänomene, die im Zeitalter der Industrialisierung und in der beginnenden Ära des Nationalismus erst langsam, dann aber umso heftiger einsetzten.<sup>5</sup>

Aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht verbindet man mit dem Beginn des Zeitalters der Industrialisierung vor allem das England des 18. Jahrhunderts. In Kontinentaleuropa kann zu diesem Zeitpunkt jedoch höchstens von einer Proto-Industrialisierung gesprochen werden. In Frankreich setzte die Industrialisierung mit all ihren Begleiterscheinungen erst richtig Mitte des 19. Jahrhunderts unter Napoleon III. ein und auch für Deutschland gilt ein, im Vergleich

---

<sup>5</sup> Antisemitismus gab es natürlich schon vorher, doch dachte man im Zeitalter des Liberalismus irrtümlich, dass dies nun vorüber sei, und die Wucht, mit der er zurück kam, stellte alles bisher Dagewesene in den Schatten.

zu England, sehr spätes Einsetzen der (Voll-)Industrialisierung, welches allgemein mit dem Revolutionsjahr 1848 festgesetzt wird.

Doch kann man das Zeitalter des Nationalismus einfach mit dem der Industrialisierung gleichsetzen? Anderson hat gezeigt, wie im Laufe der frühen Neuzeit die Vorbedingungen geschaffen wurden, um das Denken der Nation zu ermöglichen. Ab der Französischen Revolution wird dann dieses bereitstehende Denkmuster in die Tat umgesetzt.

Miroslav Hroch entwickelte ein Drei-Phasenmodell, um die Entwicklung des Nationalismus theoretisch zu erfassen. Die erste Phase war eine rein kulturell-literarische. Die zweite Phase bestand aus den Anfängen der politischen Agitation einer kleinen Elite, welche sich die nationale Idee an die Fahnen heftete. Die dritte Phase war dann der Eintritt der Massen in die politische Landschaft, welche das nationalistische Programm unterstützen (Hobsbawm 2004: 23 f.). Dieses Dreiphasenmodell bezieht sich jedoch vorwiegend auf Europa und hier auch vor allem auf das 19. Jahrhundert.

Auch Ernest Gellner hat versucht den Nationalismus zu systematisieren (Gellner 1997: 38 ff.). Er hat hierfür ein Modell mit fünf Stadien entwickelt. Das erste Stadium nennt er die „Wiener Situation“ und bezieht sich auf die Ordnung, welche nach 1815 durch den Wiener Kongress reimplementiert wurde und in welcher den durch die Französische Revolution in Gang gesetzten historischen Veränderungen nicht Rechnung getragen wurde. Das komplette Ignorieren der Bedeutung von Ethnizität stellte zwar in dieser Phase noch kein Problem dar, sollte jedoch im Laufe der Zeit vor allem für die Habsburger und Osmanen ein Pulverfass darstellen. Das zweite Stadium nennt er das des „Irredentismus“. Gellner verbindet grundsätzlich Nationalismus mit Industrialisierung, aber die Unabhängigkeitsbewegungen des 19. Jahrhunderts am Balkan würden dieser Annahme widersprechen, da hier ein Nationalismus in wirtschaftlich unterentwickelten Ländern entstand. Jedoch erklärt er diese Phase (vor allem das Aufbegehren gegen das Habsburger- und das Osmanische Imperium) mit dem typischen Aufbegehren der Peripherie gegen das Zentrum, immer dann, wenn das Zentrum Schwäche zeigt oder im Niedergang begriffen ist. Durch die Romantik war der Gedanke der Nation auch am Balkan bekannt. Im osmanischen Fall kam auch noch die unterschiedliche Religion der Peripherie (Christen) und des Zentrums (Moslems) hinzu und verband sich mit dem nationalistischen Gedanken zu einer explosiven Mischung. Konnten die Ancien Régimes nach 1815 die Macht wiedererlangen bzw. durch das ganze 19. Jahrhundert halten, so gewann der Nationalismus den ideologischen Kampf, denn bis 1918 war der

Gedanke, der das Nationalitätsprinzip in der Politik festschreiben wollte, als Selbstverständlichkeit in die Köpfe der meisten Menschen eingedrungen. Das dritte Stadium nennt Gellner das „Zeitalter von Versailles und Wilson“. Hiermit sind die multiplen Staatengebilde gemeint, welche in den Pariser Vororteverträgen nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker gegründet wurden. Dass dies ins Chaos der späten zwanziger und dreißiger Jahre führen würde, drückt Gellner klar aus, denn: *„The implementation depended a fair amount on who had been on which side of the war, and on geopolitical accident ... The system of states set up at Versailles, in the name of the principle of self-determination, was appallingly fragile and feeble. It collapsed at the first storm. The new states had all the weaknesses of the empires they were replacing: they were minority-haunted, at least as much as the empires, and this was inevitable whichever way the boundaries were drawn, short of ethnic cleansing, which in those backward days was not widely practised. On top of that, the new states were inexperienced, small, weak, greedy and opportunistic ... Come Adolf and Josef, the system collapsed with humiliating ease“* (Gellner 1997: 44 f.).

In dieser Aussage Gellners manifestiert sich die bereits erwähnte Arbitrarität des Begriffs Nation, da es oft eine Frage der Definitionsmacht zu sein scheint, was oder wer Teil einer Nation zu sein hat, und außerdem deckt sich die negative Einstellung zu diesen vielen neuen Nationen mit der prinzipiell negativen Haltung Dahrendorfs dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gegenüber. Das vierte Stadium ist das der „ethnischen Säuberungen“. Da das nationalistische Prinzip besagt, dass die politische und ethnische Einheit übereinstimmen müssen, gibt es nur zwei Möglichkeiten, um dies zu erreichen: Zum einen durch, wie Ernest Renan gesagt hat, Vergessen - Vergessen der unterschiedlichen Abstammungen, und einer langsamen, organischen Verschmelzung über sehr lange Zeiträume, getragen durch einen starken Staat, zu einer gemeinsamen Identität. Frankreich wird hier als Beispiel angeführt, da die keltischen, fränkischen, burgundischen, römischen, normannischen etc. Wurzeln vergessen und durch eine französische Identität ersetzt wurden. Die zweite, schnelle Methode ethnische Homogenität herbeizuführen ist die der ethnischen Säuberungen. Diese Phase erstreckt sich im Grunde über das ganze 20. Jahrhundert: Von den Balkankriegen, über den Völkermord an den Armeniern bis zu den Konflikten zwischen den Türken und den Griechen in den zwanziger Jahren, vor allem jedoch in ganz Zentral- und Osteuropa in den 1940ern und ab 1989 in Ex-Jugoslawien. Die „Schwächung des Nationalgefühls“ wird von Gellner als fünftes und letztes Stadium gesehen, obwohl er dies selber als teilweises Wunschdenken

bezeichnet. Die Begründung, dass in hoch entwickelten Industriegesellschaften Prozesse in Gang gesetzt würden, welche die Intensität ethnischer Gefühle in der Politik zurückgehen ließen, erinnert an den Sieg der liberalen Demokratie in Francis Fukuyamas „The End of History and the Last Man“, sollte jedoch kritisch gesehen werden. Gerade in einer immer stärker globalisierten Welt dürfen identitätsstiftende Phänomene wie der Nationalismus nicht unterschätzt werden und der Abgesang könnte verfrüht angestimmt worden sein.

## **b) Konflikt mit der Moderne**

Was spricht für Ansichten, welche Nationalismus und Industrialisierung gleichsetzen? Sowohl die erste Phase von Hroch als auch das Stadium der „Wiener Situation“ bei Gellner betreffen die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts und können als literarisch-kulturelle Phase zusammengefasst werden, die besonders in Deutschland und Italien in einer vorindustriellen Zeit stattfand. In ihr sehe ich eine Übergangsphase. Sie folgt auf die von Anderson beschriebene Zeit, in der die Grundlagen für das Denken der Nation gelegt wurden. Auf diesen Grundlagen entwickelten die Schriftsteller, Denker und vor allem auch Lehrer in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in dieser literarisch-kulturellen Phase den Nationalismus als Ideologie, und erst in der Phase der Industrialisierung, welche auf dem europäischen Kontinent generell ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzte, wurden aus Ideen Programme, aus Wünschen Taten. Der Nationalismus hatte nun die politische Bühne betreten und muss daher, wenn man ihn als politische Bewegung Europas des späten 19. und 20. Jahrhunderts versteht, vor allem in Verbindung mit der Industrialisierung gesehen werden, so wie dies Dahmer, Arendt und Zweig taten.

Der oben erwähnte Befund Dahmers, welcher sich mit der negativen Einschätzung Zweigs deckt, und auch die Aussage Arendts werfen jedoch weitere Fragen auf. Ihr Begriff von Moderne bzw. deren Anfang ist einerseits zutiefst mit dem Zeitalter der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verbunden, dieses wiederum mit dem Nationalismus, und gemeinsam produzieren sie Entwurzelung, Technisierung, Emanzipation der Arbeiterklasse, Fremdenhass, Antisemitismus etc. Daher ist die logische Frage, die gestellt werden muss: Warum hatte die Industrialisierung bzw. in ihrem Gefolge der Nationalismus so eine katastrophale Wirkung und ist diese Destruktion dem Nationalismus inhärent oder entwickelt sich der Nationalismus nur unter gewissen Vorbedingungen zu diesem negativen

Phänomen? Ist es also der Nationalismus an sich, der so destruktiv ist, oder ist er es nur unter bestimmten Umständen?

Neben der Industrialisierung und Technisierung des Lebens ist die Emanzipation der Arbeiterklasse, bzw. zuerst das Entstehen dieser Klasse durch die Industrialisierung und darauf folgend die Emanzipation derselben, der zweite zentrale Punkt in Arendts Definition von Moderne. Entzauberten die Naturwissenschaften die bis dahin großteils mystische Welt, so brachte die Aufklärung einige neue Fragen auf den Tisch. Gewaltenteilung, Verfassungen mit festgeschriebenen Rechten, das allmähliche Abkommen von der Adelherrschaft und dem Gottesgnadentum und ganz allgemein das Eintreten der subalternen Gesellschaftsschichten ins politische Geschehen brachten eine Zeitenwende. War es zuerst das städtische Bürgertum, welches dem Adel das Monopol auf politische Aktivitäten streitig machte, so brachte spätestens die Französische Revolution die völlige Erosion der alten Welt, denn nun wollten auch die unteren Schichten am politischen Leben teilhaben.<sup>6</sup>

Die von Gellner genannte „Wiener Situation“ konnte in weiten Teilen Europas diese Ideen zumindest noch für einige Jahrzehnte unterdrücken, doch spätestens das Jahr 1848 und die ab hier in großen Teilen Europas einsetzende Industrialisierung machten dies auf Dauer unmöglich.

Die nach 1945 durchgeführten psychoanalytischen Studien zum Antisemitismus geben einen exzellenten Einblick in die Mechanismen, die Industrialisierung und Moderne produzieren und die vom Nationalismus gekonnt ausgenutzt wurden. Der Antisemitismus ist auch deshalb so exemplarisch, da im Freund-Feind Schema des Nationalismus der Fremde Ziel jeglicher Aggressionen ist und die Juden nur das leider leichteste und daher prominenteste Opfer waren, jedoch der Begriff Jude problemlos mit dem des Fremden ersetzt werden konnte, wurde und immer auch noch wird.

Die Industrialisierung brachte neben den technischen und administrativen Notwendigkeiten aus meiner Sicht zwei elementare Änderungen.

Waren die Menschen auf dem Land in der Agrargesellschaft in der Regel relativ leicht zu kontrollieren gewesen, so änderte sich dies schlagartig als sich Massen an Industrieproletariat in den boomenden Städten fand und begann, politisch aktiv zu werden und sich zu

---

<sup>6</sup> Hier sollte jedoch nicht vergessen werden, dass es sich noch um ein rein männliches Eintreten handelte, denn Frauen blieben weitestgehend vom politischen Leben ausgeschlossen. Dies würde sich erst nach dem Ersten Weltkrieg ändern, jedoch auch hier gilt es anzumerken, dass eine wirkliche Gleichstellung auf rechtlicher Ebene selbst in den meisten westlichen Demokratien nicht vor den 1970er Jahren einsetzte – ein gutes Beispiel gibt hierfür das österreichische Bundesgesetz über die Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe (BGBl 1975/412), welches erst 1975 die Ehepartner rechtlich gleichstellte.

organisieren. Dies stellte in wirtschaftlicher Hinsicht besonders für die Kleingewerbetreibenden und politisch für all jene, welche an Änderungen kein Interesse hatten, eine immense Bedrohung dar. Auf der einen Seite fürchteten sie die Ideen der Sozialdemokratie und noch viel mehr die der Kommunisten. Besonders in Österreich und Deutschland wurden diese Bewegungen, zumindest von der rechten Propaganda, als von Juden geleitete gesehen. Aber andererseits bedeutete das entstehende Großkapital und die damit verbundenen Fabriken und Großhändler eine in der Realität noch viel größere Gefahr, da sie die Kleingewerbetreibenden zu erdrücken drohten. Auch hier wurden die Juden in Sippenhaftung genommen, denn mit ihnen verband man die großen Bankiers, Fabriksbesitzer und Großhändler.

Besonders in der Krisenzeit der ersten österreichischen Republik, in der die wirtschaftliche Existenz vieler Gewerbetreibender auf dem Spiel stand, blühten diese beiden Phänomene auf. Es mag schon den einen oder anderen jüdischen Großindustriellen und Bankier gegeben haben, in den Köpfen vieler waren jedoch so gut wie alle Kapitalisten Juden und gleichzeitig galten, wie oben bereits erörtert, die Juden auch als die Vertreter des Bolschewismus. So irrational es klingen mag, dass die Juden sowohl für den Kapitalismus als auch für den Bolschewismus stehen sollten, so logisch ist dieser Vorwurf aus psychoanalytischer Sicht, denn diese Anschuldigungen dienen dem Bedürfnis nach Aggressionsabfuhr und dadurch wird die „Psychologie der falschen Beschuldigung“ verständlich, bei der Schuldgefühle verdrängt werden, indem man andere anklagt. Auslöser für diese Schuldgefühle kann der Wunsch nach Auflehnung gegen die Obrigkeit sein, der jedoch nicht in die Tat umgesetzt wird, da man ja zum Gehorsam erzogen wurde. Hat man einen Sündenbock, wie es die Juden oder Fremden immer waren bzw. sind, so kann man sie stellvertretend für die Obrigkeit bestrafen, ohne einen Konflikt mit dem eigenen Gewissen zu riskieren. Der Nationalismus mit seinem klaren Freund-Feind-Bild bietet hierfür einen idealen Boden. Unterstellt man den Juden nun das, was im Grunde immer von der Obrigkeit (oder im ausgehenden 19. und in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts von den großen Industriearistokraten) getan wurde, nämlich die Ausbeutung der Bevölkerung und Existenzgefährdung des Kleinbürgertums, so kann man auf die Hetzkampagne ein Massaker folgen lassen, ohne sein Gewissen zu belasten (Fenichel 2002: 35 ff.).

Neben dem Problem der Psychologie der falschen Beschuldigung und dem Gewissenskonflikt beim Auflehnen gegen die (von Gott gegebene) Obrigkeit, beschreibt Ernst Simmel einen

weiteren Aspekt: „... *der Massenmensch ... gerät in Panik, weil er fühlt, daß mit zunehmender Industrialisierung unserer Zivilisation sein Ich zum Untergang verurteilt ist. Er braucht ein Kollektiv, das mächtiger ist als sein individuelles Ich. Indem er sich mit ihm identifiziert, kann sein Ich wiedergeboren werden, wieder mächtig und fähig werden, Haß in der Zerstörung schwächerer Gruppen, Rassen oder Völker abzuführen.*“ (Simmel 2002: 87)

Die zweite große Änderung durch die Industrialisierung betraf das Industrieproletariat selbst, denn es darf die Zurückdrängung der bis dahin alles beherrschenden Position der Religion nicht unterschätzt werden: Gab diese noch in der Agrargesellschaft den Menschen Halt und ließ sie in der Hoffnung auf ewiges Leben unglaubliches Leid und größte Ungerechtigkeiten ertragen, so fehlte nun immer mehr diese Funktion der Religion.

In vorindustrieller Zeit, in den meist kleinen Dörfern des Agrarzeitalters, kannten sich die Menschen und jeder wusste, welche soziale Stellung ihr oder ihm, gleichgültig wie niedrig sie auch war, zustand. Sowohl die Religion als auch das Wissen, „wo man hingehört“, waren nun abhanden gekommen. Bedeutete die Industrialisierung die wirtschaftliche Verelendung für die großen Massen an Arbeitern, so wirkte sich der fehlende Halt, welcher in der Agrargesellschaft durch Religion und Wissen um den eigenen Platz gegeben gewesen war, verheerend aus. Erst der Nationalismus konnte vielen Menschen das geben, was sie anscheinend so sehnlich erwünschten: Identität.

### **3) Nation als singuläre Identität**

Eine vor allem von Anderson, aber auch großteils von Gellner und Hobsbawm vernachlässigte Funktion, die der Nationalismus übernommen hat und deren Kraft nicht unterschätzt werden darf, ist das Schaffen von Identität. Zum einen gehört man zu einer Gruppe, zum anderen differenziert man sich von einer oder vielen anderen. Es wird ein „Wir“ und „die Anderen“ erzeugt. Dass das Schaffen von Identität eine ungemein starke Kraft birgt<sup>7</sup>, besonders in einer immer anonymen werdenden Welt, ist heute unbestritten und wohl als einer der Hauptgründe für den Erfolg des Nationalismus anzusehen, jedoch schafft der Nationalismus vor allem singuläre oder, wie es Amartya Sen nennt, ausschließliche Identitäten. *„Die Illusion der Schicksalhaftigkeit insbesondere der einen oder anderen ausschließlichen Identität fördert die Gewalt in der Welt sowohl durch Unterlassungen als auch durch Taten ... Das Gefühl der Identität mit einer Gruppe kann, entsprechend*

---

<sup>7</sup> Man vergleiche hierzu die Studien zum sozialen Kapital des Soziologen und Politikwissenschaftlers Robert Putnam.

*angestachelt, zu einer mächtigen Waffe werden, mit der man anderen grausam zusetzt. Viele der Konflikte und Grausamkeiten in der Welt beruhen denn auch auf der Illusion einer einzigartigen Identität, zu der es keine Alternative gibt. Die Kunst, Haß zu erzeugen, nimmt die Form an, die Zauberkraft einer vermeintlich überlegenen Identität zu beschwören, die andere Zugehörigkeiten überdeckt, und in einer entsprechend kriegerischen Form kann sie auch jedes menschliche Mitgefühl, jede natürliche Freundlichkeit, die wir normalerweise besitzen mögen, übertrumpfen. Das Ergebnis ist dann entweder krude elementare Gewalt oder heimtückische [sic] Gewalt und Terrorismus im globalen Maßstab“ (Sen 2007: 10f.).*

In Sens Analyse wird nicht nur die Gefahr einer singulären, ausschließlichen Identität, wie sie der Nationalismus fördert und fordert, aufgezeigt, sondern es schließt sich auch der Kreis zu den bereits erwähnten Phänomenen der Schicksalhaftigkeit und des von Stefan Zweig angeprangerten Hasses und der Zerstörung, die die Erzpest, sprich der Nationalismus, seiner Meinung nach über die Welt gebracht hatte.

Auch Hobsbawm thematisiert die Problematik der singulären Identität durch den Nationalismus, denn dies bedeutet „... *die komplizierten und vielfältigen Weisen, wie Menschen sich als Mitglieder von Gruppen definieren und ständig neu definieren, einer einzigen Option unterzuordnen: der Entscheidung für die Zugehörigkeit zu einer ‚Nation‘ oder ‚Nationalität‘*“ (Hobsbawm 2004: 19).

Michael Jeismann hat den Hass auf andere als konstitutives Element im Nationswerdungsprozess an Hand des Beispiels der deutsch-französischen Rivalität ab den Revolutionskriegen bis hin zum Ersten Weltkrieg deutlich herausgearbeitet und die Wichtigkeit dieses von Anderson nicht oder nur sehr wenig beachteten Merkmals der Entstehung der Nationen erkannt (Jeismann 1992).

Dahmer thematisiert das Problem der Identität in den bereits erwähnten Studien zum Antisemitismus, spannt den Bogen von der Hochblüte des Nationalismus im 19. Jahrhundert bis hin zu unserer heutigen Zeit und betont noch einmal die entwurzelnde Kraft von Fortschritt und Moderne, denn „*Multinationale Konzerne und Banken dominieren den Weltmarkt; Staatenbünde und Wirtschaftsgemeinschaften schränken die Kompetenzen der Nationalstaaten sukzessive ein. Die große Mehrheit der vergesellschafteten Individuen aber bezieht ihre Identität – wie im 19. Jahrhundert, der Blütezeit der bürgerlichen*

*Nationalstaaten – aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nation ... Gegenüber dem Anderen, dem eigene Existenzangst die Maske des ‚Fremden‘ überstülpt, wird eine Identifikations-Barriere aufgerichtet ... Längst hat die soziale Evolution alle Gemeinschaften, Ethnien und Nationen aufgesprengt und an den Weltmarkt angeschlossen. Demgegenüber erscheint die Fixierung der Mehrheit auf eine nationale Identität als ein (verhängnisvoller) ‚cultural leg‘. Weil aber der Fortschritt ein ruinöser ist, weil er die Menschen aus jeder traditionellen Bindung, aus jeder vertraut gewordenen Lebenswelt aufscheucht und sie in immer neue Fremden treibt, klammern sie sich so nostalgisch wie fanatisch an ‚heimische‘ Verhältnisse, über die die Entwicklung längst hinweggegangen ist. Darum kommt es in jeder Krisensituation zu einer neuerlichen Nationalisierung der Politik“ (Dahmer 2002: 196f.).*

Mary Kaldor bringt die Problematik der Verbindung Identität-Politik auf den Punkt: *„Mit dem Begriff ‚Politik der Identität‘ bezeichne ich Bewegungen, die ihre Gefolgschaft auf der Grundlage ethnischer, rassischer oder religiöser Identität mobilisieren, und zwar zum Zwecke der Erlangung staatlicher Macht“ (Kaldor 2000: 121).*

Politische Mobilisierung von Identitäten zum Zwecke der Erlangung staatlicher Macht ist auch der zentrale Punkt im baskischen Konflikt, wobei hier alle drei Komponenten, die ethnische, die rassische und die religiöse verschmolzen wurden. Darauf möchte ich nun in den folgenden Kapiteln eingehen.

## II. Kapitel

### **Die baskische Identität**

Die Gründung der baskisch-nationalistischen Partei durch die Brüder Luis und Sabino Arana Goiri im Jahre 1895<sup>8</sup> fällt in Hrochs und Gellners Zeit der Hochblüte nationalistischer Bewegungen gegen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Die heutigen baskischen Nationalisten vertreten die Meinung, dass es sich um einen Jahrtausende alten Konflikt handelt, in dem das baskische Volk wie eh und je gegen Fremdherrschaft und Unterdrückung kämpft. Waren es früher die Römer und später die Westgoten, Mauren und Franken, die bekämpft werden mussten, so ist es nun seit vielen Jahrhunderten Spanien. Untersucht man diese Argumente, so kann man nur eines mit Sicherheit sagen, nämlich dass man sich außerhalb jeglicher wissenschaftlicher Forschung bewegt. Im Grunde weiß man über die Basken im Altertum und im frühen Mittelalter - abgesehen von einigen wenigen römischen Quellen - nur, dass man so gut wie nichts weiß. Sowohl über den Ursprung des Volkes als über den seiner Sprache, die jedenfalls nicht zur indogermanischen Sprachenfamilie gehört, gibt es nicht mehr als Theorien und Mutmaßungen. Doch gerade diese Unbestimmtheit lässt viel Platz für Spekulationen bzw. Wunschdenken und genauso, wie es von manchen politischen Kreisen gerne mit den Germanen getan wird, die für moderne, rechtsextreme Ideologien mißbraucht werden, so ist es auch im baskischen Fall eine beliebte Taktik, angeblich Jahrtausende alte Traditionen zu mystifizieren. Wer im 19., 20. oder 21. Jahrhundert zu wissen meint, was Germanen oder Basken vor tausenden von Jahren, in noch schriftlosen Zeiten gedacht, gefühlt oder wie sie gehandelt haben, ist entweder – um es politisch korrekt zu formulieren – einfältig oder ein Scharlatan.

Ob jedoch bloße Imagination oder nicht, Faktum ist, dass es heute diesen Konflikt gibt und sich viele Menschen im Baskenland mit einer Jahrtausende alten baskischen Nation identifizieren und ein Teil dieser Menschen sich einen souveränen Staat wünscht. Genauso entspricht es aber auch der Realität, dass sich viele Menschen im Baskenland gegen dieses politische Projekt stellen, dass sie unter keinen Umständen in einem vom Rest Spaniens abgetrennten souveränen Staat leben möchten. Um es hier gleich vorwegzunehmen: Was vor allem in ausländischen Medien immer wieder als Konflikt „der Basken“ mit Spanien dargestellt wird, ist im Grunde ein innerbaskischer Konflikt. Die Trennlinie verläuft nicht zwischen Basken und Spaniern, sondern zwischen Basken, die sich als Spanier sehen und solchen, die es nicht sein wollen. Doch wo liegt der Ursprung dieses Konflikts und dieser nationalistischen Identität?

---

<sup>8</sup> Genauer gesagt am 31. Juli, dem Tag des heiligen Ignatius von Loyola, dem baskischen Begründer des Jesuitenordens.

„*Garean gareana legez*“ - dieser baskische Ausspruch bedeutet, „Lasst uns sein wer wir sind“ und wird besonders in nationalistischen Kreisen verwendet, um eine singuläre, von allen anderen sich unterscheidende Identität zu signalisieren.

Doch wer oder was ist ein Baske bzw. eine Baskin und was macht seine/ihre Identität als solcher/solche aus? Die Antwort auf diese Frage hängt vor allem davon ab, wem sie gestellt wird. Sie kann unter anderem lauten: „jemand der im Baskenland geboren wurde“ oder „kein Spanier“. Fußball bietet ein gutes Beispiel für diese beiden Ansätze. Die erste, positive Definition entspricht der Ideologie von Athletic Bilbao, denn um bei diesem Verein spielen zu dürfen, muss man im Baskenland und einem der als baskische Einflussphäre betrachteten Gebiete (Navarra, La Rioja und natürlich dem französischen Baskenland) geboren worden sein oder von baskischen Vorfahren abstammen. Für die negative Definition steht Real Sociedad San Sebastian, vor allem in den 1980er und 90er Jahren, da hier alle Nationalitäten spielen durften, nur keine „Spanier“. Prinzipiell kann man heute drei verschiedene nationale Identitäten im Baskenland vorfinden. Menschen, die sich nur als Basken verstehen, andere, die sich nur als Spanier sehen und die dritte Gruppe, welche sich als beides betrachtet und weder das Baskische noch das Spanische verleugnen oder das eine über das andere stellen möchte. Tonangebend ist, auch wenn dies nicht mit den Mehrheitsverhältnissen in der baskischen Bevölkerung übereinstimmt, die nationalistische Gruppe, welche sich nur als baskisch betrachtet, und hier erfährt eine kleine, aber extrem radikale Minderheit vor allem in den ausländischen Medien die meiste Aufmerksamkeit, nämlich die sogenannte „nationalistische Linke“, womit die MLNV Bewegung und die ETA gemeint sind.<sup>9</sup>

Die von der Universität des Baskenlandes (Universidad del Pais Vasco) regelmäßig durchgeführten soziologischen Studien geben hierzu ein klares Bild ab (Euskobarómetro 2009: 43ff. u. Annex 1): Die Nichtnationalisten stellen in jeder der drei baskischen Provinzen die Mehrheit (im Schnitt 51% gegenüber 43%), wobei sie in Alava mit 63% sogar fast 2/3 der Bevölkerung stellen. Bei den Nichtwählern sehen sich 55% als nichtnationalistisch, während dies bei den Wählern der Volkspartei (PP) 91% angeben, bei den Sozialisten (PSOE) 93% und bei den Wählern der neuen Zentrumsparterie UPyD<sup>10</sup> 100%.

---

<sup>9</sup> MLNV = Movimiento de Liberación Nacional Vasco = Nationale baskische Befreiungsbewegung;

ETA = Euskadi ta Askatasuna = Baskenland und Freiheit.

<sup>10</sup> PP = Partido Popular = Volkspartei; PSOE = Partido Socialista Obrero Español = Spanisch Sozialistische Arbeiterpartei; UPyD = Union, Progreso y Democracia = Einheit, Fortschritt und Demokratie.

Umgekehrt sehen sich 73% der PNV<sup>11</sup> Wähler als nur baskisch und 86% geben dies bei den Wählern der nationalistischen Linken an.

57% der Basken definieren ihre Identität sowohl als baskisch als auch spanisch. Nur spanisch sehen sich 5% und nur baskisch 34%. Die große Mehrheit möchte daher nicht auf eine singuläre Identität reduziert werden.

Besonders interessant erscheint mir die Frage, ob das Baskenland weiterhin Teil Spaniens bleiben, oder ob es ein souveräner Staat werden soll. 69% wollen die derzeitige Autonomie innerhalb Spaniens behalten bzw. Spanien in einen Föderalen Staat umwandeln (40% sind für ersteres und 29% für zweiteres). Umgekehrt will maximal ein Drittel der Basken einen souveränen Staat.

Die Daten sprechen eine deutliche Sprache, jedoch gibt es einige Aspekte, die erwähnt werden müssen. Zum einen werden diese Fakten von der nationalistischen Seite ignoriert und besonders die nationalistische Linke zweifelt lieber die Glaubwürdigkeit der Studien an, als sich mit ihnen inhaltlich kritisch auseinanderzusetzen. Der Hauptkritikpunkt an der regelmäßig erscheinenden Studie der Universität des Baskenlandes ist die Mitgliedschaft des Studienleiters Francisco Llera bei zwei baskischen zivilgesellschaftlichen Organisationen, welche das Ende des Terrorismus fordern: Foro de Ermua und Basta Ya (Abertzale.eu 2000). Das Foro de Ermua bildete sich 1998 als Reaktion auf die Ermordung des baskischen Lokalpolitikers Miguel Angel Blanco durch die ETA ein halbes Jahr zuvor (Foro de Ermua). Basta Ya bedeutet: „Es reicht“ und der Name ist wohl selbstredend. Beide Organisationen werden von nationalistischer Seite als Agenten spanischer Interessen bezeichnet, international finden sie jedoch große Anerkennung, da z. B. Basta Ya 2000 den Sacharow-Preis für geistige Freiheit vom europäischen Parlament verliehen bekommen hat (Basta Ya und Europaparlament).

Ein weiteres Problem scheint auch die vorherrschende Angst bei den Nichtnationalisten zu sein, ihre Meinung frei zu äußern, da sie die Lage im Baskenland als erdrückend empfinden und Furcht vor Repressalien von radikalen Nationalisten haben. Hier geht es weniger um ETA-Anschläge, wie sie für Lokalpolitiker der nichtnationalistischen Parteien, Richter oder Polizisten täglich möglich sind, sondern um die Angst all jener „normaler“ baskischer Bürger, welche sich offen gegen den Nationalismus stellen und daher vor allem Sachbeschädigungen

---

<sup>11</sup> PNV = Partido Nacionalista Vasco = Baskisch Nationalistische Partei. Obwohl das Wort „Partei“ im Spanischen männlich ist, werde ich in dieser Arbeit die weibliche Form des Wortes „Partei“ der deutschen Sprache verwenden und daher mich immer auf „die PNV“ beziehen.

durch junge radikal-nationalistische Aktivisten ausgesetzt sind. Die Methode der Einschüchterung nennt sich „kale borroka“ und kann sinngemäß mit „Strassenkampf“ übersetzt werden. Besonders im letzten Jahrzehnt rekrutierte die ETA viele ihrer Mitglieder aus ehemaligen jugendlichen Straßenkämpfern.

Die Angst, offen die eigene Meinung zu vertreten, bringt uns zum dritten und wichtigsten Punkt: Obwohl sie eine Minderheit darstellt, hat die nationalistische Gruppe die Definitionsmacht über die baskische Identität erlangt, doch spiegelt dies, wie die Daten zeigen, weder die Realität wider noch handelt es sich um eine lange Tradition, auf die sich diese nationalistische Identität berufen kann. Die Symbole des offiziellen baskischen Nationalismus sind die Fahne „*Ikurriña*“ (siehe Annex 2) und die Hymne „*Gora ta gora*“. Beide Symbole wurden vom Gründer der PNV, Sabino Arana Goiri, kreiert. Ein Blick auf die Fahne lässt schnell erraten, dass der britische Union Jack Pate stand. Auch waren sie anfangs bloß die Symbole der PNV. Hier stellt sich die Frage, warum und ab wann diese Symbole für das offizielle Baskenland galten und ob sie wirklich alle Basken repräsentieren, vor allem vor dem Hintergrund, dass die PNV bis zum Spanischen Bürgerkrieg von 1936 nur in Vizcaya eine Hochburg hatte, jedoch keinesfalls im gesamten spanischen Baskenland die Mehrheit stellte, von Navarra ganz zu schweigen.

Bezeichnenderweise war mit Sabino Arana ein Baske nicht nur für die Symbole des baskischen Nationalismus verantwortlich, auch zwei der wichtigsten Symbole der Faschisten stammen aus baskischer Feder. Zum einen handelt es sich dabei um das spanisch-faschistische Pendant zum deutschen Horst-Wessel-Lied „*Cara al Sol*“, dessen Text von José Antonio Primo de Rivera stammt, dessen Melodie jedoch vom Basken Juan de Tellería. Ein zweites Lied, welches zusammen mit dem *Cara al Sol* und der offiziellen Hymne – der „*Marcha Real*“ – im faschistischen Spanien als „*Triple Himno*“ bezeichnet wurde, ist die „*Marcha de Oriamendi*“. Dieses Lied hat gleich mehrere Anknüpfungspunkte zum Baskenland. Als Karlistenhymne repräsentiert es die Phase der Karlistenkriege im 19. Jahrhundert, die sich vor allem im Baskenland zwischen Liberalen und Absolutisten (den Karlisten) zutrugen. Der Text stammt vom Basken Ignazio Balleztana und gleich die erste Zeile gibt Auskunft über die Einstellung und Identität der (größtenteils) baskischen und navarreser Karlisten, sowohl im 19. Jahrhundert als auch im Spanischen Bürgerkrieg von 1936 bis 1939: „*Por Dios, por la patria y el Rey*“, „Für Gott, Vaterland und den König“. Mit dem Vaterland ist Spanien gemeint und

der König ist natürlich der spanische König, jedoch für die Karlisten sollte dies nicht die liberale Isabella II. sein, sondern der absolutistische Infante Carlos María Isidoro.

Neben der Spaltung, die seit dem Aufkommen der liberalen und absolutistischen Fraktionen durch die baskische Gesellschaft geht, ist auch die Tatsache wichtig, dass wenn etwas als historisch gesichert angesehen werden kann, dann dass es niemals ein geeintes Baskenland gegeben hat, sondern dass von den ersten feudalstaatlichen Strukturen weg die einzelnen baskischen Provinzen unabhängig voneinander ihre Interessen verteidigt und vertreten haben und jeweils eigene Institutionen und rechtliche Normen hatten (Suárez-Zuloaga 2007: 28).<sup>12</sup> Sie wurden zwar von außen – in diesem Fall zuerst von der kastilischen und danach von der spanischen Krone – in Bezug auf ihre Sonderrechte als Einheit betrachtet und hatten diesen besonderen Status zusammen mit Navarra, doch erst das Autonomiestatut von 1936 sah zum ersten Mal die Vereinigung der drei baskischen Provinzen auf dem Territorium des spanischen Staats – in diesem Fall der Zweiten Republik - als Autonome Region Baskenland vor (siehe Annex 3).

Der baskische Nationalismus, wie man ihn heute kennt, ist ein relativ junges Phänomen, da er erst mit der bereits erwähnten Gründung der PNV durch Sabino Arana 1895 zu datieren ist. Doch auch damals handelte es sich keineswegs um eine Einheitsideologie und die erwähnten Symbole der PNV waren eben nur die Ihrigen.

Der baskische Soziologe Ignacio Suárez-Zuloaga kritisiert diesen Umstand, da diese „nationalen“ Symbole bis 1936 nur die PNV repräsentierten und bloß der Umstand, dass die heutige autonome Region Baskenland nicht nur zeitlich das Franco-Regime ablöste, sondern auch ideologisch diesem – zumindest zum Zeitpunkt der Wiedereinführung der Demokratie Ende der 1970er Jahre - diametral gegenüber stand, diesen Machtanspruch ermöglichte (Suárez-Zuloaga 2007: 119f.). Da die PNV aus dem französischen Exil die Rolle der Opposition gegen Franco übernommen hatte, konnte sie sich von Beginn an im neuen demokratischen Spanien als meinungsbildende Macht im Baskenland durchsetzen.

Ein Blick auf die letzten freien Wahlen vor der Franco-Diktatur 1936 macht jedoch klar, dass die PNV diese Rolle keinesfalls durch eine absolute Mehrheit rechtfertigen hätte können. Einzig und allein in der Provinz Vizcaya (jedoch ohne der Hauptstadt Bilbao) konnte die PNV

---

<sup>12</sup> Die Diskussion über die Ab- oder Unabhängigkeit der baskischen Regionen von Kastilien oder „Spanien“ im Laufe der Jahrhunderte ist hiermit nicht gemeint. Es geht einzig und allein um die Tatsache, dass die drei Regionen, zumindest seitdem es erste schriftliche Dokumente gibt, immer eigenständig nebeneinander existiert haben.

die relative Mehrheit erringen, in der Provinz Guipuzcoa lag sie Stimmgleich mit der Koalition aus Traditionalisten und Rechten, in Alava wurde sie nur drittstärkste Kraft mit nur der Hälfte der Stimmen der Traditionalisten und der Rechten, in Navarra schaffte sie es auch nur auf den dritten Platz, wobei die Traditionalisten und die Rechten rund 5,6 Mal so viele Stimmen erzielen konnten, und schließlich ging auch mit Bilbao die Hauptstadt der PNV-Hochburg Vizcaya klar verloren. Hier konnte sich im Vergleich zur PNV die linke Volksfront<sup>13</sup> 1,6 Mal so viele Stimmen sichern.

	<b>PNV</b>	<b>Traditionalisten + Rechte</b>	<b>Volksfront</b>
<b>Bilbao</b>	30%	21%	49%
<b>Vizcaya Provinz</b>	45%	39%	16%
<b>Guipuzcoa</b>	34,5%	34,5%	31%
<b>Alava</b>	25%	47%	28%
<b>Navarra</b>	11%	62,5%	26,5%

Graphik 1: Wahlen 1936 (Eigene Graphik, basierend auf Daten von Historia Electoral)

Die Ergebnisse der Wahl von 1936 zeigen deutlich folgende Trennlinien durch die baskische Gesellschaft:

1) Vizcaya – Restbaskenland: Außer in der Provinz Vizcaya konnte sich die PNV nirgends auf eine Mehrheit berufen, wobei dies vor allem unterstreicht, dass Sabino Aranas Nationalismus sich erst auf Vizcaya bezog und sich von dort erst langsam ausbreitete.

2) Stadt – Land: Selbst in der Ursprungsregion des baskischen Nationalismus bestand ein enormer Unterschied zwischen den Präferenzen der Stadtbevölkerung (liberal) und jenen der Landbevölkerung (konservativ, entweder baskisch nationalistisch oder karlistisch-absolutistisch).

<sup>13</sup> Ein aus linken und liberalen Parteien bestehendes Wahlbündnis bei den Wahlen von 1936.

3) Alava: Unter den drei baskischen Provinzen war sie die mit den meisten Zentralisten, also jenen Menschen, die eine starke Anbindung an Madrid wünschten

4) Navarra: Nicht nur dass die PNV hier bloß 11% und somit ihr schlechtestes Ergebnis einholte, herauszuheben ist hier vor allem die überwältigende Vormachtstellung der pro-spanischen Traditionalisten und Rechten. Bis heute sind Alava und Navarra fest in der Hand der spanientreuen Parteien geblieben<sup>14</sup>.

Diese Daten erklären auch, warum sich bei Ausbruch des Bürgerkrieges in den Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa zwar nicht die Regionalregierung, jedoch viele Menschen auf die Seite der Franco-Truppen schlugen und Alava und Navarra sogar vollständig den Bürgerkrieg auf Seiten Francos bestritten.

Das Beispiel der Wahlen von 1936 zeigt sehr gut, wie heterogen das spanische Baskenland war und auch heute gibt es klare Trennlinien in der Gesellschaft, einer Gesellschaft, die aus nationalistischer Sicht nur zu gerne zur Gänze vereinnahmt wird und für deren Vertretung sie sich alleine zuständig sieht.

Selbst nach 40 Jahren Franco-Diktatur und 30 Jahren PNV-Regierung sind im Baskenland die alten Trennlinien noch deutlich vorhanden (Graphik 2):

	<b>PNV</b>	<b>PP</b>	<b>PSOE</b>
<b>Baskenland</b>	38,5%	14%	30,5%

<sup>14</sup> Spanientreu meint in diesem Fall nicht spanisch-nationalistisch, sondern für den Verbleib im spanischen Staat eintretend. Die Unterschiede bei der Wählerschaft innerhalb dieser Gruppe können sehr stark sein, vor allem in sozialen Fragen, z. B. zwischen PP oder UPN und PSOE.

<b>Vizcaya</b>	41,5%	14%	30,5%
<b>Bilbao</b>	36%	19%	32%
<b>Guipuzcoa</b>	37%	10,5%	30,5%
<b>Alava</b>	30%	21%	31,5%
<b>Navarra</b>	22,5% <sup>15</sup>	42% <sup>16</sup>	22,5%

Graphik 2: Selbst erstellte Graphik basierend auf Daten von „Wahlen 2009 Baskenland“ und „Wahlen 2007 Navarra“.

Vizcaya ist nach wie vor die Hochburg der PNV, der Unterschied Stadt-Land ist am Beispiel Bilbao-Vizcaya immer noch zu erkennen, in Alava ist die PNV immer noch nicht stärkste Kraft und in Navarra entfallen auf sie ein Zwölftel der Sitze einer Koalition, die insgesamt auf nur 22,5% der Wählerstimmen kommt. In Alava stellen die prospanischen Parteien PSOE, PP und UpyD mit fast 57% eine deutliche Mehrheit und in Navarra ist dies sogar noch viel stärker ausgeprägt, da hier das prospanische Pendant aus UPN, PSOE und CDN<sup>17</sup> zusammen auf fast 2/3 der Wählerstimmen kommt. Historisch bedeutend waren die Wahlen von 2009 vor allem deswegen, weil erstmals nach Ende der Franco-Diktatur die Nichtnationalisten PP und PSOE im gesamten Baskenland eine Regierungskoalition stellen konnten. Diese Wahl wurde von konservativ-nationalistischer Seite stark kritisiert und von links-nationalistischer Seite nicht anerkannt, da der politische Arm der ETA – Herri Batasuna – bzw. ihre Nachfolgeparteien auf Basis des Parteiengesetzes von 2002 an der Wahl nicht teilnehmen durften. Genauer werde ich auf diese Problematik im letzten Kapitel eingehen.

### III: Kapitel

#### Das Baskenland im Ancien Régime

<sup>15</sup> PNV tritt in Navarra als Teil einer Koalition von mehreren nationalistischen Parteien an (unter anderem mit Aralar und Eusko Alkartasuna). Die 22,5% der Stimmen entsprechen zwölf Sitzen im Parlament von Navarra, wobei einer dieser zwölf Sitze der PNV zusteht.

<sup>16</sup> Die Volkspartei trat bis zu den Wahlen 2007 nicht alleine an, sondern in Koalition mit UPN (Union del Pueblo Navarro). In der Zwischenzeit gab es eine Trennung, jedoch sind beide Parteien klar dem rechts-konservativen, spanientreuen Lager zuzurechnen.

<sup>17</sup> CDN = Convergencia de Demócratas de Navarra = Zusammenschluss Navarreser Demokraten.

Dass ein Riss durch die baskische Gesellschaft geht, sollte, ausgehend von dem vorherrschenden hohen Grad an Polarisierung der Parteien, an Hand der Wahlergebnisse deutlich geworden sein. Dies gilt genauso für heute, wie für 1936. Doch woher kommen diese radikalen Trennlinien und wo liegen die Ursprünge für den heutigen Konflikt?

Oft wird der Spanische Bürgerkrieg von 1936 und die darauf folgende Franco-Diktatur samt Unterdrückung für den heutigen Zustand im Baskenland verantwortlich gemacht, doch war Franco – übrigens selbst aus Galizien, einer heute „nationalistischen“ Region – ein Unterdrücker aller Demokraten Spaniens, und wie die Wahlen von 1936 gezeigt haben, war die baskische Bevölkerung schon vor dem Krieg in verfeindete Lager gespalten. Auch handelte es sich hier um einen Krieg, der zwar allgemein als „der Spanische Bürgerkrieg“ tituliert wird, der jedoch bloß den letzten von vielen Bürgerkriegen darstellt. Die Ursprünge des baskischen Nationalismus und der aus ihm resultierenden Forderungen nach einem souveränen Staat liegen im späten 18. und vor allem im 19. Jahrhundert. Hier fanden die großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen statt und hier traten die Liberalen gegen die Anhänger des Ancien Régimes in den drei Karlistenkriegen an – der Erste und der Dritte betrafen vor allem das Baskenland –, um Spanien politisch und wirtschaftlich wieder an Europa anzuschließen. Im Gegensatz zum katalanischen Nationalismus, welcher eine Reaktion auf die Dekadenz des Imperiums war und der vor allem nach dem so genannten Desaster von 98<sup>18</sup> eine Erneuerung durch mehr Autonomie suchte, war der baskische Nationalismus und seine Forderung nach einem unabhängigen Staat das letzte Glied einer langen Reihe von Ereignissen, welche das Leben für eine große Anzahl Menschen in den baskischen Gebieten für immer verändern sollten.

## **1) Das Baskenland bis zur französischen Revolution**

Ich habe bereits im Kapitel „Nationalismus“ die Problematik einer imaginierten Geschichte erörtert und hier finden wir ein sehr gutes Beispiel vor, denn die Literatur – in jüngster Zeit besonders von Autoren aus dem angelsächsischen Raum und deutschen Marxisten verfasst –, in der die seit Urzeiten unabhängigen Basken des Altertums und der Zeit des Ancien Régimes mystifiziert werden, ist äußerst üppig. Es wäre nicht zielführend in diesen trüben Gewässern fischen zu wollen und auf die unzähligen Legenden, Mythen und sonstigen

---

<sup>18</sup> Gemeint ist hiermit der Verlust Kubas, der Philippinen und Puerto Ricos durch die Niederlage im Spanisch-Amerikanischen Krieg von 1898, welcher besonders die katalanische Oligarchie schwer traf, da sie die größten Handelsinteressen auf Kuba hatte.

Phantasievorstellungen einzugehen, und dieses Thema auch nur annähernd komplett zu behandeln würde nicht nur den Rahmen dieser Arbeit, sondern wohl auch den einer Dissertation sprengen, doch einen kleinen Blick auf ein besonders erhellendes Beispiel möchte ich wagen, zeigt es doch sowohl die auf keinerlei Fakten beruhende nationalistische Mythenbildung bzw. Reinterpretation historischer Ereignisse den nationalistischen Erfordernissen folgend als auch die Hingabe, mit der diese Mythen immer wieder aufgewärmt und instrumentalisiert werden.

Das Beispiel, um das es sich handelt, sind die beiden Worte „Domuit Vascones“, welche „Beherrschte die Basken“ bedeuten und angeblich von allen westgotischen Königen „Spaniens“ gesagt wurden. Die konservativ-nationalistischen Basken verwenden diesen Mythos, die radikal-nationalistische Linke auch, die ETA schreibt die Worte hin und wieder in ihre politischen Schriften und international sticht derzeit Mark Kurlansky mit seinem Bestseller „*The Basque History of the World*“ (Kurlansky 1999: 44)<sup>19</sup> hervor. Der Grund, warum dieses „Beherrschte die Basken“ immer wieder erwähnt wird, ist, dass so angeblich bewiesen wird, dass die Westgoten die Basken über Jahrhunderte bekämpften und da jeder König immer wieder den Drang verspürte zu versichern, dass er sie beherrsche, sie im Grunde nie beherrscht wurden. Es soll also der Freiheitswille einerseits und der Kampf gegen ein fremdes, spanisches Königreich - früher in Form des Westgotenreichs, heute in Form des modernen Staats - andererseits bewiesen werden. Dass sich bis heute viele der Granden Spaniens auf ihre westgotischen Wurzeln berufen, hat vor allem mit einer gehörigen Portion Phantasie und Angebertum zu tun, denn nur ganz wenige Familien können ihren Stammbaum wirklich bis in das frühe 8. Jahrhundert zurückverfolgen. Kämpfe zwischen Basken und

---

<sup>19</sup> Kurlansky schießt in seinem Buch gleich im dritten Absatz des ersten Kapitels den Vogel ab, indem er erklärt, warum das Baskenland nicht Spanien sein kann, denn „Basqueland ... ends at the Ebro River, whose rich valley separates the dry red Spanish earth of Rioja from Basqueland. Basqueland looks too green to be Spain and too rugged to be France“ (Kurlansky 1999: 18). Abgesehen von der Tatsache, dass in baskisch-nationalistischen Kreisen oft auch Teile der für ihren Wein weltweit berühmten autonomen Region La Rioja zur baskischen Einflussphäre gezählt werden, könnte man meinen, dass hier die Grenze zwischen saftig grünem Paradies und der Sahelzone beschrieben wird. Wäre die Absicht nicht, - mit einem politischen Hintergedanken - von der ersten Seite an Unterschiede zu konstruieren, so könnte man über solch eine Aussage herzhaft lachen, doch zieht sich dieser Stil durch das gesamte Buch, wobei Fakten durchgehend verdreht oder wenn dies nicht möglich ist, weggelassen werden. Auf der einen Seite ist also das grüne Baskenland, welches zu grün ist, um Spanien zu sein – alleine schon die Beschaffenheit des Bodens heranzuziehen, um Menschen auseinander zu dividieren sagt einiges über die Absichten des Autors aus - und auf der anderen Seite das trockene Spanien. Nebenbei erwähnt gibt es natürlich einige sehr trockene Regionen, sogar Wüstengebiete sind vorhanden, vor allem in Almeria und Murcia, jedoch zieht sich die Grenze nicht zwischen Baskenland und Spanien, sondern zwischen Nord- und Nordwestspanien (Galizien, Asturien, Kantabrien, Baskenland) einerseits und Mittel- und Südspanien andererseits. So trivial dieses Beispiel erscheinen mag, es verdeutlicht, auf welche obskuren Ideen man teilweise kommen muss, um den angestrebten, unüberbrückbaren Unterschied zwischen Basken und Restspaniern zu konstruieren. Auch die ständigen Verweise auf in Ur- und vor allem schriftlosen Zeiten passierte Dinge, welche sehr viel mit Glauben und sehr wenig mit Wissen zu tun haben, verdeutlichen die Absichten.

Westgoten werden in vielen zeitgenössischen Quellen erwähnt – obwohl auch hier von nationalistischer Seite verschwiegen wird, dass nur ein Teil des heutigen Baskenlandes bzw. dessen, was sich Nationalisten unter dem Baskenland vorstellen, „westgotenfreie Zone“ war, denn der Großteil Alavas und Navarras war in das westgotische Königreich eingegliedert -, genauso wie sie sich Kämpfe mit den Franken lieferten. Dass die Westgoten jedoch von allen Stämmen Iberiens und auch von der römisch-iberischen Mischbevölkerung als Eindringlinge empfunden wurden – was sie ja auch waren - wird wohlweiblich unterschlagen, könnte es doch auf das problemlose Neben- und Miteinander dieser Einwohner der iberischen Halbinsel mit den Basken hinweisen.<sup>20</sup> Eine Kontinuität vom westgotischen Königreich hin zum heutigen spanischen Staat zu konstruieren entspräche jedoch nicht der Realität, denn erstens ging das Westgotenreich nach Einfall des maurischen Invasionsheeres 711 unter, zweitens betrug die Zahl der Westgoten nie mehr als ein paar Prozent an der iberischen Bevölkerung – sie bildeten die Aristokratie - und drittens wurde das moderne Spanien bzw. die Königreiche, aus denen es dann hervorgehen sollte, in jahrhundertlangen Kämpfen gegen die Mauren von Norden nach Süden zurückerobert und wiederbesiedelt, wobei diese Rückeroberung und Wiederbesiedlung von einer Mischung aller im Norden lebenden Menschen christlichen Glaubens vorangetrieben wurde und da gehörten auch Basken dazu, denn sie waren nicht nur Teil des ersten wirklichen Vorläufers eines spanischen Königreichs – des Königreichs Asturien (Sanchez-Albornoz 2004) -, sondern ihr Einfluss war später auch maßgeblich bei der Entstehung der kastilischen Sprache und des kastilischen Königreichs.

<sup>20</sup> Als die iberische Halbinsel Teil des Römischen Imperiums war, gliederten sich die Basken genauso in dieses ein, wie die anderen Stämme der Halbinsel, jedoch deutlich friedlicher. Zwar will die nationalistische Geschichtsschreibung auch zu dieser Zeit den unbändigen Freiheitsdrang der Basken erkennen und Aussagen römischer Chronisten aus der späten Krisenzeit des Weströmischen Imperiums über die Wildheit der Basken sollen das angeblich untermauern, aber überliefert sind bloß die 200 jährigen Kämpfe der Lusitaner, Asturer oder Kantabrer, um nur einige zu nennen, denn es gab zwar ein „*bellum cantabricum und auch ein bellum asturicum aber kein bellum vasconium*“ (Arce 1999: 2). In den ersten beiden Jahrhunderten nach Christus wurde die iberische Halbinsel jedoch so stark ins Imperium eingegliedert, dass so bekannte Kaiser wie Trajan oder Hadrian aus Spanien stammten. Javier Arce liefert einige Hinweise für die gute Integration der Basken ins Römische Reich und in die römische Lebensweise, hier besonders die städtischen und flachen Gebiete, und nennt sogar zwei aus Basken bestehende, in Britannien stationierte Militäreinheiten, die „*cohors I fida vardulorum civium romanorum*“ und die „*cohors II vasconum civium romanorum*“ (Arce 1999: 7). Dass die baskischen Gebiete keinerlei Problem für die Römer darstellten, sieht man daran, dass bei Einfall der germanischen Stämme zu Beginn des 5. Jahrhunderts der römische Historiker Orosius feststellte, dass der römische General Gerontius nun, im Gegensatz zu dem, was bisher Tradition war - vor allem auf Grund des nun deutlich gestiegenen Bedrohungspotentials -, nicht mehr die ansässigen baskischen Einwohner, sondern die regulären römischen Truppen die westlichen Pyrenäenübergänge absichern ließ. Hätten die Basken daher in den vorangegangenen Jahrhunderten ein Sicherheitsproblem dargestellt, hätte die römische Verwaltung ihnen nicht die Sicherung der Bergpässe und somit der wichtigen Handelsruten überlassen, wie es lange Zeit der Fall war und ausgedrückt wird durch: „*montis claustrarumque eius cura permissa est remota rusticanorum fideli et utili custodia*“ (Arce 1999: 8 u. Arce 2007: 48 u. 202). Das Verhältnis, welches über mehrere Jahrhunderte funktioniert hatte, zerbrach genauso wie das Weströmische Imperium im 5. und 6. Jahrhundert, und während die baskischen Bewohner der Städte und der flachen Gebiete sich mit den neuen Herren – den Westgoten – anfreunden konnten, kann das für die baskischen Bewohner der Gebirgsgegenden nicht gesagt werden. Konflikte mit Westgoten aus dem Süden und Franken aus dem Norden waren die Konsequenz (siehe z. B. den historischen Hintergrund des Rolandslieds).

Doch nicht nur diese durch keinerlei Quellen gestützte Konstruktion ist hier erwähnenswert, der Spruch an sich ist auch ein gutes Beispiel für Geschichtsfälschung, denn diesen Satz gab es niemals. Nationalistische Historiker der 1930er Jahre wie Bernardino de Estella in seiner „*Historia Vasca*“ (Estella de 1931: 59) oder Ramírez de Olano (Ramírez de Olano 1939: 20, zit. In Lainz 2004: 45) beziehen sich auf den altertümlichen Chronisten Isidor von Sevilla, welcher dies in seiner „*Crónica Hispalensis*“ geschrieben haben soll, doch dieses Werk existiert nicht. Es gibt auch keine weitere bis heute bekannte zeitgenössische Chronik, die „*Domuit Vascones*“ erwähnt. Der Experte der baskischen Universität Deusto für das spanische Hochmittelalter, Armando Besga, fasst dies wie folgt zusammen: „*Obwohl es unglaublich erscheint, die Wahrheit ist, dass dieser verdammte (sic!) Ausdruck ‚Domuit Vascones‘ nicht ein einziges Mal in den Quellen der Epoche der germanischen Königreiche aufscheint, was beweist, wie ein Teil der baskischen Geschichte gemacht wurde, was sich außerdem stark ausgewirkt hat*“ (Besga Marroquín 2001: 517, zit. In Lainz 2004: 51).<sup>21</sup>

Nach diesem kleinen Ausflug in die Welt der teleologischen Historiographie möchte ich die Zeit der Legenden, Mythen und vor allem mündlichen Überlieferung - und somit Spielplatz nicht verifizierbarer, jedoch intentionierter Interpretationen - verlassen und einen Sprung in die wirklich relevante Zeit machen, denn in Spanien ereignete sich genau dasselbe Phänomen wie im restlichen feudalen mittelalterlichen Europa: Es entstanden Grafschaften und Herzogtümer und im Verlauf von mehreren Jahrhunderten konnte sich ein Geschlecht dann immer stärker vom Rest der Adligen absetzen, Macht konzentrieren und letztendlich ein Königreich gründen. So entstand Frankreich, so entstand England und so entstanden auf der iberischen Halbinsel vor allem Asturien, Leon, Portugal, Navarra, Kastilien und Aragon. Kastilien konnte die baskischen Gebiete und das Königreich Navarra nach mehreren Jahrhunderten von Dynastiewechseln, Schenkungen, Erbschaften, Eheschließungen und oft auch kriegerischen Auseinandersetzungen an sich binden. Für den Großteil der Bevölkerung änderte ein dynastischer Wechsel jedoch meist nichts an den Lebensbedingungen.

Die Basken und Navarreser dürften dies, nimmt man hierfür ihr damaliges Verhalten und nicht die heutigen Vorstellungen fiktiver damaliger Gefühlswelten als Grundlage, kaum anders gesehen haben, denn im Laufe der Jahrhunderte konnten sie eine privilegierte Stellung

---

<sup>21</sup> Selbst verfasste Übersetzung aus dem spanischen Original: „Aunque parezca increíble, lo cierto es que la dichosa expresión ‚domuit vascones‘ no aparece ni una sola vez en las fuentes de la época de los reinos germánicos, lo que demuestra cómo se ha hecho una parte de la historia de los vascones, que, además, ha trascendido mucho.“

erst innerhalb des kastilischen und später des spanischen Königreichs erlangen. Dies galt sowohl für die herrschenden Adelsschichten als auch für die Landbevölkerung.

Die geographische Lage des Baskenlandes am westlichen Rand der Pyrenäen machte es genauso wie Katalonien am anderen Ende der Gebirgskette zu einem besonders wichtigen Gebiet im Königreich, denn einerseits waren die Pyrenäenpässe im Winter nicht passierbar, womit nur die beiden Ausläufer im Osten und im Westen als Landhandelswege nach Frankreich blieben, andererseits war es notwendig diese Gebiete besonders gut zu sichern, da sie vor dem Eindringen des ewigen Feindes aus dem Norden schützen mussten. Diese besondere Wichtigkeit konnten die Basken zu ihren Gunsten nutzen und auch die Tatsache, dass sie sich - im Gegensatz zu den Katalanen - an entscheidenden Punkten der spanischen Geschichte immer auf die Seite des späteren Siegers schlugen, brachte ihnen unvergleichliche Sonderrechte ein. Die große Mehrheit der baskischen Aristokratie kämpfte in allen kastilischen Bürgerkriegen zwischen dem 14. und dem 18. Jahrhundert auf der „richtigen“, siegreichen Seite (Suárez-Zuloaga 2007: 20f.).

Dies betraf z. B. die Ayalas und Mendozas, welche Heinrich von Trastámara zum Sieg über König Pedro I. verhalfen, oder die frühe Anerkennung von Isabella der Katholischen als Herrin von Vizcaya und ihre Unterstützung im Krieg gegen Juana la Beltraneja. Ab 1512 spielten die baskischen Milizen eine entscheidende Rolle beim kastilischen Sieg über die navarresische d'Albret-Dynastie, wobei die navarreser Institutionen von der kastilischen Krone genauso respektiert und beibehalten wurden wie schon zuvor im baskischen Fall. Auch wurde Karl I. von den baskischen Deputationen zwischen 1520 und 1522 im Krieg gegen die kastilischen Städte - dem sogenannten Comuneros-Aufstand – unterstützt.

### **Exkurs: Eingliederung Navarras, Alavas, Guipuzcoas und Vizcayas in das Königreich Kastilien**

Das interessanteste Beispiel für den Einsatz der baskischen Truppen auf Seiten Kastiliens gibt ironischerweise Navarra ab, dessen endgültige Eingliederung ins Königreich Kastilien oder besser gesagt in das Herrschaftsgebiet Ferdinands II. bis heute von baskisch-nationalistischer

Seite allen historischen Fakten entgegen als das Ende der navarreser und somit auch baskischen Freiheiten dargestellt wird (Lainz 2004: 166 ff.).

Dagegen sprechen folgende drei Punkte:

Erstens handelte es sich bei diesem Konflikt um einen dynastischen. War das gesamte Mittelalter geprägt von dynastischen Wechseln, welche einmal auf Krieg, dann wieder auf Erbschaft oder auch zur Abwechslung auf Heirat beruhten, so war Navarra hier keine Ausnahme. König Sancho III. von Navarra bietet hierfür ein gutes Beispiel. Durch die Ermordung seines Schwiegervaters fiel Kastilien 1027 an ihn, ebenso Aragon fiel durch das Aussterben des herrschenden Grafengeschlechts. Bei seinem Tod wurde sein Sohn Ramiro König von Aragon, sein Sohn Ferdinand König von Kastilien und Leon und sein Sohn Garcia III. Sanchez König von Navarra. Ironischerweise wurde Navarra fünfhundert Jahre später von Ferdinand II., der König von Kastilien und König von Aragon war, erobert. Die Königreiche, die aus der navarresischen Königsdynastie hervorgegangen waren eroberten im Grunde ihren Ursprung wieder. All dies beruhte, wie erwähnt, auf dynastischen Spaltungen, Eroberungen, Erbschaften oder Eheschließungen. Den einfachen Bewohnern dieser Gebiete heute im nachhinein ein „nationales Bewusstsein“ für die einen oder anderen Adligen und ihre Anhängerschaft zu unterstellen, kann nur propagandistischen Zwecken dienen, entbehrt jedoch jeglicher Grundlage. Besonders im Mittelalter war Krieg das Privileg einer Kaste, die keinerlei Rücksicht auf die Interessen der gemeinen Landbevölkerung nahm. Im besten Fall konnten sich, aus welchen Gründen auch immer, die Interessen der beiden Gruppen decken.

Zweitens war Navarra in zwei Lager gespalten, die Agramonteses und die Beaumonteses, wobei letztere Kastilien als Verbündeten sahen und zusammen mit ihm gegen die Agramonteses und Frankreich kämpften. Am 25. Juli 1512 marschierte für Kastilien der Herzog von Alba mit seinen Truppen ohne jeglichen Widerstand in Pamplona ein. Die baskisch-nationalistische Geschichtsschreibung unterstellt nun den Navarresern als gesamtem Volk, die französischen Rückeroberungsversuche der Jahre 1512, 1516 und 1521 unterstützt zu haben, vor allem da die Franzosen ja bloß Navarra seinem ursprünglichen Königshaus zurückgeben hätten wollen, um selbstlos die navarreser Unabhängigkeit wiederherzustellen. Die französischen Versuche das südliche Navarra zurückzuerobern scheiterten. Die französisch-agramontesischen Truppen, angeführt von Johann d'Albret und dem späteren König Franz I. von Frankreich konnten Pamplona nach dreiwöchiger Belagerung nicht einnehmen. Verteidigt wurde die Stadt von den Truppen des Herzogs von Alba: Kastiliern,

Basken aus den drei Provinzen Vizcaya, Guipuzcoa und Alava und vor allem beaumonteser Navarreser. Dies spricht - neben der abstrusen Behauptung, der französische Hochadel hätte Krieg für die Unabhängigkeit eines fremden Volkes geführt - gegen die These der gewaltsamen Eroberung des südlichen Teils Navarras durch Kastilien gegen den Willen der einheimischen Bevölkerung, da diese einheimische Bevölkerung an der Seite Kastiliens und der mit diesem verbündeten baskischen Truppen kämpfte. Selbst wenn die durch nichts belegbare Behauptung, alle Navarreser seien gegen Kastilien gewesen, stimmen würde, bliebe immer noch die entscheidende Rolle der baskischen Truppen an der Seite Kastiliens und dies würde, geht man, wie die heutigen baskischen Nationalisten es tun, von einer einheitlichen baskisch-navarreser Nation aus, den Konflikt zu einem Bürgerkrieg machen und somit die imaginierte Verbindung Navarras mit dem Baskenland ad absurdum führen.

Selbiges hatte sich 150 Jahre vorher, als 1378 Truppen der drei baskischen Provinzen in Navarra einmarschiert waren abgespielt, angeführt vom kastilischen Infanten Don Juan.

Ein Baske des 16. Jahrhunderts, der aus Guipuzcoa stammende Historiker Esteban de Garibay, schreibt in der Chronik über Alfons XI. über die Zeit der baskisch-navarresischen Verbindung, dass die Guipuzcoaner zurück zu Kastilien wollten, wegen „*Übergriffen seitens der Könige von Navarra*“ (Lainz 2004: 59)<sup>22</sup>

Der dritte Punkt, der gegen die baskisch-nationalistischen Behauptungen spricht, ist, dass die Cortes<sup>23</sup> von Pamplona am 23. März 1513 Ferdinand von Kastilien und Aragon als König von Navarra anerkannten und proklamierten. Navarra wurde nicht in das Königreich Kastilien eingegliedert, sondern behielt den Status als Königreich, seine eigenen Gesetze und seine Institutionen inklusive der Cortes.

Auch bei den drei baskischen Provinzen stellt sich die Frage nach der Eingliederung ins kastilische Königreich. Die nationalistische Geschichtsschreibung geht von Unfreiwilligkeit aus, doch lassen die historisch belegbaren Fakten im Falle Alavas und Vizcayas vom Gegenteil ausgehen und im Falle Guipuzcoas sprechen zumindest die Indizien dagegen (Suárez-Zuloaga 2007: 26ff.).

Alavas Vereinigung mit Kastilien geht auf Fernán González zurück, da er sowohl Graf von Alava als auch erster unabhängiger Graf von Kastilien war. Von da an wechselte der Besitz an

---

<sup>22</sup> Auch dies stellt für die nationalistische Seite heute kein Problem dar, denn man unterstellt de Garibay einfach persönliche Interessen - natürlich ohne diese genau zu präzisieren -, welche bei Kastilien gelegen haben sollen, und meint damit ihn und seine Aussage diskreditieren zu können.

<sup>23</sup> Stände.

Alava des öfteren zwischen Navarra und Kastilien, bis 1199 die Hauptstadt Vitoria endgültig an Alfons VII. von Kastilien fiel, woraufhin die navarresische Krone dies anerkannte und auch noch die Grafschaft Treviño abtrat. Unterstützt wurde er hierbei größtenteils von vizcainischen Truppen. Da die Zugehörigkeit zu Kastilien positive Auswirkungen gehabt haben dürfte, beschloss die Bruderschaft von Arriaga - ein Zusammenschluss der alavesischen Adeligen - 1332 dem König von Kastilien die Auflösung der Bruderschaft anzubieten, um im Gegenzug die Bestätigung und weitere Anerkennung der Sonderrechte für Alava vom kastilischen König zu erreichen, wozu es auch kam. Spätestens im dritten Krieg um Navarra 1521 bewiesen die Alaveser dem kastilischen König ihre Treue, da sie für ihn die französischen Truppen bei Noain besiegten.

Guipuzcoa wurde ein Jahr nach Alava Teil Kastiliens und hier fehlt in den Chroniken jeglicher Hinweis auf eine Schlacht, womit davon auszugehen ist, dass keine stattgefunden haben dürfte. Worüber es Niederschriften gibt, ist jedoch die Verpflichtung König Alfons VIII. von Kastilien, die Fueros und die Bräuche Guipuzcoas zu respektieren. Auch in diesem Fall beweisen einige spätere Schlachten, dass die Gipuzkoaner die kastilische Krone verteidigten, denn sowohl 1321, als sie die navarresischen Truppen im Beotibar-Tal schlugen, als auch 1512, als sie die bereits erwähnten französisch-agramontesischen Truppen bei Belate besiegten, zeigten sie klar ihre Treue.

Diese Schlacht von Belate liefert ein weiteres Beispiel für das Zurechtbiegen der Geschichte. Das heutige Wappen von Guipuzcoa (Annex 4) unterscheidet sich deutlich von dem alten (Annex 5), welches von 1513 bis 1979 verwendet wurde (Guipuzcoa, Juntas Generales<sup>24</sup>), es fehlen nämlich die 12 Kanonen und der König. Diese 12 Kanonen wurden von den Guipuzcoanern in der Schlacht von Belate gegen die französisch-agramontesischen Truppen erobert, einer von so vielen Schlachten, die sie für und mit Kastilien austrugen, und als Privileg wurde ihnen von der Tochter Ferdinands II., Juana von Kastilien, erlaubt, diese 12 Kanonen in das offizielle Wappen aufzunehmen. In den 1930er Jahren wurde erstmals versucht das Wappen zu ändern und 1979 gelang dies dann auch, denn nichts sollte heute daran erinnern, dass Guipuzcoa an der Seite Kastiliens über die Jahrhunderte hinweg in die Schlachten gezogen war und dass die Verbindung Guipuzcoa-Kastilien viel stärker war als die Verbindung Guipuzcoa-Navarra, so wie dies der Guipuzcoanische Historiker Esteban de Garibay in dem bereits zitierten Satz im 16. Jahrhundert formulierte. Auch musste der König

---

<sup>24</sup> Junta = Ausschuss, Versammlung, in diesem Fall Generalversammlung.

aus dem Wappen genommen werden, handelte es sich doch um den kastilischen König - unklar ist nur, ob Alfons VIII. oder Heinrich IV. - und auch das passt nicht in das heutige offizielle Geschichtsverständnis.

Vizcaya fiel als letzte der drei baskischen Provinzen an Kastilien, wobei es sich in diesem Fall um eine Schenkung handelte. 1371 schenkte die Herrin dieses Gebiets – Doña Juana Manuel, Mitregentin von Kastilien - ihrem Sohn, dem Infanten Juan, Vizcaya, wobei auch hier Voraussetzung war, die alten Rechte zu beschwören und zu respektieren.

Der aus Bilbao stammende Historiker und Jurist Gregorio Balparda, der von 1906 bis 1907 Bürgermeister der Stadt war, schrieb über den Ursprung Vizcayas: *„Seit dem man ab Anfang des 11. Jahrhunderts beginnt eine Idee von Vizcaya zu haben (was man über vorherige Zeiten sagt ist das Lügen der Sterne), hat es niemals ein anderes politisches, internationales, juristisches, künstlerisches, soziales, wissenschaftliches oder religiöses Leben gegeben, als das von Kastilien, sogar in Zeiten weit vor der Errichtung der nationalen Einheit.“* (Balparda de 1909, zit. In Lainz 2004: 57).<sup>25</sup>

Um nun nach diesem kurzen Exkurs in die kastilisch-baskisch-navarresischen Beziehungen zu den drei baskischen Provinzen zurückzukehren, so gilt es festzuhalten, dass sich für die baskischen Adligen die Chance bot, die höchsten und wichtigsten Ämter in der königlichen Verwaltung und auch im Militär zu bekleiden. Obwohl die Basken bloß 3% der spanischen Bevölkerung stellten, besetzten sie am Ende der Trastámara Dynastie zu Beginn des 16. Jahrhunderts ca. 20% der hohen Verwaltungsposten (Suárez-Zuloaga 2007: 66ff.). Als zwischen Ferdinands II. von Aragon Tod und Karls Inthronisierung als König Karl I. der Großinquisitor Kardinal Cisneros das Land regierte, betrug der Anteil baskischer Sekretäre (mit heutigen Ministern vergleichbar) 100%. Obwohl mit dem Hause Habsburg auch die Verwaltung zahlenmäßig verdoppelt wurde, pendelte sich der Anteil baskischer Sekretäre bei ca. 40% ein. Der Wechsel zum Hause Bourbon änderte daran nichts, denn unter Phillip V. besetzten Basken ca. 60% der obersten Verwaltungsposten.

Von 1500 bis zum sogenannten „Sexenio“, den sechs liberalen Jahren von 1868 bis 1874, sollten baskische Adelige die größte Anzahl hoher Ämter in Spanien bekleiden und somit die Geschicke der Monarchie entscheidend mitgestalten. Ein Vergleich zwischen allen spanischen

---

<sup>25</sup> Selbst verfasste Übersetzung aus dem spanischen Original: *„Desde que a principios del siglo XI empieza a tenerse alguna idea de Vizcaya (lo que se diga de tiempos anteriores es el mentir de las estrellas), no ha vivido jamás otra vida política, internacional, jurídica, artística, social, científica ni religiosa que la de Castilla aun en épocas muy anteriores a la constitución de la unidad nacional.“*

Regionen zeigt, dass Basken bis zum Ende der Regierungszeit Ferdinands VII. 1833 die meisten Ministerposten bekleideten. Unter seiner liberalen Tochter Isabella II. waren sie noch Zweite. Erst das liberale Sexenio brachte den Fall auf den elften Rang, dann blieb es beim zehnten Rang bei den ebenfalls liberalen Alfons XII. und XIII. In der Zweiten Republik belegten sie den achten Rang, ein deutlicher Sprung nach vorne im internen Regionen-Ranking gelang erst wieder während der Franco-Diktatur, als sie den dritten Platz belegen konnten.

Es lässt sich also bereits der Schluss ziehen, dass je konservativer - im Idealfall erzkatholisch und absolutistisch - ein Monarch oder eine Regierung war, desto höher wurde die Zahl baskischer Adelige in den höchsten Ämtern der Monarchie. Waren hingegen - vor allem ab dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts - Liberale an der Macht, so sank ihre Zahl rapide, blieb jedoch trotzdem über der, die einer Region mit bloß 3% der Gesamtbevölkerung normalerweise zufallen würde.

Dass der baskische Hochadel zu den größten Verfechtern und Verteidigern der spanischen Monarchie zählte, kann daher sehr leicht nachvollzogen werden. Doch auch der niedrige Adel und selbst die Landbevölkerung identifizierten sich vollends mit der spanischen Monarchie, denn auch sie hatten eine privilegierte Stellung. Das Zauberwort lautet „Fueros“, und diese Foralrechte standen für baskische und navarresische Sonderrechte, die auf altes Gewohnheitsrecht zurückzuführen waren und auf deren Einhaltung ein neuer König stets schwören musste.

Diese Privilegierung bestand aus drei Hauptaspekten: der „hidalguía universal“, womit der, im Verhältnis zur Bevölkerung Restspaniens, Adelsstatus der gesamten baskischen Bevölkerung gemeint ist, einer Steuerautonomie und der Befreiung vom Militärdienst für Einsätze außerhalb der foralen Gebiete (Suárez-Zuloaga 2007: 68).

Die Hidalguía Universal wurde vor allem aus zwei Gründen gewährt. Erstens wegen der strategisch wichtigen Lage und zweitens wegen der treuen Dienste für die Krone. Hierzu gibt es jedoch zwei Aspekte, die heute noch relevant zu sein scheinen. Die Privilegierung nach außen wird in heutigen nationalistischen Kreisen mit Gleichheit aller Basken im Innenverhältnis verwechselt, was jedoch ein Irrglaube ist, da innerhalb der baskischen Gesellschaft keineswegs alle Menschen von gleichem Rang waren. Diese Sonderstellung galt

eben nur nach außen. Im Innenverhältnis gab es Hocharistokratie, niederen Adel, ab der Neuzeit städtisches Bürgertum und vor allem eine große Menge an ländlicher Bevölkerung, die den Adligen für die Nutzung des Bodens Abgaben leisten musste. Doch gerade in Zeiten der Globalisierung wirkt diese imaginierte Gleichheit, genauso wie zu Ende des 19. Jahrhunderts auf Grund des angebrochenen Industriezeitalters, für viele Menschen sehr anziehend und sie wird daher mystifiziert und beschworen. Ein zweiter Aspekt ist die Frage, was zuerst vorhanden war. Beruht die *Hidalguía* auf den geleisteten Diensten und ist sie somit genauso wie die anderen Sonderrechte ein vom König verliehenes Privileg, oder war die *Hidalguía* bereits vorher vorhanden und bestand gemeinsam mit allen anderen Sonderrechten schon vor den Diensten für die kastilische Krone. Letzteres wird von nationalistischer Seite vertreten und soll die damalige Unabhängigkeit beweisen, denn diese Rechte wären von niemandem verliehen worden und bestünden schon seit Menschengedenken.

Im Falle von Vizcaya kann dies sehr genau beantwortet werden, da im alten *Fuero* von 1452 nur die Adligen berücksichtigt waren, nicht jedoch die Stadt- oder Dorfbewohner.

Erst der kastilische König Karl I. weitete 1527 den Sonderstatus des *Fuero* auf alle Bewohner Vizcayas aus (Lainz 2004: 119).

Die historische Sonderstellung, die baskische Nationalisten aus den *Fueros* ableiten glauben zu können, ist jedoch keineswegs so einzigartig. Im mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Europa gab es über den ganzen Kontinent hinweg privilegierte Bevölkerungsgruppen. Der Sonderstatus des Adels in Bezug auf Steuerleistungen, standesgemäße Hinrichtungsarten bei verurteilten Verbrechern oder eigene Gesetzgebung – dies galt für den Adel allgemein, jedoch hatten manche Häuser des Hochadels noch weiter reichende Privilegien – ist eines der Charakteristika der feudalen Gesellschaft. Aber auch Städte und Universitäten hatten einen Sonderstatus, der sie von der gemeinen Landbevölkerung distinguierte. So gesehen sind einerseits die baskischen Sonderrechte typisch für das Mittelalter, andererseits streichen sie die besondere Bevorzugung erst durch die kastilische und danach durch die spanische Monarchie heraus, denn diese Sonderrechte galten nicht bloß für Adel, Städte oder Universitäten wie im restlichen Europa, sondern spätestens ab der vollständigen Eingliederung in das Königreich Kastilien und den unverzichtbaren Kriegsdiensten des 16. Jahrhunderts zu Gunsten Ferdinands II. und Karls I. für alle Basken.

## **2) Baskische Partikularismen**

Bezeichnend für die Sonderstellung der baskischen Gebiete waren zweifelsfrei die *Fueros*. Doch neben den *Fueros* gab es noch weitere Merkmale, die das Baskenland so einzigartig machten und immer noch machen und die vom ehemaligen baskischen Dekan der wirtschafts- und soziologischen Fakultät der Universidad Europea de Madrid, Igancio Suárez-Zuloaga, herausgearbeitet wurden (Suárez-Zuloaga 2007).

Obwohl sich die drei Regionen immer als eigenständig sahen und vor allem ein größerer Unterschied zwischen Alava auf der einen und Vizcaya und Guipuzcoa auf der anderen Seite festzustellen war und ist, gab es eine Verbindung, die am besten mit „*irurac bat*“ (Drei in einem) ausgedrückt wird. Die politische Kraft Vitorias, der Hauptstadt Alavas, war viel größer als die der Hauptstädte der anderen beiden Regionen. In Vizcaya und Guipuzcoa konnte der Landadel – „*jauntxos*“ genannt - seine dominante Stellung gegenüber der städtischen Aristokratie das gesamte Mittelalter hindurch behaupten und auch in der Neuzeit verschwand dieser Kampf nicht, wandelte sich jedoch vor allem mit der neu entstehenden Oligarchie Bilbaos und San Sebastians in einen wirtschaftlichen. Was sowohl Stadt und Landbevölkerung als auch Alava auf der einen und Vizcaya und Guipuzcoa auf der anderen Seite verband, war eben dieses Wissen um die Vorteile des „Drei in einem“. Die Vorteile der *Fueros* wurden klar gesehen und somit galt es als oberste Priorität diese zu verteidigen bzw. durch gemeinsames - heute würde man sagen - Lobbying weitere Vorteile zu erreichen, und dies schweißte alle in den baskischen Regionen zusammen und ließ ein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen, das so z. B. nie zwischen den neben dem Baskenland gelegenen Regionen Asturien und Kantabrien entstanden ist.

Zwischen dem 14. und dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts war das Baskenland eine arme Gegend, ein Umstand, der mitverantwortlich für die vielen baskischen Emigranten war. Manche emigrierten in die spanischen Überseekolonien, viele jedoch gingen nach Kastilien, wo sie auf Grund ihres Adelsstatus hohe Positionen in Militär und Verwaltung einnehmen konnten. Die Armut des Baskenlandes hing ironischerweise auch mit der Steuerbefreiung zusammen, denn Steuern wurden damals in Spanien nicht an den baskisch-französischen Grenzübergängen oder in den baskischen Häfen eingehoben, sondern erst im Landesinneren an den Grenzen zu Kastilien oder Kantabrien. In einer Zeit, als die merkantilistischen Zölle die einheimische Produktion schützen sollten, mussten die baskischen Produzenten mit ausländischer Konkurrenz, deren Produktivität deutlich höher war, am restspanischen Markt konkurrieren. Dass dies nicht gelang, war ein Grund für die wirtschaftliche Schwäche, ein

anderer war die geringe Bedeutung des innerbaskischen Marktes. Erst ab 1841 sollte sich dies ändern, da ab diesem Zeitpunkt die Zölle an der Küste und an der Grenze zu Frankreich eingehoben wurden. Fast alle Fabriken Guipuzcoas stammen daher auch aus der Zeit ab 1842 (Suárez-Zuloaga 2007: 36). Eine weitere Konsequenz der Steuerbefreiung bzw. Nichteinhebung an den Außengrenzen des Baskenlandes waren die im Vergleich zu Restspanien niedrigen Preise für Weizen und Wein. Dies betraf faktisch vor allem Vizcaya und Guipuzcoa, da sie im Gegensatz zu Alava keine nennenswerte Produktion hatten und diese Güter importieren mussten. Die Konsequenz war jedoch, dass die Menschen in den beiden Küstenregionen ihre Grundnahrungsmittel billiger bekamen als in Restspanien, diesen Umstand mit der Steuerbefreiung und somit den Fuegos verbanden und so eine hohe Identifikation des Volkes mit dem Fuegos-System entstand.

Eine weitere Konsequenz der Fuegos war, zumindest im Vergleich zum restlichen Spanien, die Existenz von eigenen Verwaltungsbeamten. Die Anwesenheit vor Ort bedeutete eine wesentlich effizientere Verwaltung als es in Gebieten der Fall war, die direkt von Madrid aus verwaltet wurden. Wenn man sich dann noch die Kommunikationsschwierigkeiten des 16. oder 17. Jahrhunderts vor Augen hält, muss der Unterschied enorm gewesen sein. Auch dies bewirkte eine Identifikation mit der Verwaltung und somit den Fuegos und diese wurde besonders stark, als sich die örtlichen Verwaltungsbeamten in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gegen die Zentralisierung der Verwaltung durch Madrid stellten. Diese Verwaltungsreformen waren typisch für die Zeit des aufgeklärten Absolutismus und wurden auch in Preußen und Österreich durchgeführt. Der Abwehrkampf der regionalen Beamenschaft gegen diese Verwaltungszentralisierung, welche als Machtverlust aufgefasst wurde, kam bei der Bevölkerung sehr gut an und war ein weiteres Mosaiksteinchen in der speziellen Beziehung der baskischen Bevölkerung zu den Fuegos. Doch wie bereits erwähnt, gab es innerhalb der baskischen Gesellschaft große Unterschiede, auch wenn dies von nationalistischer Seite heute verklärt oder besser gesagt geleugnet wird. Identifizierten sich die einfachen Menschen mit dem von Kastilien gewährten foralen System, so bewirkten die gemeinsamen Interessen der Krone, des Klerus und der baskischen Aristokratie die stärkste Bindung der baskischen Gebiete an Kastilien bzw. Spanien. Die Landbevölkerung hatte ebenso wenig Zugang zu den Posten der baskischen Institutionen wie die Fischer oder das Bürgertum. Die Aristokraten dominierten nicht nur die Verwaltung und sonstigen Institutionen und somit die Festlegung der baskischen Spenden an die Krone, sondern sie

waren auch die Besitzer des größten Teils der Ländereien, des Viehs, der Schiffe und der für das Baskenland so typischen Eisenhütten.

Die Spenden, Steuern durften ja keine eingehoben werden, die die Krone verlangte, mussten von der jeweiligen „Junta“ bewilligt werden. Es war daher für die Bewohner einer Gemeinde enorm wichtig, dass ihr Vertreter in der Junta gut für sie verhandelte, da dort auch die Lastenverteilung beschlossen wurde. In den jeweiligen Rathäusern wurde dann die Verteilung der Geldmenge auf die einzelnen Mitglieder der Gemeinde beschlossen. Für die aristokratischen Mitglieder der Junta war dies eine besonders profitable Situation, denn die Geldmenge, die im Endeffekt von allen Gemeindemitgliedern aufgebracht werden musste bedeutete für sie kein finanzielles Problem, jedoch brachte ihnen der Umstand, dass sie die „Lorbeeren“ für den aufgebrachten Betrag vor dem König einstreifen konnten, auf lange Sicht gesehen immer Vorteile.

Mitglieder in den Juntas oder den Gemeindevertretungen waren jedoch nicht die normalen Landbewohner, denn es gab neben der Voraussetzung von einer nicht unerheblichen Menge an Besitz drei weitere Kriterien, um in einer Gemeindevertretung oder Junta aufgenommen zu werden (Suárez-Zuloaga 2007: 40): Legale Niederlassung, guter Name (dies bedeutete Teil einer noblen Familie zu sein) und die Fertigkeit Kastilisch reden und schreiben zu können. Genaue Zahlen über Analphabetismus gibt es nicht, jedoch kann angenommen werden, dass ein baskischer Fischer oder Bauer des Mittelalters und der frühen Neuzeit genauso wenig lesen und schreiben konnte wie ein französischer, englischer oder deutscher. Nur wenige erfüllten diese Voraussetzungen und genau dies entkräftet die nationalistischen Mythen der baskischen Gleichheit und der allgemeinen Nobilität im Innenverhältnis. Ein System, bei dem die meisten Bewohner von den Entscheidungsgremien faktisch ausgeschlossen sind, kann keinesfalls als egalitär bezeichnet werden und genauso gilt dies für den Adelsstatus aller, denn gibt es ein System, das die meisten faktisch ausschließt und ist ein Bestandteil der Beteiligungserfordernisse die Nobilität, so kann davon ausgegangen werden, dass eben nur ein kleiner Teil der Bevölkerung blauen Bluts war. Genauso zeigt dies, dass der Adelsstatus, den die Basken genießen durften, nur außerhalb des Baskenlandes galt und somit im Außenverhältnis relevant war. Sie hatten daher nicht den Sonderstatus der *Fueros*, weil sie alle adelig waren, sondern galten alle als adelig, weil sie den Sonderstatus hatten und dies ist ein entscheidender Unterschied, dekonstruiert er nämlich den bereits erwähnten Mythos.

Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher durch diese Aufnahmekriterien thematisiert wird, ist die Sprache. Auch hier gilt in nationalistischen Kreisen, dass es einen jahrhundertealten Krieg von außen gegen die baskische Sprache gegeben habe, doch der wirkliche Angriff kam von innen, denn nicht nur eine Karriere in der Verwaltung der Krone oder beim Militär setzte das Beherrschen des Kastilischen voraus, sondern dies war auch nötig um Handel zu treiben oder sich in den Kolonien niederzulassen und auch innerhalb des Baskenlandes musste man diese Sprache sprechen, lesen und schreiben können, um in einflußreiche Positionen aufzusteigen. Nicht so sehr die Landbevölkerung, jedoch umso mehr die aufstrebenden städtischen Schichten der Neuzeit taten daher alles, um ihre Kinder in kastilischer Sprache zu erziehen und ihnen somit die bestmöglichen Zukunftschancen zu sichern. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Katalonien<sup>26</sup>.

Neben der politischen Verbindung der baskischen Gebiete mit Kastilien bildet auch die Sprache eine Verbindung, denn Kastilisch wäre ohne Einfluss des Baskischen nicht in seiner jetzigen Form entstanden, da es aus einem vulgärlateinischen Dialekt in der Grenzregion von Vizcaya, Alava, La Rioja und Burgos entstand.<sup>27</sup>

Sprache kann ein Kommunikationsmittel, jedoch auch eine Waffe sein. Möchte ich Menschen vom politischen Leben ausschließen oder ihnen eine Identität aufzwingen, so eignet sich die Sprache bestens dazu. Die Ironie in diesem Fall, oder man müsste schon fast Zynismus sagen, ist, dass im Baskenland Sprache seit jeher als Mittel der sozialen Kontrolle eingesetzt wird, bloß dass sich heute das Blatt gedreht hat. Diejenigen, die sich dies zunutze machen, sind jedoch die Gleichen geblieben. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten hatten, wie im Fall der Mitgliedschaftskriterien der Juntas gezeigt, Sprache schon vor Jahrhunderten für ihre Zwecke politisch instrumentalisiert. War es damals die kastilische Sprache, die von ihnen benutzt wurde, so sollte es im Zeitalter des Nationalismus die baskische werden, da es im Gegensatz zu früher dann eben diese war, die ihren Interessen dienlich sein konnte, um die Ende des 19. Jahrhunderts ins Baskenland strömenden Massen an Industrieproletariat aus dem übrigen Spanien, die natürlich nicht baskisch beherrschten, auszuschließen.

---

<sup>26</sup> Jesús Laínz gibt einen kleinen Einblick in den besonderen Status, den Basken und Navarreser in der Kolonialverwaltung hatten, und zählt einige der wichtigsten Vertreter der Krone. Er kommt dabei auf 18 Vizekönige oder Gouverneure. Die privilegierte Position in den Kolonialverwaltungen und der Oligarchie lässt sich auch an der hohen Zahl der Staatspräsidenten in den späteren unabhängigen Republiken ersehen, die baskischen Ursprungs waren: 10 in Chile und da ist Augusto Pinochet Ugarte noch nicht einmal mit eingerechnet, 5 in Argentinien, 6 in Mexiko, 5 in Paraguay, Positionen die nur erreichbar waren, wenn man zu den obersten Kreisen der Gesellschaft, Wirtschaft und oft auch des Militärs gehörte (Laínz 2004: 148f.).

<sup>27</sup> In den Emilianischen Glossen scheinen erstmals sowohl das damals neue Kastilisch als auch das Jahrtausendealte Baskisch schriftlich nebeneinander auf.

Bezeichnenderweise entstand Ende des 19. Jahrhunderts der baskische Nationalismus in Vizcaya, damals vor allem auf Rasse fixiert, im 20. Jahrhundert jedoch auf der baskischen Sprache und Kultur als Distinktionskriterium aufbauend. Genau diese vizcainischen Kreise setzten 1613 die kastilische Sprache ein, um die Kontrolle über die Institutionen zu behalten, denn sie argumentierten, dass man mit Menschen, die die Sprache nicht beherrschen, nicht diskutieren könne. Somit konnten sie die nicht des Kastilischen mächtige Landbevölkerung von der Junta von Gernika ausschliessen (Suárez-Zuloaga 2007: 48f.). Ein weiterer „Beweis“ für die alte Tradition baskischen Egalitarismus’ und der Liebe zur baskischen Sprache durch die herrschenden Schichten.

Die Aristokratie stellte auch den größten Teil des Klerus, wobei hier wieder eine baskische Eigenheit zum Tragen kommt. Nicht die Bischöfe, sondern die lokalen Aristokraten, welche auch die Kirchen bauen ließen, setzten faktisch die Priester ein. Diese Priester waren in vielen Fällen die zweitgeborenen Söhne oder enge Vertraute. Somit kontrollierte der lokale Adel nicht nur über die Institutionen und die wirtschaftlichen Abhängigkeiten die große Masse der Bevölkerung, sondern auch noch über die mit ihm verwandten oder eng an ihn gebundenen Dorfpriester, welche über die Jahrhunderte politisch immer wieder aktiv wurden. Vergleichbar ist das politische Engagement der baskischen Priester wohl mit dem der Tiroler zu Zeiten Andreas Hofers und in beiden Fällen sorgten die das alte System bedrohenden jakobinischen und später die von Napoleon ins Land getragenen Ideen der Französischen Revolution für Radikalisierung und Abwehrkampf.

Ein gutes Beispiel für die Verbindungen des baskischen Klerus zur Politik, in diesem Fall zur Krone, bieten die Jesuiten. Vom baskischen Adligen Ignatius von Loyola gegründet, bildeten die Jesuiten die Speerspitze der Gegenreformation, welche unter Karl I. und Phillip II. von Spanien aus betrieben wurde, was zeigt, wie gut sich baskischer Adel bzw. Klerus mit der spanischen Krone verstand, so lange sie erzkatholisch war. Mit dem dynastischen Wechsel zu den Bourbonen verschlechterte sich dieses Verhältnis jedoch und gipfelte im Verbot des Jesuitenordens 1767 durch Karl III. Die Jesuiten sollten jedoch noch einmal deutlich in die Politik eingreifen, und zwar in den Anfangsjahren der ETA, die massiv Infrastrukturen und Hilfe der Jesuiten in Anspruch nahm, doch davon Genaueres in Kapitel V.

Die absolute Kontrolle über den baskischen Klerus durch die lokale Aristokratie hatte auch einen weiteren Grund. Die Bischöfe residierten in Pamplona, Burgos oder Santander und das Fuero von Vizcaya verbot es den Bischöfen ausdrücklich das Territorium, für das sie zuständig waren, zu betreten. Erst 1862 sollte es den ersten Bischofssitz im Baskenland geben, nämlich in Vitoria; in San Sebastian und Bilbao sollten erst unter Franco Bischöfe ihren Sitz bekommen.

#### IV. Kapitel

#### **Ursachen des Konflikts**

Wie das vorherige Kapitel deutlich zeigt, war es nicht nur über die Jahrhunderte im Interesse der Basken, zuerst Teil Kastiliens und später Teil des spanischen Imperiums zu sein, sondern sie haben dieses Königreich auch sehr stark mitgestaltet. Baskisch nationalistische

Geschichtsschreibung<sup>28</sup> und auch die der „spanischen Rechten“ versuchen ex post den Basken von damals und ihren Taten je nach eigener ideologischer Überzeugung Motive anzudichten, die nichts mit der Realität zu tun hatten. Es gab zwar immer das Wissen um die kulturelle Unterschiedlichkeit, aber keinesfalls den Wunsch nicht dem Königreich anzugehören. Genausowenig kann man ihnen jedoch im Ancien Régime eine unbändige Liebe Spaniens gegenüber unterstellen, wie es die Rechte tut. Sie kann sich zwar auf unzählige „Beweise“ in Form von Liedern und Gedichten meist baskischer Offiziere und Soldaten in Diensten Kastiliens bzw. Spaniens berufen, jedoch müssen diese als das gesehen werden, was sie waren, nämlich nicht die vollkommene Identifikation mit Spanien per se, sondern mit dem Spanien, das ihnen ihre Sonderstellung ermöglichte, dem Spanien, in dem sie nicht nur besser gestellt waren als der Rest des Landes, sondern das auch vollständig mit ihren katholisch-konservativen Vorstellungen übereinstimmte, sprich dem Spanien des Ancien Régimes, dem absolutistischen Spanien.

Heute kann man eines sicher nicht wegdiskutieren, nämlich dass es einen Konflikt gibt. Zwar handelt es sich, wie bereits deutlich aufgezeigt, um einen Konflikt, der mitten durch die baskische Gesellschaft geht, doch wo und wann kam es zu diesem Bruch?

Simplifizierende Darstellungen, immer auch einer bestimmten Ideologie folgend, setzen den Beginn mit der ersten Abschaffung der Fueros 1841 nach dem ersten Karlistenkrieg an oder spätestens 1876 mit der endgültigen Abschaffung der Fueros und voll einsetzenden Zentralisierung nach dem Ende des dritten Karlistenkriegs (vgl. Niebel 2009: 55f.)<sup>29</sup>. Doch

---

<sup>28</sup> Hier wären z. B. die als Fälschungen entlarvten „ersten geschriebenen baskischen Worte“, besser bekannt als „Lüge von Veleia“, zu nennen. Diese auf römischen Artefakten geschriebenen Worte sollten beweisen, dass schon damals baskisch geschrieben wurde, jedoch konnte eine Expertengruppe nachweisen, dass es sich um eine heutige Fälschung handelt. Trotzdem haben es diese „ersten Worte“ in einige Schulbücher, vor allem die des Anaya Verlags, geschafft (El Correo 2009). Ein weiteres Beispiel ist der Ausdruck „Euskal Herria“ für Baskenland, ein Begriff, der bis zum Regierungswechsel 2009 in den baskischen Schulbüchern stand, jedoch nur dem Bild der Nationalisten entspricht, da er im Gegensatz zum Begriff „Comunidad Autónoma Vasca“ auch Navarra und die drei baskischen Provinzen Frankreichs inkludiert und eine politische Einheit vortäuscht, die niemals existiert hat und von der großen Mehrheit der Bewohner Navarras auch heute nicht erwünscht wird. Diese imaginierte Einheit wird auch schon in der Zeit der Römer angenommen, eine auf keinerlei Fakten beruhende Annahme, die jedoch den Kindern von klein an suggerieren soll, dass heute etwas künstlich getrennt ist, das eigentlich zusammen gehört.

<sup>29</sup> Niebels Buch stellt zusammen mit Kurlanskys Werk den Höhepunkt an teleologischer Geschichtsschreibung dar. Alles wird solange verdreht, bis es in sein marxistisches Weltbild passt, und was nicht passt und nicht passend gemacht werden kann, wird einfach weggelassen. Es ist dies ein Buch, in dem es ein klares Bild von Gut und Böse und sehr einfache und meist triviale Begründungen für sehr komplexe Sachverhalte gibt. Es steht in der Tradition jener Marxisten, die an Fidel Castros Diktatur nur Gutes sehen können, die alle ehemaligen Diktaturen des real existierenden Sozialismus als nur „Umsetzungsfehler“ deklarieren und, wenn man noch weiter zurückgehen möchte, der Verblendung entspricht, die selbst Gulag-Insassen oft noch dazu bewog Stalin von jeglicher Schuld freizusprechen, da er sicher nichts von all dem wisse und die Verbrechen alle hinter seinem Rücken getan würden. Von Ignazio Silone soll der hier zutreffende Satz stammen: „Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus; er wird sagen, ich bin der Antifaschismus“.

der wirkliche Grund für den Konflikt ist die Krise der traditionellen, ländlichen Welt, welche in ganz Spanien seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts unaufhaltsam ihrem Untergang entgegen ging und im liberalen Bürgertum ihren größten Feind sah.

Dass der Konflikt im Baskenland so unerbittlich und vor allem schon so lange andauert, hat mehrere Gründe. Erstens vollzog sich hier auf engstem Raum, was im restlichen Spanien stärker voneinander getrennt vonstatten ging. Zweitens gab es die *Fueros*, die im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker mystifiziert wurden und immer mehr zu Abwehrbollwerken gegen die als desaströs empfundene Moderne stilisiert wurden. Drittens gab es im Baskenland – genauso wie in Katalonien oder Galizien – die notwendigen kulturellen Unterschiede wie vor allem die eigene Sprache, um die Ablehnung der Modernität und das Abschoten in eine imaginierte, gerechte Agrargesellschaft längst vergangener Zeiten begründen zu können. Auch Galizien und Katalonien hatten diese Unterschiede, doch trotz der Versuche nationalistische Politik auch in den beiden anderen Regionen zu implementieren, gelang es nur in Katalonien. In Galizien scheiterte der Versuch, was darauf zurückzuführen ist, dass in Galizien, im Gegensatz zum Baskenland und Katalonien, die Industrialisierung weder so stark noch so früh einsetzte. Auch fehlte in Galizien ein zahlreiches Bürgertum bzw. Kleinbürgertum als Träger dieser Ideologie. Die beiden Regionen Spaniens, in denen sich Autonomie- bzw. viel später dann Separatismusbestrebungen entwickelten, waren nicht zufällig auch die beiden Industriezentren des Landes. Doch diese politischen und vor allem sozioökonomischen Veränderungen möchte ich jetzt genauer analysieren, stellen sie meiner Meinung nach den Schlüssel zum Verständnis des Konflikts dar.

## **1) Karl Marx und das revolutionäre Spanien**

Man kann eine Serie von Beiträgen, welche Karl Marx zwischen dem 19. Juli 1854 und dem 12. Juni 1857 über das revolutionäre Spanien für die *New York Daily Tribune* schrieb und die 2009 als Buch verlegt wurden (Marx 2009), aus zwei Gründen als Goldgrube für das Verständnis des baskischen Konflikts beschreiben. Einerseits gibt er eine brillante Analyse der Geschehnisse zwischen 1808 und 1854, der Versuche eine liberale Ordnung zu etablieren und des Abwehrkampfes des *Ancien Régimes*. Andererseits ist der Zeitpunkt seiner Analyse immens wichtig. Er schreibt nämlich lange vor dem dritten Karlistenkrieg, der endgültigen Abschaffung der *Fueros* und ihrer Glorifizierung, lange vor der voll einsetzenden Industrialisierung des Baskenlandes und daher auch lange vor der „Erfindung“ des baskischen

Nationalismus durch Sabino Arana Goiri, alles Ereignisse des letzten Viertels des 19. Jahrhunderts. Als Karl Marx die Revolution in Spanien analysierte, war das Baskenland bloß ein Teil der reaktionären Bollwerke gegen jegliche Modernisierung, und seine Schriften führen die Ideologie der heutigen Anhänger der ETA und der „nationalistischen Linken“ ad absurdum, werden sie doch indirekt von ihm als im Grunde Verteidiger einer reaktionären Weltanschauung mit bloß pseudomarxistischer Verkleidung entblöst. Zwei Artikel sind es wert zumindest teilweise zitiert zu werden, da er in ihnen gekonnt die spanischen Verhältnisse und Realitäten seziert.

Im Beitrag vom 9. September 1854 entmystifiziert Marx das Hauptargument des baskischen Nationalismus, dem zufolge die basidemokratischen baskischen Traditionen vom absolutistischen Kastilien niedergezwungen und eliminiert worden wären.

*„Die materielle Basis der spanischen Monarchie war durch die Vereinigung von Aragonien, Kastilien und Granada unter Ferdinand dem Katholischen und Isabella I. gelegt worden. Diese noch feudale Monarchie versuchte Karl I. in eine absolute umzuwandeln. Er attackierte gleichzeitig die beiden Stützpfeiler der spanischen Freiheit, die Cortes und die Ayuntamientos – die ersteren sind eine Modifikation der alten gotischen Concilia, die letzteren, die eine Mischung des erblichen und wählbaren Charakters der römischen Munizipalitäten darstellen, bestanden fast ohne Unterbrechung seit den Zeiten der Römer. Im Hinblick auf die städtische Selbstverwaltung weisen die Städte Italiens, der Provence, Nordgalliens, Großbritanniens und eines Teils von Deutschland eine unverkennbare Ähnlichkeit mit dem damaligen Zustand der spanischen Städte auf. Mit den spanischen Cortes aber kann man weder die französischen Generalstände noch die britischen Parlamente des Mittelalters vergleichen. Die Bildung des spanischen Königreichs vollzog sich unter Bedingungen, die für die Begrenzung der königlichen Machtsphäre besonders günstig waren. Einerseits wurden kleine Teile der Halbinsel zu einer Zeit wiedererobert und in selbständige Königreiche verwandelt, als noch die langwierigen Kämpfe mit den Arabern tobten. In diesen Kämpfen entstanden neue Volkssitten und Gesetze. Die einander folgenden Eroberungen, die hauptsächlich von den Adligen gemacht wurden, erhöhten deren Macht außerordentlich, während sie die königliche Machtsphäre einschränkten. Andererseits erlangten die Städte und Gemeinden im Innern des Landes immer größere Bedeutung, denn die Menschen sahen sich gezwungen, in befestigten Plätzen beisammenzuwohnen, um sich gegen die fortgesetzten Einfälle der Mauren zu schützen. Die günstige Form einer Halbinsel, die das Land besitzt, wie auch der stete Verkehr mit der Provence und Italien schufen wiederum hervorragende Handels- und Hafenstädte an*

*der Küste. Schon im vierzehnten Jahrhundert bildeten die Städte den mächtigsten Bestandteil der Cortes, die sich aus ihren Repräsentanten und aus denen der Geistlichkeit und des Adels zusammensetzten. Auch darf man nicht außer acht lassen, daß die langsame Überwindung der maurischen Herrschaft, die einen achthundert Jahre dauernden hartnäckigen Kampf erforderte, der Halbinsel nach ihrer vollen Emanzipation einen Charakter verlieh, der von dem des übrigen Europa der damaligen Zeit gänzlich verschieden war; im Norden Spaniens herrschten zur Zeit der europäischen Renaissance die Sitten und Gebräuche der Goten und Vandalen und im Süden die der Araber.*

*Als Karl I. aus Deutschland zurückgekehrt war, wo man ihm die Kaiserwürde verliehen hatte, versammelten sich die Cortes in Valladolid, um seinen Eid auf die alten Gesetze entgegenzunehmen und ihn mit der Krone zu belehnen<sup>30</sup>. Karl weigerte sich zu erscheinen und sandte Bevollmächtigte, die, wie er forderte, von den Cortes den Untertaneneid entgegenzunehmen hätten. Die Cortes weigerten sich, die Bevollmächtigten vor sich erscheinen zu lassen, und bedeuteten dem Monarchen, daß er, wenn er nicht erschiene und auf die Landesgesetze schwöre, niemals als König von Spanien anerkannt werden würde. Karl gab daraufhin nach; er erschien vor den Cortes und schwor den Eid – wie die Geschichtsschreiber berichten, sehr unwillig. Bei dieser Gelegenheit sagten ihm die Cortes: ‚Señor, Ihr müßt wissen, daß der König bloß der bezahlte Diener der Nation ist.‘ Das war der Beginn der Feindseligkeiten zwischen Karl I. und den Städten. Infolge seiner Intrigen brachen in Kastilien zahlreiche Aufstände aus, die Heilige Junta von Avila wurde gebildet, und die vereinigten Städte beriefen die Versammlung der Cortes nach Tordesillas ein, von wo aus am 20. Oktober 1520 ein ‚Protest gegen die Mißbräuche‘ an den König gerichtet wurde, der diesen Protest damit beantwortete, daß er alle in Tordesillas versammelten Abgesandten ihrer persönlichen Rechte beraubte. Damit war der Bürgerkrieg unvermeidlich geworden. Die Bürger riefen zu den Waffen, und ihre Soldaten bemächtigten sich unter Padillas Führung der Festung Torrelobaton; sie wurden aber schließlich durch überlegenere Kräfte in der Schlacht von Villalar am 23. April 1521 entscheidend geschlagen. Die Häupter der vornehmsten ‚Verschwörer‘ fielen auf dem Schafott, und die alten Freiheiten Spaniens verschwanden (Marx 2009: 32 ff.).“*

Hier sind ein paar Anmerkungen zu tätigen. Es darf nicht vergessen werden, dass das liberale Bürgertum des 19. Jahrhunderts die Comuneros und ihren Aufstand gegen den König mystifizierte, vor allem um eine Kontinuität in den von ihnen selbst angestrebten Zielen zu

---

<sup>30</sup> Hier ist Marx historisch etwas ungenau, da sich die Cortes bereits 1519 versammelten, bevor Karl I. zum Kaiser proklamiert wurde und auch bevor er nach Deutschland reiste um gekrönt zu werden (1520).

begründen. Die Hauptgründe des Aufstandes waren jedoch die unter Karl I. immer höher werdenden Steuern bzw. das sich abzeichnen der höheren Abgaben - welche dann großteils im Ausland ausgegeben wurden, wie z. B. für Kriege oder den Kauf von Stimmen bei der Wahl zum Kaiser - und die Besetzung von hohen Positionen in Verwaltung und Klerus durch Ausländer, vor allem durch Flamen. Ein weiterer wichtiger Punkt, vor allem in Bezug auf das Baskenland, ist jedoch die Zusammensetzung der Truppen Karls I., denn diese wurden nicht nur von Iñigo Fernández de Velasco y Mendoza angeführt – wir haben bereits über die Unterstützung kastilischer Könige durch die aus dem Baskenland stammenden Mendozas gehört -, sondern die Truppen bestanden auch zu großen Teilen aus baskischen Soldaten. Wurden also als Konsequenz dieser Schlacht die alten Rechte, die Fueros, in Kastilien abgeschafft, so wurden sie kurze Zeit darauf in Vizcaya auf alle Bewohner ausgedehnt, denn das alte Fuero hatte nur für die lokalen Adligen gegolten, nicht jedoch für Stadtbewohner oder die gemeine ländliche Bevölkerung. Erst das neue Fuero von 1527 begründete die „hidalguía universal“, nicht wie von baskisch-nationalistischer Seite behauptet ein Recht aus Urzeiten, das die Gleichheit aller Basken beweisen soll, sondern von Karl I. als König von Kastilien gewährt, unter anderem als Konsequenz der Unterdrückung der kastilischen Freiheiten (Lainz 2004: 119).

Marx geht auch auf die für viele wunderlichen Revolutionen des frühen 19. Jahrhunderts in Spanien ein und beschreibt auch gleichzeitig die Gründe für die zentrifugalen Kräfte:

*„Wie aber können wir uns das sonderbare Phänomen erklären, daß nach einer fast dreihundertjährigen Herrschaft der habsburgischen Dynastie, der noch die Dynastie der Bourbonen folgte – von denen jede einzelne genügt hätte, ein Volk zugrunde zu richten –, dennoch die städtischen Freiheiten Spaniens mehr oder weniger noch vorhanden waren? Daß gerade in dem Land, wo vor allen anderen Feudalstaaten die absolute Monarchie in ihrer brutalsten Form zuerst entstand, sich die Zentralisation niemals einwurzeln konnte? Die Antwort ist nicht schwer. Überall bildeten sich im sechzehnten Jahrhundert die großen Monarchien auf den Trümmern der kämpfenden feudalen Klassen: der Aristokratie und der Städte. In den anderen großen Staaten Europas tritt jedoch die absolute Monarchie als ein zivilisierendes Zentrum, als der Urheber gesellschaftlicher Einheit auf. Dort war sie das Laboratorium, in dem die verschiedenen Elemente der Gesellschaft so gemischt und bearbeitet wurden, daß es den Städten möglich wurde, ihre lokale Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Mittelalters gegen die allgemeine Herrschaft der Bourgeoisie und gegen die gemeinsame Herrschaft der bürgerlichen Gesellschaft einzutauschen. Im Gegensatz dazu*

*versank jedoch in Spanien die Aristokratie in die tiefste Erniedrigung, ohne ihre schlimmsten Privilegien zu verlieren, während die Städte ihre mittelalterliche Macht einbüßten, ohne moderne Bedeutung zu gewinnen.*

*Seit der Errichtung der absoluten Monarchie vegetierten die Städte in einem Zustand andauernden Verfalls. Es ist nicht unsere Sache, hier die politischen oder ökonomischen Verhältnisse zu erörtern, die den Handel, die Industrie, die Schifffahrt und die Landwirtschaft Spaniens zugrunde richteten. Für den jetzigen Zweck genügt es, auf diese Tatsache einfach hinzuweisen. In dem Maße, wie das kommerzielle und industrielle Leben der Städte abnahm, wurde der Austausch im Inland geringer, der Verkehr zwischen den Bewohnern der einzelnen Provinzen spärlicher, wurden die Verkehrsmittel vernachlässigt, und die großen Straßen verödeten allmählich. Das lokale Leben Spaniens, die Unabhängigkeit seiner Provinzen und Gemeinden, die mannigfaltigen Unterschiede der Gesellschaft – die ursprünglich auf der natürlichen Gestaltung des Landes beruhte und die sich historisch je nach der Art entwickelt hatte, wie sich die einzelnen Provinzen von der maurischen Herrschaft emanzipiert und kleine unabhängige Gemeinwesen gebildet hatten – wurden nun schließlich durch die ökonomische Umwälzung bestärkt und bekräftigt, die die Quellen nationaler Tätigkeit austrocknete. Die absolute Monarchie, die in Spanien ein Material vorfand, das seiner ganzen Natur nach der Zentralisation widerstrebte, tat denn auch alles, was in ihrer Macht stand, das Wachstum gemeinsamer Interessen – wie sie die nationale Arbeitsteilung und die Vielfältigkeit des Inlandsverkehrs mit sich bringen – zu verhindern, und zerstörte so die Basis, auf der allein ein einheitliches Verwaltungssystem und eine allgemeine Gesetzgebung geschaffen werden kann. Daher ist die absolute Monarchie in Spanien eher auf eine Stufe mit asiatischen Herrschaftsformen zu stellen, als mit anderen absoluten Monarchien in Europa zu vergleichen, mit denen sie nur geringe Ähnlichkeit aufweist. Spanien blieb, wie die Türkei, ein Konglomerat schlechtverwalteter Provinzen mit einem nominellen Herrscher an der Spitze. In den verschiedenen Provinzen nahm der Despotismus verschiedene Formen an, entsprechend der verschiedenen Art, in der königliche Statthalter und Gouverneure die allgemeinen Gesetze willkürlich auslegten. So despotisch aber die Regierung war, so verhinderte sie doch die einzelnen Provinzen nicht, mit verschiedenartigen Gesetzen und Gebräuchen, verschiedenartigen Münzen, militärischen Fahnen von verschiedenen Farben und verschiedenartigen Steuersystemen zu operieren. Der orientalische Despotismus wendet sich gegen die municipale Selbstregierung nur dann, wenn sie seinen unmittelbaren Interessen zuwiderläuft, ist aber nur zu geneigt, die Fortexistenz dieser Einrichtungen zu gestatten,*

*solange diese ihm die Pflicht abnehmen, selbst etwas zu tun, und ihm die Mühen einer geordneten Verwaltung ersparen (Marx 2009: 37 ff.).“*

Besser kann man den spanischen Regionalismus und seine zentrifugalen Kräfte einerseits und somit die Sonderrechte der baskischen Provinzen andererseits nicht definieren und als das darstellen, was sie waren: Privilegien, gewährt von einem Despoten für treue Kriegsdienste auf Kosten der restlichen Provinzen. Und als es daran ging, diese Privilegien zu eliminieren, eine einheitliche Verwaltung aufzubauen, Steuervorteile abzuschaffen – obwohl sie im baskischen Fall selbst nach Aufhebung der *Fueros* nicht abgeschafft wurden, sondern durch die „*conciertos economicos*“ weiterbestehen durften – und die Überreste einer mittelalterlichen Gesellschaft zu beseitigen, da lehnten sich Teile der baskischen Gesellschaft auf. Sowohl der Angriff des spanischen Zentralstaats, des ihn stützenden Bürgertums und des baskischen Bürgertums als auch die wirtschaftlichen Umwälzungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließen die an den alten Privilegien hängenden baskischen Schichten - vor allem der ländliche Adel als auch die verarmten ländlichen Schichten sind hier zu erwähnen - eine Entscheidung treffen, nämlich die Verabschiedung aus dem spanischen Staat in einen nun zu gründenden baskischen Nationalstaat, in dem die Abwehr dieser Veränderungen noch eher möglich erschien. Doch bis dahin sollte es noch dauern.

## **2) Politische und sozioökonomische Veränderungen des 19. Jahrhunderts**

### **a) Politische Veränderungen**

Den Stein ins Rollen sollte die Französische Revolution bringen, denn sie markierte für alle Sonderrechte des *Ancien Régimes* einen Wendepunkt, und auch an Spanien ging diese Entwicklung nicht vorüber. Karl III., welcher in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts als sogenannter „aufgeklärter Despot“ herrschte, hatte die Verwaltung reformiert, die Bildung gefördert, die Stellung der Kirche zurückzudrängen versucht und die aus dem Baskenland stammenden Jesuiten des Landes verwiesen. Die feudalen Strukturen, und die aus dem 16. Jahrhundert stammenden *Fueros* ganz besonders, machten die Verwaltungsreform und weitere Modernisierungsschritte notwendig, um die Herausforderungen der Zeit zu meistern und Spanien wieder an den Rest Westeuropas heranzuführen. Hatte er diese, für die bis zu diesem Zeitpunkt privilegierten Schichten unangenehmen Entwicklungen in Gang gebracht, so fielen in die Regierungszeit seines - leider bei weitem nicht so fähigen - Sohnes Karl IV. zwei

Ereignisse, welche Spanien für immer verändern sollten und den Konflikt im Baskenland bzw. des Baskenlandes mit den neuen Ideen der Aufklärung und der Revolution vollends ausbrechen ließen. Es handelt sich hierbei um den Konventionskrieg von 1793<sup>31</sup> und den Unabhängigkeitskrieg von 1808.

In den großen Städten wurden die Ideen der Französischen Revolution gut aufgenommen, besonders in San Sebastian, denn hier war schon seit längerer Zeit eine bürgerliche Opposition zum Ancien Régime entstanden, doch die baskische Aristokratie führte neben den königlichen Truppen die Milizkontingente der drei Provinzen gegen das Revolutionsheer an, wobei die französischen Truppen siegreich blieben. San Sebastian fiel daraufhin ohne Gegenwehr in die Hände der Franzosen und die den Franzosen gegenüber ursprünglich positiv eingestellte Bevölkerung wurde starker Repression ausgesetzt. Die königlichen Truppen und die Milizen setzten den Kampf zwar fort, mussten sich jedoch bald geschlagen geben und die französischen Truppen zogen sich erst nach dem Frieden von Basel 1795 aus Guipuzcoa und Vizcaya zurück. Finanziell waren diese Geschehnisse jedoch für diese Region eine Katastrophe, da neben den Kriegsschäden und den Plünderungen auch noch die enormen Kosten für die Gemeinden, welche ja die Milizen finanzieren mussten, dazukamen und es Jahrzehnte dauern sollte, bis sie sich wieder erholen würden.

Zum ersten Mal tritt eine tiefe soziale Spaltung im Baskenland als Konsequenz des Konflikts auf, da sich die Monarchisten (Aristokratie, Klerus und ländliche Bevölkerung) den Revolutionären (vor allem das Bürgertum San Sebastians) gegenübersehen (Suárez-Zuloaga 2007: 124f.).

Der nächste große Einschnitt war der Unabhängigkeitskrieg gegen Frankreich von 1808. Zur großen Verblüffung Napoleon Bonapartes erhoben sich genau die Menschen, von denen er dachte, sie würden hinter ihm und seinen Reformen stehen, nämlich die armen Massen. Doch angestachelt vom niedrigen Klerus waren sie – in Form der Guerilla - die größten Kämpfer für die traditionellen Lebensweisen. Oft wurde dies auf dumpfen Glauben zurückgeführt, aber der eigentliche Grund war, dass die Ideen der Französischen Revolution mit denen des liberalen Bürgertums gleichgesetzt wurden und dieses Bürgertum in den Augen der Landbevölkerung die völlige Verelendung bringen würde und daher bekämpft werden musste. Die adeligen und bürgerlichen Eliten, die sogenannten „afrancesados“, sahen die französische Herrschaft recht entspannt, denn das Bürgertum erhoffte sich die so dringend benötigten Reformen und der

---

<sup>31</sup> Im deutschsprachigen Raum verwendet man den Ausdruck „Koalitionskrieg“, wobei es sich hierbei um den ersten handelt.

Hochadel konnte nicht schnell genug dem neuen Herren huldigen. Suárez-Zuloaga hebt besonders den baskischen Adel hierbei heraus, da z. B. die Junta von Vizcaya zu einem Zeitpunkt José Bonaparte als neuen Herren von Vizcaya anerkannte, als im restlichen Spanien die Institutionen längst von den Aufständischen übernommen worden waren (Suárez-Zuloaga 2007:125 ff.).<sup>32</sup>

Erst die durch die Angriffe der unteren Schichten auf die Franzosen und die darauffolgende Reaktion der Besatzungstruppen ausgelöste Spirale der Gewalt brachte die Aristokratie und das Bürgertum dazu die Eindringlinge zu bekämpfen. Angestachelt wurden die Massen vor allem vom niedrigen Klerus, welcher nach Napoleons Besetzung und Eingliederung des Vatikans im Frühjahr 1809 immer radikaler predigte.

Ergebnis des Unabhängigkeitskriegs gegen Frankreich war jedenfalls die erste Verfassung Spaniens, welche von den Liberalen am 19. März 1812 in Cadiz, wo sie sich gegen die französischen Truppen verteidigten, verlautbart wurde. Zwar war diese nicht vergleichbar mit einer liberalen Verfassung des 21. Jahrhunderts, da z. B. Religionsfreiheit nicht gewährt wurde, aber sie brachte doch einschneidende Veränderungen. Die Inquisition wurde aufgelöst, die Gewaltenteilung zwischen König, Cortes und Gerichten festgelegt, sowohl König als auch Thronfolger mussten auf die Verfassung schwören, militärische und wirtschaftliche Verträge von den Cortes abgesegnet werden und diese bestimmten auch die Abgaben zur öffentlichen Verwaltung, wozu jeder Spanier nach seinen Möglichkeiten ohne Privilegien beizutragen hatte. Die Verwaltung sollte völlig neu organisiert werden und die inneren Zölle alle aufgehoben werden. Außerdem durfte kein Spanier mehr vom Militärdienst freigestellt werden (Marx 2009: 80 ff.).<sup>33</sup>

Für das Baskenland brachte diese Verfassung erhebliche Einschnitte, da sowohl die Steuer- und die Zollsonderstellung als auch die Befreiung vom allgemeinen Militärdienst nun abgeschafft würden. Mit der Hilfe des Klerus, der - vor allem ländlichen - Aristokratie, der

---

<sup>32</sup> Nebenbei erwähnt ist dies wieder ein Beispiel, das nicht gerade für den heute mystifizierten Freiheitswillen der Basken spricht, sondern zeigt, dass genauso wie überall anders auch Entscheidungen von persönlichen Vorteilen abhängig gemacht wurden, und in diesem Fall konnten die baskischen Adeligen – aus welchen Gründen auch immer - mit dem neuen Herren gut leben. Dies sollte sich erst ändern, als die foralen Autoritäten durch eine Regierung abgelöst wurden, welche direkt dem französischen Militärgouverneur unterstellt war, und dieser sofort das Steuersystem umstellte und nun von allen, auch den bisher privilegierten Schichten, Steuern eintrieb (Suárez-Zuloaga 2007: 128).

<sup>33</sup> Diese politischen Rechte wurden auch auf die amerikanischen und asiatischen Kolonien übertragen, wobei hier vor allem die rechtliche Gleichstellung der indigenen Bevölkerung als auch das Verbot des Sklavenhandels auf wenig Gegenliebe der Kreolen stießen.

ländlichen Bevölkerung und den sonstigen Günstlingen des Ancien Régimes konnte jedoch Ferdinand VII. nach seiner Rückkehr bereits am 4. Mai 1814 per Dekret die Verfassung derogieren, die Cortes auflösen und eine erste neoabsolutistische Phase einläuten.

Hier kann man bereits die zwei Gruppen erkennen, die teilweise bis heute als die „beiden Spanien“ bezeichnet werden. Die bereits erwähnten Anhänger des Ancien Régimes einerseits und das liberale städtische Bürgertum, städtischer und höfischer Adel, die Handeltreibenden, die Industriellen, die Armee und die Freiberufler - wie z. B. Anwälte - andererseits, wobei die liberale Gruppe ab der vollen Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts vor allem aus städtischem Bürgertum bestehen sollte (Marx 2009: 118), während sich das Industrieproletariat als Marxisten, Anarchisten, Syndikalisten, etc. formierte. Von nun an sollte das gesamte 19. und ein großer Teil des 20. Jahrhunderts ein Kampf dieser Gruppen um die Vorherrschaft im Lande werden.

Einer kurzen liberalen, konstitutionellen Phase von 1820 bis 1823 - dem „trienio liberal“ - sollte eine weitere neoabsolutistische Phase unter Ferdinand VII. folgen. Hier nahmen die politischen Verfolgungen so zu, dass ein Teil der Bevölkerung das Land verlassen musste. Der Hauptgrund, warum zwischen 1812 und 1823 die liberalen, städtischen Revolutionen scheitern mussten, war die Unfähigkeit die ländliche Bevölkerung einzubinden, die, wenn nicht passiv, sich eher auf die Gegenseite schlug. Mitverantwortlich war auch der Klerus wenn z. B. die von Kirchenmännern herausgegebene Zeitschrift „Restaurador“ offen zum Mord an Liberalen aufrief, da diese unbelehrbar seien, und von den Kanzeln Haß gepredigt wurde wie: *„Haltet nicht inne und reinigt Spanien von der Saat der Comuneros und Freimaurer, welche unseren Glauben und unser Vaterland bedrohen! Laßt nicht einen am Leben! Köpft sie!“*, (Ohne Primärquelle zit. In Fontana y Lázaro 1985: 324) oder: *„Die Liberalen, oder diese Rasse von Teufeln, werden von unserem Boden nicht bloß durch Beten und Fasten vertrieben, sondern mit der Beständigkeit und der Unerschütterlichkeit des Kampfes, mit Artillerie und Bleikugeln ... Was das Eisen nicht heilt, heilt das Feuer“* (Cuenca Toribio 1973: 157 zit. In Fontana y Lázaro 1985: 325).

Es ist im Grunde gerade zu ironisch, dass im 19. Jahrhundert ab den 1830er Jahren die Revolutionen und Gegenrevolutionen in Spanien nicht von je einer republikanischen und einer monarchistischen Seite getragen wurden, sondern dass beide Lager um den Thron stritten. Das liberale Lager kämpfte für Isabella, die Tochter Ferdinands, und die reaktionäre

Gegenseite für dessen Bruder, Don Carlos. Ab 1833 begann dann die lange Phase der Karlistenkriege, in denen die Anhänger Isabellas und die Anhänger Don Carlos', die Karlisten, in drei Kriegen zwischen 1833 und 1876 um die Vorherrschaft kämpften. Besonders der erste und der dritte Karlistenkrieg hatten ihre Hauptschauplätze im Baskenland und in Navarra, da die ländlichen Gegenden dieser Provinzen die Hochburgen der absolutistischen Karlisten waren. Es verwundert daher auch nicht, dass 1936 sofort die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Alavas und Navarras und zwar nicht die Mehrheit, jedoch beachtliche Teile der Bevölkerung Vizcayas und Guipuzcoas auf Francos Seite kämpften, sahen sie doch den Kampf Francos als den der alten Ordnung gegen die Ideen der revolutionären Zweiten Republik und somit als ihren eigenen Kampf, doch dazu Genaueres im nächsten Kapitel.

Die Karlistenkriege bewirkten im Baskenland die endgültige Festlegung des Gegensatzes Stadt-Land, was vor allem daran gesehen werden kann, dass Madrid mit Hilfe des ansässigen Bürgertums und der regulären Truppen so gut wie durchgehend die Kontrolle über die drei baskischen Hauptstädte hatte, während die ländlichen Gegenden (so wie auch Teile Kastiliens) sich in Händen der Karlisten befanden. Da es vor allem darum ging, wie das Land von nun an regiert werden sollte, und die liberalen Kräfte, die eine effiziente zentrale Verwaltung aufbauen- und Kirche und Staat trennen wollten, sich durchsetzen konnten, wurden nach dem Sieg im ersten Karlistenkrieg die als antiquiert angesehenen, einer modernen Verwaltung entgegenstehenden foralen Sonderrechte teilweise abgeschafft. Weil es sich jedoch nicht um einen vollkommenen Sieg handelte, sondern man eher sagen könnte, dass die Liberalen den längeren Atem in einem Ermüdungskrieg gehabt hatten, konnten die eigenen Vorstellungen nicht vollständig durchgesetzt werden. Von den Fueros blieben vor allem die Steuersonderrechte und die Militärdienstbefreiung bestehen. Zufrieden waren daher weder die Einen noch die Anderen, da keine Seite ihre politischen Ziele realisiert sah.

Der zweite Karlistenkrieg Ende der 1840er Jahre (von manchen Historikern nicht als Karlistenkrieg bezeichnet), spielte sich vor allem in Katalonien ab.

Im Baskenland sollte erst wieder der dritte Karlistenkrieg von 1872 bis 1876 relevant werden. Dieser war so wie der Erste einerseits die Antwort auf wirtschaftliche Veränderungen, politisch vor allem die Absage an die chaotischen Jahre des Endes der Isabellinischen Amtszeit, der Revolution von 1868 („La Gloriosa“) und ihrer liberalen Verfassung, der kurzen Herrschaft des von den Cortes zum König gewählten und bei den Karlisten als extrem

liberal und atheistisch geltenden Amadeus von Savoyen und der kurzen ersten Republik und in diesen Jahren harten Vorgehensweise der zentralen Verwaltung gegen die katholische Kirche.

Den Sieg trugen auch hier wieder die Liberalen davon, diesmal jedoch in deutlicherer Weise, womit die Fuegos abgeschafft werden konnten. Die liberale Seite wurde wieder von den Bürgerlichen, den alavesischen Aristokraten und den Berufsmilitärs getragen, die Gegenseite vom Klerus, dem ländlichen Adel und der ländlichen Bevölkerung. Besonderes Interesse daran, dass die liberale Seite sich durchsetzte, hatten auch manche baskischen Anhänger der Fuegos, genauer gesagt diejenigen, die nicht wollten, dass die Zollgrenzen wieder ins Innere des Landes verlegt würden.<sup>34</sup> Getroffen hätte dies die sich entwickelnden baskischen Banken, Eisenbahnunternehmen und Manufakturen, die von einer neuerlichen Innengrenze wirtschaftlich schwer in Mitleidenschaft gezogen worden wären (Suárez-Zuloaga 2007: 137).

Die Gruppen, die sich schon vorher gegenüber gestanden hatten, waren nach Ende des Krieges noch verfeindeter als jemals zuvor, denn außer den vielen Opfern und den psychologischen Wunden der Niederlage mussten die Karlisten auch noch die wirtschaftlichen Nachteile ertragen: Neben den Verwüstungen und Enteignungen als direkter Folge der Kampfhandlungen konnte die karlistische Seite ihre Schulden bei ihren Unterstützern, welche sie gezeichnet hatten, nicht zurückzahlen, womit viele Familien in den Ruin getrieben wurden (Suárez-Zuloaga 2007: 139).

Gegen die Mystifizierung der Fuegos nach dem letzten Karlistenkrieg bis hin zur heutigen Zeit kann man am besten Juan Pablo Fusi zitieren, der die Interessen der einzelnen sozialen Gruppen und die dynastischen Fragen als Grund der Karlistenkriege sieht und nicht die Frage der Fuegos, denn: *„Weder 1833 noch 1872 gab es eine Bedrohung gegen die Fuegos: die Abschaffung der baskisch-navarreser Fuegos war Konsequenz, nicht Grund der Karlistenkriege“* (Fusi 2002: 14).

Diese Aussage könnte man kritisch hinterfragen, denn wenn die Zentralisierung der Verwaltung ein Hauptziel der Liberalen war, dann müsste dies sehr wohl als direkter Angriff auf die Fuegos an sich gesehen werden. Eine Antwort darauf liefert José Maria Extramiana, der die karlistischen Zeitungen und Zeitschriften aus der besagten Epoche studierte (vor allem

---

<sup>34</sup> Bis zum Ende des ersten Karlistenkrieges waren die Zollgrenzen an der Grenze zu Kastilien, erst danach wurden sie an die Küste und an die Grenze zu Frankreich verlegt.

zwischen 1845 und 1881) und konstatiert, dass gegen Ende des ersten Karlistenkrieges (1840) dieses Thema überhaupt erst aufscheint und weder davor thematisiert wurde noch in den Jahren danach im Mittelpunkt der politischen Diskussionen stand, so wie es heute gerne ex post dargestellt wird (Extramiana 1985: 390f.). Vor dem ersten Karlistenkrieg ging es hauptsächlich um die Frage der Regierung, ob liberal oder absolutistisch und danach um großteils wirtschaftliche Fragen. Er schließt dies vor allem daraus, dass ab 1845 eine Aussöhnung zwischen den Kriegsparteien des ersten Karlistenkrieges zu verzeichnen ist, weil trotz der abgeänderten Fueros die dominante Schicht im Baskenland immer noch die Provinzen und Gemeinden kontrollierte und weiterhin Steuervorteile genießen konnte. Dies fällt auch mit einer Phase der Stabilität zusammen, die die vielen instabilen Jahre zuvor abgelöst hatte. Hier entsteht zwar zum ersten Mal eine Literatur, welche die bereits bekannten Eigenständigkeiten der Basken verherrlicht und überhöht, jedoch zu dieser Phase als „Vorzeige-spanier“, welche von höchster Moral wären und daher Vorbildfunktion hätten (Extramiana 1985. 391).

Diese Moralität zieht sich wie ein roter Faden durch die Schriften, z. B. bei einer Zeitung aus Alava, welche von 1845-1846 erschien und in der sowohl Liberale als auch Karlisten schrieben und die vor allem auf die damaligen Problematiken der hohen Arbeitslosigkeit, institutionellen Unsicherheit, schlechten Infrastruktur, niedrigen wissenschaftlichen und technischen Niveaus, unzureichenden Investitionen, etc. abzielte. Es werden darin immer wieder christliche, moralische Werte beschworen, welche bei den Basken besonders ausgeprägt wären, und die bäuerlich, patriarchale Lebensweise als vorbildlich und nachahmenswert beschrieben. Die Frage der Fueros glänzt hier durch ihre Abwesenheit (Extramiana 1985: 392).

Deutlich radikaler werden die Schriften gegen Ende der 1860er Jahre, vor allem ab 1868, als die liberalen Kräfte die Oberhand gewinnen konnten und schließlich sogar die Erste Republik ausgerufen wurde (1873-1874). Die Wochenzeitschrift „Semanario Católico Vasco-Navarro“ bringt die Ängste der konservativen Basken sehr gut zum Ausdruck, da die Autoren der Zeitschrift nun auch ihre vorherige Unterstützung für die liberale Isabella bereuten<sup>35</sup>, da dies nur zur „Katastrophe“ in Form der Republik geführt hätte, in der nun eine Börsen- und Parlamentsgesellschaft die alten Sitten korrumpiere und der Individualismus Einzug halte, welcher gegen die Familie und die patriarchale Lebensform gerichtet sei. Hier wird erstmals

---

<sup>35</sup> Viele der baskischen und navarreser Gegner Isabellas aus dem ersten Karlistenkrieg konnten sich dank der relativ stabilen Lage in den Jahren von 1840 bis 1860 mit ihr arrangieren.

ein „Ruralismo“, eine das bäuerliche Leben verherrlichende Ideologie, zusammen mit einem „Fuerismo“, der die Rettung vor der in ganz Spanien um sich greifenden Korruption – sprich der liberalen Ideologie – biete, als Ausweg gesehen. Nun wird auch ein geeintes Baskenland und seine Rückkehr zu den Zuständen vor 1839, also vor der ersten Abänderung der Fuegos, propagiert (Extramiana 1985: 393).

Eine weitere wöchentlich erscheinende Zeitschrift aus dieser Zeit, die „El Pais Vasco-Navarro“, ist schon ganz offen „fueristisch“. Politiker allgemein und die reichen Schichten Madrids gelten hier als die Hauptfeinde, wobei besonders eine Aversion gegen die Hauptstadt zu erkennen ist und somit gegen den liberalen Staat, jedoch das „Baskische“, auf das man sich beruft, trotzdem in einem gesamtspanischen, antidemokratischen Szenario imaginiert wird. Hier wird begonnen die Fuegos als Kern des baskischen politischen Lebens zu sehen. Die Verbindung mit dem Rest Spaniens könne nur funktionieren, wenn diese alten Rechte respektiert würden, da z. B. die Religionsfreiheit, welche gerade durch den liberalen Staat festgeschrieben wurde, niemals im Baskenland akzeptiert werden könne. Des Weiteren wird immer wieder hervorgehoben, wie ruhig und voller Harmonie das Leben im Baskenland und in Navarra doch sei, vor allem im Gegensatz zu den turbulenten Zeiten, die im restlichen Spanien herrschten. Das Baskenland sei zur Zeit ein sicherer Hafen für Menschen aus ganz Spanien, die vor den Wirren entfliehen wollten, dies sei nur auf die alten Traditionen zurückzuführen und wolle man sich vor den unsicheren Zeiten schützen, so müsse dies im Wege stärkerer Autonomie geschehen (Extramiana 1985: 394f.).

Die Zeitung „La Juventud Católica Vizcaína“, welche zur Zeit des dritten Karlistenkriegs in den 1870er Jahren erschien, unterscheidet sich nur wenig von der vorherigen Zeitschrift, wobei hier stärker auf wirtschaftliche Fragen wie z. B. die Wichtigkeit der Expansion der Minen und der Industrie eingegangen, jedoch immer wieder vor den negativen Konsequenzen der Immigration gewarnt wurde, da sie vor allem Verbrechen und unmoralisches Verhalten mit sich brächte. Auch hier wird wieder die Religiosität der Basken beschworen und obwohl die alte Tradition der Unabhängigkeit der baskischen Provinzen glorifiziert wird, streichen sie auch die herausragende Rolle der Basken in der Geschichte Spaniens hervor. Einer der Mitwirkenden schreibt „*Spanien ist unser Heimatland und Vizcaya unsere Wiege*“ (Ohne Primärquelle zit. In Extramiana 1985: 396). Erstmals kommt hier die Frage der baskischen Sprache zum Vorschein, denn sie sei es, die einen der stärksten Knoten zwischen den Basken bilde.

Je näher die Niederlage für die Konservativen im letzten Karlistenkrieg kam und je deutlicher wurde, dass die Fueros abgeschafft werden würden, desto stärker berief man sich auf diese alten Rechte, und aus dieser Zeit stammt auch deren Mystifizierung, wobei die Fueros im Grunde bloß als Mittel zum Zweck, eben der alten absolutistischen Lebensweise, gesehen wurden. Mit der Zeit wurde die Verherrlichung alles Baskischen immer radikaler und nahm die Form eines Abwehrkampfes an. Man könnte dies so ausdrücken, dass man von nun an nicht anders war, weil man Baske ist, sondern Baske ist, weil man anders sein möchte.

In dieses Bild passt auch die letzte analysierte Zeitung aus den Jahren 1880-1881, namens „Euskal-Erria“. Immer stärker tritt hier die baskische Kultur und die baskische Rasse in den Vordergrund sowie die Rolle der baskischen Frau und der Agrarwelt, in der sie lebt und aufblüht.<sup>36</sup> Aber selbst hier werden die Basken noch als die herausragendsten Spanier gesehen (Extramiana 1985: 398).

Vincent Garmendia sieht auch weniger die Verteidigung des katholischen Glaubens und des absoluten Königs per se als Hauptbeweggrund für den Kampf der Karlisten, sondern nach Analyse vieler Schriften aus den unteren Reihen der Karlisten erkennt er darin vor allem einen Sozialprotest (Garmendia 1985: 355ff). Schon Francis Bacon hatte die Hassreden der karlistischen Priester und Anwälte des ersten Karlistenkrieges gegen alles Liberale, vor allem gegen die reichen Liberalen, beschrieben, die den Kleinbauern einredeten, dass sie im Falle eines Sieges des Altars und des Throns vom Pachtbauer zum Großgrundbesitzer aufsteigen würden (Garmendia 1985: 356). Noch viel extremer wurde die Agitation in den 1870er Jahren, immer wieder werden Finanzkapital, das Kreditsystem, die Aktiengesellschaften, die Börse, der Freihandel und die Industrie als Werk Satans hingestellt und das neue System als für die Versklavung der Menschen gedacht, welches aus Handwerkern und Bauern Proletarier machen würde. Garmendia kann aber auch herausarbeiten, dass meist nicht die Reichen an sich, sondern die Neureichen gehasst werden, und zitiert aus einer karlistischen Schrift: „*Da es notwendig erscheint, daß es Reiche gibt, bevorzuge ich die, die schon als solche geboren*

---

<sup>36</sup> Rasse, althergebrachte Lebensweisen, Heroisierung der Frau, Haß auf das Parlament und das liberale Kapital, als dies findet sich eins zu eins auch in der nationalsozialistischen Ideologie, wobei noch zu sehen sein wird, dass die materielle Bedrohung der baskischen Mittelklasse im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und ihre darauffolgende, extrem rassistische Radikalisierung mit der der deutschen und österreichischen Mittelklasse in den 1920er Jahren vergleichbar ist.

*wurden und daher wohlthätig sein können, als die zu Reichtum gekommenen Armen.“*  
(Garmendia 1985: 358).<sup>37</sup>

Es sollte noch einige Jahre dauern, bis das Heil nur mehr in einer völligen Autonomie gesehen wurde, denn bis Anfang der 1880er Jahre kann man bei allen baskisch-karlistischen Zeitungen und Zeitschriften erkennen, dass vor allem die liberalen Ideen abgewehrt werden sollten, jedoch keinesfalls die Verbindung mit dem Rest Spaniens in Frage gestellt wurde. Bis auf die letztgenannte Zeitung ist bei allen anderen auch hervorzuheben, dass wirtschaftliche Fragen immer im Vordergrund stehen. Dies ist auf die großen sozioökonomischen Veränderungen dieser Zeit zurückzuführen, die für mich den wirklichen Grund für die politischen Abwehraktionen darstellen und diese möchte ich nun genauer analysieren.

## **b) Sozioökonomische Veränderungen**

Simplifizierend werden die Karlistenkriege und die Abschaffung der *Fueros* bzw. die Glorifizierung derselben bloß auf ideologische Gründe zurückgeführt (vor allem die Rolle des Königs, politische Freiheiten, die Rolle der Kirche,...), jedoch ein ganz wesentlicher Grund für die Unzufriedenheit im Baskenland waren die sogenannten „*desamortizaciones*“<sup>38</sup>.

Wie bereits erwähnt bedeutete der Konventionskrieg für große Teile der ländlichen Bevölkerung des Baskenlandes eine finanzielle Katastrophe, da die militärischen Kosten für die Verteidigung der eigenen Gebiete von den jeweiligen Deputationen aufgebracht und dafür großteils Gemeinschaftsbesitz von den Gemeinden verkauft werden musste. Dasselbe wiederholte sich unter der französischen Besatzung während des Unabhängigkeitskrieges, da die Franzosen hohe Abgaben einforderten und diese nicht anders bezahlt hätten werden können. Ging es der ländlichen Bevölkerung schon vorher nicht besonders gut, so war der Verkauf dieser Gemeinschaftsgüter für viele der finanzielle Todesstoß. Auch nach dem ersten Karlistenkrieg wurden wieder Gemeinschaftsgüter verkauft wobei die Käufer dieser Güter großteils städtische Bürgerliche aus den drei großen baskischen Metropolen waren und nun musste für Leistungen, welche vorher kostenlos genutzt werden konnten wie z. B. die

<sup>37</sup> Garmendia zitiert hier aus einer Schrift aus dem Jahre 1872 „*Historia de Andresillo o el comunismo*“, wobei kein Autor genannt wird und anzunehmen ist, dass diese Schrift anonym verfasst wurde.

<sup>38</sup> Hiermit sind allgemein sowohl Säkularisierungen von Kirchengütern als auch Privatisierungen von öffentlichen Gütern gemeint. Die Säkularisierungen der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts und der Aufkauf dieser Ländereien durch städtisches Bürgertum und Stadtadel hatte für die Landbevölkerung ganz Spaniens desaströse Folgen, daher auch der spätere Haß auf die liberalen Kräfte. Im baskischen Fall handelte es sich vor allem um Privatisierungen von vormals Gemeinschaftsgütern, welche auch hier vor allem von baskischen städtischen Bürgerlichen aufgekauft wurden.

Benützung von Weiden, Wäldern oder Mühlen, eine Benutzungsgebühr bezahlt werden. Dass die neuen Besitzer in vielen Fällen örtlich entfernt lebten und somit für die Landbevölkerung Fremde waren, trug ebenso zum Unmut bei wie der Vorwurf sie hätten sich am Unglück der vielen kleinen Bauern in einer unmoralischen Art und Weise bereichert (Suárez-Zuloaga 2007: 130f.).

Waren die desamortizaciones Folgen der Kriege zwischen 1793 und 1812, so gingen weitere desamortizaciones den Karlistenkriegen voraus – vor allem die von Juan Álvarez Mendizábal und Pascual Madoz (Suárez-Zuloaga 2007: 134f.).

Doch weder die ideologischen Gründe noch die desamortizaciones reichen alleine aus, um die Tiefe Spaltung der baskischen und navarresischen Gesellschaft zu begründen, sondern es muss die Summe einer Vielzahl von Ursachen und die großen Veränderungen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herangezogen werden, um ein umfassendes Verständnis zu erreichen.

Aufschlussreich sind hierfür 42 Historikerbeiträge, welche 1982 beim ersten baskisch-katalanischen Kolloquium über Industrialisierung und Nationalismus im katalanischen Sitges vorgetragen wurden und von denen ich die wichtigsten Punkte nun anführen möchte (Industrialización y Nacionalismo 1985):

- Hat Suárez-Zuloaga die desamortizaciones ganz allgemein behandelt, so dringt Arantxa Otaegui Arizmendi tiefer in die Materie ein und untersucht die desamortizaciones in Guipuzcoa zwischen 1808 und 1814, wobei die Daten von 78 Gemeinden und 10.000 Transaktionen herangezogen wurden. Der Gesamtbetrag, um den in diesen Jahren Gemeindebesitz verkauft wurde, betrug 28.279.565 Reales. Man bekommt eine Idee von der Größenordnung, wenn man sich vor Augen hält, dass z. B. die gesamte Steuerleistung Guipuzcoas 1812 9.180.000 Reales ausmachte. Es wurde daher in den sieben untersuchten Jahren jeweils Besitz im Wert der Hälfte der gesamten jährlichen Steuerleistung veräußert. Unter anderem gehörten zu den Gütern, welche veräußert werden mussten, 39 Mühlen, deren Verlust sich für die jeweilige Bevölkerung fatal auswirkte. Aus dieser Zeit sind auch unzählige Beschwerden und Rekurse bekannt, da viele der Betroffenen die Willkür bei den Verkäufen kritisierten, weil wie z. B. in Placencia oft die Mitglieder der Gemeindeverwaltung oder ihre Günstlinge die besten Ländereien erwarben. Dass gerade die Kleinbauern so in Bedrängnis kamen, hat auch damit zu tun, dass die französischen Truppen sich bei ihnen

meist nach Belieben bedienten. Diese Notlage wurde dann bei den Verkäufen von wenigen sehr Wohlhabenden ausgenutzt, da die reichsten 0,5% der Käufer 15% der Güter erwarben und 60% der Güter auf bloß ein Zehntel der Käufer fiel. Diese weitere Diskriminierung einer schon gezeichneten Landbevölkerung muss als ein Hauptgrund für die Krise des Jahres 1833 gesehen werden (Otaegui Arizmendi 1985: 293ff.). Waren Anfang des 18. Jahrhunderts noch die Hälfte der baskischen Bauern auch Besitzer des von ihnen bestellten Landes, so waren 1860 nur noch 28% der Bauern Guipuzcoas und 35% der Bauern Vizcayas Herren ihrer Länder. Bloß die Bauern Alavas konnten die 50% Marke beibehalten (Garmendia 1985: 361).

- Wie sehr die politische Einstellung von wirtschaftlichen und sonstigen persönlichen Vorteilen abhängig war, zeigt das Ergebnis der Wahlen von 1865 eindrucksvoll, da z. B. in einer navarresischen Kleinstadt wie Estella die Menschen erwartungsgemäß, im Gegensatz zu den Großstädten, mehrheitlich karlistisch wählten (77,8% gegenüber 22,2%, die liberal wählten). Im Gegensatz dazu wählten jedoch die Menschen im Baztan Tal, also einer Berggegend, zu 85,3% liberal (14,7% karlistisch). Dass die Bewohner dieses Bergtals (genauso wie die der Roncal-, Salazar- und Aézcoa-Täler) liberal wählten, erscheint auf den ersten Blick unverständlich, da ja die ländlichen Gegenden besonders unter dem Liberalismus leiden mussten bzw. alles Negative mit diesem verbanden, jedoch sind diese Täler Ausnahmen, da viele ihrer Bewohner seit Beginn des 18. Jahrhunderts sowohl am Madrider Hof als auch im Handel - vor allem mit den Kolonien - Großes leisteten, und als sie sich später wohlhabend wieder in ihren Tälern niederließen, lagen sowohl ihre wirtschaftlichen Interessen als auch ihre politische Einstellung dem liberalen Madrid viel näher als dem Karlismus (Arizkun Cela 1985: 45ff.).

- In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden durch den Marquis von Ensenada die bis dahin an die baskischen Schiffswerften vergebenen Aufträge für die spanische Kriegsmarine nach Santander, El Ferrol, Cadix und Cartagena verlagert, womit eine wichtige Einnahmequelle verloren ging. Gleichzeitig befand sich der für das Baskenland wichtige Fischereisektor in einer Krise, sodass die verlorengegangenen öffentlichen Aufträge doppelt schmerzten, denn einerseits fehlten die wichtigen Einnahmen aus der Fischerei und andererseits konnte dieser Sektor in Krisenzeiten die Werften nicht einmal annähernd auslasten. Die für den Handel mit den Kolonien notwendigen Änderungen - da er in seiner bisherigen Form deutlich weniger einbrachte als möglich gewesen wäre - gipfelten in den „Reglamentos de libre comercio“ von 1778, und weil die Sonderstellung der baskischen

Provinzen dem Zentralstaat in Bezug auf den Handel mit den Kolonien hinderlich war - hier wäre vor allem die damals noch im Landesinneren gelegene Steuergrenze zu erwähnen-, wurden San Sebastian und Bilbao von der Liste der für den Handel zugelassenen Häfen gestrichen. Dass die Bürger San Sebastians und Bilbaos dies gerne anders gehabt hätten und somit den liberalen Ideen zugetan waren, erscheint logisch. Auch kann ein Blick auf die Produktion von Handelsschiffen zwischen den Jahren 1798 und 1850 deutlich belegen, dass diese im Baskenland in Kriegszeiten massiv einbrach und besonders während des ersten Karlistenkriegs so gut wie inexistent war, während sie in Katalonien florierte, da der Krieg sich vor allem im Baskenland abspielte und die katalanische Produktion voll in den spanischen Markt integriert war. Die großartigen Resultate für die katalanischen Produzenten müssen eine weitere Motivation für die baskischen Bürgerlichen gewesen sein, die Integration in den spanischen Markt zu forcieren und die Ära der Fueros hinter sich zu lassen (Delgado i Ribas 1985: 89ff.). Der Ausschluss San Sebastians aus dem Handel mit den Kolonien war auch deshalb so ein Schlag für die Bürger der Stadt, da sie seit 1728 eine privilegierte Stellung beim Handel mit den Kolonien durch die „Real Compañía Guipuzcoana de Caracas“ genießen durften und diese große Gewinne eingebracht hatte. Im Gegensatz zu z. B. Barcelona profitierte jedoch nicht die gesamte Provinz von den Gewinnen, sondern im baskischen Fall blieben diese auf die Stadt beschränkt (Gárate Ojanguren 1985: 125ff.).

- Einen großen Einschnitt im Leben der ländlichen Bevölkerung des Baskenlandes bedeutete der Wechsel vom „Censo“ zur „Obligación“ zwischen 1770 und 1829. War der Censo ein Hypothekarkredit, welcher auf unbestimmte Zeit und mit maximal 3,33% verzinst werden durfte, so sah dies beim bürgerlichen Kredit, der Obligación, schon anders aus. Diese war zeitlich beschränkt – von einigen Monaten bis hin zu neun Jahren –, es fehlte die gesetzliche Beschränkung der Zinsen und somit war die Gefahr viel größer, den Kredit nicht zurückzahlen zu können und die belasteten Güter zu verlieren. Fielen 1770 noch 90,28% der Kredite auf die Censos und nur knapp 10% auf die Obligaciones, so änderte sich das Verhältnis bis 1829 auf 17% zu 83%. War beim Censo das Kapital dem Landbesitzer untergeordnet, so drehte sich dies später bei der Obligación um, denn nun konnte der Geldverleiher den Rückgabezeitpunkt bestimmen bzw. nur er durfte die Fristen verlängern. Im Laufe der Jahre verloren so viele Kleinbauern ihren Besitz, während die großen Kapitalisten riesige Ländereien anhäufen konnten. Der Liberalismus war nun zum erklärten Feind der ländlichen Bevölkerung geworden (Fernandez de Pinedo 1985: 109ff.).

- Dass sich die Zeiten änderten, war nun klar, aber die Geschwindigkeit, mit der sich dieser Wandel vollzog, nahm ab dem Ende des letzten Karlistenkrieges und dem endgültigen Sieg des Liberalismus für viele beängstigende Ausmaße an. An der Industrieproduktion (siehe Graphik 3) kann dies sehr gut gezeigt werden. Während z. B. in Katalonien ein stetiger Anstieg von 1844 bis 1906 zu verzeichnen ist (die Industrieproduktion von 1935 gilt als Wert 100) und sich die Produktion von 4% kontinuierlich auf 46% erhöhte, so sieht die Kurve im Baskenland komplett anders aus. War der Ausgangswert von 1844 mit 1% nur ein Viertel von dem Kataloniens, so änderte sich bis 1860 so gut wie nichts an diesen Zahlen. Hatte sich in Katalonien der Wert bis 1860 auf 12% verdreifacht, so betrug er im Baskenland immer noch nur 1,78% (1851 war er sogar zwischenzeitlich auf 0,9% gesunken). Zwischen 1860 und 1890 explodiert jedoch die Industrieproduktion des Baskenlandes. Katalonien konnte weiterhin einen kontinuierlichen Anstieg verzeichnen und verdoppelte die Produktion zwischen 1860 und 1890 auf 26%. Im Baskenland jedoch, in dem die Produktion zwischen 1844 bis 1860 stagniert hatte, schoss die Industrieproduktion zwischen 1860 und 1890 von 1,78% auf 60,89%. Hatte sich der Wert in Katalonien bloß verdoppelt, so multiplizierte sich der Wert im Baskenland in diesen 30 Jahren um das 34 fache (Carreras de Odriozola 1985: 201ff.).

<b>Industrieproduktion</b>	<b>Baskenland</b>	<b>Katalonien</b>
<b>1844</b>	1,04%	4,03%
<b>1860</b>	1,78%	12,07%
<b>1890</b>	60,89%	26,33%

Graphik 3: Industrieproduktion des Baskenlandes und Katalonien zw. 1844 und 1890. 100% = Prod. von 1935

- Die Zahlen der Gusseisenproduktion (in Tonnen pro Jahr – siehe Graphik 4) zeigen noch deutlicher, dass zwischen 1860 und 1890 vor allem das letzte Jahrzehnt einen unglaublichen Schub mit sich brachte und dass der Großteil dieser Entwicklung in Vizcaya statt fand. Betrug die jährliche Produktion zwischen 1862 und 1879 in Vizcaya durchschnittlich 12.186 t, so produzierten Alava, Guipuzcoa und Navarra gemeinsam bloß 7.936 t. In den Jahren 1880 bis 1886 versechsfachte sich dieser Wert in Vizcaya, während er sich in den restlichen Gebieten bloß verdoppelte und einer gemeinsamen Produktion von

15.172 t in Alava, Guipuzcoa und Navarra ein Wert von 75.326 t in Vizcaya gegenüber stand (Bilbao Bilbao 1985: 218ff.).

<u>Gusseisenproduktion</u>	<u>Vizcaya</u>	<u>Alava, Guipuzcoa und Navarra</u>
<b>1862 – 1879</b>	12.186	7.936
<b>1880 – 1886</b>	75.326	15.172

Graphik 4: Gusseisenproduktion in Tonnen pro Jahr im Baskenland zwischen 1862 und 1886

- Sowohl die Werte der Industrieproduktion als auch die der Gusseisenproduktion verdeutlichen, dass Vizcaya das Zentrum dieser Industrialisierung war und die Jahre zwischen 1860 und 1890 die Zeit des großen Wechsels waren. Das Schlüsseldatum ist jedoch das Jahr 1876, denn hier gewannen nicht nur die Liberalen den letzten Karlistenkrieg, sondern es wurden in Vizcaya auch die Bessemerbirnen (Bessemer converter) eingeführt, womit die internationale Nachfrage nach Stahl aus dieser Region stark anstieg. Die Konsequenz war eine enorme Akkumulation von Kapital in den Händen der lokalen Bourgeoisie, wobei es sich um einige wenige Familien handelte (vor allem die Ibarra, Martínez de Rivas oder Chávarri). Eine weitere Konsequenz war die völlige Umgestaltung der Gesellschaft in nur wenigen Jahren, da nun die Stahlindustrie den wirtschaftlichen Rythmus vorgab (Sudriá i Triay 1985: 253ff.).

- Eng verbunden mit dieser Industrialisierung und den enormen Gewinnen ist der Aufstieg der baskischen Banken. Hervorzuheben ist dabei die Bank von Bilbao, gegründet 1857, als der lokalen Wirtschaftskammer von der Regierung hierfür die Konzession erteilt wurde. Die enge Verbindung mit den Aktivitäten des Bergbaus und der Stahlindustrie war die beste Voraussetzung für eine spektakuläre Expansion und die Bank von Bilbao war dann auch die erste spanische Bank, die in Paris und London Filialen eröffnete. Ein weiterer Grund für die Expansion der baskischen Banken war, dass die größten Konkurrenten, die katalanischen Banken, mit dem Ende der Überseekolonialherrschaft 1898 deutlich geschwächt wurden, da die für die katalanische Textilindustrie so wichtigen Märkte - wie z. B. Kuba - verloren gingen, während die Eisenindustrie des Baskenlandes nicht nur florierte, sondern am spanischen Markt von einer für sie günstigen protektionistischen Wirtschaftspolitik

profitierte. Diese positive wirtschaftliche Erwartungshaltung ließ dann auch viele Spanier, die nach 1898 aus den Kolonien zurückkehrten, ihr Vermögen ins Baskenland bzw. in baskische Banken investieren und nicht in katalanische. Die Bank von Bilbao, die Bank von Vitoria, die Bank von Vizcaya oder die Crédito de la Unión Minera, sie alle konnten die großen Gewinne aus der Stahlindustrie und das aus den Kolonien zurückgeflossene Kapital in komplementäre Wirtschaftszweige investieren und bei Schiffsbau, Eisenbahnbau, etc. oder der Elektrifizierung Kataloniens blendend verdienen (Sudriá i Triay 1985: 257ff.).

<b>Kommerzbanken -Aktiva (Gesamt)</b>	<b>Katalonien</b>	<b>Baskenland</b>
<b>1850</b>	14	-
<b>1865</b>	28,3	12,3
<b>1872</b>	75,1	20,5
<b>1896</b>	112,7	117,7
<b>1913</b>	111,7	419,8

Graphik 5: Gesamtaktiva der katalanischen und baskischen Banken von 1850 bis 1913 in Millionen Peseten (Sudriá i Triay 1985: 265)

Diese Graphik verdeutlicht die absoluten und relativen Zugewinne der baskischen Banken vor allem nach 1876.

- War bis zum 16. Jahrhundert Alava die am stärksten besiedelte Region des Baskenlandes, so konnten Vizcaya und Guipuzcoa ab dem 18. Jahrhundert Alava hinter sich lassen, da die Küstenregion der beiden Provinzen immer wichtiger wurde. Interessant wird die Entwicklung ab 1857:

	<b>Alava</b>	<b>Vizcaya</b>	<b>Guipuzcoa</b>
<b>1857</b>	23,3%	38,8%	37,8%

<b>1887</b>	18,2%	46,2%	35,6%
<b>1900</b>	16%	51,6%	32,4%

Graphik 6: Einwohner des Baskenlandes aufgeteilt nach Regionen in %. (Quelle: Hernandez Marco 1985: 15.)

Vizcaya und Guipuzcoa hatten Mitte des 19. Jahrhunderts schon deutlich mehr Einwohner als Alava, aber ab den späten 1860er Jahren geht die Entwicklung auch zwischen den beiden Küstenregionen deutlich auseinander. Der Zuzug nach Vizcaya – aus allen Regionen Spaniens - ist deutlich zu erkennen, er ist zurückzuführen auf die Schwerindustrie und er setzte massiv ab den 1870er Jahren und örtlich beschränkt auf die Industriezentren, allen voran Bilbao, ein.

### **3) Die Entstehung des baskischen Nationalismus**

Die desamortizaciones, der Konventions- und Unabhängigkeitskrieg, die Karlistenkriege, die vielen ökonomischen Veränderungen und letztlich die voll einsetzende Industrialisierung, all das zusammen sind die Gründe, warum gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Zeit reif war für die Ideen des Nationalismus. Hinter der gesamten nationalistischen Ideologie und allem voran der Verteidigung der Fueros verbarg sich nicht die Verteidigung einer alten Kultur oder Freiheitsbestrebungen, sondern der Kampf einer sozialen Gruppe um den Erhalt bzw. die Rückgewinnung ihrer Interessen und ihrer Macht. Die als ruinös gesehene Welt des Liberalismus und der Industrialisierung sollte durch eine Rückkehr in eine idealisierte katholisch-absolutistische Agrargesellschaft überwunden werden. Dem Zentralismus, der diese Moderne vorantrieb und die unterschiedlichen Kulturen des Königreichs durch eine universelle Schriftkultur ersetzen wollte, sollte durch Autonomie oder sogar Sezession entgegengetreten werden. War diese für viele präkere Situation in ganz Spanien vorhanden, so ist ihre extreme Ausformung im Baskenland damit zu erklären, dass hier eine sich auf dem sozial absteigenden Ast befindliche lokale Mittelschicht gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur den Zentralismus und die bürgerliche Welt bekämpften, sondern sich der Gefahr der politischen Mobilisierung der ins Baskenland zugereisten proletarischen Massen stellen musste.

*„Vierzig Jahre sind vergangen, ohne daß ein Karlist einen wichtigen Posten bekommen oder auch nur danach aspiriert hätte; vierzig Jahre von Verkäufen von nationalen Schnäppchen,*

*welche den Klöstern widerrechtlich entrissen wurden und die Familien der Gegenseite bereichern sollten ,... vierzig Jahre Verfolgung, Bürgerkrieg, von konstanten Opfern, welche das Kapital der noblen Familien, welche uns angehörten, verringerten.“ (Garmendia 1985: 358).*<sup>39</sup>

Die 40 Jahre, auf die er sich bezieht, sind die Jahre seit Beginn des ersten Karlistenkrieges, doch noch sollte die Katastrophe der Niederlage im letzten Karlistenkrieg, weitere ökonomische Verluste, der völlige Sieg des Liberalismus und vor allem die massive Industrialisierung bevorstehen. War die Einstellung schon 1872 radikal, so sollten die nächsten Jahrzehnte und die noch stärkere wirtschaftliche Bedrohung vor allem der ehemals besitzenden und politisch einflussreichen Schichten im Baskenland, diese Radikalisierung nur noch weiter steigern.

Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass der baskische Nationalismus, welcher von den Brüdern Arana Goiri gegen Ende des 19. Jahrhunderts erdacht wurde, zuerst ein vizcainischer war, denn hier trafen die alteingesessene Mittelschicht und die Arbeiterschaft aufeinander. Stand er auch in der Tradition des vorherigen Regionalismus und des während und nach dem letzten Karlistenkrieges stark verbreiteten Fuerismo, und stellt der baskische Nationalismus eine Vermischung verschiedenster Ideen dar, so zeichnen seine Ideologie darüber hinaus einige der folgenden grundlegenden Muster aus (Extramiana 1985: 387ff.):

- eine die übermäßigen Ungleichheiten ausgleichende Gesellschaft;
- die Überwindung der negativen Entwicklungen der Industriegesellschaft durch das Übertragen der imaginierten Tugenden der Agrargesellschaft, um so dem Klassenkampf auszuweichen;
- ein dritter, baskischer Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, hin zu einer „baskisch-christlichen“ Demokratie;
- die Betonung der Familie, wobei es sich hier um eine patriarchale Ordnung handelt, da die Familie nicht nur die Basis jeglichen sozialen Lebens sein sollte, sondern auch die politischen Rechte in Anspruch nehmen müsse. Selbst manche der Gründer der ETA stellten sich noch in den 1960er Jahren die Frage, ob das Wahlrecht für die Familie nicht über ein universelles Wahlrecht zu stellen wäre;
- eine durch und durch rassistische Begründung der eigenen Ideologie.

---

<sup>39</sup> Garmendia zitiert aus der karlistischen Zeitung „El Apagador“ vom 28 Juli 1872 aus dem Artikel „Los Ojalateros“, jedoch ohne Angabe eines Autors.

Die bereits im ersten Kapitel erwähnten Studien zum Antisemitismus lassen die Ereignisse des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts und die Ausrichtung des baskischen Nationalismus verständlicher erscheinen, denn es gab zwar in Spanien seit dem Ende des 15. Jahrhunderts keine Juden mehr, doch werden einige Passagen aus den Werken des Chefideologen des baskischen Nationalismus – Sabino Arana Goiri – verdeutlichen, dass der hier als Sündenbock fehlende „Jude“ ganz einfach durch „Spanier“ ersetzt werden kann und auch wurde.

Else Frenkel-Brunswick und R. Nevitt Sanford haben Studentinnen und Studenten auf ihre Akzeptanz antisemitischer Äußerungen hin untersucht: *„Der antisemitische Mann weckt den Wunsch, ‚oben bei den Starken‘ zu sein“* ... Es *„ist der ‚wohlerzogene‘ oder puritanische Antisemit ein typisches Mittelschicht-Phänomen“* ... Dieser sei *„überkonformistisch“* ... Männer dieser Schicht *„halten rigide an den Mittelschicht-Werten fest und bekommen Angst, wenn sich bei ihnen selbst oder bei anderen entgegengesetzte Tendenzen zeigen“* ... Es handelt sich um *„soziale und psychische Unsicherheit, wie sie üblicherweise auftritt, wenn Status und Aspirationen weit auseinanderklaffen“* (Frenkel-Brunswik/Sanford 2002: 144).

Doch nicht nur die bedrohte Mittelschicht war im baskischen Fall vorhanden, sondern auch das Äquivalent zum „Schacherjuden“, der *„den Unterschichten in Stadt und Land, die im Zuge der Auflösung der feudalen Gefolgschaften zu (vogel-)freien Lohnarbeitern wurden, sozial am nächsten stand, [und er] repräsentierte ihnen die Gefahr fortschreitender ‚Entfremdung‘“* (Dahmer 2002: 188). Im baskischen Fall gab es für dieses Bild - neben den verhassten Neureichen - die aus dem Rest Spaniens zugezogenen Arbeiter, welche unter erbärmlichen Umständen leben mussten.

Otto Fenichel fasst das bisher Gesagte sehr gut zusammen, wenn er meint: *„Zusammenfassend können wir sagen: Der Antisemitismus kommt zum Judenhaß durch einen von außen angeregten Verschiebungsprozeß. Er sieht in den Juden alles, was ihm Elend bringt“* (Fenichel 2002: 55).

40

Ersetzen wir nun das Wort „Jude“ durch „Spanier“ und lassen wir Sabino Arana Goiri - den Gründer der baskisch nationalistischen Partei PNV - höchst persönlich vortragen (Elorza 2005: 48ff.):

---

<sup>40</sup> Elorza gibt in seinem Vorwort zwar mehrere Werke an, aus denen die Zitate stammen - vor allem *„Historia del nacionalismo vasco en sus documentos“*, *„Sabino Arana, padre de las nacionalidades“* und *„Obras completas“* -, jedoch ist bei den einzelnen Zitaten nicht ersichtlich, aus welchem Buch, aus welcher Zeitung oder aus welchem Dokument sie zitiert werden.

*„Die Maketos. [das Schimpfwort von Sabino Arana und den baskischen Nationalisten für die aus dem restlichen Spanien immigrierten Arbeiter] Das sind unsere Mauren. Mit einem Unterschied: die Mauren hassen Spanier, weil sie von ihnen dominiert werden und die Maketos, sie sind es, die uns versklaven, und nicht genug damit, sie verabscheuen uns bis auf den Tod, sie werden nicht aufhören, bis sie unsere Rasse vernichtet haben ... Der Maketo, dort ist der Feind!...*

*Bei der Anhäufung schrecklicher Unglücke welche heute unser geliebtes Vaterland quälen, gibt es keines, das so schrecklich und betrüblich ist... wie die Berührung seiner Söhne mit den Söhnen der spanischen Nation ... welche den Verstand und die Herzen seiner Söhne verdirbt und seine Seelen tötet ... [Wer sich dem nicht entgegenstellt] sündigt daher gegen Gott...*

*Das Vizcaya von heute, geliebte Mutter, ist nicht wie das Alte: früher Traditionen und Gesetze und heute ist die alte Rasse verloren...*

*Der heilige Vater wird von hoch oben wachen, in der Junta von Guernica vom Volk von Vizcaya. Dort wird er uns wunderbare Gesetze schaffen, direkt heraus aus dem alten Gesetz...*

*Die alte Rasse von früheren Zeiten, rein und besonders, jetzt gedemütigt von den Maketos, wird leben und sich für alle Zeiten erheben und von den Vizcaynern wird Vizcaya sein...*

*Früher hattest du als einzigen Herren Gott. Jetzt demütigst du dich vor dem Fremden, dem schlechtesten unter den Schlechten...*

*Er hat dir den guten Gott genommen, hat die alten Gesetze zerstört; hat die Rasse getötet und die baskische Sprache...*

*Die Sonne der Freiheit ist aus dem Wald herausgetreten. Ihr Licht bestrahlt schnell alle Seiten. Wacht auf Vizcainer, Hoch alle Basken! Es sollen leben, es sollen leben, die Gesetze von früher...*

*Die Hände schmutzig und rau von der harten Feldarbeit; aber das Mädchen rein neben seinen Eltern.“*

Immer wieder finden sich die gleichen Themen: Gott, die alten Gesetze, die Reinheit der Rasse und die ständige Bedrohung durch den „Maketo“. Ohne Gott und der Begriff „Maketo“ durch Jude ersetzt, könnten diese Aussagen problemlos von Hitler oder Rosenberg stammen, denn: *„Alle Maketos, Aristokraten und Plebejer, Bürgerliche und Proletarier, Weise oder Ignoranten, Gute und Schlechte, alle sind Feinde unseres Vaterlandes, mehr oder weniger offen, aber immer grausam“* und die Anwesenheit des Maketos in der vizcainischen Gesellschaft bringt immer *„Kriminalität, Irreligiosität, Immoralität, Armut, Krankheiten“*. Daher muss man *„die spanische Invasion radikal zurückweisen“*. (Elorza 2005: 107)

100 Jahre nach dem Konventionskrieg, nach all den weiteren Kriegen, dem wirtschaftlichen Niedergang eines großen Teils der Landbevölkerung, den vielen liberalen Siegen – auf dem Schlachtfeld, in der Wirtschaft und auf der politischen Bühne – und der Bedrohung des vizcainischen Mittelstandes durch das immigrierte Industrieproletariat, war der Boden, auf dem die extremsten Formen des Nationalismus und des Rassenwahns gedeihen, fruchtbar und wartete nur mehr auf denjenigen, der die Saat verstreuen würde. Dies sollte Sabino Arana Goiri sein, am 31. Juli 1895 - dem Tag des heiligen Ignatius von Loyola - gründete er die PNV, die baskisch-nationalistische Partei.

Von nun an wurde die baskische Sprache vereinheitlicht, vieles aus der Geschichte vergessen und mindestens genauso viel erdichtet. Die sozialen Konflikte der realen Welt wurden nun in eine fiktive Geschichte, von aus Urzeiten stammenden Abwehrkämpfen und der im Nebel längst vergangener - oder besser gesagt nie vorhandener - Zeiten liegenden baskischen Einheit eingeflochten, symbolisiert durch die Mystifizierung der Fuegos.

Die Konflikte der Industrialisierung wollte man durch die Verbindung mit der vorindustriellen, archaischen Zeit lösen, die Veränderungen sollten jedoch nicht komplett zurückgewiesen, sondern in eine durch das Ancien Régime legitimierte Agrarordnung mit kontrolliertem Kapitalismus transformiert werden. Fundamentale Probleme der Gegenwart wurden in die Vergangenheit eingebettet, in rein formale Debatten (Fuegos) verlagert und jene Bilder geschaffen (Zentralismus, Spanien), die als disfunktional für die Rekonstruktion der natürlichen Ordnung galten und weiterhin gelten (Elorza 1985: 412).

## V. Kapitel

### **ETA: Vom baskischen Nationalismus zum Terrorismus**

#### **1) Von der Jahrhundertwende bis zum spanischen Bürgerkrieg von 1936**

Das Erscheinen der PNV gegen Ende des 19. Jahrhunderts hatte eine Teilung der konservativen, klerikalen Kräfte zur Konsequenz, einerseits in Anhänger der PNV, andererseits in Anhänger der diversen karlistischen Parteien, wobei baskische Nationalisten und Karlisten - man kann sie nun auch spanische Traditionalisten nennen - in vielen Fällen

Wahlbündnisse schlossen. Dies begann 1903 in der sogenannten „etapa españolista“<sup>41</sup> von Sabino Arana und mündete in den Pakt von Estella von 1931, dem alle konservativen Kräfte des Baskenlandes und Navarras angehörten.

Die Karlisten hatten interne Spaltungen zu verzeichnen, die erste schon 1888, als sich ein ultraklerikaler Teil als „Partido Integrista“ von Ramón Nocedal formierte, und die zweite 1918 in Form des „Partido Tradicionalista“ von Vázquez de Mella ( Suárez-Zuloaga 2007: 97).

Im gesamten Zeitraum von der Gründung der PNV gegen Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Spanischen Bürgerkrieges 1936 behielten die rechten, pro-spanischen Traditionalisten nicht nur in Navarra die absolute und in Alava die relative Mehrheit, sondern waren sowohl in der Provinz Vizcaya als auch in ganz Guipuzcoa mit je über einem Drittel der Stimmen ein relevanter Machtfaktor (vgl. Wahlen 1936 in Kapitel II.). Dies sollte bei Ausbruch des Krieges dazu führen, dass Navarra und Alava als gesamte Provinzen an der Seite Francos kämpften und vor allem in Guipuzcoa viele Traditionalisten - die sogenannten karlistischen Requetés - sich erst bedeckt hielten, um bei der ersten Gelegenheit zu den franquistischen Truppen zu stoßen und an ihrer Seite gegen den Rest ihrer Provinz und gegen Vizcaya den Krieg zu führen.

Es mutet fast ironisch an, dass gerade Madrid die Hausmacht der PNV in Vizcaya erst ermöglichte und danach stärkte, denn wurden zur Zeit des Spanisch-Amerikanischen Krieges von 1898 die antispanischen Agitationen von Sabino Arana und seinen „Independentistas“ als in Kriegszeiten staatsgefährdend eingestuft und mit Gefängnis bestraft, so änderte sich dies besonders seit der „etapa españolista“ von Sabino Arana ab 1903. Von nun an wurden die baskischen Nationalisten von Madrid als nützliches Gegengewicht zu den Sozialisten und den Karlisten gesehen. Ein gutes Beispiel ist die Einsetzung des Nationalisten Gregorio Ibarreche 1907 als Bürgermeister von Bilbao durch die Madrider Regierung, obwohl seine Partei nur wenig Stimmen bekommen hatte (Suárez-Zuloaga 2007: 98).

In den beiden darauf folgenden Jahrzehnten - diese waren vor allem geprägt von den Krisenjahren zwischen 1910 und 1920 und dem unpopulären, unrentablen, aber für das Selbstwertgefühl des Militärs immens wichtigen Krieges in Marokko, der Diktatur Generals

---

<sup>41</sup> In dieser Phase ging Sabino Arana von seinen radikalsten Forderungen ab und strebte eine Autonomie innerhalb Spaniens an, jedoch dürfte dieser Sinneswandel vor allem auf die Verfolgung der PNV durch die Autoritäten und auch durch baskische Traditionalisten nach dem verlorenen Kubakrieg von 1898 zurückzuführen sein.

Miguel Primo de Rivera von 1923 bis 1930 und von der zweiten Republik ab 1931 - konnte sich die PNV in Vizcaya als zentrale politische Kraft festsetzen und vor allem auf die Stimmen des Mittelstandes zählen. Die stark klerikale und konservative Ausrichtung führte jedoch auch in der PNV zu Spaltungen, wie z. B. jener von 1909, als mit dem „Partido Nacionalista Liberal Vasco“ die erste links-nationalistische Partei gegründet.

1930 wurde „Acción Nacionalista Vasca“ gegründet, eine links-nationalistische Partei, die bei den spanischen Wahlen von 1936 die links-republikanische Volksfront, den „Frente Nacional“, unterstützte. War Spanien bei diesen Wahlen generell in zwei unversöhnbare Blöcke geteilt, so war die Lage im Baskenland noch komplizierter, da hier nicht bloß die Links-Rechts-Konfrontation gegeben war, sondern auch noch die Nationalisten mitmischten. Die Aussicht auf das lang ersehnte Autonomiestatut veranlasste die konservativen Nationalisten die linke spanische Volksfrontregierung zu unterstützen. Im Oktober 1936 wurde dieses Autonomiestatut Realität, jedoch hatte der Bürgerkrieg schon begonnen und die konservativen Nationalisten fanden sich zusammen mit der linken Volksfront in einer Koalition wieder, die gegen die Franco-Truppen unterliegen sollte, im Baskenland vor allem auch deswegen, weil unzählige Basken das „nationale Spanien“ - sprich Franco - unterstützten.

## **2) Der Spanische Bürgerkrieg und seine Implikationen für das Baskenland**

Nach Beendigung des spanischen Bürgerkrieges 1939 musste die Führung der baskischen Autonomieregierung, welche aus Mitgliedern der PNV bestand, ins französische Exil emigrieren, da sie sich im Bürgerkrieg für die republikanische Seite und somit für die Verlierer entschieden hatte. Es kann jedoch nicht stark genug die bereits erwähnte Tatsache hervorgehoben werden, dass dies nur die Provinzen Vizcaya und Guipuzcoa betraf, da die dritte baskische Provinz - Alava - und auch die autonome Region Navarra den Bürgerkrieg an der „nationalen“ Seite bestritten hatten und somit zur Siegerseite zählten.<sup>42</sup> Neben der

---

<sup>42</sup> Die aufständische, faschistische Partei unter der Führung des Generals Francisco Franco, welche sich gegen die gewählte Regierung erhob, wird in Spanien „Bando Nacional“ oder später dann als einzige politische Kraft im Lande „Movimiento Nacional“, was auf Deutsch mit „Nationaler Seite“ oder „Nationaler Bewegung“ zu übersetzen wäre, genannt. Die übliche Typifizierung „Faschisten“ ist im besten Fall ungenau, im Grunde genommen jedoch falsch. Vereinfachend wird das Franco-Regime immer als faschistisches definiert, jedoch setzte es sich aus unterschiedlichen Kräften zusammen. Die national-syndikalistischen Falangisten unter José Antonio Primo de Rivera sind die einzigen Kräfte dieser rechten Koalition, auf die die Bezeichnung „faschistisch“ zutrifft, die zweite große Kraft, die Traditionalisten, hatten mit den Falangisten jedoch wenig gemein. Diese zweite Gruppe hatte vor allem das Ziel aus Spanien wieder eine Monarchie zu machen und hier waren die klassischen konservativ-klerikalen Ansichten vorherrschend. Franco konnte sowohl die sozial-revolutionären Falangisten als auch die Traditionalisten unter einen Hut bringen, eine Verbindung, die

Hauptfront im Süden, welche durch die aus dem nordafrikanischen Protektorat Marokko nach Festlandspanien übergesetzten Truppen unter der Führung General Francos errichtet wurde, entstand sofort mit Beginn des Aufstandes eine zweite Front im Norden, welche von regulären Truppen unter der Führung von General Emilio Mola errichtet wurde, dies jedoch unter Mithilfe der baskischen und navarresischen Karlisten.

Ein gutes Beispiel für einen überzeugten baskischen Karlisten und somit Unterstützer der faschistischen Seite ist ironischerweise der Vater der einflussreichsten und prägendsten Gestalt des baskischen Nationalismus im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts (Javier Arzallus), nämlich Felipe Arzallus. Dieser trat sogar im in „Feindeshand“ befindlichen Guipuzcoa an spanisch-faschistischer Seite in den Krieg ein, genauer gesagt in seiner Heimatstadt Azkoitia. Bewaffnet und mit einer Hand voll Mitstreitern brach er noch am Tag des Beginns des Aufstands – dem 18. Juli 1936<sup>43</sup> - zur örtlichen Kaserne der Guardia Civil auf und forderte die dort stationierten Polizisten unter den Rufen „Nieder mit der Republik“, „Tod den Verrätern“ und „Nieder mit der baskischen Regierung“ auf, sich dem Aufstand anzuschließen, wofür es jedoch keiner großen Überzeugungsarbeit bedurfte. Der ranghöchste Polizist, Felix Sáenz de Urturi y Rodriguez, rief nach Rücksprache mit dem Hauptquartier der Guardia Civil für diesen Distrikt den Kriegszustand aus (Díaz Herrera/Duran 2001: 12f).

Einen interessanten Vergleich dazu bietet das entgegengesetzte Verhalten der Guardia Civil in Madrid, da sie eine entscheidende Kraft bei der Abwehr der Franco Offensive vom November 1936 war und Madrid somit bis 1939 von der republikanischen Seite gehalten werden konnte.

Schon 1936 eroberten die nationalen Truppen Guipuzcoa und im Juni 1937 fiel auch Vizcaya. Als Bestrafung wurden die wirtschaftlichen Sonderrechte in Vizcaya und Guipuzcoa, jedoch nicht in Alava und Navarra aufgehoben (siehe Annex 6). Von nun an wurden in Vizcaya und Guipuzcoa genauso wie im Rest Spaniens die Steuern direkt eingehoben und nicht mehr von der regionalen Regierung. Außerdem wurde der Grad der Selbstverwaltung auf den der anderen spanischen Provinzen reduziert.

---

normalerweise nach Beendigung des Krieges auseinander gebrochen wäre. Dass dies nicht so geschah, ist vor allem darauf zurückzuführen, dass der Führer der Falangisten, José Antonio Primo de Rivera, von den Republikanern erschossen wurde und gleichzeitig die Generäle Emilio Mola und (der karlistische) José Sanjurjo, die zusammen mit Franco ein aufständisches Triumvirat bildeten, den Krieg nicht überlebten und nur Franco übrig blieb. Er formte dann eine Diktatur sui generis, in der im Grunde unüberbrückbare Unterschiede zwischen Falangisten und Traditionalisten durch ihn außer Kraft gesetzt wurden, da er alle Macht in seiner Person vereinte und eine Bewegung schuf, deren Namen eigentlich ein Oxymoron darstellt: „Falange Española Tradicionalista y de las Jons“ (JONS = Juntas de Ofensiva Nacional Sindicalista = Vereinigungen der Nationalsyndikalistischen Offensive)

<sup>43</sup> In Melilla hatte der Aufstand bereits am 17. Juli begonnen, in Festlandspanien jedoch erst am 18.

Nachdem im ersten Absatz des Dekrets zur Aufhebung der wirtschaftlichen Sonderrechte in Vizcaya und Guipuzcoa (Annex 6) die wirtschaftlichen und fiskalen Sonderrechte nochmals in Erinnerung gerufen werden, wird im zweiten Absatz festgelegt: *“... erhoben sich in Guipuzcoa und Vizcaya gegen die nationale Bewegung, welche am 17 des letzten Juli initiiert wurde, ... So ist es nun nicht zulässig, dass diese Privilegierung fortbestehen könne, ohne Unrecht für die restlichen Regionen zu erzeugen, welche mit Enthusiasmus und grenzenlosen Opfern von Beginn an am Erfolg der Armee mitarbeiteten, und ohne Verringerung jener elementaren Normen und verpflichtender Gerechtigkeit, von denen sich der neue Staat inspirieren solle. Während die Besonderheiten des Steuersystems und der Verwaltung in einigen Provinzen wie in der treuesten Navarra jeden Tag mehr zu ihrer nationalen Gesinnung und ihrem leidenschaftlichen Festhalten am gemeinsamen Schicksal des Vaterlandes dienten, so dienten sie in anderen [Provinzen - gemeint sind Vizcaya und Guipuzcoa] im Gegensatz dazu, die einfältigste Antispanien-Politik zu betreiben, ein Umstand, welcher ... jetzt nicht nur raten lässt, sondern dazu verpflichtet, ein System zu beenden, welches von ihnen als Instrument verwendet wurde, um so großen Schaden anzurichten. Die gleichen Erwägungen verpflichten dazu, dass das geltende System in der Provinz Alava weitergelten solle, da sie nicht an jedweden rebellischen Akten teilnahm sondern im Gegensatz wertvollste Beiträge zur nationalen Kausa beitrug, welche in diesen Momenten weder vergessen werden können noch sollen.“<sup>44</sup>*

Nach der im darauf folgenden Artikel 1 proklamierten Gleichstellung der beiden „abtrünnigen“ Provinzen mit dem Rest Spaniens betont Artikel 4: *„Das wirtschaftliche System, welches per Dekret vom 9. Juni 1925 angenommen und durch jenes vom 24. Dezember 1926 reglementiert wurde, gilt weiterhin vollständig für die Provinz Alava und damit auch ihre Diputation mit den ihr darin zugestandenen Kompetenzen.“*

Es gilt nochmals festzuhalten, dass in Anerkennung der Mithilfe beim Aufstand und im darauf folgenden Bürgerkrieg die geltenden Sonderrechte ausdrücklich für Alava und Navarra beibehalten wurden. Selbst heute noch sind die Auswirkungen zu erkennen, da die nationalistischen Kräfte sich nur in Vizcaya und Guipuzcoa als stärkste politische Macht etablieren konnten, in Alava und Navarra jedoch immer die „verfassungstreuen“<sup>45</sup> Parteien die

---

<sup>44</sup> Selbst verfasste Übersetzung aus dem spanischen

<sup>45</sup> Gemeint ist hier die spanische Verfassung und somit der Wunsch innerhalb des spanischen Staats zu bleiben.

Mehrheit behielten. Seit den Wahlen vom 1. März 2009 hat die nicht-nationalistische Koalition aus Sozialistischer Partei (PSOE) und Volkspartei (PP) zusammen mit der erst kürzlich gegründeten Zentrumspartei UPyD sogar im gesamten Baskenland die Mehrheit und regiert unter der Führung des Sozialisten Patxi Lopez. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die ideologische Einstellung der spanisch-faschistischen und der baskisch-nationalistischen Seite unter Führung der PNV nicht so weit auseinander lagen, wie dies angenommen werden könnte. Beide waren und sind - vor allem die Anhänger der PNV und, wenn man Teile der Anhängerschaft der Volkspartei dem ehemaligen faschistischen Lager zuordnen möchte, dann auch diese - streng katholisch und antikommunistisch. Die Entscheidung der baskischen Autonomieregierung, im Bürgerkrieg an republikanischer Seite zu kämpfen, war von realpolitischen Überlegungen getragen, da man sich von der Republik noch mehr Autonomie erwartete. Ideologisch trennten die beiden jedoch Welten, da die republikanische Zentralregierung in Madrid sich vor allem als politisch links und antiklerikal verstand. Es war dies also eine Verbindung zweier Seiten, die weltanschaulich nicht verschiedener hätten sein können. Francos Koalition war von den „Werten“ her den konservativen Kräften des Baskenlandes da schon viel näher und sah in diesen, um Carl Schmitt zu bemühen, einen „potentiellen Gegner“.<sup>46</sup> Die republikanische Regierung war jedoch für die Faschisten ein „absoluter Feind“ und umgekehrt galt dies natürlich auch.<sup>47</sup> Die Abschaffung der Sonderrechte muss daher als das gesehen werden, was sie war, nämlich eine Bestrafung für einen (politischen) Fehler, und nicht als was sie gerne hingestellt wird, nämlich als Ausdruck eines blanken Hasses dem baskischen Volk gegenüber oder sogar als Genozid<sup>48</sup>. Zum einen wurden, wie bereits erwähnt, in zwei Provinzen die Sonderrechte abgeschafft,

---

<sup>46</sup> Das Motto der baskisch-nationalistischen Partei (PNV) lautet nicht umsonst „Jaungoikoa Eta Legezarra“ (Gott und altes Recht). Gott und (Rechts)Ordnung sind auch Begriffe, für die sich die Franco-Koalition begeistern konnte. Mit einem „potentiellen Gegner“ kann man nach Schmitt Frieden schließen, anders als mit einem „absoluten Feind“.

<sup>47</sup> Carl Schmitt bezieht sich hierbei auf Lenin, denn er stellt fest: „Nur der revolutionäre Krieg ist für Lenin wahrer Krieg, weil er aus absoluter Feindschaft entspringt. Alles andere ist konventionelles Spiel ... Der Krieg der absoluten Feindschaft kennt keine Hegung ... Sein konkreter absoluter Feind war der Klassenfeind, der Bourgeois, der westliche Kapitalist und dessen Gesellschaftsordnung in jedem Lande, in dem sie herrschte“ (Schmitt 1963: 56). Auf Spanien bezogen wäre der Aufstand gegen die republikanische Regierung somit ein konterrevolutionärer Krieg gegen einen absoluten Feind, welcher ohne Hegung bis zum Äußersten ausgefochten wurde. Im Gegensatz dazu betrachtete man den Krieg gegen die baskische Regierung als zwischen zwei im Grunde gleichrangigen, da katholisch und konservativ, Gegnern.

<sup>48</sup> Es sollen hier keinesfalls die Taten der Faschisten relativiert oder verniedlicht werden, denn es wurden während und vor allem nach dem Krieg hunderttausende Milizionäre, Sozialisten, Anarchisten und Kommunisten, welche auf Seiten der Republik gekämpft hatten, von den Siegern hingerichtet. Trotzdem muss der Ausdruck Genozid in Bezug auf das Baskenland, wie er vor allem von radikal-nationalistischer Seite verwendet wird, zurückgewiesen werden, da keines der Tatbestandsmerkmale des Artikels 2 der UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes (siehe Annex 7) erfüllt sind. Welche Mittel Diktatoren in den 1930er Jahren von der Völkergemeinschaft völlig ungestraft und mitten in Europa einsetzen konnten, zeigt die Bestrafungsaktion Stalins an den Ukrainern aus dem Jahre 1933, diese führte zu (die Schätzungen gehen hier stark auseinander) 3-7 Millionen Toten - größtenteils durch Verhungern - und in diesem Fall muss, im Gegensatz zum baskischen, von Genozid gesprochen werden.

jedoch keine Schlechterstellung angestrebt, zum anderen galt nicht der Baske an sich als Feind, sondern nur der auf republikanischer Seite kämpfende Baske, genauso wie ein Andalusier auch als Feind galt, wenn er auf republikanischer Seite kämpfte, und als Freund, wenn er auf faschistischer Seite den Krieg bestritt. Die Privilegierung Alavas und Navarras zeigt, dass der Vorwurf der Unterdrückung des baskischen Volkes als primäres Ziel nicht haltbar ist. Im Nachhinein werden gerne Aussprüche faschistischer Führer als Beweis für die vermeintlich angestrebte Unterdrückung des baskischen Volkes herangezogen, in denen vom Sieg des nationalen Spaniens über das Baskenland gesprochen wird, jedoch muss dies im bereits erwähnten Kontext gesehen werden, da in diesen politischen Ansprachen „Baskenland“ oder „Euskadi“ mit den beiden auf republikanischer Seite kämpfenden Provinzen gleichgesetzt wurde. Das in diesen Reden vorkommende Baskenland muss daher als feindliche politische Entität gesehen werden, welche eben nur einen Teil des Baskenlandes umfasste, und kann nicht mit dem baskischen Volk gleichgesetzt werden – dies wird heute aus nationalistischer Sicht oft versucht, um den Vorwurf des (zumindest angestrebten) Genozids aufrechterhalten zu können, obwohl dies nicht der Realität entsprach. Untermauert wird dies durch Felipe Arzallus, der ja, obwohl selber Baske, mit dem Ruf „Nieder mit der baskischen Regierung“ auf faschistischer Seite in den Krieg zog, wobei er diese baskische Regierung mit der bei ihm und den restlichen Karlisten so verhassten Republik, mit der die baskische Autonomieregierung eine Allianz eingegangen war, gleichsetzte.

Es kann also hier nur wiederholt werden, dass es sich nicht primär um einen Konflikt des Baskenlandes auf der einen und Spaniens auf der anderen Seite handelte, sondern dass das Baskenland genauso wie Restspanien in zwei Lager gespalten war, welche sich in den darauf folgenden drei Jahren bis zum Äußersten bekriegen sollten.

### **3) Die Nachkriegsjahre – von EKIN zur ETA**

Die relative Passivität der baskischen Nationalisten in den 1940er Jahren ist sicher aus den bereits erwähnten Gründen zu erklären. Einerseits gab es zwar den Entzug der Privilegien und somit eine Gleichstellung mit dem Rest Spaniens, was jedoch nicht reichte um die Massen zu mobilisieren, vor allem in einem vom Krieg gezeichneten und erschöpften Land. Andererseits war die klerikal-antikommunistische Haltung der spanischen Faschisten Deckungsgleich mit der der baskischen Nationalisten und auch die arbeiterfeindliche Sozialgesetzgebung Franco-Spaniens kam der Handel und Gewerbe treibenden

kleinbürgerlichen Wählerschicht der PNV entgegen und somit war die Motivation für einen Aufstand verschwindend gering. Landaburu nennt dies eine besonders für das (baskische) Kleinbürgertum „bequeme Diktatur“ und trifft damit den Nagel auf den Kopf (Landaburu 1956: 97).

Erwähnenswert sind im Grunde nur zwei Streiks von 1947 und von 1954 (Helmerich 2002: 116), welche jedoch nichts bewirken konnten außer der staatlichen Repression als Antwort.

Erschwerend kam sicher hinzu, dass die baskisch-nationalistischen Politiker, welche nach der Niederlage ins französische Exil geflüchtet waren, durch den Einmarsch der deutschen Truppen in Frankreich erst recht in alle Welt verstreut wurden und dies einer koordinierten und effektiven politischen Tätigkeit sicher hinderlich war. Der Lehendakari<sup>49</sup> José Antonio Aguirre musste das französische Exil verlassen und wartete in New York das Ende des Krieges ab, während in London von Manuel de Irujo ein provisorischer nationaler baskischer Rat (Consejo Nacional Vasco, CNV) gegründet wurde, um die Interessen der baskischen Provinzen zu vertreten (Helmerich 2002: 115).<sup>50</sup>

Obwohl in alle Windrichtungen verstreut und von einer koordinierten politischen Arbeit weit entfernt, gab es doch noch einen Hoffnungsschimmer bei den baskischen Exilpolitikern. Da sich abzeichnete, dass die Alliierten den Weltkrieg gewinnen würden und Franco mit Hitler und Mussolini seiner beiden wichtigsten außenpolitischen Verbündeten beraubt werden würde, sollte der Fall der faschistischen Diktatur auch nur mehr eine Frage der Zeit sein und somit eine Restauration der demokratischen Verhältnisse in Spanien und klarerweise auch in den baskischen Provinzen bevorstehen. Bekanntlich ging die Geschichte jedoch anders aus, da schon 1945 die Sowjetunion von den Westmächten als der neue große Gegner erkannt wurde und seit Präsident Truman, spätestens jedoch seit Präsident Eisenhower, Franco vor allem als Antikommunist gesehen und langsam aber sicher als Partner akzeptiert wurde. Der von den baskischen (und natürlich auch sonstigen republikanischen) Exilpolitikern erhoffte Druck von Außen wurde immer geringer, bis er realpolitisch keine Auswirkungen mehr hatte und Franco

---

<sup>49</sup> Lehendakari = Bezeichnung für den Regierungschef der autonomen baskischen Regierung.

<sup>50</sup> Dies inkludiert auch Navarra, ein Problem, das bis heute existiert, da die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Navarras weder damals noch heute etwas von einer Zusammenlegung mit den drei baskischen Provinzen wissen möchte und auf den eigenen, traditionellen Sonderrechten besteht, dies jedoch vor allem von der ETA und ihrem Umfeld ignoriert wird, was doch etwas ironisch anmutet, da ja gerade die ETA auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker besteht, in diesem Fall jedoch dieses Recht nicht zugestehen möchte, sondern an einer phantasmagorischen mittelalterlichen Einheit der 4 Provinzen festhält. Man vergleiche hierzu die Ergebnisse der letzten Wahlen zum Parlament von Navarra (2007), bei denen die nichtnationalistischen Parteien wie PP oder PSOE zusammen 2/3 der Stimmen erringen konnten (Navarra-Wahlen).

nur noch auf „moralischer Ebene“ geächtet war, jedoch fest ins westliche Bündnis eingegliedert wurde. Trotzdem ist gerade vor dem Hintergrund des ab 1945 beginnenden und bis 1952 dauernden, von republikanischen Offizieren, die in der Résistance im Kampf gegen Nazideutschland Erfahrung sammeln konnten, initiierten Guerillakriegs, welcher vor allem in Asturien, Galizien, Andalusien, Kastilien und der Extremadura ausgefochten wurde, die Passivität der baskischen Bevölkerung in dieser ersten Phase der Diktatur bemerkenswert, verdeutlicht jedoch noch einmal die für die baskische Mittelschicht bereits erwähnte „bequeme Diktatur“ (AKUF/FKRE).

So dauerte es bis Anfang der 1950er Jahre, bis sich Studenten der Jesuiten-Universität Deusto (Bilbao), welche den Krieg nicht als Kämpfer miterlebt hatten, zusammenfanden, um eine nationalistisch geprägte Organisation zur politischen und historischen Bildung und zur Förderung der baskischen Sprache zu gründen. Diese Organisation nannte sich EKIN und zu den Gründungsmitgliedern zählten einige junge Studenten, welche später bei der Gründung und Etablierung der ETA maßgeblich beteiligt sein sollten, wie z. B. Julen Madariaga, José María Benito del Valle, Manu Agirre oder José Luis Álvarez Enparantza alias Txillardegi (Casanova 2007: 20).

Die bereits erwähnte Passivität der PNV war ein Grund für die Gründung von EKIN. Ein weiterer war die, im Gegensatz zur PNV, akonfessionelle Einstellung dieser jungen Aktivisten (Casanova 2007: 21).

1956<sup>51</sup> sollte es dann zur Fusion von EKIN mit der Jugendorganisation der PNV – EGI – kommen, wobei schnell klar wurde, dass sich die EKIN-Aktivisten nicht von der PNV kontrollieren lassen würden, sie in Bezug auf Fragen wie Religion, Sozialpolitik und Rasse zu unterschiedlich waren und es nur eine Frage der Zeit war, bis es wieder zur Trennung kommen würde. 1958 war es dann so weit und EKIN und EGI existierten wieder nebeneinander.

Die Zeit war nun gekommen mit ETA<sup>52</sup> eine neue Organisation zu gründen, die sich stärker von der PNV absetzen sollte, jedoch wird es nun interessant, wenn das Gründungsdatum festgesetzt werden soll. Aus Sicht der heutigen ETA-Sympathisanten, etwa des Autors Iker

---

<sup>51</sup> Julen Madariaga zu Folge fand diese Fusion 1956 statt (Helmerich 2002: 121), andere Autoren meinen, dass es schon 1955 eine Fusion in Guipuzcoa gab und erst 1957 auch in Vizcaya (Casanova 2007: 22).

<sup>52</sup> ETA: Euskadi Ta Askatasuna – Baskenland und Freiheit.

Casanova<sup>53</sup>, entstand ETA im Jahre 1958 nach der Spaltung der gemeinsamen Organisation EKIN-EGI. Die meisten Autoren datieren jedoch die Gründung der ETA auf den 31. Juli 1959. Warum ist das genaue Datum so wichtig?

Aus Sicht der heutigen ETA-nahen Autoren ist es essenziell, dass die Gründung nicht auf den 31. Juli 1959 datiert wird, da der 31. Juli der Tag des Hl. Ignatius von Loyola, des Gründers der Jesuiten, ist und dies auch der Gründungstag der PNV war. Die heutigen ETA-Aktivisten bzw. die ihr nahe stehenden Autoren wollen jedoch jegliche Verbindungen in der Anfangszeit der ETA mit der PNV und ganz allgemein eine bürgerliche oder kleinbürgerliche Ausrichtung der Ursprungs-ETA einer Revision unterziehen.

Warum wird dann trotzdem von den meisten Autoren der 31. Juli 1959 als Gründungstag angegeben? Weil die Gründungsmitglieder der ETA diesen Tag wählten, um dem im französischen Exil befindlichen Lehendakari Aguirre über die Gründung der selbigen zu informieren. Casanova meint z. B., dass die ETA 1958 mit der Trennung EKIN-EGI zu existieren begann und bereits Anfang 1959 eine politische Schrift mit ETA firmiert wurde. Das lässt sich einerseits nicht mehr zweifelsfrei feststellen<sup>54</sup>, andererseits ist es aber irrelevant, da auch die Richtigkeit dieses Sachverhalts am Wesentlichen nichts ändern würde, denn dass eine Organisation wie die ETA nicht von einem Tag auf den anderen gegründet wird und dieser Vorgang eine gewisse Vorlaufzeit braucht, ist klar. Es ist aber auch anzunehmen, dass gerade bei einer Organisation, die am Anfang vor allem mit Mitteln der politischen Propaganda so viele Menschen wie möglich auf ihre Seite bringen möchte, das Datum der offiziellen Bekanntgabe der eigenen Existenz nicht zufällig gewählt wird. Alle Basken - und noch viel mehr politisch aktive Studenten, welche mehrere Jahre mit den Kadern der PNV zusammengearbeitet hatten - waren und sind sich im Klaren darüber, welche Bedeutung der 31. Juli für die PNV im Konkreten und den baskischen Nationalismus im Allgemeinen hatte und weiterhin hat.

---

<sup>53</sup> Bereits im Vorwort seines Buches bekennt er sich zur „nationalistischen Linken“, was nichts anderes als die ETA und ihr Umfeld bedeutet. Auch verbüßte er mehrere Haftstrafen wegen seiner Zugehörigkeit zum ETA-Komplex. Sein Buch bildet jedoch, auch wenn vor einem klaren ideologischen Hintergrund geschrieben, einen unersetzlichen Fundus der wichtigsten originalen ETA-Dokumenten, welche sich sonst nur in vielbändigen Ausgaben wie „Euskadi eta Askatasuna – Euskal Herria y la libertad“ oder „Documentos Y“ finden lassen.

<sup>54</sup> Neben den Indizien, die für den 31. Juli 1959 sprechen, ist jedoch auch interessant, wie ein Gründungsmitglied der ETA den Sachverhalt sieht: Am 3. August 2009 wurde Julen Madariaga in einem Interview mit der Zeitung „Der Standard“ auf den ein paar Tage zurückliegenden fünfzigsten Jahrestag der Gründung der ETA angesprochen (ergo 31. Juli 1959) und statt dies zurückzuweisen, wie es heute ein Iker Casanova macht, akzeptierte er diesen Sachverhalt, womit man annehmen kann, dass dieser Zeitpunkt seinem Verständnis des Gründungsdatums entspricht (derStandard 2009).

Daher muss sehr wohl dem Datum die zustehende Relevanz beigemessen werden, umso mehr wenn man sich die erste offizielle Ausrichtung der ETA ansieht: Im sogenannten „Weißbuch“, welches Anfang der 1960er Jahre zur politischen Bildung der ETA-Aktivisten verwendet wurde, waren drei Hauptziele festgelegt:

- 1) Patriotismus und damit verbunden die Befreiung des Baskenlandes;
- 2) der Kampf als Mittel, um dies zu erreichen;
- 3) ein fortschrittlicheres soziales Programm als das der PNV, wobei jedoch offen der Kommunismus und der Sozialismus kritisiert wurden (Casanova 2007: 28 und Helmerich 2002: 123).

Als Vorbild für den Kampf sollte der in den sogenannten Ländern der Dritten Welt schon erfolgte oder sich noch im Gange befindliche Unabhängigkeitskampf gegen die kapitalistischen Kolonialmächte oder gegen die ihnen gefügigen Marionettenregierungen dienen. Kuba und besonders Algerien waren die aktuellsten Beispiele und hatten sehr großen Einfluss auf das Denken der ersten ETA-Aktivisten. Die Resolution 1514 der Vereinten Nationen vom 14.12.1960 (siehe Annex 8) und vor allem Artikel 1 Absatz 1 der Menschenrechtspakte von 1966 (siehe Annex 9), welche allen Völkern ein Recht auf Selbstbestimmung gewähren, wurden von den Nationalisten als Bestätigung ihrer Ansprüche gesehen. Doch weitaus interessanter als die Punkte 1 und 2 des Weißbuches erscheint mir der dritte Punkt. Heute wird aus ETA-naher Sicht alles versucht, um die Vorwürfe, die ETA sei zum Zeitpunkt ihrer Gründung eine nationalistische, kleinbürgerliche Gruppierung gewesen und hätte weder in der Anfangszeit noch im Laufe ihrer nun 50-jährigen Existenz die Interessen der Arbeiterschaft vertreten, zu entkräften. Dass dies eine Organisation, welche sich heute selbst als leninistisch-marxistisch bezeichnet, tun muss, erscheint logisch, jedoch decken sich heutiges Selbstverständnis und die Realität (zumindest) der Gründungsjahre keineswegs. Noch deutlicher als in den ersten ideologischen Proklamationen des Weißbuches erscheint dies in den Prinzipien, den sogenannten „Principios“ vom Mai 1962 (Casanova 2007: 34 f.). Diese wurden in der ersten Versammlung festgehalten und es erscheint neben dem Inhalt auch die Tatsache, dass alle 14 Delegierten männlich waren, für eine revolutionär-marxistische Organisation doch sehr seltsam.<sup>55</sup>

---

<sup>55</sup> Auch die bereits erörterten Diskussionen innerhalb der frühen ETA, ob ein Familien- statt eines Frauenwahlrechts nicht besser wäre, lassen doch sehr stark am revolutionären Charakter der ETA in ihren Anfangsjahren zweifeln.

Als guter Vergleich könnten die zahlreichen Aktivistinnen bei der RAF dienen (Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Brigitte Asdonk, Irene Goergens, Monika Berberich, Ingrid Schubert), welche schon Teil der ersten Generation dieser Organisation waren, welche sowohl in ihrem Selbstverständnis als auch in der Realität linksradikal war, ganz im Gegensatz zur ETA, die zu Beginn sowohl programmatisch als auch in ihrer Zusammensetzung ein Spiegel der kleinbürgerlichen Gesellschaft war.

In den Principios wird einerseits die ETA als revolutionäre Bewegung zur Befreiung des Baskenlandes definiert, welches ein Recht auf Selbstbestimmung hätte und dies auch mit allen notwendigen Mitteln durchsetzen dürfe, andererseits setzt sich diese neue Organisation in ihren sozialen Ansprüchen deutlich von der PNV ab, da Gewerkschaften gefordert werden sowie eine Verbesserung der Sozialversicherung und eine progressive Steuerpolitik. Bei den kulturellen Ansprüchen sticht vor allem die Forderung nach einer Exklusivität der baskischen Sprache hervor. Die Sprache ist für die ETA von nun an das Hauptidentifikationsmittel der Basken sein, im Gegensatz zu dem rassistischen, pseudowissenschaftlichen Ansatz der PNV.

Der wichtigste Teil der Principios sind jedoch die politischen Ansprüche: *„ETA verteidigt die Errichtung eines demokratischen, dezentralisierten repräsentativen Systems im Baskenland, welches die effektive Garantie des Respekts der Menschenrechte und der politischen Rechte berücksichtigt, solange diese nicht zugunsten einer Gruppe oder Klasse oder für die Errichtung eines diktatorischen Regimes genutzt werden, sei dies kommunistisch oder faschistisch. ETA akzeptiert einen von den Völkern errichteten europäischen Föderalismus, definiert sich als akonfessionell und weist den Rassismus, die Segregation der Einwanderer und den Militarismus zurück“*<sup>56</sup> (Ohne Angabe der Primärquelle in Casanova 2007: 34).

Drei Schlüsse lassen sich daraus ziehen:

1) Die Idee eines „Europas der Regionen“ war damals schon vorhanden, da bis heute die Lebensfähigkeit eines unabhängigen Baskenlandes vor allem durch ein europäisches Sicherheitsnetz in Form der EU angenommen wird.

---

<sup>56</sup> Übersetzung aus dem Spanischen : „Reivindicaciones políticas: ETA defiende el establecimiento en Euskal Herria de un sistema democrático descentralizado y representativo, que contemple la garantía efectiva del respeto de los derechos humanos y políticos, siempre que no se usen en beneficio de un grupo o clase o para construir un régimen dictatorial, sea comunista o fascista. ETA acepta un federalismo europeo construido desde los pueblos, se define aconfesional y rechaza el racismo, la segregación de los emigrantes y el militarismo.“

- 2) Es wird die rassistische und zuwandererfeindliche Haltung des klassischen Nationalismus aufgegeben<sup>57</sup> genauso wie die strikte Bindung an die katholische Kirche.
- 3) Kommunismus und Faschismus werden gleichgesetzt und beide als diktatorische Regime bezeichnet und abgelehnt.

Der letzte Punkt erscheint mir besonders wichtig, da er klar zeigt, dass die ETA in ihren Anfangstagen keinesfalls eine leninistisch-marxistische Organisation war, sondern sich am Gedankengut ihrer Gründer orientierte, welches das des nationalistischen Mittelstands war, für den der Faschismus mit der spanischen Zentralmacht gleichgesetzt wurde, aber noch viel wichtiger, der Kommunismus als der größte aller Feinde galt.

Es ist wichtig sich vor Augen zu halten, dass die Gründungsmitglieder der ETA nicht etwa am bereits erwähnten Guerillakrieg der diversen linken Organisationen ab 1945 teilnahmen bzw. sich die Notwendigkeit einer Radikalisierung nicht schon zu diesem Zeitpunkt ergab, sondern erst ab Anfang der 1950er Jahre der (vorerst auf Propaganda limitierte) Kampf aufgenommen wurde, in einer Zeit, die durch einen starken Zuzug von Industriearbeitern aus allen Teilen Spaniens gekennzeichnet war. Navarra und Alava wuchsen nur um 5% bzw. 17,7% an, Guipuzcoa und Vizcaya jedoch um 27,9% und 35,2%. In den 1960er Jahren sollte sich dies nochmals verstärken, da die Bevölkerung in allen Teilen des Baskenlands nochmals zwischen 31,9% und 47,1%, in Navarra jedoch nur um 15,6% wuchs (Casanova 2007: 26).

Schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war durch Zuzug von Industriearbeitern vor allem die Bevölkerung in Vizcaya und Guipuzcoa extrem stark angewachsen.<sup>58</sup> Im 19. Jahrhundert entstand so vor allem in Vizcaya der baskische Nationalismus als Abwehrreaktion der kleinbürgerlichen Mittelschicht gegen die Veränderungen dieser Zeit, in der sie das Gefühl hatte, als Verlierer zwischen der immer stärker werdenden Industriearbeiterschaft auf der einen Seite und dem entstehenden Großkapital der metallurgischen Industriearbeiter und der Finanzeliten auf der anderen Seite zurückzubleiben.

Es ist bezeichnend, dass sich die baskische Mittelschicht mit der arbeiterfeindlichen faschistischen Franco-Diktatur in den 1940er Jahren recht gut zu arrangieren wusste, jedoch ab den 1950er Jahren Studenten aus dieser Mittelschicht immer radikaler wurden, genau zu der Zeit, als die zweite große Einwanderungswelle einsetzte.

---

<sup>57</sup> Zumindest nach außen, da im Zutik 11 aus 1963 - welchen ich ein paar Seiten weiter genauer beschreiben werde - die Immigranten noch mit Eroberung und Invasion in Verbindung gebracht werden.

<sup>58</sup> Wie bereits im Kapitel „Ursachen des Konflikts“ genauer erörtert.

Noch uferte dieser Radikalismus nicht aus und es bestand eine gemeinsame Basis zwischen den PNV-Jugendkadern und den zukünftigen ETA-Gründern. Im Jahre 1959 änderte sich dies jedoch. Spanien war wirtschaftlich am Boden und Franco musste die gewählte Autarkie aufgeben und das Land öffnen. Gleichzeitig wurde ein „Nationaler Plan zur wirtschaftlichen Stabilisation“ auf Basis einer OECD-Studie<sup>59</sup> entwickelt und auch umgesetzt. Neben der Öffnung spanischer Firmen für Investitionen aus dem Ausland, der Förderung des Tourismus und der Inanspruchnahme von ausländischen Krediten - überwiegend aus den USA - war vor allem eine Umwandlung der bisher überwiegend agrarischen- in eine industrielle Wirtschaftsform kennzeichnend. Am stärksten betraf dieser zweite Industrialisierungsschub wieder Katalonien und das Baskenland.

War die Reaktion des Kleinbürgertums auf die erste Phase der Industrialisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Erfindung des baskischen Nationalismus gewesen, so organisierten sich die aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammenden Studenten in der zweiten Phase der Industrialisierung in den 1950er Jahren erst im Dunstkreis der PNV, radikalisierten sich jedoch genau zu dem Zeitpunkt, als der nationale Plan zur wirtschaftlichen Stabilisation eine Massenindustrialisierung und mit ihr einhergehend einen Massenzug an Industriearbeitern ankündigte und gründeten eine neue Organisation: die ETA.

Erst jetzt kann man die sowohl antikommunistische als auch antifaschistische Ausrichtung der ursprünglichen ETA begreifen, denn das faschistische Regime war verantwortlich für diese zweite „Zwangsindustrialisierung“, welche den größten Feind des Kleinbürgertums im Baskenland extrem stärken würde, nämlich die kommunistischen und sozialistischen Ideen der Arbeiterschaft.

Bis 1959 hatten sich die Studenten darauf beschränkt, baskische Fahnen (Ikurriñas) an öffentlichen Plätzen anzubringen oder Slogans auf Wände zu malen, nun begann jedoch die erste Bombenserie, wobei es zu diesem Zeitpunkt nur zu Sachschäden kam. 1961 wurde die Gangart härter, als erstmals versucht wurde, einen Zug mit Falangisten, welche den 25. Jahrestag des faschistischen Aufstandes feiern wollten, zum Entgleisen zu bringen, was jedoch fehlschlug und als Reaktion des Regimes eine Verhaftungswelle zur Folge hatte.

---

<sup>59</sup> Von 1948 bis 1960 lautete die Bezeichnung nicht OECD sondern OEEC.

1963 fand die zweite Versammlung statt, in der neben der Etablierung der „befreiten“ Mitglieder<sup>60</sup> sich auch erstmals die drei Strömungen der ETA, welche später noch mehrere Spaltungen verursachen sollten, sichtbar wurden. Dies waren erstens die „tercermundistas“<sup>61</sup> welche den Unabhängigkeitskampf der in der sogenannten Dritten Welt gelegenen Länder gegen die europäischen Kolonialmächte imitieren wollten, zweitens die „obreristas“<sup>62</sup>, welche den gemeinsamen Kampf der Arbeiterschaft für ihre Rechte als oberste Priorität sahen, und schließlich die „culturalistas“<sup>63</sup>, welche einen nicht-marxistischen, auf die Sprache fixierten radikalen Nationalismus verfolgen wollten.

Im auf die zweite Versammlung folgenden Zutik<sup>64</sup> steht dann auch: *„Bloß nach außen zu sehen ist eine Dummheit. Die Freiheit wird uns nicht von außen gebracht werden. Algerien wurde von den Algeriern befreit, Tunesien von den Tunesiern und Zypern von den Zyprioten. Weder Ben Bella noch Burguiba noch Makarios warteten auf das, was von außen kommen würde. Es muss ein Widerstand entstehen. Wie ihn Ben Bella, Castro, Makarios und Mao Zedong entstehen ließen. Dies ist der Weg ... Der Widerstand ist auch ein Teil von dir. Du mußt ETA beitreten. Du mußt Geld geben. Du mußt uns helfen. Die Zukunft gehört dir“* (Ohne Angabe der Primärquelle in Casanova 2007: 38).<sup>65</sup>

Der Inhalt dieses Zutiks verdeutlicht den Einfluss des ersten der zwei richtungsweisenden Bücher dieser Zeit. Dabei handelt es sich um Frantz Fanons „Die Verdammten dieser Erde“, welches später auch von der RAF zur Begründung des bewaffneten Kampfes herangezogen wurde und in dem vom Autor der antikoloniale Kampf propagiert wurde sowie gleichzeitig die autochtonen Eliten als Kollaborateure für die Misere mitverantwortlich gemacht wurden, ein Vorwurf, der im baskischen Fall problemlos auf die großbürgerlichen und industriellen Eliten umgemünzt werden konnte was die ETA in den Augen der geknechteten Arbeiterschaft interessant erscheinen ließ.

---

<sup>60</sup> Auf spanisch „liberados“ – dies bedeutet, dass sie von jeglicher Arbeit „befreit“ waren und sich voll und ganz dem revolutionären Kampf widmen konnten, wodurch jedoch eine Finanzierung umso nötiger wurde.

<sup>61</sup> Vom spanischen „tercer mundo“, was Dritte Welt bedeutet.

<sup>62</sup> Vom spanischen „obrero“, was Arbeiter bedeutet.

<sup>63</sup> Vom spanischen „cultura“, was Kultur bedeutet.

<sup>64</sup> Zutik – von ETA für die Außenwelt verfasste Propagandaschrift.

<sup>65</sup> Selbst erstellte Übersetzung aus dem Spanischen (Da die Übersetzung von mir erstellt wurde, füge ich den spanischen Text an, damit der/die LeserIn die Richtigkeit selbst kontrollieren kann): *„Quedarse mirando al exterior es una tontería. La libertad no nos vendrá desde fuera. Argelia la liberaron los argelinos, Túnez los tunecinos y Chipre los chipriotas. Ni Ben Bella, ni Burguiba, ni Makarios esperaron a lo que llegaría del exterior. Tiene que surgir una resistencia. Como la hicieron nacer Ben Bella, Castro, Makarios y Mao Zedong. Ese es el camino. (...) La resistencia también es tuya. Tienes que entrar en ETA. Tienes que dar dinero. Nos tienes que ayudar. El futuro es tuyo.“*

Noch wichtiger jedoch ist das zweite Buch, nämlich „Vasconia“ von Federico Krutwig, welches er unter dem Pseudonym Fernando Sarrailh de Ihartza schrieb (Casanova 2007: 40f u. 48). Darin wird erstmals eine Bewegung nach links angeregt, da ein von der PNV komplett getrennter Weg eingeschlagen werden sollte. Akonfessionell, nicht mehr auf Rasse, sondern auf die Sprache gestützt und vor allem um die soziale Komponente bereichert sollte der Nationalismus in Zukunft den Kampf führen. Zu Krutwigs Buch muss erwähnt werden, dass seine ursprüngliche Bedeutung heute nicht mehr realistisch eingeschätzt werden kann. Manche Autoren sehen in ihm die ideologische Basis einer sich neu orientierenden ETA, andere meinen jedoch, dass das Buch im Grunde keine Rolle spielte und erst durch die hysterische Reaktion des Regimes eine Popularität errang, die weder davor noch danach seiner wirklichen Bedeutung entsprach.

Casanova gibt ein gutes Beispiel dieser Reaktion des Regimes an Hand der franquistischen Wochenzeitschrift „El Español“, die sich in der Ausgabe vom 22. Februar 1964 auf das Buch Krutwigs einschießt (El Español 1964: 12). Auch zitiert er mit Txillardegui die offizielle Stellung der ETA zu „Vasconia“, welche dieser im Zutik 16 öffentlich machte und im Zutik 19 zusammengefasst wurde: „*VASCONIA ist weder ‚Tabu‘ noch ist es ‚Bibel‘ für uns ... VASCONIA verängstigt uns nicht. Es hat, unserem Urteil nach, sowohl Ausgezeichnetes als auch Unsinniges zum Inhalt*“ (Zutik 19 in Casanova 2007: 41).<sup>66</sup>

Schon die zweite ETA-Versammlung hatte gezeigt, dass der Einfluss arbeiterfreundlicher Ideologien in ETA zu konstatieren war, „Vasconia“ gab nun dieser bereits bestehenden Realität eine ideologische Untermauerung. Jauregui sieht darin sogar den Rettungsanker für eine Organisation, die sonst möglicherweise in der Bedeutungslosigkeit verschwunden wäre (Jauregui 1981: 221f.).

#### **4) Marxistische Ideale als Trojanisches Pferd?**

Diese Öffnung nach links bedarf einer genaueren Betrachtung. Im Gegensatz zur Situation im 19. Jahrhundert, als die Reaktion des Kleinbürgertums auf die Industrialisierung die Erfindung des baskischen Nationalismus war, war die Ausgangslage bei dieser zweiten Industrialisierung komplett anders. Die Industriearbeiterschaft, welche aus den ländlichen Regionen Restspaniens ins Baskenland zog, war nicht mehr eine Minderheit ohne jegliche

---

<sup>66</sup> Selbst erstellte Übersetzung aus dem Spanischen: „*VASCONIA ni es ‚tabú‘ ni es ‚biblia‘ para nosotros (...)* *VASCONIA no nos asusta. Tiene, a nuestro juicio, cosas excelentes y cosas garrafales*“

Interessensvertretung. Verlief die Trennlinie in der spanischen Gesellschaft im 19. Jahrhundert noch zwischen Liberalen und Konservativen, so lag sie Mitte des 20. Jahrhunderts zwischen rechts und links, wobei in der Zwischenzeit bereits eine linke Regierung an der Spitze der II. Republik gestanden hatte und sowohl sozialistische als auch marxistische Ideen im ganzen Land verbreitet waren. Die Gewerkschaften suchten, obwohl verboten von der Exilregierung unterstützt, wo es nur ging nach Möglichkeiten das Regime zu schwächen. Konnte man im 19. Jahrhundert noch mit einfachstem Rassismus diese zugezogene Arbeiterschaft diskriminieren und dominieren und sämtliche politische Rechte an die ethnische Abstammung knüpfen (wollen), so waren nun ihre Anzahl und vor allem ihr Organisationsgrad zu hoch, um dies zu wiederholen. Dominiert konnte sie nur noch über den Weg der Inklusion werden.<sup>67</sup>

Auch wenn die ETA-Gründungsmitglieder zum größten Teil aus der studentischen Mittelschicht kamen und ganz klar die Ideale der kleinbürgerlichen Mittelschicht vertraten, so fand doch immer mehr linkes Gedankengut seinen Weg in die ETA, einerseits durch Berührungspunkte mit linken Regimegegnern, andererseits von innen wie durch das Gründungsmitglied Patxi Iturriz, vor allem aber durch die Notwendigkeit mit diesem zumindest auf dem Papier vollzogenen Wechsel überhaupt überleben zu können. Ende 1964 richtet die ETA dann einen offenen Brief an die baskischen Intellektuellen<sup>68</sup> (Casanova 2007: 51ff.), in dem diese einerseits aufgefordert werden sich dem Kampf anzuschließen, andererseits der Kapitalismus erstmals offen kritisiert und genauso wie die herrschenden Eliten für die Unterdrückung verantwortlich gemacht wird. Auch wird erstmals die völlige Gleichberechtigung der Frau in der Gesellschaft verlangt, ein interessanter Schwenk bei einer Organisation, die, wie bereits erwähnt, fünf Jahre vorher nur von Männern gegründet worden war und in ihren Anfangsjahren sogar das Familienwahlrecht über das allgemeine stellte

---

<sup>67</sup> Diese Inklusion sollte durch ein radikal-nationalistisches Projekt, verbunden mit marxistischen Ideen, erreicht werden. Eine Parallele lässt sich bei vielen Wählern der Republikanischen Partei der Vereinigten Staaten von Amerika erkennen, denn auch sie lassen sich vom Streben nach der Verbesserung ihrer materiellen Lebensverhältnisse abbringen, um stattdessen eine Partei zu wählen, die vorgibt den Amerikanischen Traum, hohe Moralität und christliche Werte zu vertreten. Warum aber sind ihnen diese Werte so viel wichtiger, als ihre persönlichen Lebensumstände? Thomas Frank verdeutlicht dies, wenn er schreibt: „*The trick never ages; the illusion never wears off. Vote to stop abortion; receive a rollback in capital gains taxes. Vote to make our country strong again; receive deindustrialization. Vote to screw those politically correct college professors; receive electricity deregulation. Vote to get government off our backs; receive conglomeration and monopoly everywhere from media to meatpacking. Vote to stand tall against terrorists; receive Social Security privatization. Vote to strike a blow against elitism; receive a social order in which wealth is more concentrated than ever before in our lifetimes, in which workers have been stripped of power and CEOs are rewarded in a manner beyond imagining*“ (Frank 2004: 7). Die Antwort auf die Frage, warum so viele Menschen sich instrumentalisieren lassen, liegt meiner Meinung nach in der unglaublichen Kraft, die sowohl Nationalismus als auch Religion in sich bergen.

<sup>68</sup> Carta abierta de ETA a los intelectuales vascos.

(Extramiana 1985: 388). Erreicht sollten die darin verlangten sozialen Fortschritte in einem unabhängigen und vereinten Baskenland werden. Hier tritt zum ersten Mal eine Ideologie zu Tage, die der Arbeiterschaft suggerieren möchte, dass diese sozialen Fortschritte nur in einem unabhängigen und vereinten (gemeint sind die drei baskischen Provinzen Spaniens, die drei baskischen Provinzen Frankreichs und Navarra) Baskenland möglich wären und der Kampf um soziale Rechte daher immer hinter den Kampf um Unabhängigkeit treten müsse, eine Logik, die zu Ende gedacht bei einem voraussichtlich nie zu erreichenden Ziel auch niemals den echten Kampf um soziale Rechte bringen würde.

Es ist interessant, diese neue Einstellung von Ende 1964 und Anfang 1965 der Arbeiterschaft gegenüber mit dem Zutik 11 aus dem Jahre 1963 zu vergleichen, in dem die Arbeiterschaft vor allem noch als Bedrohung empfunden wurde: *„Der Immigrant ist in weiten Teilen des Landes erdrückende Mehrheit ..., langsam wird ihnen ihre demographische Macht bewusst und es beginnt sich der Hass auf alles Baskische zu zeigen. Sein Haß aufs Baskenland ist eine Tatsache. Spanien zählt unbestrittenerweise darauf und ist der Tag gekommen, wird es diese Kraft gegen uns werfen ... Diese große Masse an Immigranten kann nicht bloß unter dem Aspekt als arme Leute angesehen werden, welche mit jedwedem Recht kommen um für den Lebensunterhalt zu sorgen. Es ist zwar wahr, dass sie in Spanien Opfer der inhumansten sozialen Ungerechtigkeit sind. Sie verhungern und emmigrieren um Brot zu suchen. In Ordnung. Aber die Nebenwirkungen spürt direkt ein erobertes Volk: das Baskenland und dann wird diese Immigration automatisch zu einer Invasion“*<sup>69</sup> (Zutik 11 aus 1963 in Casanova 2007: 58).

War, wie im Zutik 11 klar dargelegt, bis 1963 der Immigrant genauso der Feind wie für die PNV im 19. Jahrhundert, dessen Hass auf das Baskenland aus welchem Grund auch immer eine Tatsache sei, und definierte sich ETA selbst noch in den „Prinzipien“ vom Mai 1962 als antifaschistisch und antikommunistisch, so ändert sich diese Einstellung vor dem Hintergrund der abzusehenden Bedeutungslosigkeit recht schnell und ETA wandelte sich mit „Vasconia“ und dem offenen Brief an die Intellektuellen bis Ende 1964 zumindest offiziell zu einer für linke Ideen offenen Organisation, die der Arbeiterschaft das Heil im Nationalismus versprach.

<sup>69</sup> Selbst erstellte Übersetzung aus dem Spanischen: *„El inmigrante, en grandes sectores del País, es mayoría aplastante ... poco a poco van adquiriendo conciencia de su potencia demográfica y empieza a manifestarse el odio hacia el vasco. Es un hecho su odio a Euskadi. Indudablemente que España cuenta con esto, y en su día lanzaría esta fuerza contra nosotros ... A esta gran masa de inmigrantes no puede considerarse solamente bajo el simple aspecto de pobres gentes que vienen con todo derecho de ganarse la vida. Bien es verdad que son víctimas en España de la más inhumana injusticia social. Se mueren de hambre y emigran a buscar el pan. Conforme. Pero los efectos los sufre directamente un pueblo conquistado: Euskadi y entonces esa inmigración se convierte automáticamente, de hecho, en una invasión.“*

José Ramón Castaños, selbst Mitglied der Organisation Zutik<sup>70</sup>, welche ein Sammelbecken von kommunistischen Gruppierungen ist, die bis Ende der 1980er Jahre aus ETA ausgetreten waren, meinte in einem Interview aus dem Jahr 2000, dass die Morde von ETA den Selbstmord der baskischen Linken kennzeichnen würden, da sie die politischen Ziele pervertierten, in deren Namen sie zu handeln vorgäben. Außerdem sehe sich ETA als Avantgarde des baskischen Volkes und nehme sich das Recht im Namen eines imaginären baskischen Volkes die Mehrheit der Gesellschaft, von der sie abgelehnt wird, mit stalinistischen Methoden durch Angst zu neutralisieren. ETA sei keine linke Organisation mehr (Castaños Interview 2000).

Die berechnete Frage, die sich schon hier stellt ist: War die ETA jemals eine linke Organisation? Die ersten Jahre waren von einer sowohl antifaschistischen als auch antikommunistischen Propaganda geprägt und der Wechsel nach links kam offensichtlich aus rein opportunistischen Gründen. Trotzdem hätte sich die ETA jedoch auf Grund von personellen Veränderungen in den Jahren nach 1965 wirklich nach links bewegen können, dass dies jedoch nicht geschah, zeigen die internen Vorkommnisse, ganz besonders bei der V. Versammlung vom Dezember 1966.

Bis dahin sollte sich jedoch noch Wichtiges ereignen, unter anderem eine Episode, die einen neu dazugekommenen Aspekt betraf, nämlich die Finanzierung beruhend auf Zwang (siehe dazu auch Annex 10: Brief an ein Erpressungsoffer zur Einhebung der sogenannten „Revolutionssteuer“).

Die ETA begann nun finanzielle Zuwendungen von Unternehmern zu verlangen und als sich der Industrielle Ramón de la Sota weigerte zu zahlen, wurden die Reifen seines Autos aufgeschlitzt. Dies nahm er zum Anlass, der Gendarmerie (er lebte seit Ende des Bürgerkrieges im französischen Baskenland) all sein Wissen über die ETA mitzuteilen, woraufhin die in Frankreich befindlichen Anführer Madariaga, Benito del Valle, Irigarai und Txillardegui Anfang 1965 ausgewiesen wurden und sich in Belgien bzw. Algerien niederließen (Casanova 2007: 55).

Da von den bisherigen Anführern nun nur noch Iturrioz und Zalbide im spanischen Baskenland präsent waren, erlangte die – vor allem bei Iturrioz - wirklich vorhandene linke Ideologie immer mehr an Gewicht und die kleinbürgerlichen Ansichten der im Exil

---

<sup>70</sup> Nicht zu verwechseln mit den gleichnamigen Propagandaschriften der ETA.

befindlichen traten immer mehr in den Hintergrund. Die ETA war nun auf bestem Wege die neue offizielle arbeiterfreundliche, revolutionäre Ideologie auch mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen.

Doch erst galt es das Versagen der bisherigen Strategie, welche einen antikolonialen Kampf aus den Ländern der Dritten Welt ins Baskenland verpflanzen wollte, einzugestehen, da laut ETA der Grad der Konfrontation, wie er in den kolonialisierten Ländern gegeben war, weder jetzt noch jemals in der Zukunft im Baskenland vorhanden sein würde<sup>71</sup> (Casanova 2007: 62).

Eine neue Taktik war von Nöten und wurde von José Luis Zalbide in den „Bases teóricas de la Guerra Revolucionaria“ vorgestellt. Der Kern der neuen Taktik war die Spirale der Gewalt von Aktion-Repression-Aktion und sollte folgendermaßen aussehen:

*„Nehmen wir eine Situation an, in der eine organisierte Minderheit dem Staat materielle und psychologische Schläge versetzt und dieser sich so gezwungen sieht der Aggression zu antworten und sie zu unterdrücken. Nehmen wir an, dass die organisierte Minderheit es schafft, der Unterdrückung zu entgehen und diese auf die Volksmassen zu lenken. Nehmen wir letztendlich an, dass diese Minderheit es schafft, dass statt Panik Aufstand in der Bevölkerung ausgelöst wird, in der Gestalt von Hilfe und Schutz für die Minderheit gegen den Staat, womit die Spirale Aktion-Repression die Beschaffenheit annimmt, sich zu wiederholen, jedes Mal mit höherer Intensität“<sup>72</sup> (Documentos Y, Band 3 1979: 515 zit. In Casanova 2007: 63).*

Mehrere Schlüsse lassen sich aus dieser Grundüberlegung ziehen. Die von Landaburu als für das baskische Bürgertum und Kleinbürgertum als bequeme Diktatur definierte Situation findet ihre Bestätigung in den Erkenntnissen der „Bases teóricas“, denn im Gegensatz zu den in Restspanien unterdrückten Arbeitern, Liberalen und sonstigen Anhängern der Republik gab es dem Anschein nach keinen Grund für diese baskische Schicht, sich aufzulehnen (genauso wenig wie für die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Schichten Restspaniens). Erst durch die Taktik der Aktion-Repression-Aktion und den zu erwarteten Kollateralschäden könnte eine Mobilisierung auch dieser Schichten erfolgen. Des Weiteren wird klar, dass die Arbeiterschaft

---

<sup>71</sup> Dieses sehr offene Eingeständnis ist im übrigen nichts anderes als der Beweis für die Unhaltbarkeit des Mythos von der Invasion und Unterdrückung des Baskenlandes von außen, da es sich eben nicht um ein Problem der Kolonialisierung von außen, sondern um ein internes Problem handelte, wobei ideologisch immer die Arbeit suchenden Einwanderer mit klassischen kolonialen Unterdrückern gleichgesetzt wurden.

<sup>72</sup> Selbst erstellte Übersetzung aus dem Spanischen: „Supongamos una situación en la que una minoría organizada asesta golpes materiales y psicológicos a la organización del Estado, haciendo que éste se vea obligado a responder y reprimir violentamente la agresión. Supongamos que la minoría organizada consigue eludir la represión y hacer que ésta caiga sobre las masas populares. Finalmente, supongamos que dicha minoría consigue que en lugar de pánico surja la rebeldía en la población, de tal forma que ésta ayude y ampare a la minoría en contra del Estado, con lo que el ciclo acción-represión está en condiciones de repetirse, cada vez con mayor intensidad.“

einerseits als Symbol der eingebildeten kolonialen Unterdrückung betrachtet, andererseits von nun an als Instrument im von einer kleinen Minderheit herbeigesehnten frontalen Zusammenstoß mit dem Regime benutzt werden sollte. Und dieses Instrument würde nicht nur Mittel zum Zweck sein, sondern sich auch noch an die für die Arbeiterschaft „falsche Front“ lotsen lassen und den Kampf für soziale Rechte einem Kampf für einen zu erreichenden unabhängigen und vereinten baskischen Staat unterordnen und sich somit weiterhin dominieren lassen.

Vamik Volkan belegt dies, in dem er sich auf eine Studie R. Clarks aus dem Jahre 1983 bezieht („Patterns in the Lives of ETA Members“) und schreibt, *„daß der Prozentsatz von Leuten mit gemischt spanisch-baskischen Eltern innerhalb der ETA proportional weit höher war als in der baskischen Bevölkerung Spaniens insgesamt (40 Prozent gegenüber 8 Prozent)“* (Volkan 1997: 164).

Der Anteil der von den eingewanderten Arbeitern (zumindest teilweise) abstammenden ETA-Mitgliedern war also rund 25 Jahre nach deren Gründung fünf Mal so hoch wie deren Anteil an der gesamten Bevölkerung des Baskenlandes.

Wie es dazu kommen konnte, zeigen unter anderem die Ereignisse von Ende 1965 und Anfang 1966.

ETA musste seine immer größer werdenden Kosten nun auch durch Banküberfälle decken und zwei Tage nach einem dieser Überfälle Ende September 1965 wurde Zalbide, nachdem er einen schweren Verkehrsunfall hatte, identifiziert und festgenommen. Zalbide, obwohl auch offen für linkes Gedankengut, war vor allem die treibende Kraft innerhalb der ETA für die Eskalationspolitik, welche er in den „Bases teóricas“ und den Briefen an die Intellektuellen erdacht hatte. Nun schien der Weg völlig frei für den von Iturrioz und seinen „obreristas“ eingeschlagenen Weg.

Um dies zu verhindern begann Txillardegui Ende 1965 aus seinem belgischen Exil den sich abzeichnenden Kampf für soziale Gerechtigkeit zu kritisieren, tarnte dies jedoch als eine Kritik an einer „Spanisierung“, die es zu verhindern gelte. Zu diesem Zweck gründete er sogar die Zeitschrift „Branka“. Zu Hilfe kam ihm eine neue Generation von jungen ETA-Aktivisten, die in der Führung immer größeren Einfluss gewannen und so wie er selbst den vor allem von Iturrioz eingeschlagenen Weg verhindern wollten. Allen voran waren dies

Xavier Bareño und die Brüder Txabi und José Antonio Etxebarrieta, die nun den größten Widersachern der Arbeiterkampf-freundlichen Führung, wie es die exilierten Txillardegui und Madariaga waren, im Inneren Einfluss sicherten.

Vor der V. Versammlung gaben die „obreristas“ in der Schrift „Por una izquierda socialista revolucionaria vasca“ („Für eine sozialistische, revolutionäre baskische Linke“) den Weg vor, der ab dieser V. Versammlung gegangen werden sollte: Der bewaffnete Kampf sollte nur noch eine Nebenrolle, höchstens eine Hilfsfunktion darstellen; die nationale Befreiung wird auch in die zweite Reihe verschoben; absolute Priorität sollte eine Verbindung aller linken Kräfte des Baskenlandes haben und der Kampf der Arbeiterklassen, in Verbindung mit anderen sozialen Bereichen, der Motor der revolutionären Veränderung sein (Ohne Angabe der Primärquelle in Casanova 2007: 74). Dies galt es jedoch für Txillardegui und seine Mitstreiter zu verhindern und so wurden am 20. 11. 1966 Iturrioz und seine „obreristas“, welche gemeinsam das politische Büro bildeten, von einem speziell einberufenen Exekutiv-Komitee aus der ETA ausgeschlossen.

Am 8. 12. 1966 fand dann die V. Versammlung statt, bei der 12 von den 42 Teilnehmern noch hinter Iturrioz und den „obreristas“ standen und die Präsenz desselbigen bei der Versammlung verlangten, was jedoch von den restlichen Anwesenden durch Abstimmung abgelehnt wurde. Die 12 „obreristas“-Befürworter wurden vom Rest getrennt und begannen noch vor Ort sich selbst zu organisieren, was zur ersten Spaltung innerhalb der ETA führte, sodass es nun eine ETA-Berri (neue ETA), angeführt von Iturrioz, und eine ETA-Zarra (alte ETA), angeführt von den Brüdern Etxebarrieta, gab.

Konsequenzen der Spaltung:

ETA-Berri sollte nur noch bis August 1969 unter diesem Namen firmieren, danach änderte sie ihren Namen in „Komunistak“ und definierte sich selbst als baskische kommunistische Bewegung. In der verbliebenen ETA-Zarra<sup>73</sup> eskalierte nochmals eine Auseinandersetzung, denn von den anfangs drei Strömungen waren ja noch die „culturalistas“ und die ehemaligen „tercermundistas“, welche sich jetzt Nationalrevolutionäre nannten, verblieben. Nachdem ETA eine Vier-Fronten-Taktik ausgegeben hatte, bei der neben der kulturellen, der politischen und der militärischen auch eine sozioökonomische - besser als Arbeiterfront - bekannte Front entstehen sollte und sich ETA propagandistisch wieder verstärkt dem Industrieproletariat

---

<sup>73</sup> Ab nun wieder bloß ETA

zuwandte, verließen die „culturalistas“ wie Txillardegui, Imaz oder del Valle ETA, weil diese sich ihnen zufolge nun in eine marxistisch-leninistische Organisation verwandeln würde und sie diese Ideologie ablehnten.

Diese Spaltung wird von heutigen Anhängern der ETA, wie der Autor Casanova es ist, als Beweis für die Verwandlung in eine marxistisch-leninistische Organisation und als Gegenbeweis für kleinbürgerliche Etikettierungen verwendet, wobei nicht nur die Frage offen bleibt, welche Gründe dann für die ursprüngliche bzw. auch noch für diese zweite Spaltung ausschlaggebend waren, während die verbliebenen kleinbürgerlichen Aktivisten, allen voran die Brüder Etxebarrieta, ihre Taten, deren Konsequenzen und die dadurch zu ziehenden Schlüsse in eine völlig andere Richtung weisen.

Die von den Brüdern Etxebarrieta (Txabi war Student der Wirtschaftswissenschaften, José Antonio Anwalt) nun angeführte, angeblich marxistisch-leninistische ETA suchte sehr schnell den bei der Arbeiterschaft verlorengegangenen Einfluss über die neu gegründete „Arbeiterfront“ (Frente Obrero) wiederzuerlangen. Von den abgespaltenen „obreristas“ wurde sie jedoch als kleinbürgerliche Bewegung, die einen radikalisierten Nationalismus verfolge, bezeichnet. Neben der Herkunft ihrer Mitglieder trifft dieser Vorwurf vor allem jedoch auf ihre wirklichen Ziele zu.

Vor der V. Versammlung hatte José Antonio Etxebarrieta im sogenannten „Informe Txatarra“ den Bruch mit den „obreristas“ unter anderem damit begründet, dass ihre Ziele:

- 1) Utopisch seien, da der Arbeiterkampf abstrakt gedacht wäre und von den realen Gegebenheiten im Baskenland absehe;
- 2) Ucronisch [sic], weil ihre Revolution nicht auf die nötige Allianz mit dem Kleinbürgertum Rücksicht nehme;
- 3) Anational, da die nationale Unterdrückung nicht berücksichtigt werde;
- 4) Reformistisch, weil der Kampf bloß auf Ebene der Arbeitersyndikate entworfen werde;
- 5) Antioorganisatorisch, weil ETA in eine vage Linksfront verwässert werden soll;
- 6) Pazifistisch, weil der bewaffnete Kampf aufgegeben werden bzw. nicht erst eskalieren solle (Ohne Angabe der Primärquelle in Casanova 2007: 78f).

Interessant sind vor allem die Punkte 1, 2 und 6, da sie sehr gut zeigen, dass der Kampf der Arbeiterschaft für ihre soziale Besserstellung nicht erwünscht war, das Kleinbürgertum als

logisches Hinderniss im Weg dieses Arbeiterkampfes nicht angegriffen werden sollte und die pazifistische Vorgangsweise dem Arbeiterkampf nicht nur moralische Legitimität und auf lange Sicht wohl auch Erfolg gebracht hätte (vor allem vor dem sich abzeichnenden Ende der Franco-Diktatur), sondern vor allem der von diesen kleinbürgerlichen Revolutionärseliten gewünschten Spirale von Aktion-Repression-Aktion, dem Ausbrechen eines nicht mehr zu zähmenden und sich perpetuierenden Kampfes für unerreichbare Ziele (mit der Konsequenz der Kontrolle der Arbeiterschaft bzw. der Nichtrealisierung ihrer wirklichen Ziele), entgegengestanden hätte.

Dass diese Spirale jedoch endgültig ausbrach, dafür sorgte Txabi Etxebarrieta höchstpersönlich, da er am 7. 6. 1968 bei einer Polizeikontrolle den Guardia Civil José Pardines erschoss, danach selbst auf der Flucht erschossen wurde, am 2. 8. 1968 die Antwort der ETA die Ermordung des Chefs der politisch-sozialen Brigade in Guipuzcoa, Melitón Manzanas<sup>74</sup>, war und von da an eine brutale Antwort des Regimes die Spirale Aktion-Repression-Aktion lostrat und somit die Büchse der Pandora geöffnet wurde.<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Chef jener Polizeieinheit, die bekannt für die Folter von Regimegegnern war.

<sup>75</sup> Bereits am 28.06.1960 wurde das 22 Monate alte Mädchen María Begoña Urrosi Ibarrola von einer Bombe in San Sebastian ermordet. Indizien sprechen dafür, dass es sich bei den Bombenlegern um ETA-Aktivisten handelte, es übernahm jedoch niemand dafür die Verantwortung.

## VI. Kapitel

### **Der Konflikt im Spätfranquismus und in der Demokratie**

Ende der 1960er Jahre hatten die drei Hauptakteure des Konflikts, der bis heute anhält, die Bühne betreten:

- 1) Der klassische baskische Nationalismus, hervorgerufen durch die politischen und vor allem sozioökonomischen Veränderungen des 19. Jahrhunderts und bis heute vertreten durch die PNV,
- 2) Die ETA, wieder durch große sozioökonomische Veränderungen ins Leben gerufen, allen voran durch die zweite Welle der Industrialisierung in den späten 1950er und frühen 1960er Jahren, und der damit verbundenen Massen an immigriertem Industrieproletariat,
- 3) eine „spanische“ Rechte - die in nicht unerheblichem Maße auch aus Basken und Katalanen bestand und besteht -, welche seit Ende des 19. Jahrhunderts in allen Autonomiebestrebungen frontale Angriffe auf den Fortbestand des Staates sieht und nicht selten in hysterischer Weise alle diese Bestrebungen bis heute in ein und denselben Topf wirft und bis in die 1980er Jahre diese Bestrebungen mit Gewalt bekämpfte.<sup>76</sup>

Gerade das Beispiel der ETA zeigt, wie sehr diese Reaktion des Staats erst ihr eigenes Überleben ermöglichte. Dies stellt für mich einen von mehreren Hauptgründen dar, warum

---

<sup>76</sup> Hier würde es von Seiten der ETA-Anhänger einen großen Aufschrei geben, da ihnen zufolge ja heute noch der spanische-, als auch der französische Staat Krieg gegen das Baskenland führen, aber bei genauerem Hinsehen versteckt sich hinter diesem Argument bloß eine große Portion Zynismus seitens einer Terrororganisation als auch die immer wieder hervorgebrachte neomarxistische Aussage, dass der Staat an sich – und damit ist jeder nicht sozialistische Staat gemeint – ein Instrument der burgeoisen Gewalt darstellt und im Extremfall mit für sie gerechtfertigter Gegengewalt bekämpft werden darf oder sogar muss.

sowohl ETA als auch der nationalistische Konflikt an sich bis heute nicht überwunden werden konnten.

## **1) Gründe für das Andauern des Konflikts**

### **a) Antidemokratische Reaktion des Staats**

Die „Bases teóricas de la Guerra Revolucionaria“ mit ihrem Ziel der künstlichen Erzeugung der Gewaltspirale von Aktion-Repression-Aktion fanden im Franco-Regime den idealen Adressaten, da ab den Morden des Sommers 1968 an Pardines und vor allem Manzano das Regime in brutaler Weise zurückschlug und - wie von den ETA-Ideologen gehofft - die Repression nicht bloß die wirklichen Aktivisten traf, sondern jeden, der in irgendeiner Weise verdächtig erschien. Es erübrigt sich wohl der Hinweis darauf, dass jegliche rechtsstaatliche Normen ignoriert wurden. Dies erhöhte die Unterstützung der ETA durch die baskische Bevölkerung, die sich bis zu diesem Zeitpunkt recht passiv verhalten hatte, enorm. Auch im Rest Spaniens und im Ausland wurde dieser Kampf vorerst als der gegen das undemokratische Regime gesehen und goutiert.

Als Höhepunkt muss einerseits der Prozess von Burgos gesehen werden, bei dem im Dezember 1970 16 ETA-Mitglieder vor einem Militärgericht standen und wegen der vorangegangenen Morde und noch anderer Delikte wie z. B. Banküberfälle verurteilt wurden. Sechs bekamen die Todesstrafe und die restlichen 10 lange Gefängnisstrafen, wobei auf Grund des großen Drucks aus dem In- und Ausland die Todesurteile schon wenige Tage später in Gefängnisstrafen umgewandelt wurden. Befand sich die ETA Ende 1969 vor dem Aus, da die inneren Konflikte kurz davor waren, die Organisation zu zerreißen, so rettete der Prozess von Burgos ihr das Überleben, denn nun stand sie von einem Moment auf den anderen im Fokus der Weltöffentlichkeit. Der Prozess bedeutete aber nicht nur die Rettung für die ETA, sondern machte den meisten im innersten Kreis des Regimes klar, dass es sich öffnen müßte oder das Ende nicht mehr abzuwenden sein würde. Die starke Opposition, die sich in ganz Spanien im Zuge des Prozesses von Burgos auf die Strassen getraut hatte - neben den Arbeitern waren dies vor allem auch die Studenten und besonders im Baskenland und in Katalonien die katholische Kirche - sah genauso wie die ausländische Presse die Stunde des Wechsels gekommen (Helmerich 2002: 135). Es sollte zwar noch 8 Jahre bis zur neuen Verfassung und 9 Jahre bis zu den ersten Autonomiestatuten dauern, aber dies war der erste

klare Schritt Richtung Ende des Franquismus. Die ETA sollte dann auch noch mit Admiral Carrero Blanco 1973 die einzige Hoffnung der Regimehardliner auf Kontinuität im wahrsten Sinne des Wortes in die Luft sprengen.

Einen zweiten Höhepunkt bei der unbeabsichtigten Hilfe des Staats stellt das Jahr 1975 dar, da nun das sich in den letzten Atemzügen befindliche Francoregime noch einmal mit äußerster Brutalität seine Gegner verfolgte und neben drei FRAP<sup>77</sup>-Mitgliedern auch zwei ETA-Aktivisten zum Tode verurteilte und exekutierte, wobei dies in ganz Europa zu teilweise gewaltsamen Protesten führte (Casanova 2007: 173ff.).

Neben den geduldeten rechtsextremen Terrorgruppen der späten Francozeit und der Transición<sup>78</sup> - hier wären vor allem das Batallón Vasco Español, die Guerilleros de Cristo Rey und die Triple A zu nennen -, denen nicht nur ETA-Aktivisten sondern auch sonstige als Sozialisten oder Kommunisten angesehene Personen zum Opfer fielen, bedeuteten vor allem die GAL<sup>79</sup> eine moralische Stärkung der ETA bei gleichzeitigem Legitimationsverlust der Mitte der 1980er Jahre noch jungen Demokratie. Diese vorwiegend aus französischen Söldnern bestehende Terrorgruppe, welche direkt aus dem Madrider Innenministerium gelenkt wurde, agierte zwischen 1983 und 1987 vor allem im Süden Frankreichs, denn dies war das bevorzugte Rückzugsgebiet der ETA. Neben Entführungen und Folter werden den GAL an die 60 Morde zu Lasten gelegt, wobei einige Opfer nachweislich nichts mit der ETA zu tun hatten, und die GAL die Fehler sogar eingestanden. Das bekannteste Verwechslungsoffer war Segundo Marey, der entführt und später wieder freigelassen wurde. Diese staatlich gelenkten Killertruppen traten nicht zufällig Mitte der 80er Jahre in Erscheinung, denn gab es bis 1977 noch relativ wenige Todesopfer durch ETA-Anschläge zu verzeichnen - 75 waren es zwischen 1968 und 1977 -, so explodierte die Zahl der Ermordeten ab 1978, da alleine in diesem Jahr 65 Todesopfer zu beklagen waren, in den beiden darauffolgenden Jahren 86 und 93 und von 1981 bis 1987 durchschnittlich 38 Menschen jährlich durch die ETA ermordet wurden. Ein weiterer Grund ist die damalige Haltung Frankreichs, da in Francozeiten die Unterstützung der ETA auch als Schwächung des Regimes gesehen wurde, und sich die ETA-Aktivisten daher frei auf französischem Territorium bewegen konnten. Diese Haltung änderte sich jedoch mit dem Wechsel Spaniens

---

<sup>77</sup> FRAP = Frente Revolucionario Antifascista y Patriótico = Revolutionäre, Antifaschistische und Patriotische Front. Dies war eine Anfang und Mitte der 1970er Jahre an den Universitäten der großen spanischen Städte aktive Organisation.

<sup>78</sup> So werden die Übergangsjahre von der Diktatur zur Demokratie genannt. Sie beginnen mit Francos Tod und enden spätestens mit dem Wahlsieg der Sozialisten und dem verhinderten Putschversuch Anfang der 1980er Jahre.

<sup>79</sup> Grupos Antiterroristas de Liberación – Antiterroristische Befreiungsgruppen

zur Demokratie nur geringfügig bzw. war die Zusammenarbeit so gut wie inexistent und daher wurde die Sackgasse des „schmutzigen Krieges“ gegen die ETA begangen.

Für die ETA stellten sowohl der Prozess von Burgos als auch die gegen alle linken Aktivisten gerichteten rechtsradikalen Aktivitäten der 70er und vor allem der Staatsterrorismus von 83 bis 87 nicht nur den Ausweg aus damals schwierigen Zeiten - vor allem wie schon erwähnt Ende der 60er Jahre, als das Aus drohte - dar, sondern bis heute wird die franquistische Repression gegen jegliche Opposition innerhalb Spaniens von der ETA dahingehend reinterpretiert, dass es sich um einen Angriff ausschließlich gegen das baskische Volk gehandelt hätte und die heutigen rechtsstaatlichen Aktionen Spaniens und Frankreichs davon nur die Fortsetzung wären. Jegliches heutiges Vorgehen der französischen oder spanischen Justiz und Polizei wird in Verbindung gebracht mit den Geschehnissen der Francozeit und der 80er Jahre, wobei dies in einer unglaublich zynischen Art und Weise geschieht.

Als Spezialist hierfür scheint sich der bereits erwähnte Autor Ingo Niebel zu etablieren, der im Stile eines klassischen Verschwörungstheoretikers jeden Tod einer der ETA nahestehenden Person mit Staatsterrorismus in Verbindung bringt und, wenn er schon keine Beweise dafür hat, so doch immer und immer wieder „Ungereimtheiten“ zu erkennen glaubt. Was bei ihm nie erwähnt wird, sind die internen Morde der ETA, wobei die bekanntesten Fälle die von Dolores González Catarain „Yoyes“, Eduardo Moreno Bergaretxe „Pertur“ oder Miguel Francisco Solaun ein sehr gutes Bild dieser totalitären Organisation zeichnen, da spätestens seit Mitte der 1970er Jahre abweichende Meinungen oder der Rückzug aus dem bewaffneten Kampf mit einer Kugel bestraft werden. Auch bei Pertur, einem ehemaligen Anführer der ETA, wurde von Staatsterrorismus gesprochen, die eigene Familie hingegen sah die Lage jedoch anders, da sie die ETA für den Tod verantwortlich machte, da ihr Sohn nur noch den politischen Weg gehen wollte, die ETA sich zu diesem Zeitpunkt an einem äußerst kritischen Punkt befand, und sein Vorhaben die Pläne einiger Hardliner durchkreuzt hätte. Dieser seit 1976 ungeklärte Fall wurde 2008 auf Drängen der Eltern vor dem zuständigen spanischen Gerichtshof, der Audiencia Nacional, wieder aufgenommen und harret der Klärung. Sowohl die Eltern (La Nacion 1999), die ehemalige Freundin Lourdes Auzmendi (Factual 2010) als auch das ehemalige ETA-Mitglied Juan José Gurrutxaga (Galiciae 2008) machen die ETA für diesen Mord verantwortlich. In der Welt eines Ingo Niebel (Niebel 2009) sind jedoch wieder nur der Staat bzw. rechtsextreme Todesschwadronen wie die Triple A verantwortlich, die sich zwar zu dem Mord bekannte, nach dem man sie beschuldigt hatte,

jedoch sollte erwähnt werden, dass sich auch noch eine weitere rechtsextreme Organisation, das Batallón Vasco Español, den Mord an die Fahnen heften wollte und weder die eine, noch die andere Organisation Beweise wie das sonst übliche Nennen des Ortes, an dem die Leiche gefunden werden kann, liefern konnte. Wird von Niebel im ersten Absatz die Triple A verantwortlich gemacht, so kann man im dritten Absatz lesen, dass italienische Faschisten im Auftrag der spanischen Polizei den Mord verübt hätten, denn sie gaben zu, einmal „einen“ Basken entführt und ermordet zu haben. Dass die daran Beteiligten jedoch Pertur nicht identifizieren konnten, und niemand daher weiß, wer dieser vermeintliche Baske wohl gewesen ist, und außerdem ja schon die Triple A dahinterstecken soll, ändert an der Taktik nichts: Es war immer der Staat und die ETA mutiert bildlich gesprochen zu einer sich bloß verteidigenden Gruppe junger, bewundernswerter Idealisten.

Zwei gute aktuelle Beispiele für diesen von der ETA und ihren Sympathisanten immer wieder verwendeten Generalverdacht bei Todesfällen stellen der Artikel Niebels über den Tod von José Luis Geresta Mújica (Niebel 1999) und der Fall Jon Anza dar. Beim ersten Fall werden wieder nur Vermutungen geäußert, die jedoch alle in die Richtung der Sicherheitskräfte deuten, was aber wirklich erschrecken lässt ist, dass in diesem Artikel zwar erwähnt wird, dass der tote ETA-Anhänger an einem Mord beteiligt gewesen sein dürfte, dieser Umstand jedoch dem Autor nicht einmal Wert ist, genauer darauf einzugehen, sondern auch dieser Text, wie alle seine anderen, aus einer klar mit den Mördern sympathisierenden Sichtweise geschrieben ist. Doch gerade das von diesem Etarra<sup>80</sup> und seinen Komplizen ermordete Opfer wäre es wert, erwähnt zu werden, zeigt es doch den heute herrschenden Zynismus und reinen Macht- und Mordwillen der ETA. Das Opfer der ETA war in diesem Fall Fernando Mújica, ein baskischer Sozialist - nicht das erste und auch nicht das letzte sozialistische Opfer der ETA -, der schon in Francozeiten gegen das Regime kämpfte, jedoch in der Demokratie nicht gewillt war, sich dem Terror der ETA zu beugen, und daher von hinten vor den Augen seines Sohnes erschossen wurde. So wie ihn hat es viele linke Kämpfer gegen das ehemalige Regime getroffen, denn wer nicht für die ETA ist, ist gegen sie und kann jederzeit ihr nächstes Opfer werden.

Auch der zweite beispielhafte Fall, der von Jon Anza, soll nichts anderes erreichen, als die Opfer und Märtyrerrolle zu wiederholen. Ende 2009 ließen Ingo Niebel und seine „antifaschistischen“ Mitstreiter noch folgendes zu dem verschwundenen Jon Anza hören:

---

<sup>80</sup> Spanische Bezeichnung für ein ETA-Mitglied

*„Unter Berufung auf zuverlässige Quellen meldet die baskische Tageszeitung Gara heute (2/10/09), dass der seit sechs Monaten verschwundene Jon Anza von auf französischem Territorium operierenden spanischen Polizisten festgenommen wurde. Der Verschwundene starb während der illegalen Verhöre und wurde an einem unbekanntem Ort verscharrt (Info-Baskenland 2009)“.* Natürlich darf in diesem Artikel auch der Hinweis auf den schmutzigen Krieg nicht fehlen. Monate lang wurden diese durch nichts beweisbaren Behauptungen wiederholt, bis dann im März 2010 die Leiche eines bisher unbekanntem Toten in Toulouse als Jon Anza identifiziert wurde. Er wurde in dieser französischen Stadt, in der er sich mit Mitgliedern der ETA treffen hätte sollen, bereits am 29. April 2009 bewusstlos in einem Park gefunden, in ein Spital eingeliefert und starb am 11. Mai 2009 im städtischen Krankenhaus. Da er keine Dokumente bei sich trug, konnte er vorerst nicht identifiziert werden und lag fast ein Jahr im Leichenschauhaus. Einen Hinweis auf seinen Gesundheitszustand vor seinem Verschwinden gibt sogar die pro-ETA Seite „Info-Baskenland“, denn dort ist zu lesen: *„Er war schwer krank, fast blind und abhängig von regelmäßiger Medikamenteneinnahme“ (Info-Baskenland 2009).*

Hört man diese Beschreibung eines 47-jährigen Krebskranken, dann sollte es nicht verwundern, dass er verstorben ist, aber die gleichen Autoren, die noch vor einem Jahr aus „zuverlässigen Quellen“ wissen wollten, dass er von der spanischen Polizei irgendwo verscharrt worden wäre, zweifeln jetzt natürlich an der Möglichkeit eines natürlichen Todes, denn es kann nicht sein, was nicht sein darf, und schon gar nicht, wenn dies die eigene Strategie durchkreuzen würde. Fakt ist nur, dass all jene, die fast ein Jahr lang zu wissen behaupteten, dass er irgendwo in den Wäldern unter der Erde liegt, falsch lagen und dass keinerlei Folterspuren von der französischen Gerichtsmedizin zu finden waren. Auch dies ist für die linientreuen Kämpfer kein Grund, an „spurlosen“ Foltermethoden zu zweifeln, doch entbehrt es jeglicher Logik, dass die Polizisten, die ihn angeblich in ihrer Macht hatten und gefoltert haben, nicht auch wirklich verscharrt hätten, womit man ihn niemals mehr gefunden hätte, anstatt ihn in einem Park abzuliefern auf die Gefahr hinaus, dass er es doch überleben könnte.

So lächerlich die von Niebel und Mitstreitern gebetsmühlenartig wiedergegebenen Anschuldigungen auch klingen - am 15.3.2010 schrieb er, dass die französische Staatsanwältin inoffiziell durchblicken ließ, dass sie der Madrider Version keinen Glauben schenke, eine durch nichts verifizierbare Aussage, die man glauben kann, vor allem, wenn

man sie glauben möchte (Indymedia-Letzebuerg 2010) - sie erfüllen ihren Zweck: das bekräftigen der eigenen Opferrolle und das in Erinnerung rufen dessen, was Vamik Volkan „gewählte Traumata“ nennt. Dies ist eine von mehreren möglichen Strategien, um eine Großgruppenidentität herzustellen, denn *„Gewählte Traumata beziehen sich auf die geistige Repräsentanz von einem Ereignis, das dazu führte, daß eine Großgruppe durch eine andere Gruppe schwere Verluste hinnehmen mußte, dahin gebracht wurde, daß sie sich hilflos und als Opfer fühlte und eine demütigende Verletzung miteinander zu teilen hatte ... Ihre verletzten Selbstbilder, die mit der geistigen Repräsentanz des geteilten traumatischen Ereignisses verbunden sind, werden in der sich entwickelnden Selbstrepräsentanz der Kinder der nächsten Generation „deponiert“, als wären diese Kinder imstande, den Verlust zu betrauern oder die Demütigung wiedergutzumachen. Ein solches Deponieren stellt eine zwischen den Generationen stattfindende Weitergabe von Traumata dar. Wenn die Kinder mit dem, was in ihnen deponiert wurde, nicht umgehen können, werden sie als Erwachsene umgekehrt dann auch wiederum die geistige Repräsentanz des Ereignisses an die nächste Generation weitergeben ... Gewählte Traumata sind mit nachhaltigen Erfahrungen von Verlusten und Gefühlen der Demütigung, der Rache und des Hasses verbunden, die bei den Gruppenmitgliedern eine Vielzahl von geteilten Abwehrmechanismen auslösen, die darauf abzielen, diese Erlebnisse und Erfahrungen rückgängig zu machen oder ins Gegenteil zu verkehren (Volkan 2003: 73f.).<sup>81</sup>*

Neben den ständig wiederholten Ereignissen aus der Francozeit und der Zeit des schmutzigen Krieges Mitte der 1980er Jahre, werden hier auch seit dem 19. Jahrhundert die angeblichen Ungerechtigkeiten, die der spanische Staat dem Baskenland zugefügt hätte, immer wieder in Erinnerung gerufen. Dass es sich dabei aber in Wirklichkeit um den politischen und vor allem wirtschaftlichen Niedergang einer ehemals mächtigen Gruppe innerhalb der baskischen Gesellschaft handelt und dass die wirtschaftlichen Veränderungen des 19. Jahrhunderts nicht nur von Madrid sondern auch vom baskischen Bürgertum und später von den baskischen Industriellen zu verantworten waren, wird verschwiegen, würde dies doch die eigene

---

<sup>81</sup> Volkan nennt mehrere Möglichkeiten, Großgruppenidentität zu erzeugen. Für den baskischen Fall wäre auch der „Andere“ zu nennen - sowohl Spanier als auch alle nicht-nationalistischen Basken-, der auf diese Weise die „Wir-heit“ produziert (Volkan 2003: 64). Mit der Ermordung des Folterers Meliton Manzanos und des designierten Franco-Nachfolgers Admiral Carrero Blanco, stehen „gewählte Ruhmesblätter“ zur Verfügung und auch Großgruppenrituale wie Jahrestage sind nicht zu unterschätzen. Hier sind vor allem der Tag des baskischen Soldaten „Gudari Eguna“, als auch der baskische Nationalfeiertag „Aberri Eguna“ zu nennen. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass sich die ETA-Terroristen selbst zwar als baskische Soldaten bezeichnen, mit dieser Meinung jedoch auch im Baskenland alleine stehen. Auch der Nationalfeiertag „Aberri Eguna“ ist kein gesamtbaskisches Symbol, sondern ein von der PNV kreierter- und von den Nationalisten für alle Basken deklariertes Feiertag.

Ideologie ad absurdum führen. Doch nicht nur die baskischen Nationalisten, ob links-radikal oder konservativ, haben ihre gewählten Traumata. Auch die spanische Rechte erinnert immer wieder an das Massaker von Paracuellos del Jarama, bei dem 1936 tausende als Gegner der Republik angesehene Gefangene - sowohl Falangisten als auch Bürgerliche, Anhänger rechter Parteien und oft auch einfach nur Gläubige und so gut wie alle, ohne jemals formal angeklagt geschweige denn verurteilt worden zu sein - von Milizionären unter der angeblichen Führung von Santiago Carillo exekutiert worden sind. Neben der Tatsache, dass dies zeigt, dass beide Seiten im Bürgerkrieg mit unbändigem Hass Verbrechen verübten, zeigt dies auch, dass sowohl die radikale Rechte als auch die radikale Linke mit ihren heute noch verwendeten Taktiken der gewählten Traumata bloß zwei Seiten ein und der selben totalitären Medaille sind.

Neben dem gewählten Trauma zur Etablierung und Weitergabe einer Großgruppenidentität erinnern die immer wieder hervorgebrachten Anschuldigungen, die fast immer als Vermutungen verfaßt werden, jedoch bei denen auch so gut wie jedes Mal von „gut informierten Quellen“ oder „informellen Aussagen“ die Rede ist, an das, was Theodor Adorno als faschistische Propaganda bezeichnete. Hier gleichen sich die rechtsextremen Gruppen der spanischen Faschisten und die linksextremen ETA-Anhänger wie ein Ei dem anderen, denn beide ersetzen Ziele durch Mittel und *„schwafeln von dieser „großen Bewegung“, von ihrer Organisation ... Da diese Propaganda ganz und gar auf die Mittel abgestellt ist, wird sie selbst zum eigentlichen Inhalt ... die Propaganda fungiert als eine Art Wunscherfüllung ... Die Menschen werden „zugelassen“, erhalten vermeintlich Insider-Informationen, werden ins Vertrauen gezogen, als Angehörige der Elite behandelt, die es verdienen, die schaurigen Geheimnisse zu kennen, die den Außenseitern verborgen bleiben“* (Adorno 2002: 150).

Weiters führt Adorno passend aus, dass *„faschistische Propaganda attackiert eher einen Popanz als wirkliche Gegner, das heißt, sie erzeugt Bilder vom Juden und vom Kommunisten [in diesem Fall von Spaniern, Franzosen und Faschisten] und reißt sie in Stücke, ohne sich sonderlich um den Realitätsgehalt dieser Bilder zu kümmern ... Vor allem wissen wir, daß die faschistische Propaganda mit ihrer verdrehten Logik und ihren phantastischen Verzerrungen bewußt geplant und organisiert wird. Bezeichnet man sie als irrational, so handelt es sich eher um angewandte als um spontane Irrationalität, d.h. um eine Art Psychotechnik ...*

*Beobachtung, daß diese Art Propaganda Befriedigung gewährt ... Das wichtigste ist natürlich die Dichotomie von schwarz und weiß, von Feind und Freund“ (Adorno 2002: 152ff.).*

Neben der Propaganda selbst ist die Befriedigung, die durch sie gewährt wird, ein bisher meiner Meinung nach unterschätzter Erfolgsfaktor der ETA, der Linksnationalisten und ihrer Organisationen, denn sie haben es erfolgreich geschafft, sich selber als vor allem antikapitalistisch und sozialistisch zu verkaufen, und haben in der Antiglobalisierungsszene Fuß gefaßt, so z. B. beim zweiten Weltsozialforum 2002 im brasilianischen Porto Alegre, als eine Vertreterin von Eusko Alkartasuna<sup>82</sup> sich dort selbst als von einem unterdrückten Volk kommend vorstellte. Dazu schreibt der baskische Philosoph Fernando Savater: *„In Porto Alegre ... sprach man nicht über den Terrorismus der ETA, welcher seit Jahrzehnten die Bevölkerung angreift und die freie politische Debatte verhindert, auch nicht vom Projekt der ethnischen Säuberung, welches mit Gewalt aufgezwungen werden soll, noch von den autonomen Freiheiten - die größten aller europäischen Staaten - erreicht seit dem Ende der Francodiktatur von den baskischen Bürgern. Stattdessen gab man gefällig den Gerüchten über die Missbräuche der spanischen Regierung und Justiz ein Sprachrohr, den radikalen Nationalismus stützend, welcher den Terrorismus nährt und seine die Bevölkerung einschüchternde Wirkung ausnützt. Die Repräsentantin von Eusko Alkartasuna präsentierte sich bei diesem Hexensabbat selbst, in dem sie sagte, sie käme „von einem unterdrückten Land“: sie vergaß zu erwähnen, daß sie selbst Teil der Autonomieregierung des besagten Landes ist und daher diese angenommene Unterdrückung mit mehr Recht repräsentiert als jeder andere. Es ist ein Jammer, daß dort keine besseren Vertreter des baskischen Volkes anwesend waren, um anderen Stimmen zu diesem Thema Gehör zu verschaffen. Jedoch, in Mitten des Antisystementhusiasmus des Publikums, wären sie angemessen gehört und geschätzt worden?“ (Savater 2004: 95).*

Ihre Methoden und Ziele konnten sie zumindest in dieser Szene durch ihre Propaganda - Agitatoren wie z. B. Niebel sei Dank - erfolgreich verdecken und bekommen nun auch Zuspruch von Menschen, die ohne wirkliches Hintergrundwissen eine totalitäre Terrororganisation zumindest moralisch unterstützen, ohne sich im Grunde darüber im Klaren zu sein.

---

<sup>82</sup> Eusko Alkartasuna ist eine baskische sozialistische Partei, die zum damaligen Zeitpunkt Teil der nationalistischen Regierungskoalition unter Führung der konservativen nationalistischen PNV war.

Hier möchte ich noch ein Mal das bereits erwähnte Zitat von Ignazio Silone in Erinnerung rufen: „Der neue Faschismus wird nicht sagen: Ich bin der Faschismus; er wird sagen, ich bin der Antifaschismus“.

## **b) Was ist die ETA? Terrororganisation oder Freiheitskämpfer?**

Dass die ETA heute eine Terrororganisation ist, daran besteht kein Zweifel, und zwar nicht erst seit der Aufnahme der ETA in die EU-Liste der Terrororganisationen (siehe aktueller Stand: EU-Terrorliste 2008 + Annex 11) und der selben Klassifizierung durch Staaten wie Frankreich, Großbritannien oder den USA. Doch hier stellen sich drei Fragen: 1) wann spricht man von Terrorismus, 2) wie wird die ETA klassifiziert und 3) war die ETA immer schon eine terroristische Organisation und entspricht ihr leninistisch-marxistisches Selbstverständnis der Realität?

### **ba) Definition von Terrorismus**

Obwohl die ETA heute besonders im Baskenland immer wieder als Mafia bezeichnet wird, ist ein Kriterium, das eine Terrororganisation von einer Mafiaorganisation unterscheidet, dass die Mafia ihre illegalen Geschäftszweige betreibt, ohne den Staat an sich bekämpfen zu wollen. Dass Korruption, Bestechung und Einflußnahme auf die Politik den Staat indirekt schwächen, ist wiederum eine andere Sache. Eine Terrororganisation fordert im Gegensatz zur Mafia den Staat heraus, will ihn bekämpfen, unter den Bürgern Angst und Schrecken verbreiten und im Endeffekt politische Ziele erreichen. Das Beispiel ETA zeigt, dass sich eine Terrororganisation jedoch mafiöser Mittel zwecks Finanzierung bedient, wie dies Schutzgelderpressung - im ETA Jargon heißt dies „Revolutionssteuer“ (siehe Annex 10) -, Waffen- und Drogenhandel<sup>83</sup> und Banküberfälle, letztere vor allem in der Anfangszeit, sind. International gibt es über 100 Definitionen von Terrorismus, jedoch könnten diese nicht unterschiedlicher sein.

Die UN-Resolution 1566 aus 2004 definiert Terrorismus als *„...criminal acts, including against civilians, committed with the intent to cause death or serious bodily injury, or taking of hostages, with the purpose to provoke a state of terror in the general public or in a group*

---

<sup>83</sup> In letzter Zeit sind Kontakte der ETA zur kolumbianischen FARC bekannt geworden und der italienische Aufdeckungsjournalist Roberto Saviano, der als Camorra-Spezialist gilt, nennt ETA eine protomafiöse Organisation und stellt weiters eine Verbindung zur italienischen Camorra her, über die die kolumbianischen Drogen in Waffen getauscht werden (Saviano 2009).

*of persons or particular persons, intimidate a population or compel a government or an international organization to do or to abstain from doing any act, which constitute offences within the scope of and as defined in the international conventions and protocols relating to terrorism, are under no circumstances justifiable by considerations of a political, philosophical, ideological, racial, ethnic, religious or other similar nature,...*“ (UN-Resolution 1566). Die EU hat laut Art. 1 der „Council Framework Decision on Combating Terrorism“ seit 2002 folgende Definition: ... *seriously intimidating a population; or unduly compelling a Government or international organisation to perform or abstain from performing any act; or seriously destabilising or destroying the fundamental political, constitutional, economic or social structures of a country or an international organisation...*“ (EU-Combating Terrorism), wobei Aktionen von bewaffneten Militäreinheiten, die sich innerhalb der Regeln des Völkerrechts, hier besonders des internationalen humanitären Völkerrechts, ereignen, ausgeschlossen sind.

Zwei wichtige Elemente lassen sich aus diesen Definitionen herauslesen: Erstens handelt es sich um kriminelle Machenschaften, die unter der Bevölkerung Terror und Angst erzeugen sollen, mit dem Ziel, eine Regierung oder eine internationale Organisation zu einer Handlung zu nötigen oder sie von einer abzuhalten - sprich eine politische Ordnung gewaltsam zu verändern - und zweitens handelt es sich um einen außerhalb des Völkerrechts gelegenen asymmetrischen Konflikt, d.h. eine aus dem Untergrund operierende Organisation attackiert reguläre Kräfte des staatlichen Gewaltmonopols als auch die zivile Bevölkerung.

Wimmer sieht zudem noch zwei weitere zentrale Elemente, denn einerseits arbeitet eine terroristische Organisation *„mit Opfer-Ziel-Differenzierungen, d.h. die Opfer sind eigentlich nebensächlich, wesentlich sind die psychologischen Effekte ... welche auftreten müssen wegen der Gewaltsamkeit, der Zufälligkeit der Opfer, wegen der Plötzlichkeit des Auftretens von Gewalt, ihrer Unvorhersehbarkeit und wegen der erfolgreichen Wiederholbarkeit der Gewalt“* und andererseits lebt der Terrorismus *„von der hohen Resonanz seiner Gewaltakte in der massenmedialen politischen Öffentlichkeit“* (Wimmer 2009: 399).

## **bb) Klassifizierung der ETA**

Neben der Klassifizierung als Terrororganisation durch die EU, basierend auf den Taten der ETA, sprechen folgende Aspekte für die Richtigkeit dieser Einschätzung:

Amnesty International berichtet - um hier nur einige der aktuellsten Berichte zu zitieren - in ihrem Annual Report 2008: *„In a terrorist act in Spain on 7 March, strongly condemned by Amnesty International, the Basque armed group Euskadi Ta Askatasuna (ETA) killed former socialist councillor Isaiás Carrasco. The group also planned a campaign to threaten representatives of political parties and the press, and in April claimed responsibility for four other attacks involving bombings“* (Amnesty International 2008-I). Aus dem selben Jahr stammt folgender Bericht zur Ermordung des baskischen Unternehmers *„Ignacio Uría Mendizábal, joint owner of one of the construction companies involved in the high speed train route connecting key towns in the Basque Country with Madrid, was shot dead today outside a restaurant in Azpeitia ... Amnesty International unreservedly condemns this killing and reiterates its call on ETA to put an immediate and permanent end to its campaign of killings, kidnappings, hostage-taking and other gross abuses of human rights ... Ignacio Uría Mendizábal had received various threats in the past few years for refusing to pay money, so called ‚revolutionary taxes‘, to ETA“* (Amnesty International 2008-II).

Aus dem Jahr 2004 stammt folgende Einschätzung: *„Im Berichtszeitraum versuchte die ETA, das Recht auf freie Meinungsäußerung durch Schusswaffen- und Bombenanschläge sowie durch Einschüchterungskampagnen zu unterdrücken. Ihre Übergriffe richteten sich auch gegen Zivilpersonen. Im Februar wurde Joseba Pagazaurtundua erschossen. Er hatte der Bewegung Basta Ya angehört, die die von der ETA ausgeübte Gewalt radikal ablehnt, und war in der Vergangenheit Mitglied des ETA-Flügels Politico-Militar gewesen. Joseba Pagazaurtundua, der den Posten des Chefs der Stadtpolizei von Andoain bekleidete, war nach wiederholten Todesdrohungen zum Zeitpunkt des Attentats krankgeschrieben. Im Juli wurden mindestens 13 Personen, unter ihnen auch Touristen, bei Bombenexplosionen in den Ferienorten Alicante und Benidorm verletzt.“* (Amnesty International 2004).

Die NGO „Reporter Ohne Grenzen“ schätzt ETA folgendermaßen ein: *„... the armed separatist group that is better known by the acronym ETA, has constantly targeted journalists, both in France as in Spain, since its creation in 1959. Controlling the news is a key goal for ETA and journalists considered ‚enemies of the cause‘ are among its potential targets. ETA’s media victims include José María Portell, murdered in 1978, José Javier Uranga, wounded in a shooting in 1980, José Luis Lopez de la Calle, murdered in 2000, and Gorka Landaburu, who sustained severe face and hand injuries when he opened a parcel-bomb in 2001. Several dozen Spanish journalists are currently forced to have bodyguards*

*because of ETA death threats. ETA spoke in 1998 of ,the need to give the people a voice, that the people get their voice back and that their voice be respected'. But it has never shown the same enthusiasm for giving a free voice to journalists, whom it often describes as ,dogs' or ,policemen' (Reporters without Borders 2009)“.*

Neben der Bestätigung der Einschätzung durch die EU als terroristische Organisation - Morde an Zivilisten, Bombenanschläge auf Touristen, Entführungen, Schutzgelderpressung, sonstige schwere Menschenrechtsverletzungen, Angriffe auf politische Parteien und generell der Versuch, die freie Meinungsäußerung durch Mord und Einschüchterung von Journalisten zu unterbinden, sollten dies klar beweisen -, verdeutlichen diese Berichte, wozu sich die ETA entwickelt hat: Eine vor allem die Basken terrorisierende Organisation. Der Unternehmer Ignacio Uría Mendizábal war Baske, jedoch hatte er wohl zwei Fehler begangen. Erstens baut seine Firma an der Hochgeschwindigkeitszugstrecke, welche die baskischen Metropolen mit Madrid verbinden soll und welche das baskische Y genannt wird, mit und auch, wenn diese Strecke von der Bevölkerung gewünscht wird, weil sie eine deutliche Verbesserung der Infrastruktur darstellt, ist sie der ETA ein Dorn im Auge, denn alles was das Baskenland mit dem Rest Spaniens verbindet, muss bekämpft werden. Sein zweiter Fehler dürfte die Weigerung gewesen sein, Schutzgeld an die ETA zu bezahlen, eine Erpressung, der sich die meisten baskischen Unternehmer ausgesetzt sehen. Ein weiterer, namentlich erwähnter Fall in den Amnesty International Berichten ist der von Joseba Pagazaurtundua, und auch dieser Fall ist symptomatisch, denn hier handelt es sich beim Opfer nicht bloß um einen Basken, sondern wie in so vielen Fällen um ein ehemaliges ETA-Mitglied, vor allem um eines, welches in der Francodiktatur der ETA angehörte, mit dem Wechsel zur Demokratie jedoch dem weiteren bewaffneten Kampf jegliche Legitimität absprach und von nun an mit friedlichen Mitteln Politik machen wollte. Auch ein weiterer der erwähnten Namen - diesmal im Bericht von Reporter ohne Grenzen -, Gorka Landaburu, zeigt, wie sich der Terror der ETA vor allem gegen Basken richtet. Im französischen Exil geboren - sein Vater Francisco Javier war ein nationalistischer Politiker der PNV und Vizeregierungschef der baskischen Regierung in der Exilzeit - kehrte Gorka Anfang der 1970er Jahre nach Spanien zurück und begann eine Karriere als Journalist und Autor und, da er gegen den Terror der ETA schrieb, sollte auch er mittels einer Briefbombe für immer zum Schweigen gebracht werden, überlebte jedoch mit schweren Verletzungen.

Besser als fünf der sechs ehemaligen, im Prozess von Burgos zum Tode verurteilten ETA-Mitglieder, kann man die heutige ETA und ihr Umfeld nicht definieren: Der charismatischste unter ihnen, Mario Onaindía, sieht in der ETA *„ein Krebsgeschwür, welches keine Existenzberechtigung mehr habe und nur das friedliche Zusammenleben störe“* und Eduardo Uriarte sieht heute in der ETA *„einen Henker, der sich zu dem entwickelt hat, was er einmal bekämpfen wollte.“* (La Voz de Galicia 2000)

### **bc) Die Entwicklung der ETA. Vom Antifaschismus zum Terrorismus**

Auch wenn die ETA in Spanien immer schon als terroristische Organisation bezeichnet wurde, muss die Frage gestellt werden, in wie weit der bewaffnete Kampf gegen ein Unrechtsregime als Terrorismus bezeichnet werden kann und ob eine Diktatur wie die des Generals Franco, welche durch Putsch und Bürgerkrieg an die Macht gekommen war und in der Folge jegliche demokratischen Forderungen brutal unterdrückte, bekämpft werden darf. Über den Tyrannenmord wird bereits seit der Antike philosophiert, aber ein gutes Beispiel aus der heutigen Zeit wäre das Widerstandsrecht, wie es in § 20 (4) des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland normiert ist (Grundgesetz BRD). Dieses Widerstandsrecht gelte jedoch nur, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist, womit es vor allem eine Einschränkung in Bezug auf seine Verhältnismäßigkeit kennt. Gemeint ist damit ein legitimer Zweck und dass die Mittel sowohl geeignet, erforderlich als auch angemessen sind (siehe Annex 12). Dies deckt sich fast mit der christlichen Lehre des gerechten Krieges, welche auf Augustinus zurückgeht, und die nur um die Anordnung durch eine legitime Autorität ergänzt werden muss (Etzersdorfer 2007: 142).

Im Falle der ETA fehlte sicherlich zu jeglicher Zeit eine legitime Autorität, welche die bewaffneten Aktionen anordnen hätte dürfen, dies wäre aber z. B. im Falle des deutschen Grundgesetzes nicht von Nöten. Es kann jedoch in Bezug auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz des modernen Rechts ganz klar davon ausgegangen werden, dass von Anfang an der Kampf der ETA weder angemessen war, da seit der frühesten Phase des bewaffneten Kampfs neben Vertretern des Regimes auch Unschuldige ins Kreuzfeuer gerieten und oftmals getötet wurden, als auch das Erfordernis der Geeignetheit niemals gegeben war, denn wie Helmerich Waldmann zitiert: *„Kurz- oder mittelfristig kann durch*

*Terrorismus erzeugte Angst und Unsicherheit Staaten in die Defensive drängen. Waldmann glaubt jedoch nicht an langfristige Erfolge, zumal es die Gewalttätigen zumeist versäumen, ihre Gewaltaktionen in eine militärisch-politische Gesamtstrategie einzubinden. Deshalb erweisen sie sich als unfähig, selbst dann auf Gewalt zu verzichten, wenn diese das bestmögliche Ergebnis bereits erbracht hat“ (Helmerich 2002: 119).*

Schenkt man jedoch den ETA-Aktivisten der ersten Stunde Glauben und denkt an ihr Eingeständnis, dass ein antikolonialer Befreiungskampf von der Bevölkerung nicht getragen werden würde und daher die Gewaltspirale von Aktion-Repression-Aktion künstlich von der ETA selbst ausgelöst werden müsse, muss man den bewaffneten Aktionen von Anfang an jegliche Legitimität absprechen.

Trotz dieser Einschätzung sollte man vorsichtig sein, von sich selber zu behaupten, in einer Situation, wie es die Francodiktatur war, anders zu handeln. Gänzlich anders sieht die Situation jedoch mit dem Übergang zur Demokratie aus, denn nun fielen nicht nur objektiv die Gründe für einen bewaffneten Kampf weg sondern auch subjektiv für viele ETA-Kämpfer der ersten zwei Jahrzehnte, welche sich nun voll und ganz der Politik verschrieben. Waren anfangs noch viele im In- und Ausland skeptisch, ob Spanien wirklich den Wechsel zur Demokratie schaffen würde, so bewiesen die ersten freien Wahlen und das Amnestiegesetz von 1977, die Verfassung von 1978, die Autonomiestatute von 1979 für Katalonien und das Baskenland sowie der vereitelte Staatsstreich vom 23. Februar 1981, dass dies gelungen war.

Diese Einschätzung deckt sich auch mit der Benotung Spaniens durch Freedomhouse. Hier werden sowohl politische als auch bürgerliche Rechte benotet, und bekam Spanien auf einer Skala von 1 – 6 noch 1974 die Benotung 5 für „Political Rights“ und 6 für „Civil Liberties“, und somit die schlechtest mögliche Gesamtbeurteilung von „Not Free“, so änderte sich dies sukzessive über „Partly Free“ bis zur Erreichung des Status „Free“ ab dem Jahre 1978, ein Status, der seit 1989 mit der Höchstbenotung von 1 für „Political Rights“ und abwechselnd 1 und 2 für „Civil Liberties“ gehalten werden konnte (Freedomhouse).

Spätestens ab diesem Zeitpunkt blieben in der ETA nur noch jene übrig, für die der bewaffnete Kampf Selbstzweck war oder heute noch ist. Ob der Kampf objektiv gerechtfertigt ist oder nicht, spielt für die heutigen Mitglieder auch keine Rolle mehr, denn er ist es für sie subjektiv. In einer Art dauernden mentalen Bürgerkriegs sozialisiert, umgeben von den

Organisationen des MLNV<sup>84</sup>, von Familienangehörigen oder Freunden, die selber zu einer Organisation des ETA-Komplexes gehören, und durch diese massiv beeinflusst, reicht ein schlechtes Erlebnis - ob selber erlebt oder bei einem Freund oder Verwandten - mit der Polizei wie z. B. eine unkorrekte oder unfreundliche Behandlung bei einer Personenkontrolle geschweige denn eine Verhaftung im Zusammenhang mit Terrorismusvorwürfen, um alles bisher nur Gehörte bestätigt zu sehen. „Wie Kernberg (2002) ausdrücklich betont, wirkt nicht nur die Gewalt, die man am eigenen Leibe erlebt, traumatisierend, sondern auch die Gewaltakte, deren Zeuge man wird“ (Wirth 2002: 379).

Ein essentielles Problem scheint mir auch die hybride Ideologie der ETA zu sein, denn auf sie trifft sowohl der revolutionäre als auch der ethno-politische Krieg zu. Die ETA sagt von sich selber, dass sie eine leninistisch-marxistische Organisation ist, die erst den ethnischen Konflikt austragen muss, um danach in einem unabhängigen Baskenland einen sozialistischen Staat zu gründen. Konsequenz zu Ende gedacht, wird der zweite Teil, der revolutionäre Krieg, mit dem Ziel, einen sozialistischen Staat zu gründen, nie erreichbar sein, denn die Vorstufe, der ethnische Konflikt, ist in Wirklichkeit keiner zwischen zwei unterschiedlichen Ethnien, sondern, wie schon ausführlich dargelegt, ein innerbaskischer Konflikt, ein Bürgerkrieg. Neben dem nicht vorhandenen Wunsch nach Sezession unter der Mehrheit der Basken - 31% würden bei einem hypothetischen Referendum für die Unabhängigkeit stimmen (Euskobarómetro 2009: 46) - wird die ETA von der überwältigenden Mehrheit abgelehnt. 63% lehnen sie komplett ab, 14% unterstützten sie früher, jedoch heute nicht mehr, 9% unterstützen die Ziele, jedoch nicht ihre Mittel, 2% der gesamten baskischen Bevölkerung und 15% der nationalistischen Linken unterstützen sie, obwohl sie ihr Fehler zugestehen, und nur 0,4% unterstützen die ETA vorbehaltlos, wobei der volle Rückhalt selbst bei der nationalistischen Linken nur noch 4% beträgt (Euskobarómetro 2009: 48f. + Annex 13).

In Anbetracht dessen, dass eine ethnische Säuberung, wie z. B. durch die Serben in Srebrenica durchgeführt, hier nicht realisierbar ist, da nicht nur die große Mehrheit der baskischen Bevölkerung der Gegner wäre sondern auch noch die baskisch-autonome Polizei, die spanische Polizei und die Guardia Civil sowie das spanische Militär, hat sich die ETA bzw. diejenigen innerhalb der ETA, die unbedingt den Dauerkriegszustand wollen, der leninistisch-

---

<sup>84</sup> MLNV = Movimiento de Liberación Nacional Vasco = baskisch nationale Befreiungsbewegung. Hierzu zählen oder zählten neben ETA, ihr politischer Arm Batasuna, KAS, Xaki, die Jugendorganisationen Jarrai-Haika-Segi (die beiden letzten sind bloß Namensänderungen von Jarrai), Gestoras Pro-Amnistía, Herriko Tabernas,... Alle bis auf die Bars Herriko Tabernas, die jedoch auch im Verdacht stehen bei der Schutzgelderpressung eine tragende Rolle zu spielen, werden von der EU als zur ETA gehörend und daher als terroristische Organisationen eingestuft.

marxistischen Ideologie hingegeben, um eine breitere Basis zu erreichen. Diese besteht jedoch ironischerweise aus einem im Vergleich zur gesamt-baskischen Gesellschaft überproportionalen Anteil zugewanderter Spanier bzw. ihrer Nachkommen, wie bereits erwähnt beträgt das Verhältnis 40% zu 8% (Volkan 1997: 164).

Es ist bezeichnend, dass so gut wie alle ETA-Kämpfer aus Zeiten der Diktatur den bewaffneten Kampf nicht nur aufgegeben haben sondern in vielen Fällen auch Opfer der heutigen ETA geworden sind. Die Zuwendung zur marxistischen Ideologie war und ist in meinen Augen nicht mehr als ein taktisches Manöver derjenigen, die erst die Gewaltspirale in Gang brachten und sie danach um jeden Preis am Laufen lassen wollten. Die Nachkommen der in den 1950er und 1960er Jahren Zugezogenen sind hierfür auf doppelte Art und Weise ein ideales Opfer, denn entstammen sie nicht nur großteils dem Arbeitermilieu und sind somit empfänglicher für marxistische Ideen als es z. B. Kinder alteingesessener, bürgerlicher Familien wären, so haben sie auch noch das Bedürfnis zu beweisen, dass sie genauso baskisch sind wie diejenigen, die seit vielen Generationen im Baskenland leben und baskische Nachnamen tragen, und daher ist bei ihnen eine oft radikalere nationalistische Einstellung festzustellen als bei „echten“ Basken. Die Studie, welche feststellte, dass in der ETA der Anteil an Menschen mit spanischen Vorfahren fünf mal so hoch war wie in der gesamten Bevölkerung des Baskenlandes, stammt nicht zufällig aus dem Jahr 1983, denn sowohl bei der Gründung ein viertel Jahrhundert zuvor als auch noch beim Prozess von Burgos 1970 wäre dies undenkbar gewesen. Die Namen und die Herkunft der Gründer als auch die der 16 Angeklagten von Burgos sind fast ausschließlich baskisch und, wenn einer von ihnen in Sevilla geboren wurde, dann war er trotzdem baskischen Ursprungs, wie an seinem Nachnamen zu erkennen ist (Teo Uriarte).

Dass besonders ab Mitte der 1960er Jahre viele, denen wirklich der Kampf für soziale Gerechtigkeit ein Anliegen war, sich der ETA anschlossen, stellte auf den ersten Blick keinen Widerspruch dar, denn der ursprüngliche baskische Nationalismus Sabino Aranas strebte ja einen angeblich alten, in Wirklichkeit jedoch imaginierten, gerechten Zustand von Gleichheit aller Basken an, und genau darauf baute die ETA auf, jedoch ohne den Rassismus Sabino Aranas.

Wie in Kapitel V. genauer dargelegt, beschreibt die V. ETA-Versammlung von 1966, in deren Verlauf ein echter revolutionärer Arbeiterkampf verhindert wurde, ein Muster, das sich

danach mehrmals wiederholt hat. Stand die ETA mit ihrer noch deutlichen immigrantenfeindlichen und antikommunistischen Haltung Anfang der 60er Jahre vor dem Aus, so rettete sie nur die scheinbare Aufnahme des revolutionären Kampfes und die dadurch deutlich gesteigerte Attraktivität in Arbeiterkreisen. Jedoch immer dann, wenn die Möglichkeit bestand, reelle politische Verbesserungen für die Arbeiterschaft, in Form einer demokratischen Vorgangsweise zu erreichen, gab es interne Spaltungen und setzten sich wieder diejenigen durch, denen vor allem ein bewaffneter Konflikt am Herzen lag. Die erhöhte Attraktivität für die Arbeiterschaft, dieser zumindest auf einer theoretischen Ebene linken Ideologie, bestimmte die Richtung, aus der sich die größte Zahl ihrer Mitglieder nun speisen sollte. Bestand die Führung noch aus den kleinbürgerlichen Kreisen der Anfangszeit, so waren es immer wieder Verhaftungen derselbigen, die ein Vakuum schufen, in das diejenigen nachstießen, die einen echten Arbeiterkampf führen wollten. Dies war vor der V. Versammlung so gewesen und in der von Iturioz übernommenen Führung setzten sich die Ideen des Arbeiterkampfes durch, wodurch er von der Spitze verdrängt werden musste. Bei der V. Versammlung setzte sich dann eine – wenn man die ETA als Gesamtes betrachtet – Minderheit an die Spitze und lenkte die zu gehende Richtung wieder auf den frontalen Zusammenstoß mit den Vertretern des staatlichen Gewaltmonopols. Ein gutes Beispiel für diese Strömung innerhalb der ETA stellt die Schrift „Hacia una estrategia revolucionaria vasca“ von Zalbide dar, denn in ihr kritisiert er die Hinwendung zur Arbeiterschaft und lobt die Guerilla-Strategie (Helmerich 2002: 133).

Wie schon einige Jahre zuvor ging Anfang 1969 der Großteil der ETA-Führung der Polizei ins Netz und auch diesmal füllten die dem Arbeiterkampf positiv gegenüber Eingestellten das Vakuum an der Spitze. Bei der VI. Versammlung im Sommer 1970 sollte dann die endgültige Abkehr von der antikolonialen Strategie erfolgen und die ETA in eine marxistische Organisation umgewandelt werden. Auch hier setzten sich jedoch wieder die kurze Zeit vorher, wegen ihrer militaristischen Einstellung ausgeschlossenen ehemaligen Führer von ETA V. durch, erklärten die VI. Versammlung für illegal, weil „españolistisch“ und zerstörerisch (Helmerich 2002: 134).

Dass die ETA in Folge der internen Auseinandersetzungen damals nicht unterging, war dem schon erwähnten Prozess von Burgos zu verdanken, da ein Brief der 16 Angeklagten, in dem sie ETA-V aufforderten, mit ETA-VI zusammen eine Arbeiterpartei zu gründen und

zusammen mit den ebenfalls unterdrückten Schichten des restlichen spanischen Volks auf politischer Ebene zu kämpfen, zur zumindest kurzzeitigen Einigung führte.

Bereits ein Jahr später starteten die ETA-V Aktivisten mit ihrem antikolonialen Kampf jedoch den nächsten Versuch, ihr eigenes Projekt durchzusetzen, und gewannen langsam aber sicher wieder die Oberhand. ETA-VI, mit ihrem Arbeiterkampf, verlor daraufhin wieder an Einfluß und ein Teil löste sich bald danach auf.

Im Sommer 1973 wurde dann eine zweite, legitime VI. Versammlung abgehalten, bei der die Militaristen den Ton an und die Richtung vorgaben, was im Laufe des darauffolgenden Jahres wieder zu Austritten von Verfechtern der Arbeitsfront führte.

Neben dem Konflikt zwischen Militaristen und Arbeiterfrontlern brachte die Frage, ob innerhalb ETAs die militärische und politische Arbeit getrennt werden sollte oder nicht Ende 1974 eine weitere Spaltung in ETA militar (ETAm) und ETA político-militar (ETApM), wobei innerhalb ETApM's ein weiterer Machtkampf zwischen der großen Mehrheit unter der Führung von Pertur und den Spezialkommandos – den „Comandos Bereziak“ – ausbrach. Sowohl ETAm als auch die Comandos Bereziak wurden von ETApM als „*verantwortungslos und gegen die Wünsche der Massen [gerichtet]*“ angeprangert (Helmerich 2002: 177).

Pertur verschwand nach einem Treffen mit zwei Führern der Comandos Bereziak spurlos, die Anhänger der Comandos traten der ETAm bei und aus ETApM entsprang die Partei EIA<sup>85</sup>, die bis 1982 ihr politischer Arm bleiben sollte und sich dann auflöste. Viele ihrer Mitglieder fanden sich bei Euskadiko Ezkerra<sup>86</sup> wieder, näherten sich unter der Führung von ETA-Mitgliedern der 60er Jahre wie Mario Onaindia oder ETA-Aktivisten, die 1977 wie Kepa Aulestia die Amnestie in Anspruch genommen hatten, immer mehr einer gemäßigten Linken an, bis sie schließlich 1993 in der sozialistischen Partei aufgingen. 1983 löste sich ETApM auf und die Mitglieder, die immer noch den bewaffneten Kampf weitergehen wollten, schlossen sich ETAm an, die ab dann wieder ETA hieß.

Als Folge dieser vielen Spaltungen bleiben zwei wichtige Erkenntnisse: der Wunsch der Mehrheit der Mitglieder bestand, seit der Öffnung der ETA zu marxistischen Ideologien, immer in einer Abkehr vom bewaffneten- hin zu einem politischen Kampf. Die kleinbürgerlichen Vertreter der „Dritte-Welt-Strategie“ der Ursprungs-ETA konnten aber während den 60er und 70er Jahren die Kontrolle behalten oder immer wieder zurückerobern und dafür sorgen, dass der Aufeinanderprall zwischen der ETA und der Staatsmacht immer

---

<sup>85</sup> EIA = Euskal Iraultzarako Alderdia = baskisch revolutionäre Partei

<sup>86</sup> baskische Linke

radikaler und blutiger wurde, ab einem gewissen Zeitpunkt die Gewalt Selbstzweckcharakter erhielt und die offizielle marxistische Ausrichtung mehr taktische Mogelpackung als Realität wurde, da nur ETApM wirklich an einem Arbeiterkampf interessiert war und die meisten ihrer Mitglieder letztendlich auch diesen Weg einschlugen. Der zweite wichtige Faktor der Spaltungen war eine ständige Verjüngung der ETA, da immer wieder viele der älteren Mitglieder den bewaffneten Kampf verließen oder in Haft kamen und Junge - einerseits voller Tatendrang, andererseits auch immer radikaler, da im Konflikt sozialisiert – aus der ETA eine immer brutalere, die anders denkenden Basken und sogar ehemalige ETA-Aktivisten terrorisierende und ermordende Organisation machten.

José Luis López Aranguren erkannte bereits 1979 diese explosive Mischung, die er in einem Artikel mit „Jugend, Krieg, Revolution und Apokalypse“ (El Pais 1983) definierte und die damals bei vielen Organisationen vorhanden war, die den Franquismus bekämpften, jedoch nur bei ETA überleben konnte, was er auf die quasi-religiöse Ausrichtung des baskischen Nationalismus zurückführt. Die Problematik des terroristischen Nachwuchses erkennt auch Volkan, denn *„When people, especially the young, are afraid or anxious, they tend to identify with the aggressor (in this case the ethnic terrorists) in order to gain a sense of security through association with such power. As the dominant (non-terrorist or occupier) group responds, sometimes severely, to each act of ethnic terrorism, the fear and anxiety of young people in the terrorists' ethnic group increase. This escalation of violence, combined with rage toward the enemy group, propels members of the terrorists' ethnic group to rally around the terrorist leader. The dominant other group is also an aggressor, but identification with this other does not provide a sense of belonging. Retaliation by the dominant group may only intensify the terrorist followers' identification with their own leaders“* (Volkan 1997: 164).

Die Ideologie der heutigen ETA birgt ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial, stellt doch die leninistisch-marxistische Ausrichtung der heutigen ETA für viele Basken ein enormes Bedrohungsszenario dar, denn *„Lenins Kriegstheorie ist ... ein auf die politische Machteroberung zugespitzter politischer Kampf, wobei die Revolution selbst zum Krieg wird (Etzersdorfer 2007: 159) ... Ziel ist die Ausrottung eines willkürlich abgesonderten Teils des sozialen Körpers, gegen den mit allen Mitteln ein totaler Krieg geführt wird - im Falle des Klassenkrieges unter der Berufung auf eine schon als Naturgesetz gedachte historische Notwendigkeit ... dies umfasst auch die in bestimmten Momenten geeignetsten Gewaltstrategien wie den Bürgerkrieg, den Aufstand, den Guerillakrieg oder auch den Terrorismus“* (Etzersdorfer 2007: 153f.).

Nicht weniger wird die Angst der Basken, wenn sie sich vor Augen halten, wie die ETA neben ihren deklarierten Feinden – den Vertretern des spanischen Staats – und den nicht willigen Basken – allen Nichtnationalisten – sogar mit ihren eigenen Mitgliedern umgeht, denn Tote gab und gibt es nicht bloß in den Reihen der Polizei, des Militärs oder der politischen Vertreter oder Basken, die sich nicht dem Terror beugen wollen, sondern vor allem auch unter denen, die innerhalb der ETA eine neue, gewaltfreie Linie einschlagen wollten (Pertur) oder die ETA überhaupt hinter sich lassen wollten. Der berühmteste Fall einer ehemaligen Aktivistin, die aussteigen wollte, aber nicht durfte, ist der von Dolores Gonzalez Katarain, besser bekannt unter dem Namen „Yoyes“, die besonders deshalb so berühmt wurde, weil sie die erste weibliche Anführerin innerhalb der ETA war und weil sie Jahre später auf spektakuläre Weise als Verräterin hingerichtet wurde (La Voz de Salamanca 2006). Da sie Ende der 1970er Jahre die „harte Linie“ der Gewalt nicht mehr unterstützte, distanzierte sie sich erst von der ETA, ging 1980 ins mexikanische Exil, um dort zu studieren, ließ sich 1984 in Frankreich nieder und kehrte 1985 ins spanische Baskenland zurück, da sie auf Grund des Amnestiegesetzes von 1977 nichts zu befürchten hatte. Ihre daraufhin geäußerte extreme Kritik an der ETA, in der sie nur noch eine mordende Bestie sah, bedeutete, wie zwei Jahre zuvor für Miguel Francisco Solaun, ebenfalls ein Aussteiger, das Todesurteil. 1986 wurde sie dann in ihrem Geburtsort Ordicia auf offener Strasse vor ihrem dreijährigen Sohn von dem ETA-Mitglied Antonio López Ruiz alias Kubati erschossen. Er sitzt seit 1987 im Gefängnis und wird vom MLNV und seinen internationalen Sprachrohren wie Niebel, wie alle in den Terror involvierten als „politischer Gefangener“ bezeichnet.

Das ehemalige ETA-Mitglied Soares Gamboa erzählt dazu *„ETA schüchtert seine Dissidenten auf verschiedenste Weise ein; von der direkten Bedrohung, über die von 15-jährigen an die Wände gemalten Drohungen zu den Todesurteilen, überbracht von den Parlamentariern von HB<sup>87</sup>... An dem Tag an dem ETA seinen Mitglieder die Freiheit der Wahl läßt, wird sie alleine dastehen. Daher muß sie die Einheit bewahren, durch Angst und körperlichen Zwang“* (La Voz de Galizia 2001).

Suárez-Zuloaga sieht zwar in der revolutionären Ideologie der ETA die größte Gefahr für das Baskenland, denn *„Wenn eines Tages das Baskenland ein unabhängiger Staat sein sollte, würde sich der Kampf des MLNV darauf konzentrieren, die parlamentarische Demokratie*

---

<sup>87</sup> HB = Herri Batasuna = linksnationalistische Partei und seit 2002 verbotener politischer Arm ETAs

*und das Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft abzuschaffen, denn für sie stellen sie Hindernisse für das Erreichen ihrer Volksrevolution dar.“ (Suárez-Zuloaga 2007: 227).*

Jedoch betrachtet man zum Vergleich eine weitere leninistisch-marxistische Terrororganisation, die gegen Ende der Francodiktatur gegründet wurde, die GRAPO<sup>88</sup>, die vor allem Ende der 70er und bis Mitte der 80er Jahre aktiv war und seitdem nur noch selten in Erscheinung trat und seit 2007 mit den letzten Verhaftungen als zerschlagen gilt, so erkennt man, dass der große Unterschied zwischen ETA und GRAPO derjenige ist, dass bei der ETA der ethnische Aspekt hinzukommt. Die Einbettung in eine Ideologie des ethnischen Konflikts bewirkt, dass dieser Konflikt so gut wie nicht überwunden werden kann, denn *„Ethnische Gewalt, wenn sie einmal in einen destruktiven Zirkel eingetreten ist, neigt zur Routinisierung und Ritualisierung, zu einer weiteren Verfestigung ethnischer Stereotypen, die – wie in zahlreichen ethnischen Konfliktherden zu beobachten ist – zu einem chronischen „institutionalized riot system“ führen kann“ (Etzersdorfer 2007: 199).*

### **c) Die Verantwortung von PNV, PP und PSOE**

#### **ca) PNV im Zeitalter des Autonomiestatuts: Gemäßigter Nationalismus?**

Ein Spruch, der im Baskenland immer wieder fällt, ist derjenige, der angeblich das Verhältnis ETA-PNV beschreibt und der lautet: „ETA schüttelt den Baum und die PNV hebt die Nüsse auf“. Gemeint ist im besten Falle der Nutzen, den die PNV von der politischen Lage in den 30 Jahren seit in Kraft Treten des Autonomiestatuts 1979 und den ersten Regionalwahlen von 1980 gezogen hat und der es ihr erlaubt hat, 30 Jahre lang im Baskenland zu regieren. Kritischere Stimmen sehen in diesem Verhältnis jedoch nicht bloßen Nutzen, sondern gegenseitige aktive Hilfe.

Was zweifelsfrei festgestellt werden kann, ist, dass die PNV von 1980 bis 2009, als erstmals eine nichtnationalistische Regierung geformt wurde, ununterbrochen den Regierungschef der baskischen Autonomieregierung stellte und dies während einiger Legislaturperioden mit Hilfe von linksnationalistischen Parteien wie Euskadiko Ezkerra oder Eusko Alkartasuna.

Einmal die Regierungsmacht in Händen, kontrolliert die jeweilige baskische Regierung seit dem Autonomiestatut die baskische Fernseh- und Rundfunkanstalt EITB, das Gesundheitswesen, Energieversorger und bis 2009 auch faktisch den Telekom-Konzern

---

<sup>88</sup> Grupos de Resistencia Antifascista Primero de Octubre = Gruppen des antifaschistischen Widerstands des 1. Oktobers

Euskaltel. Dass dieser Einfluß und die Versorgung von Parteigängern mit Spitzenpositionen in Zusammenhang stehen, ist sicher kein baskisches Spezifikum, was jedoch im baskischen Fall für den Konflikt eine Bedeutung gehabt hat - wie es Öl für einen Brand wäre -, war die Kontrolle über die autonome Polizei - die Ertzaintza - und vor allem über das Schulsystem.

Nach dem Verlust der Regierungsmacht im Jahr 2009 wurden viele Stimmen innerhalb der baskischen Polizei laut, die nun zugaben, dass sie unter der PNV-Regierung nicht so gegen die ETA und ihre Organisationen vorgehen durften, wie sie es für richtig gehalten und auch gewollt hätten (El Mundo 2009). Auch schloß sich die Ertzaintza erst im März 2010 der französischen und spanischen Polizei an, die seit 1998 eine gemeinsame Polizeiwache in Hendaye im französischen Baskenland betreiben (El Mundo 2010). Unter der PNV war diese Zusammenarbeit von der baskischen Regierung nicht gewollt.

Noch gefährlicher als die Verlockungen der Macht und das teilweise Unterbinden der polizeilichen Arbeit ist jedoch die Kontrolle über das Schulwesen, denn hier wird der Konflikt perpetuiert. Im spanischen Baskenland gibt es für die Eltern drei Schultypen zur Auswahl - nur baskisch, nur spanisch oder gemischt -, doch die Sprache stellt kein Problem dar, sondern die Instrumentalisierung der Erziehung für die Zwecke des Nationalismus. Nebenbei erwähnt, existiert der offiziell anerkannte Zusammenschluß der auf baskisch unterrichtenden Schulen - den Ikastolas - bereits seit 1969 als Diözesan-Federation der Ikastolas, nicht gerade ein Zeichen für die angebliche Unterdrückung der baskischen Sprache, da diese Legitimierung 6 Jahre vor Francos Tod geschah. Neben einer falschen Geschichte - es wird den Kindern von einer real niemals existierenden baskisch-navarresischen politischen Einheit erzählt und der Zusammenschluß der drei baskischen Provinzen mit Kastilien wird als Eroberung tituliert - wird keine Gelegenheit ausgelassen, um den Kindern eine singuläre, ausschließliche Identität einzureden (Ciudadanos-cs). So wurde z. B. 2003 von der Schulbehörde der baskischen Regierung eine Weisung an alle Schulen erteilt, dass Schüler aus anderen Provinzen Spaniens als Immigranten anzusehen und zu titulieren seien, ein Umstand der für einen Frankfurter Schüler, der nach München zieht, undenkbar wäre und auch keinen Sinn ergäbe, außer man möchte den Kindern von klein auf eine „Verschiedenheit“ vor Augen führen. Weiters werden ETA-Häftlinge als „politische Gefangene“ tituliert, ein Zynismus, der außerhalb der ETA nicht zu erwarten wäre und, um wieder das deutsche Beispiel zu bemühen, vergleichbar wäre, wie wenn in den deutschen Schulen RAF-Häftlinge als politische Gefangene und nicht als Terroristen tituliert werden würden. Dies, nebst weiterer politischer Indoktrinierung, über ein

ganzes Schulleben immer wieder gehört und man muss sich nicht wundern, warum viele 18-Jährige radikale Nationalisten werden, die überzeugt davon sind, in einem besetzten Staat zu leben, für dessen Freiheit es zu kämpfen gilt.

Neben der Kontrolle über das Schulsystem hat die PNV auch dazu beigetragen, dass seit Ende des 19. Jahrhunderts ein Prozeß in Gang gesetzt wurde, den man Dehumanisierung nennt. So wie die Rechten und Linken sich im spanischen Bürgerkrieg nicht bloß bekämpft haben, sondern sich gegenseitig vernichten wollten, da der jeweils andere nicht bloß Feind, sondern Teufel war, so hat auch die rassistische Ideologie des PNV-Gründers Sabino Arana ein Bild des „Anderen“ geschaffen, das ihn als einen zu vernichtenden Eindringling definiert hat. Wie das geschieht hat Vamik Volkan untersucht:

*„The process of dehumanizing an enemy group may be done in stages. First the enemy is demonized but still retains some human qualities. Later it may be rendered as vermin and completely dehumanized.“ (Volkan 1997: 113).*

So wie die Nazis die Juden dehumanisierten, in dem sie sie mit schädlichen Ratten verglichen, so wie in Ruanda Hutus die Tutsi als Kakerlaken bezeichneten, und in beiden Fällen ein Genozid folgte, so lesen sich die Schriften Sabino Aranas mit seinen immer wieder kehrenden Verweisen auf Rasse, Religion und abzuwehrenden Untergang, wie die Vorboten dieser später erfolgten Beispiele. Schriften, von denen sich bis heute niemand bei der PNV distanziert, geschweige denn, diese verurteilt hat. Dass es im Baskenland - im Gegensatz zu Nazideutschland und Ruanda - nicht zu einem Genozid kam, liegt vor allem an der militärischen Überlegenheit der Dehumanisierten und an der Tatsache, dass der baskische Nationalismus immer nur einen Teil, niemals jedoch die Mehrheit der Basken hinter sich vereinen konnte.

Zwei weitere wichtige Aspekte, die die PNV und das Nicht-Enden-Wollen des Konflikts betreffen, sind die Kirche und die Diaspora-Gemeinschaft.

Dass der baskische Nationalismus von seinen ersten Tagen weg eng mit der Kirche und hier vor allem mit dem niedrigen Klerus gemeinsame Ziele verfolgte, läßt bis heute eine „spezielle“ Verbindung bestehen, denn einerseits war die ETA in ihren Anfangstagen auf logistische Hilfe durch Geistliche angewiesen, andererseits steht die traditionelle und auch immer noch bestehende Vorherrschaft des Nationalismus in ländlichen Gegenden eng im Zusammenhang mit dem dort immens einflußreichen niedrigen Klerus. In keiner anderen spanischen Region hat der Klerus so viel Einfluß auf die ländliche Bevölkerung und auch

nirgends anders ist die Verhältniszahl „Priester zu Menschen“ so hoch wie im Baskenland - 350 Einwohner kommen hier auf einen Priester im Vergleich zu den 1.500 im Rest Spaniens (Gurruchaga 2004: 168). Es wäre einfacher, weil deutlich kürzer, eine Liste von PNV-Politikern zu erstellen, die nicht entweder Priester oder zumindest eine Zeit lang Seminaristen waren, als umgekehrt. Das berühmteste Beispiel hierfür ist Xabier Arzallus, der wichtigsten Persönlichkeit des baskischen Nationalismus des letzten halben Jahrhunderts, der von 1967 bis 1970 Jesuitenpriester war und von 1980 bis 2004 mit einer einjährigen Unterbrechung Präsident der PNV war.

Zwei Fälle, die das Verhältnis des baskischen Klerus zum Nationalismus bestens darstellen, sind die von der Bestellung des Nachfolgers des Bischofs von San Sebastian und des Dorfpriesters von Maruri. Erst Ende 2009 wiederholte sich mit José Ignacio Munilla Aguirre das gleiche Spektakel, welches schon 1995 bei der Bestellung von Ricardo Blázquez zum Bischof von Bilbao stattgefunden hatte (Gurruchaga 2004: 171f.). Obwohl Baske, stellte sich die PNV und 77% des baskischen Klerus gegen diese Bestellung, da er öffentlich dazu steht, kein Nationalist zu sein (El Pais 2009). Wie schon 1995 meinte die PNV, dass der Papst nicht ohne ihr Einverständnis einen Bischof bestellen dürfe, wobei sich Mitte der 90er Jahre der Protest noch hinter dem Argument versteckte, Blázquez sei weder Baske, noch spreche er baskisch. Beides trifft auf Munilla nicht zu, doch hat er den für einen Bischof wohl unverzeihlichen Fehler begangen, kein Nationalist zu sein. Im Gegensatz zu 1995 stellte sich jedoch seine neue Gemeinde eindrucksvoll hinter ihn und widmete ihm bei seiner ersten Messe einen acht minütigen Applaus (Info Catolica 2010). Man kann sich hier sicher die Frage stellen, ob es weltweit noch eine andere Partei gibt, die 1) das Recht des Papstes, Bischöfe zu ernennen, immer dann in Frage stellt, wenn diese Bestellung gegen die eigenen Interessen gerichtet ist und 2) wieso selbst ein Jahr nach dem Verlust der baskischen Regierung, die PNV immer noch glaubt, das Recht zu haben, für die gesamte baskische Bevölkerung bzw. für die baskischen Katholiken zu sprechen. Dass es anscheinend eine *conditio sine qua non* für einen Bischof sein dürfte, Nationalist zu sein, wäre ein weiterer interessanter Aspekt.

Der zweite exemplarische Fall, der des Dorfpfarrers von Maruri, Jaime Larrinaga, zeigt wie groß der Druck des radikalen Nationalismus besonders in den ländlichen Gegenden ist. Dieser Pfarrer, der selber Baske ist und aus der Nähe von Vitoria stammt, leitete 35 Jahre lang problemlos seine Gemeinde, bis er es ab 1999 wagte, sich offen gegen den Nationalismus und

den Terror der ETA zu stellen. Ab diesem Moment wurde er in einem Rundschreiben vom örtlichen Rathaus, welches von der PNV geführt wurde, als Franquismus-Nostalgiker diffamiert, seine sonntägliche Messe von weit her gereisten Nationalisten gestört, er selbst bedroht und, nachdem die Polizei ihm mitteilte, dass er auf einer Todesliste der ETA aufgeschienen sei, verließ er im August 2003 seine Gemeinde (Gurruchaga 2004: 174f.). Er ist jedoch nicht der einzige Priester im Baskenland, der Personenschutz braucht, denn auch die Jesuiten Fernando García de Cortázar und Antonio Beristain haben es gewagt, den Terror der ETA öffentlich zu verurteilen und sich gegen den Nationalismus zu stellen so dass sie daraufhin mit dem Tode bedroht wurden (El Pais 2003).

In der tagespolitischen Diskussion wird der starke Einsatz des baskischen Klerus für den Nationalismus immer wieder auf die Francozeit zurückgeführt, jedoch wird dabei vergessen, dass die politische Agitation vor allem des niedrigen Klerus bis in die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückreicht, denn die Zweit- und Drittgeborenen der Besitzenden auf dem Land wurden in vielen Fällen Priester und ergriffen erst in der Karlistenzeit und danach im Zeitalter des Nationalismus für die mit ihnen verwandten, von den Umwälzungen der Zeit bedrohten Schichten Partei. Die heutige Problematik ist bloß die Fortsetzung einer bereits fast 200-jährigen Situation. Man könnte es so formulieren, dass nicht der Nationalismus diesen Klerus hervorgebracht, sondern in erheblichem Maße dieser Klerus erst den Karlismus und danach den Nationalismus produziert hat.

Doch nicht nur die Kirche, auch die baskische Disapora-Gemeinde trägt ihres dazu bei, dass der Konflikt weiter am Kochen gehalten wird. Besonders in Mexiko - hier fand die ETA immer besonders viel Unterstützung -, Argentinien, Uruguay, Chile und den USA gibt es große baskische Gemeinden, wobei viele von diesen „Basken“ schon seit Jahrhunderten in der neuen Welt leben. Ein nicht unerheblicher Teil dieser „Basken“ glaubt jedoch von Übersee aus, den baskischen Kampf für Unabhängigkeit und gegen Unterdrückung mitgestalten zu müssen.

Eine der aktivsten Gemeinden ist die aus Idaho, USA. Angeführt wird sie vom Republikaner Pete Cenarrusa, dem Sohn von Anfang des 19. Jahrhunderts emmigrierten Basken, der ein halbes Jahrhundert Teil des gesetzgebenden Organs von Idaho war. 2002 brachte er im Namen seiner baskischen Gemeinde den Antrag ein, der Staat Idaho solle für das Selbstbestimmungsrecht des Baskenlandes eintreten (Idaho-State 2002). Erst auf Drängen der

US-Regierung wurde in den Text eine Verurteilung der ETA aufgenommen (Euskonews 2003).

In nationalistischen Kreisen werden solche Bemühungen natürlich hoch geschätzt, vor allem das öffentliche baskische Fernsehen widmete dieser Geschichte immer wieder viel Zeit und Pete Cenarrusa wurde auch sonst in höchsten Tönen gelobt (EITB 2009). Was leider verabsäumt wurde zu erwähnen, ist die Tatsache, dass Herr Pete Cenarrusa – der aus dem ultrarechten Flügel der Republikaner stammt – Samuel Sherwood unterstützt und zwar bei seinen Aktivitäten als Führer der amerikanischen Milizen, allseits bekannt für ihre rechtsextreme und der Bundesregierung gegenüber feindliche Haltung (Albion Monitor 1995). Welch Ironie, dass der baskische Nationalismus sowohl die extrem linken Antiglobalisierungsgegner von Porto Alegre als auch die rechtsextremen Milizionäre aus Idaho und Montana zu seinen Unterstützern zählen darf.

Mary Kaldor ist sich des Problems der Diaspora bei bewaffneten Konflikten deutlich bewußt, denn sie schreibt, dass *„Den zweiten Typ von Diaspora machen jene unzufriedenen Gruppen aus, die in der Fremde, zumal in den neuen Melting-Pot-Nationen leben und sich mit oft völlig realitätsfernen Phantasien über ihre Ursprünge trösten ... Die irisch-amerikanische Unterstützung der IRA, gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen griechischen und mazedonischen Gemeinschaften in Australien und der von kroatischen Gruppen in Deutschland ausgeübte Druck, Kroatien anzuerkennen, sind weitere Beispiele. Diese Gruppen stellen Ideen, Geld, Waffen und Know-how, und das oftmals mit Auswirkungen, die in keinem Verhältnis zur Größe dieser Gruppen stehen“* (Kaldor 2000: 136).

### **cb) PP und PSOE**

Das größte Problem, das Spanien heute politisch hat, ist die Unversöhnbarkeit der beiden großen Blöcke, die von Volkspartei und Sozialisten vertreten werden. Immer wieder ist von den „beiden Spanien“ die Rede und obwohl dies die beiden großen Kontrahenten des Bürgerkrieges von 1936 beschreiben soll, ist dieser Zustand in zu vielen Köpfen noch immer präsent. Leider bildet hier die Politik keine Ausnahme und sowohl in der Volkspartei als auch bei den Sozialisten werden immer wieder Aussagen getätigt, die alte Wunden aufreißen und keine Hoffnung auf Besserung erkennen lassen. Dass die beiden Großparteien, die zusammen bei den letzten Wahlen fast 84% der Stimmen erringen konnten, nicht in der Lage sind –

selbst jetzt in der großen Finanzkrise – für das Wohl des Landes und seiner Bürger zusammen zu arbeiten, bedeutet für viele regionale Parteien eine Chance. Es ist nämlich durch das spanische Wahlrecht ein unglaubliches Ungleichgewicht gegeben zwischen einerseits Groß- und Kleinparteien, ländlichen und städtischen Gebieten und landesweit oder nur regional antretenden Kleinparteien. Die größte Verzerrung entsteht durch die extreme Bevorzugung von landesweit antretenden Großparteien und regionalen Kleinparteien, die sich vor allem auf ländliche Gebiete konzentrieren, im Verhältnis zu landesweit antretenden Kleinparteien, die vor allem in den großen Städten aktiv sind:

<b>Partei</b>	<b>% der Stimmen – Sitze – Benötigte Stimmen in % pro Sitz</b>			
PSOE	43,8%	=	169 S	= 0,259% pro Sitz
PP	39,9%	=	154 S	= 0,259% p. S.
IU <sup>89</sup>	3,7%	=	2 S	= 1,85% p. S.
CIU <sup>90</sup>	3,03%	=	10 S	= 0,303% p. S.
PNV	1,19%	=	6 S	= 0,198% p. S.
UpyD	1,19%	=	1 S	= 1,19% p. S.
ERC <sup>91</sup>	1,16%	=	3 S	= 0,386% p. S.
BNG <sup>92</sup>	0,83%	=	2 S	= 0,415% p. S.
CC <sup>93</sup>	0,68%	=	2 S	= 0,34% p. S.
NA-BAI <sup>94</sup>	0,24%	=	1 S	= 0,24% p. S.

<sup>89</sup> IU = Izquierda Unida = Verinte Linke, ehemals Kommunisten. Tritt in ganz Spanien an

<sup>90</sup> CIU = Convergència i Unió = Konservative katalanische Nationalisten

<sup>91</sup> ERC = Esquerra Republicana de Catalunya = links-republikanische Nationalisten aus Katalonien

<sup>92</sup> BNG = Bloque Nacionalista Galego = Galizischer Nationalistischer Block

<sup>93</sup> Coalición Canaria = Kanarische Nationalistenkoalition

<sup>94</sup> Nafarroa Bai = Ja zu Navarra = Nationalistische Partei aus Navarra

Ø PSOE/PP	0,259% p. S.
Ø IU/UPYD	1,63% p. S.
Ø Nationalisten	0,297% p. S.

Graphik 7: Selber erstellt, basierend auf Daten des Ministerio del Interior 2008

Diese Graphik der Parlamentswahlen von 2008 verdeutlicht das Problem, denn sie stellt die erreichten Stimmen in Prozent in Verhältnis zu den Sitzen im Parlament und zeigt auch auf, wie viel Prozent der Stimmen pro Partei für einen Sitz notwendig sind (Ministerio del Interior 2008).

Um die PNV als Beispiel zu nennen: sie erreichte mit 1,19 Prozent der gesamten Stimmen 6 Sitze im spanischen Parlament. Die landesweit antretende neue Zentrumspartei UpyD erreicht mit der selben Anzahl an Stimmen bloß 1 Sitz. Eine weitere, landesweit antretende Partei, die Vereinte Linke IU, benötigt für die 2 errungenen Sitze 3,7% der Stimmen. Im Verhältnis der Stimmen, die pro Sitz notwendig sind, ergibt dies zwischen PNV und UpyD ein Mißverhältnis von 1 zu 6, im Verhältnis von PNV zu IU sogar von 1 zu 9,3.

Die Motivation, sich der Macht willen mit einer nationalistischen Ideologie auf bloß eine Region zu konzentrieren, scheint daher leicht nachvollziehbar zu sein, bedeutet jedoch einen Teufelskreis, da nicht mehr konstruktive politische Ideen sondern der Nationalismus an sich zum Inhalt, ja fast zum Fetisch wird und die Politik im Grunde aus einem ständigen Herausfordern des Zentralstaats besteht, der für alles Übel verantwortlich gemacht wird, mit dem angestrebten Ziel, die potentielle Wählerschaft zu mobilisieren. Leider werden diese oft totalitären, zentrifugalen Kräfte mit Progressismus verwechselt.

Dass die beiden großen Parteien kein Interesse an einer Wahlrechtsänderung haben, ist einerseits durch ihre Bevorzugung verständlich, andererseits beweisen sie dadurch, dass sie das Wohl des gesamten Staats dem ihrer Partei unterordnen, denn moderaten, dem Gesamtwohl verpflichteten Kräften außerhalb der beiden Großparteien wird dadurch das

politische Überleben fast unmöglich gemacht. Zum großen Problem wird eine Wahl dann, wenn sie keine absolute Mehrheit schafft. Dies war unter Aznar I. so und auch unter Zapatero I. und II.. In allen drei Fällen konnte nur mit Hilfe der Nationalisten regiert werden, die dies natürlich für ihre Zwecke ausnutzten bzw. dies immer noch tun und eine vor allem für ihre Regionen vorteilhafte Politik vorantrieben. Das beste aktuelle Beispiel ist die in mehreren Punkten wohl verfassungswidrige Statutsänderung der katalanischen Regionalregierung, die jedoch von der sozialistischen Zentralregierung wie eine heiße Kartoffel nicht angegriffen und vom Verfassungsgerichtshof seit Jahren ohne Ergebnis vor sich hergeschoben wird. Da die Regierung von den Stimmen der katalanischen Parteien abhängig ist, könnte nur ein großer Pakt zwischen PP und PSOE einen Ausweg bieten. So lange jedoch in der Volkspartei der Putsch von 1936 als „Rettung des Landes“ gesehen wird und Altfaschisten wie Manuel Fraga weiterhin eine wichtige Stimme haben und bei den Sozialisten jegliche Einsicht fehlt, dass auch auf republikanischer Seite Kriegsverbrechen verübt wurden, und keine der beiden Seiten bereit ist, ihre eigenen Fehler einzugestehen und aufeinander zuzugehen, wird sich nichts zum Besseren verändern.

Die Angst, die viele Menschen, vor allem im Baskenland, zur Zeit des Übergangs von der Diktatur zur Demokratie hatten, nämlich dass es sich nur um eine Änderung der Verpackung handelt, der Inhalt jedoch der gleiche bleiben würde, hat sich spätestens mit dem abgewehrten Staatsstreich von 1981 als falsch herausgestellt, jedoch fehlt sowohl von Seiten der Anhänger des ehemaligen Regimes die Einsicht, dass die brutale Verfolgung der politischen Gegner nach Beendigung des Krieges zu verurteilen ist, und auch von sozialistischer Seite ist der unter ihrer Regierung erfolgte schmutzige Krieg in den 1980er Jahren nicht wirklich aufgearbeitet worden. Es wurden zwar die materiellen Drahtzieher und Attentäter vor Gericht gestellt und verurteilt - allen voran der damalige Innenminister José Barrionuevo, der Direktor für Staatssicherheit Rafael Vera oder der Generalsekretär der sozialistischen Partei in Vizcaya, Ricardo García Damborenea -, jedoch fehlt bis heute eine moralische Aufarbeitung, die das Ergebnis bringen müsste, dass nicht das Auffliegen des Falls sondern seine die Legitimität des Staats untergrabende Wirkung das große Problem war. Eine Terrororganisation kann langfristig nur mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpft werden, will man nicht riskieren, Märtyrer zu schaffen und dadurch neue Generationen von Terroristen zu motivieren, so wie es z. B. die USA in ihrem Krieg gegen den Terror leider machen.

Eine weitere Problematik bildet die Unbelehrbarkeit sowohl der Regierungen unter der Führung der Volkspartei als auch der sozialistischen Regierungen in Bezug auf Vorgangsweisen im Kampf gegen den Terror.

Amnesty International und auch europäische Institutionen - z. B. durch den Menschenrechtskommissar des Europarats Alvaro Gil Robles - haben schon unzählige Male versucht, das Problem der bis zu fünf Tage – erst sind es drei, diese können jedoch um zwei Tage verlängert werden - dauernden Zeit als „Incomunicado“ zu beseitigen, jedoch ohne Erfolg. Wird ein des Terrorismus Verdächtiger verhaftet, so kann er bis zu fünf Tage, ohne dass ein Anwalt seiner Wahl anwesend sein darf - nur ein Pflichtanwalt wird gestellt -, von der Polizei verhört werden. Erst nach diesen fünf Tagen wird der/die Verdächtige an den Nationalen Gerichtshof, die Audiencia Nacional, gebracht, jedoch besteht auch hier wieder die Möglichkeit, eine Untersuchungshaft in Form der „Incomunicación“ von bis zu 13 Tagen zu verhängen. Jeder ETA-Häftling beruft sich dann vor Gericht, ein etwaiges Geständnis unter Folter abgegeben zu haben. Die Foltervorwürfe sind hier das eigentliche Problem, denn wie der schmutzige Krieg der 70er und 80er Jahre wird dieser Foltervorwurf als Teil der Strategie des gewählten Traumas und der eigenen Opferrolle verwendet. Internationale Untersuchungen haben Folter in Einzelfällen festgestellt, jedoch nicht als systematische Praktik. Dass in einem Handbuch der ETA die Anweisung zu finden war, egal, ob gefoltert wurde oder nicht, sei zu behaupten, dass es passiert ist, darf nicht verwundern. Daher wäre es von höchster Dringlichkeit, die gesetzlichen Regelungen die „Incomunicación“ betreffend so abzuändern, dass keinerlei Foltervorwürfe mehr möglich sind. Gil Robles schreibt dazu in seinem Bericht in seiner Funktion als Menschenrechtskommissar: *„The non-governmental organisations I spoke to all agreed that torture and ill-treatment were not systematically practised in Spain, although they expressed concern that complaints were not always systematically and effectively investigated ... there are documents and reports which appear to indicate that certain legal provisions in criminal law, particularly antiterrorist measures, permit and encourage ill-treatment, particularly where detainees are held incomunicado ... Spain has no specific or exceptional counter-terrorist legislation. Furthermore, terrorism-related crimes are judged exclusively by the ordinary courts; there are no special or exceptional courts for suspected terrorists ... The ‚Audiencia Nacional‘, (National Court), responsible for trying terrorist cases, is an ordinary court whose work is not confined to criminal cases but also includes administrative, economic and social matters ... several of the NGOs I spoke with expressed concern at an alleged increase in cases of torture and ill-treatment inflicted by members of the national law enforcement agencies, particularly*

*following the terrorist attacks of September 2001 and March 2004. According to them, fear of reporting such acts, the material difficulty of doing so or obtaining legal assistance, and delays in the investigations all result in many cases of such abuse going unpunished. According to some NGOs, only a small percentage of cases of torture or ill-treatment are reported and even fewer are punished ... in 2004 15 disciplinary cases were brought against National Police officers for alleged ill-treatment, which is one more than in 2002 and five more than in 2003. It should be noted that none of them concerned detainees held incommunicado“ (Council of Europe 2005: II. 6 u. 8).*

Zwar keine systematische Folter, jedoch laut NGO's nicht selten vorkommende Fälle und unzureichende Verfolgungsmöglichkeiten, sind die beiden Hauptkritikpunkte. Des Weiteren wird ein von der ETA immer wieder vorgebrachter Vorwurf, der Nationale Gerichtshof sei ein „Spezialtribunal“, als unrichtig angesehen.

## **2) Zukunftsperspektiven – Autonomie vs. Sezession**

Die Basis der heute im Baskenland geltenden Autonomie ist das Autonomiestatut von 1979, auch Statut von Gernika genannt. Unter anderem werden dadurch die baskische und die spanische Sprache als gleichwertige, offizielle Sprachen definiert (Art. 6), die in der spanischen Verfassung garantierten Grundrechte und Pflichten gelten auch ausdrücklich im Baskenland (Art. 9), 39 exklusive Kompetenzen werden in Art. 10 aufgezählt, die Bildungspolitik wird in die Kompetenz der Autonomieregierung gelegt (Art. 16), diese hat auch das Oberkommando über eine eigene baskische Polizei (Art. 17), ein öffentlich-rechtlicher baskischer Radio- und Fernsehsender wird eingeführt (Art. 19) und Regionalparlament, Regierung und Präsident werden durch Art. 24 garantiert. Ein baskisches Oberstes Gericht wird durch Art. 34 eingeführt und Art. 38 bestimmt, dass baskische Gesetze nur durch den spanischen Verfassungsgerichtshof kontrolliert werden dürfen, da sie nicht gegen die Verfassung verstoßen dürfen. Eine eigene Finanzbehörde wird durch Art. 40 geschaffen und die traditionellen „Conciertos Económicos“, die die steuerlichen Beziehungen zwischen dem Baskenland und dem spanischen Gesamtstaat regeln, werden durch Art. 41 geregelt (Helmerich 2002: 319ff.).

Viele dieser Regelungen werden als „historische Rechte“ definiert, allen voran die Conciertos Económicos. Sie sind es auch, die heute am stärksten in der Kritik stehen, denn faktisch

bedeuten sie, dass die drei baskischen Provinzen und Navarra, obwohl diese das höchste BIP pro Kopf vorweisen können, einen positiven Saldo von durchschnittlich 229 Euro pro Person beim Finanzausgleich der spanischen Regionen erreichen. Im Vergleich dazu haben die beiden anderen Nettozahler innerhalb Spaniens, Katalonien und Madrid, einen negativen Saldo pro Kopf von respektive 624 bzw. 1.403 Euro pro Person (Ruiz Soroa 2006).

Inwieweit eine steuerliche Bevorzugung von zwei der vier reichsten Regionen eines Landes, die mit historischen Rechten begründet wird, als gerecht betrachtet werden kann, darüber sollte sich jeder selbst ein Urteil bilden.

Den einen gehen diese Rechte zu weit, den anderen gehen sie nicht weit genug. War die Zahl derer, die Skepsis und Ablehnung sowohl der neuen Verfassung als auch dem Autonomiestatut gegenüber empfanden, in den späten 1970er Jahren größer als die der deklarierten Befürworter - vor allem vor dem Hintergrund der gerade zu Ende gegangenen Diktatur und der Frage, ob Spanien wirklich den Schritt zur Demokratie schaffen würde -, so ist heute die Mehrheit der Basken - die bereits erörterten Daten des soziologischen Berichts Euskobarómetro 2009 in Kapitel II. belegen dies - mit dem Autonomiestatut zufrieden und lehnt vor allem eine Sezession ab.

Die juristische Literatur sieht nur unter gewissen Umständen das Recht auf Selbstbestimmung, welches im Baskenland immer auch als Recht auf Sezession verstanden wird, gegeben, denn *„a right of secession arises for a group with a definable territory where it is in the majority and its fundamental human rights, evidently and severely, are being violated. The State is obliged to preserve the group, if the latter is to achieve self-determination of any kind. Where the State seeks to destroy the group, then self-determination for the group may give rise to a right to secession, it might even be viewed as a form of self-defence against aggression“* (Gilbert 2002: 10).

Alle Voraussetzungen, die verlangt werden, sind im baskischen Fall nicht gegeben, denn weder möchte die Mehrheit die Sezession, noch werden die fundamentalen Menschenrechte mißachtet und es kann schon gar nicht davon die Rede sein, dass der Staat eine Gruppe zerstören möchte. Besonders die nationalistische Linke sieht dies anders, denn für sie ist der Staat für Folter und Unterdrückung verantwortlich und außerdem sieht sie sich des demokratischen Rechts auf Wahlen beraubt, denn ihre Vertretung, der politische Arm der

ETA - Herri Batasuna<sup>95</sup> bzw. alle ihre Nachfolgeparteien -, wurde auf Basis des Parteiengesetzes von 2002 verboten, ein Verbot, welches mit dem Prinzip der wehrhaften Demokratie in Deutschland vergleichbar wäre. Dieses Prinzip führte in Deutschland schon zu zwei Parteienverboten. Dieses angeblich undemokratische Vorgehen wurde vor den europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gebracht und dort am 30. Juni 2009 in einer einstimmigen Entscheidung nicht nur für gültig, sondern als in einer demokratischen Gesellschaft notwendig erklärt (siehe Annex 14).

Wie gefährlich eine Sezession sein könnte, führt Margaret Moore aus, denn *„if my feelings of communal identity, and aspirations to have political institutions expressive of that identity are important to me, and justify my claims to self-determination, they might be important to others who belong to a different nation and seek rights to self-determination“* (Moore 1998: 151). Selbst wenn eine einfache Mehrheit irgendwann einmal die Unabhängigkeit möchte, wer würde dann die Rechte derjenigen respektieren, die dies nicht wollen? Müssen diese dann auswandern? Und würden dann alle drei Regionen gemeinsam abstimmen, oder jede separat? Denn dass in Alava, geschweige denn in Navarra, eine Mehrheit für eine Sezession stimmen würde, kann, nimmt man die letzten Wahlen und die soziologischen Untersuchungen als Grundlage für die Beantwortung dieser Frage, zumindest für die nächsten Jahrzehnte ausgeschlossen werden.

Auch müßte geklärt werden, ob die geschätzten 200.000 Basken, welche auf Grund des ETA-Terrors in den letzten Jahrzehnten das Baskenland verlassen mussten, wahlberechtigt wären (Foro Ermua 2005).

Eine klare Meinung zum Thema Sezession hat Stéphane Dion, ehemaliger Minister für die Beziehungen zwischen der Bundes- und den Provinzregierungen Kanadas, selber aus Québec stammend und daher mit der Problematik bestens vertraut. Da Québec im Baskenland immer wieder als „Bruder im Geiste“ betrachtet wird, sollte er in Bilbao ein gerne gesehener Gast sein und anlässlich einer Ehrung, welche ihn Ende 2002 nach Madrid führte, wäre es logisch erschienen, ihn auch gleich ins Baskenland einzuladen, so wie es mit allen Befürwortern von

---

<sup>95</sup> Die Wahlergebnisse von Herri Batasuna nahmen nach den ersten Wahlen 1979 deutlich ab, um erst in Folge des schmutzigen Krieges Ende der 80er Jahre wieder zuzunehmen, wobei danach ein stetiger Abstieg zu verzeichnen war. Besonders deutlich ist dies bei den Ergebnissen der Wahlen zu den „Juntas Generales des Pais Vasco“ zu sehen, denn von 19,4% im Jahre 1987 sank das Ergebnis auf 14,7% im Jahre 1995. Auch bei den Wahlen zum baskischen Parlament gab es zwischen 1986 und 1994 einen Rückgang auf das Niveau von 1979 und am drastischsten ist der Rückgang bei den Wählerstimmen in Navarra zu verzeichnen gewesen, denn hier fiel Herri Batasuna bei den Wahlen zum Parlament von Navarra von 13,68% aus dem Jahre 1987 auf 9,43% 1995.

Sezessionsbestrebungen und Unterstützern der nationalistischen Kausa gerne getan wird. Doch in diesem Fall war kein Interesse vorhanden, was möglicherweise daran liegen könnte, dass er sehr genaue Vorstellungen über die nötigen Voraussetzungen einer Sezession hat, da er maßgeblich am kanadischen Clarity Act beteiligt war (Clarity Act 2001). Dieser legt genaue Richtlinien fest, unter denen eine Sezession überhaupt verhandelt werden kann. Neben einer deutlichen Mehrheit - 50% plus eine Stimme wäre nicht ausreichend - und auch einer mehrheitlichen Wahlbeteiligung, ist der zentrale Punkt eine unmißverständliche Frage, die gestellt werden muss, nämlich, ob eine Unabhängigkeit gewünscht ist oder nicht. Im baskischen Fall kommt dies nicht gut an, denn wenn nach außen hin immer wieder von nationalistischer Seite der Wunsch nach Unabhängigkeit transportiert wird - gemeint sind hier nur die konservativen Nationalisten der PNV, die Linksnationalisten haben ein anderes Projekt auf Lager -, dem nationalistischen Publikum wird etwas anderes verkauft, nämlich dass man zwar die Unabhängigkeit anstrebe, aber um danach mit Spanien ein Assoziationsverhältnis einzugehen. In klaren Worten ausgedrückt, man möchte die Unabhängigkeit, aber nicht um den Preis der Nachteile, die diese vor allem wirtschaftlich bringen würde. Ob das die restlichen Spanier auch wollen, wird nicht einmal hinterfragt. Auch geht man davon aus, dass ein unabhängiges Baskenland der EU und der Währungsunion beitreten würde. Auch dies wäre wohl zweifelhaft, denn ein Beitritt wäre immer noch eine Materie, die Einstimmigkeit verlangt, und ob Spanien und Frankreich in dem hypothetischen Fall einer Sezession kein Veto einlegen würden, muss mehr als bezweifelt werden. Auch scheint es nicht sehr ehrlich zu sein, die Unabhängigkeit zu verlangen, um seine Geschicke selber zu lenken, nur um einen Großteil der Kompetenzen dann sofort wieder an eine andere, in diesem Fall supranationale Institution abzugeben. Doch vor dem eigenen Publikum wird die Unabhängigkeit als Schlaraffenland innerhalb der EU und mit Spanien assoziiert verkauft, als ob es sich bereits um eine ausverhandelte Tatsache handeln würde.

Dies, genauso wie die Analyse der Ursachen des baskischen Konflikts, legt deutlich klar, dass es sich nicht um den Kampf eines unterdrückten Volkes handelt, sondern um einen innerbaskischen Kampf, gewollt von einer sozialen Schicht, die im 19. Jahrhundert gegen wirtschaftliche Einbußen und Machtverlust rebellierte und heute vor allem ihre wieder gewonnene Machtposition ausbauen und perpetuieren möchte. Das konservative Projekt der PNV wird um die Anhänger der nationalistischen Linken ergänzt, wobei bei genauem Hinsehen diese bloß instrumentalisiert werden, da die Politik, die sie unterstützen, nicht ihr, sondern der Wählerschaft bzw. den Politikern und Günstlingen der PNV von Nutzen ist.

Konnten in der Anfangszeit der ETA die den linken Ideen zugewandten Arbeiterschichten noch durch marxistische Revolutionsideen für das nationalistische Projekt begeistert werden, so scheint heute hierfür eine Einbettung in die Antiglobalisierungsbewegungen der erfolgversprechendste Weg zu sein. Erst eine Entmystifizierung des Konflikts - und hier spielt das Bildungssystem eine entscheidende Rolle - könnte eine entscheidende Wende bringen, jedoch muss daran - in Anbetracht der Machtgelüste und persönlichen Bereicherungsmöglichkeiten zentraler Akteure - leider gezweifelt werden.

Ralf Dahrendorf faßt am besten die Problematik des baskischen Konflikts und des Wunsches nach Selbstbestimmung zusammen:

*„Das große Missverständnis der Selbstbestimmung ist auch ein Nebenprodukt der Globalisierung. Selbstbestimmung soll heißen, dass Menschen an der Bestimmung ihres Geschicks selbst Anteil haben, dass sie also in demokratischen Verhältnissen leben. Selbstbestimmung heißt jedoch oft, dass Menschen in Grenzen leben, die weniger durch die Geschichte als durch Amateur-Historiker mit politischen Ambitionen gezogen werden. Eine unabhängige Slowakei, ein unabhängiges Quebec, ein unabhängiges Baskenland heißt nicht mehr Freiheit, sondern mehr Macht in den Händen regionaler Demagogen und Potentaten“*  
(Dahrendorf 2003: 40).

## **Annexe:**

### **Annex 1: Euskobarómetro 2009**

[http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com\\_content&task=view&id=78&Itemid=114](http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=114)

# Bloque V

**La sociedad vasca continúa dividida entre nacionalistas o no, pero éstos últimos siguen siendo mayoritarios.**

**Se reafirman en su identidad dual vasca y española, con un claro acento vasquista.**

**Sus preferencias de autogobierno continúan divididas entre autonomismo, federalismo e independentismo.**

**Una gran mayoría se muestra relativamente satisfecha con el Estatuto, que sigue colmando las aspiraciones mayoritarias de un autogobierno ampliable.**

**Los deseos de independencia siguen siendo minoritarios y su perspectiva vuelve a dibujar un futuro incierto para una parte importante de la sociedad vasca.**

## **LOS NO NACIONALISTAS SIGUEN SIENDO MAYORITARIOS EN LA SOCIEDAD VASCA EN MEDIO DE UNA DIVISIÓN CRÓNICA**

En medio de una división crónica entre nacionalistas (43 %) y no nacionalistas (51 %), éstos últimos mantienen su mayoría, prácticamente, sin variación interanual. La definición no nacionalista es mayoritaria en todas las provincias — desde el mínimo del 48 % guipuzcoano al máximo del 63 % alavés, pasando por el 50 % vizcaíno —. Por electorados, la definición no nacionalista mayoritaria oscila entre el mínimo del 55 % de los abstencionistas o el 72 % de EB y el máximo del 100 % de UPD, el 91 % de los populares o el 93 % de los socialistas, con una gran estabilidad. Por el contrario, el sentimiento nacionalista oscila entre el mínimo del 73 % del PNV o el 76 % de Aralar y el máximo del 84 % de EA o el 86 % de la izquierda abertzale (ver Gráfico 22).

## **LA COMPATIBILIDAD DE IDENTIDADES VASCA Y ESPAÑOLA MANTIENE ESTABLE SU MAYORÍA, CON UN CLARO ACENTO VASQUISTA**

Con una gran estabilidad interanual, una mayoría de casi dos de cada tres vascos (57 %) mantienen la compatibilidad de identidades vasca y española, si bien con el ya conocido predominio del sentimiento vasquista (21 %), muy superior, en todo caso, al españolista (2 %). Por otra parte, el españolismo extremo se mantiene en un reducido 5 %, mientras que el exclusivismo vasquista es la identidad expresada por algo más de uno de cada tres vascos (34 %), después de un ligero repunte semestral de cinco puntos (ver Gráfico 23).

La compatibilidad de identidades de los que se sienten vascos y españoles oscila entre el 10 % de los votantes de la izquierda abertzale y el 78 % de UPD (pasando por el 26 % de EA, el 31 % de Aralar, el 49 % del PNV, el 67 % del PP, el 75 % de EB y el 76 % de los socialistas), si bien con acento claramente vasquista entre los nacionalistas y españolista entre los votantes del PP. El exclusivismo de los que se sienten solo vascos homogeneiza al electorado de la izquierda abertzale (86 %) y es mayoritario entre los votantes de EA (75 %), Aralar (67 %) y, en menor medida, del PNV (48 %), en tanto que el exclusivismo españolista aglutina a sectores muy minoritarios, tanto del PP (29 %) como del PSE-EE (12 %). Lo más significativo, con todo, sigue siendo la fragmentación identitaria de los electorados nacionalistas y, muy especialmente, del PNV.

## **LA SOCIEDAD VASCA CONTINÚA DIVIDIDA ENTRE AUTONOMISMO, FEDERALISMO E INDEPENDENTISMO**

En un contexto de relativa estabilidad interanual de las opciones ante la forma de organización territorial del Estado, los vascos siguen divididos entre autonomismo,



federalismo e independentismo. La gran mayoría de los vascos siguen oscilando entre la actual fórmula autonómica (40 %) y un posible escenario federal (29 %). El actual modelo autonómico sigue siendo la opción mayoritaria entre los electorados del PP (55 %), UPD (67 %) y el PSE-EE (70 %) y, en general, de los no nacionalistas (57 %). El desarrollo del autogobierno según una fórmula federal, por su parte, lo es de los votantes de EB (57 %), pero con apoyos importantes en el PNV (45 %) o Aralar (30 %), al tiempo que concita un apoyo similar entre nacionalistas (31 %) y no nacionalistas (26 %). En todo caso, ambas fórmulas integracionistas siguen sumando una clara mayoría (69 %) de más de dos de cada tres vascos (ver Gráfico 24).

Frente a estas fórmulas descentralizadoras e integracionistas, el independentismo de las fórmulas autodeterminista o confederal retrocede ligeramente para situarse en torno a una cuarta parte de los vascos (24 %) y obtiene un apoyo casi unánime entre los votantes de la izquierda abertzale (92 %) y mayoritario entre los de Aralar (60 %), EA (58 %) y los nacionalistas (45 %), en general, pero dejando de ser la opción preferida del electorado del PNV (27 %). En el otro extremo, el centralismo se mantiene sin pasar del apoyo del 4 % de los vascos, como expresión testimonial o de rechazo y aglutinando a casi una cuarta parte de los electorados popular y de UPD.

### **UNA GRAN MAYORÍA CONTINÚA MOSTRÁNDOSE, RELATIVAMENTE, SATISFECHA CON EL ESTATUTO, QUE SIGUE COLMANDO LAS ASPIRACIONES MAYORITARIAS DE UN AUTOGOBIERNO AMPLIABLE**

Una mayoría cualificada y estable de tres de cada cuatro vascos (72 %) se muestran, relativamente, satisfechos con el Estatuto, mientras que los insatisfechos siguen siendo algo más de uno de cada cinco (22 %). Con todo, los satisfechos se han desplazado claramente del optimismo (30 %) al criticismo (42 %), tras retroceder cinco puntos los primeros y avanzar cuatro los segundos en el último año, mientras se mantiene estable la insatisfacción neta. Si los nacionalistas se dividen entre el criticismo (45 %) y la insatisfacción neta (35 %), los no nacionalistas lo hacen entre la plena satisfacción (44 %) y el criticismo (38 %). Fijándonos en los electorados, si los plenamente satisfechos son mayoritarios entre los votantes socialistas (59 %) y, en menor medida, los populares (45 %), los insatisfechos solo lo son entre los votantes de la izquierda abertzale (73 %) y, ahora y por razones distintas, los votantes de UPD (44 %). Por su parte, los votantes de los partidos de la anterior mayoría nacionalista se inclinan mayormente por posiciones críticas con el autogobierno (entre el 40 % de EA y el 59 % de EB), a los que se suma Aralar (56 %). Son, precisamente, los no nacionalistas y, entre ellos, los socialistas, los que protagonizan un mayor cambio semestral (ver Gráfico 25).

La insatisfacción relativa y el rechazo vuelven a quedar muy matizados cuando se les pregunta a los vascos por las alternativas al actual estatus de autogobierno, ya que casi uno de cada cuatro sigue sin querer cambios (23 %), casi otro tanto se conforma con que se completen las transferencias (27 %), algunos más son los que optan por la reforma y la ampliación del autogobierno (28 %), mientras que son muy minoritarios (14 %) los que se decantan con claridad por una posición de ruptura soberanista. Si las dos primeras opciones aglutinan la mayoría de las preferencias de populares y socialistas, la soberanista solo es mayoritaria en el electorado de la izquierda abertzale, decantándose por fórmulas reformistas el resto de las opciones nacionalistas y EB.

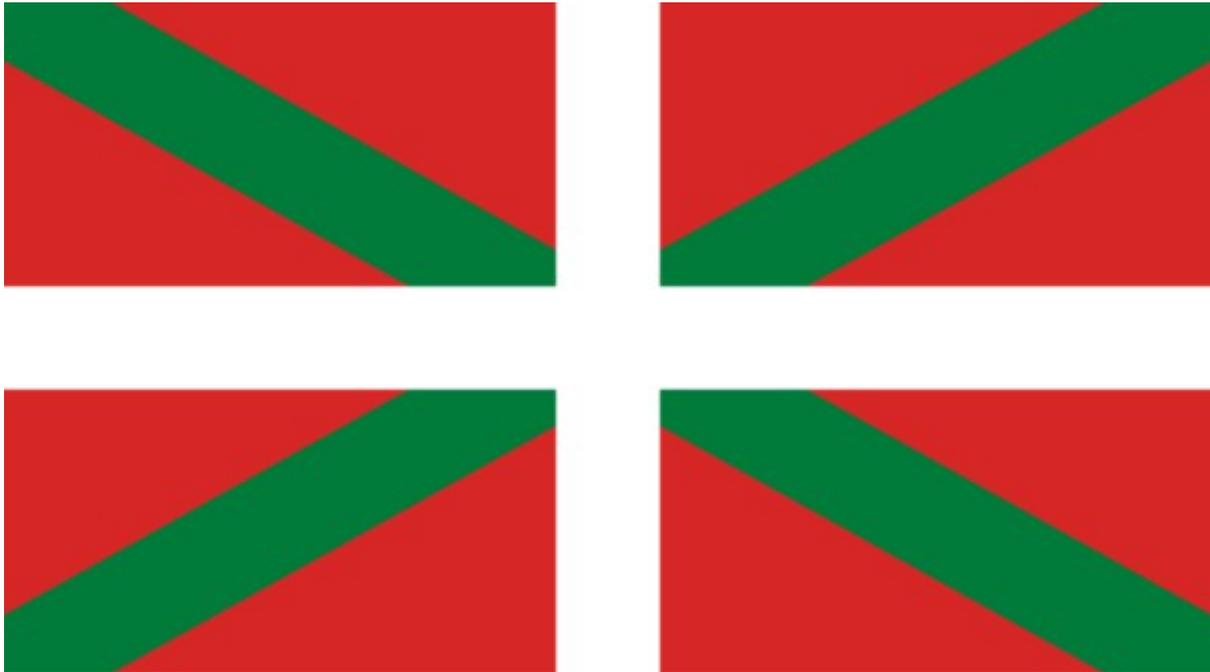
**LOS DESEOS DE INDEPENDENCIA SIGUEN SIENDO MINORITARIOS  
EN LA SOCIEDAD VASCA, DIBUJANDO UN FUTURO INCIERTO  
PARA UNA PARTE IMPORTANTE DE LA MISMA,  
DISPUESTA A ABANDONAR EL PAÍS VASCO**

Más allá de cuál sea la fórmula política del autogobierno vasco, en torno a un tercio de la ciudadanía vasca (33 %) siguen manifestando tener deseos grandes de independencia. Así es como se expresan casi todos los votantes de la izquierda abertzale (97 %), la mayoría de los nacionalistas (60 %) y una parte importante del resto de electorados nacionalistas (desde el 45 % del PNV al 71 % de Aralar). Frente a ellos, la mayoría de la sociedad vasca (el 57 %), dicen tener pocos (33 %) o ningún (24 %) deseo de independencia, sobre todo entre los no nacionalistas (80 %) y los votantes de los partidos autonomistas (más de nueve de cada diez), pero también casi la mitad de los votantes del PNV (46 %) y casi dos de cada tres de los de EB (66 %) o los abstencionistas (54 %) — ver Gráfico 26 —.

En esta hipótesis y según sean las condiciones de la independencia, casi uno de cada cuatro vascos (23 %), tras un significativo retroceso de 16 puntos en el último semestre, seguiría pensando en la posibilidad de abandonar su tierra, siendo una predisposición que afecta, sobre todo, a los no nacionalistas (38 %) y a los electorados de UPD (40 %), popular (31 %) y socialista (31 %) y con mayor incidencia en Álava (34 %) y Vizcaya (23 %).



## **Annex 2: Ikurriña**



## **Annex 3: Erster Absatz des ersten Artikels des baskischen Autonomiestatuts von 1936**

Quelle:

<http://www.cervantesvirtual.com/servlet/SirveObras/68038321547792941754491/p0000001.htm>

### **Estatuto de Autonomía del País Vasco de 1936**

#### TÍTULO I

#### DISPOSICIONES GENERALES

Artículo 1.º Con arreglo a la Constitución de la República y al presente Estatuto Álava, Guipúzcoa, y Vizcaya se constituyen en región autónoma, dentro del Estado español, adoptando la denominación de "País Vasco".

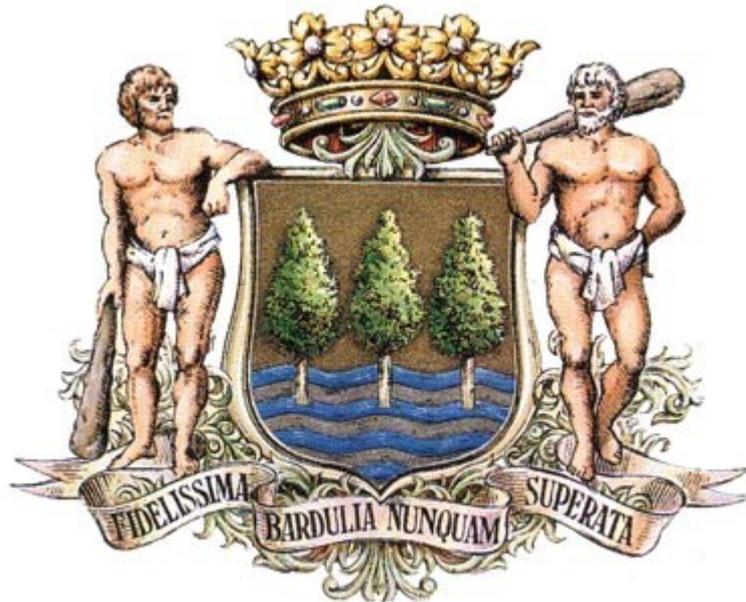
Übersetzung: „In Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik und dem hier dargelegten Statut konstituieren sich Alava, Guipuzcoa und Vizcaya als autonome Region, innerhalb des spanischen Staates, den Namen „Baskenland“ annehmend“.

**Gaceta de Madrid n° 281, de 7 de octubre de 1936.**

**Boletín Oficial del País Vasco n° 1, de 9 de octubre de 1936.**

**Annex 4:**

**Heutiges Wappen von Guipuzcoa**



**Annex 5:**

**Wappen von Guipuzcoa von 1513 bis 1979**



Quelle Annex 4 und 5:

[http://w390w.gipuzkoa.net/WAS/CORP/DJGPortalWEB/territorio\\_historico\\_de\\_gipuzkoa.jsp?id=02&idioma=es](http://w390w.gipuzkoa.net/WAS/CORP/DJGPortalWEB/territorio_historico_de_gipuzkoa.jsp?id=02&idioma=es)

## **Annex 6:**

### **Aufhebung der wirtschaftlichen Sonderrechte in Vizcaya und Guipuzcoa vom 24. Juni 1937:**

GOBIERNO DEL ESTADO

DECRETO-LEY

El sistema concertado que en materia económica rige en las Provincias Vascongadas, entraña un notorio privilegio con relación al resto del territorio nacional sujeto al régimen común, no sólo por la amplísima autonomía de que gozan en este respecto las Diputaciones de dichas provincias, sino por el menor sacrificio con que el contribuyente atiende en ellas al levantamiento de las cargas públicas, tanto más sensible cuanto que de antiguo han sido manifiestas y frecuentes las evasiones de carácter fiscal realizadas al amparo de ese sistema, en perjuicio siempre del Estado.

Olvidando muchísimos de los favorecidos por el Concierto esta prodigalidad que les dispensó el Poder público, se alzaron en armas en Guipúzcoa y Vizcaya contra el Movimiento Nacional iniciado el 17 de julio último, correspondiendo así con la traición a aquella generosidad excepcional, sin que los constantes requerimientos realizados en nombre de España para hacerles desistir de su actitud, lograsen el efecto pretendido. No es, pues, admisible que subsista ese privilegio sin agravio para las restantes regiones que, con entusiasmo y sacrificio sin límites, cooperaron desde un principio al triunfo del Ejército, y sin mengua también de aquellas normas de elemental y obligada justicia en que ha de inspirarse el nuevo Estado. Mientras la singularidad de régimen fiscal y administrativo sirvió en algunas provincias, Como en la lealísima Navarra, para exaltar cada día más su sentimiento nacional y el fervor de su adhesión al común destino de la Patria, en otras, por el contrario, ha servido para realizar la más torpe política anti-española, circunstancia ésta que, al resultar ahora hasta la saciedad comprobada, no ya aconseja, si no que imperativamente obliga a poner término, en ellas, a un sistema que utilizaron como instrumento para causar daños tan graves.

Las mismas consideraciones imponen que el sistema vigente en la actualidad en la provincia de Alava, continúe subsistiendo, porque ella no participó en acto alguno de rebeldía y realizó por el contrario aportaciones valiosísimas a la Causa Nacional que no pueden ni deben ser olvidadas en estos momentos.

Finalmente, interesa hacer constar que, al promulgar esta disposición, se tiene muy presente que tanto en Guipúzcoa, Como en Vizcaya, existen españoles de acendrado patriotismo que antes y ahora sintieron vivamente la causa de España. Reconocido y proclamado así, nadie en

definitiva podrá afirmar, con fundamento, que el equiparar unas provincias a la inmensa mayoría de las que integran la Nación sometiéndolas a idéntico régimen tributario, no obstante ser notorias las diferencias en su manera de proceder, sea acto de mera represalia y no medida de estricta justicia.

En su virtud,

DISPONGO:

Artículo primero. Desde el día primero de julio próximo, la gestión y recaudación de todas las contribuciones, rentas e impuestos ordinarios y extraordinarios del Estado, se realizará en las provincias de Guipúzcoa y Vizcaya, con arreglo al régimen común vigente y en la forma que establecen las disposiciones de la Hacienda pública que constituye la norma general de la Administración nacional.

Queda, por tanto, sin efecto en aquellas provincias, desde la indicada fecha, el régimen concertado con sus Diputaciones que en materia económica estaba vigente en la actualidad.

Artículo segundo. Los servicios de carácter general que efectuaban las citadas Corporaciones en lugar del Estado y que deban subsistir, se cumplirán y costearán por éste de igual manera que viene haciéndolo en el resto del territorio español sujeto al régimen ordinario.

Artículo tercero. Las obligaciones provinciales en Guipúzcoa y Vizcaya, serán atendidas con los recursos de ese carácter que la legislación común reserva a las Diputaciones en general.

Artículo cuarto. El Concierto económico aprobado por Decreto de 9 de junio de 1925 y reglamentado por el de 24 de diciembre de 1926, subsistirá en toda su integridad para la provincia de Alava, continuando, por tanto, la Diputación de la misma investida de las facultades que aquél la reconoce.

Artículo quinto. Por la Junta Técnica del Estado se dictarán las instrucciones necesarias para el cumplimiento de esta disposición.

El propio Organismo fijará, de acuerdo con las Diputaciones interesadas, las oportunas normas encaminadas a facilitar el tránsito de uno a otro régimen.

Artículo sexto. Quedan derogadas todas las disposiciones, cualquiera que sea su carácter, que se opongan a las contenidas en el presente Decreto-Ley.

Dado en Burgos a veintitrés de junio de mil novecientos treinta y siete.

FRANCISCO FRANCO

**Boletín Oficial del Estado nº 247, de 24 de junio de 1937.**

Quelle: "[http://es.wikisource.org/wiki/Decreto-Ley\\_de\\_23\\_de\\_junio\\_de\\_1937](http://es.wikisource.org/wiki/Decreto-Ley_de_23_de_junio_de_1937)"

**Annex 7:**

**UN-Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes**

**Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide**

**Approved and proposed for signature and ratification or accession by**

**General Assembly resolution 260 A (III) of 9 December 1948**

***entry into force 12 January 1951, in accordance with article XIII***

The Contracting Parties,

Having considered the declaration made by the General Assembly of the United Nations in its resolution 96 (I) dated 11 December 1946 that genocide is a crime under international law, contrary to the spirit and aims of the United Nations and condemned by the civilized world,

Recognizing that at all periods of history genocide has inflicted great losses on humanity, and

Being convinced that, in order to liberate mankind from such an odious scourge, international co-operation is required,

Hereby agree as hereinafter provided:

**Article 1**

The Contracting Parties confirm that genocide, whether committed in time of peace or in time of war, is a crime under international law which they undertake to prevent and to punish.

**Article 2**

In the present Convention, genocide means any of the following acts committed with intent to destroy, in whole or in part, a national, ethnical, racial or religious group, as such:

- (a) Killing members of the group;
- (b) Causing serious bodily or mental harm to members of the group;
- (c) Deliberately inflicting on the group conditions of life calculated to bring about its physical destruction in whole or in part;
- (d) Imposing measures intended to prevent births within the group;
- (e) Forcibly transferring children of the group to another group.

**Article 3**

The following acts shall be punishable:

- (a) Genocide;
- (b) Conspiracy to commit genocide;
- (c) Direct and public incitement to commit genocide;
- (d) Attempt to commit genocide;

(e) Complicity in genocide.

**Article 4**

Persons committing genocide or any of the other acts enumerated in article III shall be punished, whether they are constitutionally responsible rulers, public officials or private individuals.

**Article 5**

The Contracting Parties undertake to enact, in accordance with their respective Constitutions, the necessary legislation to give effect to the provisions of the present Convention, and, in particular, to provide effective penalties for persons guilty of genocide or any of the other acts enumerated in article III.

**Article 6**

Persons charged with genocide or any of the other acts enumerated in article III shall be tried by a competent tribunal of the State in the territory of which the act was committed, or by such international penal tribunal as may have jurisdiction with respect to those Contracting Parties which shall have accepted its jurisdiction.

**Article 7**

Genocide and the other acts enumerated in article III shall not be considered as political crimes for the purpose of extradition.

The Contracting Parties pledge themselves in such cases to grant extradition in accordance with their laws and treaties in force.

**Article 8**

Any Contracting Party may call upon the competent organs of the United Nations to take such action under the Charter of the United Nations as they consider appropriate for the prevention and suppression of acts of genocide or any of the other acts enumerated in article III.

**Article 9**

Disputes between the Contracting Parties relating to the interpretation, application or fulfilment of the present Convention, including those relating to the responsibility of a State for genocide or for any of the other acts enumerated in article III, shall be submitted to the International Court of Justice at the request of any of the parties to the dispute.

**Article 10**

The present Convention, of which the Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall bear the date of 9 December 1948.

**Article 11**

The present Convention shall be open until 31 December 1949 for signature on behalf of any Member of the United Nations and of any nonmember State to which an invitation to sign has been addressed by the General Assembly.

The present Convention shall be ratified, and the instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

After 1 January 1950, the present Convention may be acceded to on behalf of any Member of the United Nations and of any non-member State which has received an invitation as aforesaid. Instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

#### **Article 12**

Any Contracting Party may at any time, by notification addressed to the Secretary-General of the United Nations, extend the application of the present Convention to all or any of the territories for the conduct of whose foreign relations that Contracting Party is responsible.

#### **Article 13**

On the day when the first twenty instruments of ratification or accession have been deposited, the Secretary-General shall draw up a proces-verbal and transmit a copy thereof to each Member of the United Nations and to each of the non-member States contemplated in article 11.

The present Convention shall come into force on the ninetieth day following the date of deposit of the twentieth instrument of ratification or accession.

Any ratification or accession effected, subsequent to the latter date shall become effective on the ninetieth day following the deposit of the instrument of ratification or accession.

#### **Article 14**

The present Convention shall remain in effect for a period of ten years as from the date of its coming into force.

It shall thereafter remain in force for successive periods of five years for such Contracting Parties as have not denounced it at least six months before the expiration of the current period. Denunciation shall be effected by a written notification addressed to the Secretary-General of the United Nations.

#### **Article 15**

If, as a result of denunciations, the number of Parties to the present Convention should become less than sixteen, the Convention shall cease to be in force as from the date on which the last of these denunciations shall become effective. Article 16

A request for the revision of the present Convention may be made at any time by any Contracting Party by means of a notification in writing addressed to the Secretary-General. The General Assembly shall decide upon the steps, if any, to be taken in respect of such request.

#### **Article 17**

The Secretary-General of the United Nations shall notify all Members of the United Nations and the non-member States contemplated in article XI of the following:

- (a) Signatures, ratifications and accessions received in accordance with article 11;
- (b) Notifications received in accordance with article 12;
- (c) The date upon which the present Convention comes into force in accordance with article 13;
- (d) Denunciations received in accordance with article 14;
- (e) The abrogation of the Convention in accordance with article 15;
- (f) Notifications received in accordance with article 16.

#### **Article 18**

The original of the present Convention shall be deposited in the archives of the United Nations.

A certified copy of the Convention shall be transmitted to each Member of the United Nations and to each of the non-member States contemplated in article XI.

#### **Article 19**

The present Convention shall be registered by the Secretary-General of the United Nations on the date of its coming into force.

Quelle: [http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/p\\_genoci.htm](http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/p_genoci.htm)

Annex 8:

UN-Resolution 1514 (XV).

Declaration on the granting of independence to colonial countries and people

*The General Assembly,*

*Solemnly proclaims* the necessity of bringing to a speedy and unconditional end colonialism in all its forms and manifestations;

And to this end

*Declares that:*

1. The subjection of peoples to alien subjugation, domination and exploitation constitutes a denial of fundamental human rights, is contrary to the Charter of the United Nations and is an impediment to the promotion of world peace and co-operation.

2. All peoples have the right to self-determination; by virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development.

3. Inadequacy of political, economic, social or educational preparedness should never serve as a pretext for delaying independence.

4. All armed action or repressive measures of all kinds directed against dependent peoples shall cease in order to enable them to exercise peacefully and freely their right to complete independence, and the integrity of their national territory shall be respected.

5. Immediate steps shall be taken, in Trust and Non-Self-Governing Territories or all other territories which have not yet attained independence, to transfer all powers to the peoples of those territories, without any conditions or reservations, in accordance with their freely expressed will and desire, without

any distinction as to race, creed or colour, in order to enable them to enjoy complete independence and freedom.

6. Any attempt aimed at the partial or total disruption of the national unity and the territorial integrity of a country is incompatible with the purposes and principles of the Charter of the United Nations.

7. All States shall observe faithfully and strictly the provisions of the Charter of the United Nations, the Universal Declaration of Human Rights and the present Declaration on the basis of equality, non-interference in the internal affairs of all States, and respect for the sovereign rights of all peoples and their territorial integrity.

*947th plenary meeting,  
14 December 1960.*

Quelle: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/152/88/IMG/NR015288.pdf?OpenElement>

**Annex 9:**  
**International Covenant on Civil and Political Rights**  
**16.12.1966**

**Article 1**

1. All peoples have the right of self-determination. By virtue of that right they freely determine their political status and freely pursue their economic, social and cultural development.
2. All peoples may, for their own ends, freely dispose of their natural wealth and resources without prejudice to any obligations arising out of international economic co-operation, based upon the principle of mutual benefit, and international law. In no case may a people be deprived of its own means of subsistence.
3. The States Parties to the present Covenant, including those having responsibility for the administration of Non-Self-Governing and Trust Territories, shall promote the realization of the right of self-determination, and shall respect that right, in conformity with the provisions of the Charter of the United Nations.

Quelle: [http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a\\_ccpr.htm](http://www.unhchr.ch/html/menu3/b/a_ccpr.htm)

## Annex 10:



¡Agur Terdi! Sr.

La Organización Euskadi Ta Askatasuna (ETA), por medio de la presente carta, le hace saber que le considera parte de los responsables de la actual situación de conflicto entre Euskal Herria y el Estado español. ETA le considera objetivo de su accionar armado (sic) -con todo lo que esto conlleva- y le exige una pago de 15,000 Euros.

Para pagar esta cantidad, debe enviar un SMS al telefono movil  indicando su nombre y apellidos y su numero de telefono movil. Recibira las instrucciones de pago por esa misma via.

Tiene el plazo de 24 horas para enviar sus datos y una vez reciba esta comunicacion, y tendra otras 24 horas para enviar el pago una vez reciba las instrucciones. En todo momento, le exigimos discreccion extrema, y debe abstenerse de poner en conocimiento de cualquier cuerpo policial la existencia de esta relacion entre ETA y usted.

El no contestar esta peticion, o acudir a un cuerpo policial, le haria acreedor de las medidas que Euskadi Ta Askatasuna (ETA) decida aplicar contra usted, sus bienes y familiares, convirtiendose en objetivo operativo de nuestro brazo armado. Quedaria en manos de nuestra organizacion el cuando y el como actuar contra usted. Seria declarado enemigo de la lucha por la libertad de Euskal Herria.

En Euskal Herria,

a 2 de Enero 2008



Quelle: [http://www.policia.es/prensa/imagenes/080117\\_3\\_1\\_g.jpg](http://www.policia.es/prensa/imagenes/080117_3_1_g.jpg)

## **Annex 11:**

### **EU-Terrorlist - ETA**

Groups and Entities:

13. \* Euskadi Ta Askatasuna/Tierra Vasca y Libertad/Basque Fatherland and Liberty (E.T.A.)  
(The following organisations are part of the terrorist group E.T.A.: K.a.s., Xaki, Ekin, Jarrai-Haika-Segi, Gestoras pro-amnistía, Askatasuna, Batasuna (a.k.a. Herri Batasuna, a.k.a. Euskal Herritarok)

Quelle: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2007:340:0109:0114:EN:PDF>

## **Annex 12:**

### **Grundsatz der Verhältnismäßigkeit**

Grundsatz des öffentlichen Rechts, wonach jegliches staatliches Handeln in Hinblick auf den verfolgten Zweck geeignet, erforderlich und angemessen sein muss.

Er wird auch als Übermaßverbot bezeichnet.

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird dem in Artikel 20 Absatz 3 des Grundgesetzes (GG) verankerten Rechtsstaatsprinzip und den Grundrechten entnommen.

Er hat daher Verfassungsrang und ist mittlerweile auch gewohnheitsrechtlich anerkannt.

Obwohl er gesetzlich nur vereinzelt geregelt ist, gilt er für das gesamte öffentliche Recht.

Gesetzliche Ausgestaltungen des Grundsatzes finden sich unter anderem in den Polizeigesetzen des Bundes (z. B. § 15 Bundesgrenzschutzgesetz, BGSZ) und der Länder.

Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zwingt die öffentliche Hand einen Ausgleich der Individualrechtsgüter mit den von den öffentlich-rechtlichen Normen geschützten

Allgemeingütern oder Interessen privater Dritter herzustellen. Er erfordert ein je nach Rechtsverstoß und Schwere des Eingriffs abgestuftes Vorgehen.

Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit gliedert sich in folgende drei gedankliche Schritte:

Geeignetheit:

Geeignet ist eine Maßnahme, wenn der angestrebte Erfolg durch sie zumindest gefördert werden kann.

Nicht erforderlich ist, dass der Erfolg auch tatsächlich eintritt.

Erforderlichkeit:

Erforderlich ist eine Maßnahme, wenn kein milderes, weniger belastendes Mittel den gleichen Erfolg erreichen kann.

Ist nur ein geeignetes Mittel vorhanden, so muss es mangels Alternativen erforderlich sein.

Angemessenheit (Proportionalität, Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne):

Angemessen ist die Maßnahme, wenn der Nachteil für den Betroffenen und der erstrebte Erfolg in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen.

Zwischen dem Schaden des Einzelnen und dem Nutzen für die Allgemeinheit darf kein Missverhältnis bestehen (Abwägung der betroffenen Rechtsgüter).

Eine staatliche Maßnahme ist unverhältnismäßig wenn sie erkennbar außer Verhältnis zu dem angestrebten Erfolg steht, die durch sie herbeigeführten Nachteile also deutlich größer sind, als diejenigen, die durch sie abgewendet werden sollen.

Um die Frage nach der Verhältnismäßigkeit einer konkreten staatlichen Maßnahme beantworten zu können, ist vorab zwingend der Zweck der Maßnahme festzustellen. Er ist Maßstab für die Verhältnismäßigkeit. Der tödliche Schuss eines Polizeibeamten auf einen um sich schießenden Terroristen kann durchaus verhältnismäßig sein, der tödliche Schuss auf Kind, das gerade beim Diebstahl von Kaugummis ertappt wurde und flieht, dagegen nicht. Mit Hilfe des Verhältnismäßigkeitsprinzips kann insbesondere geprüft werden, ob die Verwaltung die Grenzen des ihr eingeräumten Ermessens überschritten hat.

Ist der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz verletzt, ist das betreffende staatliche Handeln rechtswidrig und kann mit den zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfen erfolgreich angefochten werden.

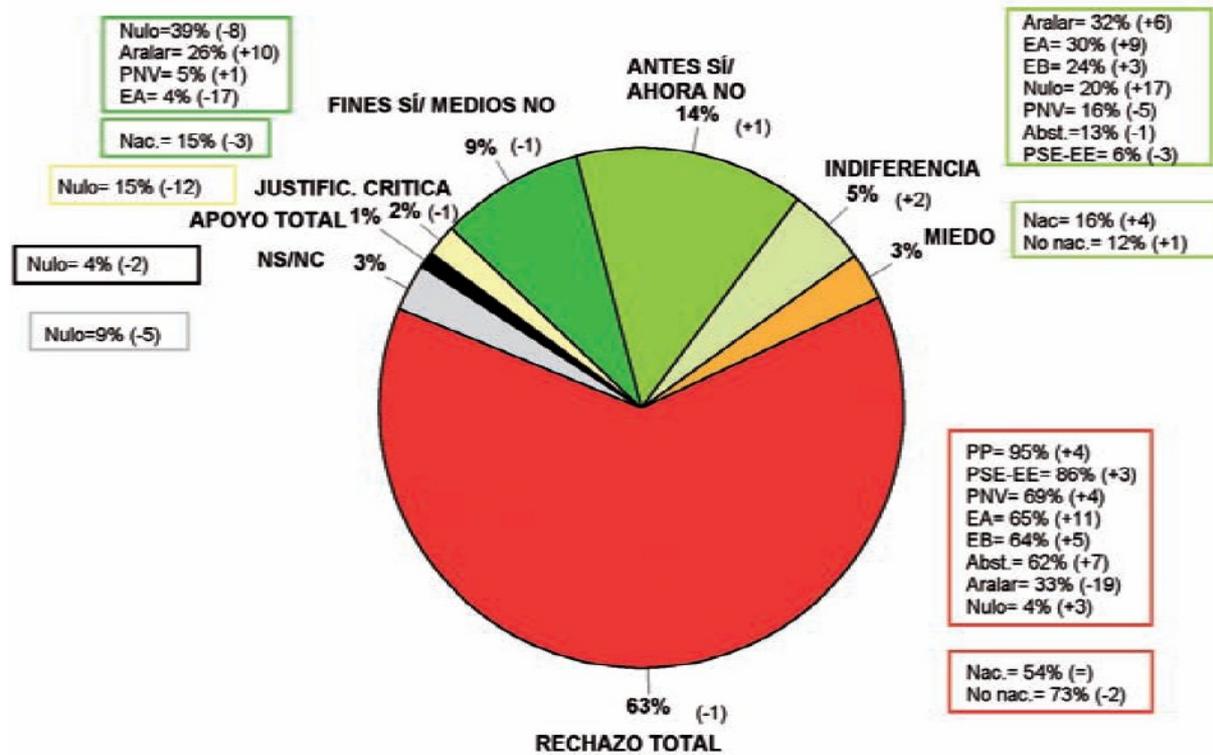
Dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit liegt ein Über- und Unterordnungsverhältnis zwischen Staat und Bürger zu Grunde. Deshalb ist eine Übertragung des Rechtsgedanken auf andere Rechtsgebiete mangels Vergleichbarkeit in der Regel nicht möglich. Ein Über- und Unterordnungsverhältnis findet sich jedoch auch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Deshalb wird der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit mittlerweile zumindest auch im Arbeitskampfrecht angewandt. Ein Streik soll nur dann rechtmäßig geführt werden können, wenn er für die Erreichung eines zulässigen Tarifziel geeignet und erforderlich ist und in einem proportionalen Verhältnis zum Ziel steht.

Quelle: <http://www.rechtslexikon-online.de/Verhaeltnismaessigkeit.html>

Annex 13:

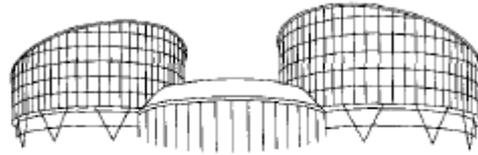
Unterstützung der ETA in der baskischen Bevölkerung – Euskobarómetro 2009: 56

Gráfico 27: ACTITUD DE LOS VASCOS ANTE ETA



Quelle: [http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com\\_content&task=view&id=78&Itemid=114](http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=114)

**Annex 14:**



EUROPEAN COURT OF HUMAN RIGHTS  
COUR EUROPÉENNE DES DROITS DE L'HOMME

---

1959 · **50** · 2009

CINQUIÈME SECTION

**AFFAIRES**

**HERRI BATASUNA**

**et**

**BATASUNA**

**c. ESPAGNE**

*(Requêtes n<sup>os</sup> 25803/04 et 25817/04)*

ARRÊT

STRASBOURG

30 juin 2009

*Cet arrêt deviendra définitif dans les conditions définies à l'article 44 § 2 de la Convention. Il peut subir des retouches de forme.*

β) Proportionnalité de la mesure litigieuse

92. Reste à savoir si l'ingérence litigieuse était proportionnée au but légitime poursuivi.

93. A cet égard, la Cour rappelle qu'elle vient de constater que l'ingérence en cause répondait à un « besoin social impérieux ». Dès lors, compte tenu du fait que les projets susmentionnés sont en contradiction avec la conception de la « société démocratique » et comportent un fort danger pour la démocratie espagnole, la sanction infligée aux requérants est proportionnelle au but légitime poursuivi au sens de l'article 11 § 2 (*Refah Partisi c. Turquie* précité, §§ 133 et 134).

**C. Conclusion de la Cour sur l'article 11**

94. A l'issue d'un contrôle rigoureux quant à la présence de raisons convaincantes et impératives pouvant justifier la dissolution des partis politiques requérants, la Cour estime que cette ingérence correspondait à un « besoin social impérieux » et était « proportionnée au but visé ». Il en résulte que la dissolution peut être considérée comme « nécessaire dans une société démocratique », notamment pour le maintien de la sûreté publique, la défense de l'ordre et la protection des droits et libertés d'autrui, au sens de l'article 11 § 2.

95. A la lumière de ce qui précède, la Cour conclut à la non-violation de l'article 11 de la Convention.

**II. SUR LA VIOLATION ALLÉGUÉE DE L'ARTICLE 10 DE LA CONVENTION**

96. Les requérants invoquent également l'article 10 de la Convention, qui se lit essentiellement comme suit :

« 1. Toute personne a droit à la liberté d'expression. Ce droit comprend la liberté d'opinion et la liberté de recevoir ou de communiquer des informations ou des idées sans qu'il puisse y avoir ingérence d'autorités publiques et sans considération de frontière ( )

2. L'exercice de ces libertés comportant des devoirs et des responsabilités peut être soumis à certaines formalités, conditions, restrictions ou sanctions prévues par la loi, qui constituent des mesures nécessaires, dans une société démocratique, à la sécurité nationale, à l'intégrité territoriale ou à la sûreté publique, à la défense de l'ordre et à la prévention du crime, à la protection de la santé ou de la morale, à la protection de la réputation ou des droits d'autrui, pour empêcher la divulgation d'informations confidentielles ou pour garantir l'autorité et l'impartialité du pouvoir judiciaire »

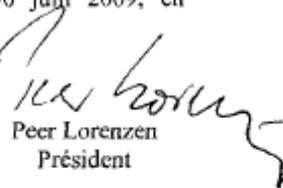
97. La Cour est d'avis que les questions soulevées par les requérants sous l'angle de cet article portent sur les mêmes faits que ceux examinés sur le terrain de l'article 11 de la Convention. Par conséquent, elle estime qu'il n'est pas nécessaire de les examiner séparément.

## PAR CES MOTIFS, LA COUR, À L'UNANIMITÉ,

1. *Dit* qu'il n'y a pas eu violation de l'article 11 de la Convention ;
2. *Dit* qu'il n'y a pas lieu d'examiner séparément les griefs tirés de l'article 10 de la Convention.

Fait en français, puis communiqué par écrit le 30 juin 2009, en application de l'article 77 §§ 2 et 3 du règlement.

  
Claudia Westerdiek  
Greffière

  
Peer Lorenzen  
Président

Quelle: <http://www.strasbourgconsortium.org/document.php?DocumentID=4233>

## Literaturverzeichnis:

Adorno, Theodor W. 2002: Antisemitismus und faschistische Propaganda. in: Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus

Anderson, Benedikt 2005: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts. Campus Verlag Frankfurt / New York. Deutsche Neuauflage (Erstauflage 1983)

Arce, Javier 1999: Vascones y romanos: las deformaciones de la historiografía antigua. Madrid

Arce, Javier 2007: Barbaros y Romanos en Hispania 400 – 507 A.D.. Marcial Pons Ediciones. Madrid

Arendt, Hannah 2008: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, Totalitarismus. Piper München Zürich (Erstauflage 1951, deutsche Übersetzung 1955)

Arizkun Cela, Alejandro 1985: Crecimiento Agropecuario y Retroceso de Aprovechamientos Comunes en la Montaña Navarra durante el Siglo XVI: El caso del Valle de Baztán. in Industrialización y Nacionalismo.

Balparda de, Gregorio 1909: „El Bizcaitarrismo“. Nuestro Tiempo, n. 123. Madrid

Besga Marroquín, Armando 2001: Domuit Vascones. El País durante la época de los reinos germánicos. La era de la independencia (siglos V-VIII). Bilbao

Bilbao Bilbao, Luis María 1985: Renovación Tecnológica y Estructura del Sector Siderúrgico en el País Vasco durante la primera Etapa de la Industrialización (1849 – 1880). Aproximación Comparativa con la Industria Algodonera de Cataluña. in Industrialización y Nacionalismo

Carreras de Odriozola, Albert 1985: La Producción Industrial Catalana y Vasca, 1844 – 1935. Elementos para una Comparación. in Industrialización y Nacionalismo

Casanova, Iker 2007: ETA 1958 – 2008. Medio Siglo de Historia. Editorial Txalaparta. Tafalla. Navarra

Cuenca Toribio, José Manuel 1973: Estudios sobre la Sevilla liberal (1812-1814). Sevilla

Dahmer, Helmut 2002: Nachwort zur deutschen Ausgabe. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main. in Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus

Dahrendorf, Ralf 2007: Auf der Suche nach einer neuen Ordnung. Eien Politik der Freiheit für das 21. Jahrhundert. C.H.Beck, München. (Erstaufgabe 2003)

Delgado i Ribas, Josep Maria 1985: La Industria Naviera en Cataluña y en el Pais Vasco: Un Estudio Comparativo (1750 – 1850). in Industrialización y Nacionalismo

Díaz Herrera, José / Duran, Isabel 2001: Arzallus, La dictadura del miedo. Editorial Planeta. Barcelona

Documentos Y 1979: Bases teóricas de la Guerra Revolucionaria, Band 3, LUR, Donostia/San Sebastian

Duden 1989: Deutsches Universal Wörterbuch A – Z. Dudenverlag

Elias, Norbert 1976: Über den Prozeß der Zivilisation. Frankfurt am Main

Elorza, Antonio 1985: Ideología Nacionalista y Antiguo Régimen. Elementos para una Comparacion. in Industrialización y Nacionalismo.

Elorza, Antonio 2005: Tras la huella de Sabino Arana. Los orígenes totalitarios del nacionalismo vasco. Ediciones Temas de Hoy, S.A. Madrid

Estella de, Bernardino 1931. Historia Vasca. Bilbao

Etzersdorfer, Irene 2007: Krieg. Eine Einführung in die Theorien bewaffneter Konflikte. Böhlau Verlag. Wien

Extramiana, José Maria 1985: Regionalismo y Prenacionalismo en el País Vasco del Siglo XIX. in: Industrialización y Nacionalismo

Fenichel, Otto 2002: Elemente einer psychoanalytischen Theorie des Antisemitismus. in Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus

Fernandez de Pinedo, Emiliano 1985: Del Censo a la Obligación: Modificaciones en el Crédito Rural antes de la Primera Guerra Carlista en el País Vasco. in Industrialización y Nacionalismo

Fontana y Lázaro, Josep 1985: Represión Política y Violencia Civil en 1823 – 1833: Propuestas para una Interpretación. in Industrialización y Nacionalismo

Frank, Thomas 2004: What's the Matter with Kansas? How Conservatives won the Heart of America. Holt Paperbacks. New York.

Frenkel-Brunswik, Else/Sanford, R. Nevitt 2002: Die antisemitische Persönlichkeit. Ein Forschungsbericht. in Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus

Fusi, Juan Pablo 2002: El País Vasco 1931 – 1937: autonomía, revolución, Guerra Civil. Editorial Biblioteca Nueva. Madrid

Gárate Ojanguren, Montserrat 1985: El Comercio Colonial Guipuzcoano durante el Siglo XVIII. Diferencias respecto del Caso Catalan. in Industrialización y Nacionalismo

Garmendia, Vincent 1985: La Última Guerra Carlista: Una Guerra contra la Burguesía? in Industrialización y Nacionalismo

Gellner, Ernest 1997: Nationalism. New York

Gellner, Ernest 2006: Nations and Nationalism. Blackwell Publishing. Second Edition (Erstauflage 1983)

Giddens, Anthony 1996: Konsequenzen der Moderne. Frankfurt am Main

Gilbert, Geoff 2002: Autonomy and Minority Groups: A right in International Law? Cornell International Law Journal

Gurruchaga, Carmen 2004: Los „Cómplices“ de ETA. La Esfera de los Libros. Madrid

Helmerich, Antje (2002): Nationalismus und Autonomie. Die Krise im Baskenland 1975 – 1981. ibidem-Verlag. Stuttgart

Hernandez Marco, José Luis 1985: Líneas de Evolución de la Demografía Alavesa (Siglos XVI al XIX). in Industrialización y Nacionalismo

Hobsbawm, Eric J. 2004: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780. Campus Verlag Frankfurt / New York. Deutsche Neuauflage (Erstauflage 1990)

Industrialización y Nacionalismo. Análisis comparativos. Actas del I Coloquio Vasco-Catalán de Historia celebrado en Sitges: 20-22 diciembre 1982. Universitat Autònoma de Barcelona

Jauregui Bereciartu, Gurutz (1981): Ideología y estrategia política de ETA, Madrid

Jeismann, Michael 1992: Das Vaterland der Feinde. Studien zum nationalen Feindbegriff und Selbstverständnis in Deutschland und Frankreich 1790-1918. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart

Kaldor, Mary 2000: Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung. Deutsche Ausgabe Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main

Kurlansky, Mark 1999: Historia Vasca del Mundo, Editorial Planeta. Barcelona

Lainz, Jesús 2004: Adiós España. Verdad y mentira de los nacionalismos. Ediciones Encuentro. Madrid

Landaburu, Francisco Javier de (1956): La causa del pueblo vasco. Paris

Marx, Karl 2009: La España revolucionaria. Alianza Editorial. Madrid

Moore, Margaret (1998): National Self-Determination and Secession. Oxford

Niebel, Ingo 2009: Das Baskenland. Geschichte und Gegenwart eines politischen Konflikts. Promedia. Wien

Otaegui Arizmendi, Arantxa 1985: Las Ventas de Bienes Concejiles en la Provincia de Guipúzcoa durante la Guerra de la Independencia. in Industrialización y Nacionalismo

Ramírez de Olano, Pantaleón 1939: Los vascos no son españoles. Editorial Gudari

Sanchez-Albornoz, Claudio 2004: El Reino de Asturias. Origenes de la Nacion Española. Estudios Criticos sobre la Historia del Reino de Asturias. 2a Reimpresion. Oviedo

Savater, Fernando 2004: El Gran Fraude. Editorial Aguilar. Madrid/México D.F.

Schmitt, Carl 1963: Theorie des Partisanen. Berlin

Sen, Amartya 2007: Die Identitätsfalle. Warum es keinen Krieg der Kultiren gibt. C.H.Beck, München (Erstauflage 2006)

Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main (Erstauflage 1946)

Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus und Massen-Psychologie. in Simmel, Ernst 2002: Antisemitismus

Suárez-Zuloaga, Ignacio 2007: Vascos contra Vascos. Una explicación ecuánime de dos siglos de luchas. Editorial Planeta. Barcelona

Sudrià i Triay, Carles 1985: Formas de Industrialización y Desarrollo Bancario en Cataluña y Euskadi (1840 – 1936). in Industrialización y Nacionalismo

Volkan, Vamik (1997): Blood Lines. From Ethnic Pride to Ethnic Terrorism. Colorado

Volkan, Vamik (2003): Das Versagen der Diplomatie. Zur Psychoanalyse nationaler, ethnischer und religiöser Konflikte. Psychosozial-Verlag. Gießen

Wimmer, Hannes 2009: Gewalt und das Gewaltmonopol des Staates. LIT Verlag, Wien/Berlin

Wirth, Hans-Jürgen 2002: Narzißmus und Macht. Zur Psychoanalyse seelischer Störungen in der Politik. Gießen

Zweig, Stefan 2009: Die Welt von Gestern. Erinnerungen eines Europäers. Fischer Taschenbuch Verlag (Erstauflage 1944)

## Quellenverzeichnis:

Abertzale.eu 2008: <http://www.abertzale.eu/20081227/877/el-euskobarometro-pierde-credibilidad/>

AKUF / FKRE der Universität Hamburg: Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung /  
Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung  
[http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/004\\_spanien.htm](http://www.sozialwiss.uni-hamburg.de/publish/Ipw/Akuf/kriege/004_spanien.htm)

Albion Monitor 1995: <http://www.albionmonitor.com/9-18-95/militia.html>

Amnesty International 2004: <http://www.amnesty.de/umleitung/2004/deu03/153?lang=de%26mimetype%3dtext%2fhtml>

Amnesty International 2008-I:  
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/POL10/016/2008/en/726a7eda-3313-11dd-863f-e9cd398f74da/pol100162008eng.html>

Amnesty International 2008-II:  
<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR41/022/2008/en/0772b83d-c161-11dd-9368-1fd51b1be7bc/eur410222008en.html>

Basta Ya: [http://www.bastaya.org/www2/by\\_portada.php](http://www.bastaya.org/www2/by_portada.php)

Castaños, José Ramón (2000): Ausschnitt aus einem Interview, wiedergegeben von Gaston Kirsche in „Baskische Nation heißt Angriff“  
<http://www.trend.infopartisan.net/trd1100/t251100.html>

Ciudadanos-cs: [http://www.ciudadanos-cs.org/prensa/Las\\_ikastolas\\_ensenan\\_a\\_los\\_ninos\\_que\\_los\\_etarras\\_son\\_presos\\_politicos\\_en\\_vez\\_de\\_asesinos\\_terroristas/274/](http://www.ciudadanos-cs.org/prensa/Las_ikastolas_ensenan_a_los_ninos_que_los_etarras_son_presos_politicos_en_vez_de_asesinos_terroristas/274/)

Clarity Act 2001: <http://www.pco-bcp.gc.ca/aia/index.asp?lang=eng&page=federal&sub=constitution&doc=clar/clar-eng.htm>

Council of Europe 2005: <https://wcd.coe.int/ViewDoc.jsp?id=927685&Site=COE>

DerStandard 2009: <http://derstandard.at/1246543595051/derStandardat-Interview-Die-Taktik-der-ETA-ist-ein-koLOSSaler-Fehler>

EITB 2009: <http://www.eitb.com/en/basques-in-boise/detail/161899/pete-cenarrusa-a-core-pillar-basque-culture-boise/>

El Correo 2009: <http://www.elcorreo.com/vizcaya/20090324/sociedad/mentira-veleia-ensenas-escuelas-20090324.html>

El Español 1964: N° 71, 22-2-64: „ETA organización terrorista vasca. Los delirios del separatismo“

El Mundo 2009: <http://www.elmundo.es/elmundo/2009/06/12/paisvasco/1244817097.html>

El Mundo 2010: <http://www.elmundo.es/elmundo/2010/03/01/paisvasco/1267431921.html>

El País 1983:

[http://www.elpais.com/articulo/espana/ECHEVERRiA/\\_MIGUEL\\_IGNACIO/ETA\\_POLITICO\\_MILITAR/ETA\\_POLITICO\\_MILITAR\\_/1974-1982/ETA/ETA\\_PM/\\_VIII\\_ASAMBLEA/ETA\\_POLITICO\\_MILITAR\\_/1974-1982/elpepiesp/19830116elpepinac\\_6/Tes/](http://www.elpais.com/articulo/espana/ECHEVERRiA/_MIGUEL_IGNACIO/ETA_POLITICO_MILITAR/ETA_POLITICO_MILITAR_/1974-1982/ETA/ETA_PM/_VIII_ASAMBLEA/ETA_POLITICO_MILITAR_/1974-1982/elpepiesp/19830116elpepinac_6/Tes/)

El País 2003:

[http://www.elpais.com/articulo/espana/sacerdotes/vascos/llevan/escolta/temor/represalias/elpepiesp/20030114elpepinac\\_6/Tes](http://www.elpais.com/articulo/espana/sacerdotes/vascos/llevan/escolta/temor/represalias/elpepiesp/20030114elpepinac_6/Tes)

El País 2009:

[http://www.elpais.com/articulo/sociedad/clero/guiuzcoano/recibe/obispo/Munilla/pie/guerra/elpepisoc/20091216elpepisoc\\_3/Tes](http://www.elpais.com/articulo/sociedad/clero/guiuzcoano/recibe/obispo/Munilla/pie/guerra/elpepisoc/20091216elpepisoc_3/Tes)

EU-Combating Terrorism:

<http://www.statewatch.org/news/2002/jul/frameterr622en00030007.pdf>

Europaparlament: <http://www.europarl.europa.eu/parliament/public/staticDisplay.do?language=de&id=42>

Euskobarómetro 2009: [http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com\\_content&task=view&id=78&Itemid=114](http://alweb.ehu.es/euskobarometro/index.php?option=com_content&task=view&id=78&Itemid=114)

Euskonews 2003: <http://www.euskonews.com/0197zkb/kosmo19702en.html>

EU-Terrorlist 2008: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:188:0071:0076:DE:PDF>

Factual 2010: <http://www.factual.es/nacional/2010/02/22/1528>

Foro de Ermua 2005: <http://www.foroermua.com/html/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=1065>

Freedomhouse: <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=439>

Galiciae 2008: <http://www.galiciae.com/nova/19786.html?lang=es>

Grundgesetz BRD: <http://www.bundestag.de/dokumente/rechtsgrundlagen/grundgesetz/>

Guipuzcoa, Juntas Generales:

[http://w390w.gipuzkoa.net/WAS/CORP/DJGPortalWEB/territorio\\_historico\\_de\\_gipuzkoa.jsp?id=02&idioma=es](http://w390w.gipuzkoa.net/WAS/CORP/DJGPortalWEB/territorio_historico_de_gipuzkoa.jsp?id=02&idioma=es)

Historia Electoral: <http://www.historiaelectoral.com/e1936c.html>

Idaho-State 2002: <http://www3.state.id.us/oasis/2006/HJM026.html>

Indymedia-Letzebuerg 2010: [http://www.indymedia-letzebuerg.net/index.php?option=com\\_content&task=view&id=45967&Itemid=27](http://www.indymedia-letzebuerg.net/index.php?option=com_content&task=view&id=45967&Itemid=27)

Info-Baskenland 2009: <http://www.info-baskenland.de/314-0-Jon+Anza+entfuehrt.html?goback=328>

Info-Catolica 2010: <http://infocatolica.com/blog/coradcor.php/1001090256-el-aplauso-de-un-pueblo-agrad>

La Nacion 1999: [http://www.lanacion.com.ar/nota.asp?nota\\_id=128952](http://www.lanacion.com.ar/nota.asp?nota_id=128952)

La Voz de Galicia 2000: <http://www.lavozdeg Galicia.es/hemeroteca/2000/12/26/349233.shtml>

La Voz de Galizia 2001: <http://www.lavozdeg Galicia.es/hemeroteca/2001/05/31/591149.shtml>

La Voz de Salamanca 2006: <http://www.lavozdesalamanca.com/2006/09/10/1108/>

Navarra-Wahlen: Offizielle Webseite der Regierung von Navarra: [www.navarra.es](http://www.navarra.es)

Link der Wahlen 2007: <http://www.elecciones2007.navarra.es/do/res/es/70001.html>

Ministerio del Interior 2008: <http://www.elecciones.mir.es/MIR/jsp/resultados/index.htm>

Niebel, Ingo 1999: <http://www.infolinks.org/medien/geheim/1999/02/013.htm>

Niebel, Ingo 2009: <http://www.info-baskenland.de/137-0-Ingo+Niebel+Spaniens+vergessene+Faschisten.html?goback=175>

Reporters without Borders 2009: [http://en.rsf.org/spip.php?page=article&id\\_article=13624](http://en.rsf.org/spip.php?page=article&id_article=13624)

Ruiz Soroa, J.M. 2006: <http://www.almendron.com/tribuna/10597/el-concierto-economico-el-privilegio-y-la-facticidad/>

Saviano, Roberto 2009:

[http://www.elpais.com/articulo/cultura/Saviano/dice/ETA/paramafiosa/trafica/cocaina/elpepucul/20090831elpepucul\\_5/Tes](http://www.elpais.com/articulo/cultura/Saviano/dice/ETA/paramafiosa/trafica/cocaina/elpepucul/20090831elpepucul_5/Tes)

UN-Resolution 1514: [http://daccess-dds-](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/152/88/IMG/NR015288.pdf?OpenElement)

[ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/152/88/IMG/NR015288.pdf?OpenElement](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/RESOLUTION/GEN/NR0/152/88/IMG/NR015288.pdf?OpenElement)

UN-Resolution 1566: [http://daccess-dds-](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N04/542/82/PDF/N0454282.pdf?OpenElement)

[ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N04/542/82/PDF/N0454282.pdf?OpenElement](http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N04/542/82/PDF/N0454282.pdf?OpenElement)

Wahlen 2007 Navarra: <http://www.elecciones2007.navarra.es/do/res/es/70001.html>

Wahlen 2009 Baskenland: <http://www.elpais.com/especial/elecciones-vascas/resultados/>

## **Abstract:**

Seit langer Zeit ist das Baskenland vor allem durch den dort vorherrschenden Konflikt in den Mittelpunkt des politischen als auch des medialen Interesses geraten. Viel ist über die Sezessionsbestrebungen sowohl der ETA als auch der konservativen Nationalisten und ihrer Anhänger bekannt. Gleichzeitig verfügen die baskischen Provinzen Spaniens nicht nur über einen der höchsten Lebensstandards, sondern auch über die am stärksten entwickelten Autonomierechte Europas. Warum trotzdem im 21. Jahrhundert dieser Konflikt nach wie vor anhält, ist Thema dieser Arbeit. Da bei der Analyse der Problematik meist die Franco-Diktatur als Ausgangspunkt gewählt wird, können weder die wahren Gründe des Entstehens noch des Fortbestehens des Konflikts erkannt werden, denn es wird so gut wie immer übersehen, dass es sich hier vor allem um einen innerbaskischen Konflikt handelt. Um jedoch an dessen Wurzeln zu gelangen, ist es notwendig, sich eingehend mit den politischen und vor allem mit den sozioökonomischen Veränderungen in Spanien und besonders im Baskenland des 19. Jahrhunderts zu befassen.

Neben einer theoretischen Betrachtung des Phänomens „Nationalismus“ im ersten Kapitel, analysiere ich im zweiten Kapitel die unterschiedlichen Identitäten, die im Baskenland heute vorhanden sind. Die Gründe dafür, dass sich ein Teil als nationalistisch - und somit als Befürworter der Unabhängigkeit - und ein anderer Teil als diesem Projekt diametral entgegengesetzt sieht, sind im Wechsel Spaniens vom Absolutismus zu einer liberalen Ordnung im Laufe des 19. Jahrhunderts zu finden. Im dritten Kapitel befasse ich mich mit dem Baskenland im Ancien Régime und versuche die privilegierte Stellung der Basken im damaligen spanischen Imperium herauszuarbeiten. Denn erst der Verlust dieser Sonderstellung - dies gilt vor allem für Adel und Bevölkerung ausserhalb der grossen Metropolen - verbunden mit dem wirtschaftlichen Niedergang dieser Schichten, lässt den Wunsch nach Unabhängigkeit und der mit ihr imaginierten Rückkehr in diese vermeintlich bessere Vergangenheit verstehen. Im vierten Kapitel arbeite ich die politischen und sozioökonomischen Veränderungen zwischen der Französischen Revolution und der voll einsetzenden Industrialisierung des Baskenlandes im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts heraus. Das fünfte Kapitel befasst sich mit einer zweiten Industrialisierungsphase ab Ende der 1950er Jahre und dem mit ihr verbundenen In-Erscheinung-Treten der ETA. Das sechste und letzte Kapitel erörtert die Gründe für das Fortdauern des Konflikts und beleuchtet die Rolle der verschiedenen, heute noch relevanten Akteure.

## **Curriculum Vitae:**

### **Persönliche Daten**

Name: Marco Antonio Bernal Tscherkassky  
Geburtsdatum: 26. Mai 1975

### **Ausbildung**

10/04-06/10 Diplomstudium Politikwissenschaft (Universität Wien)  
10/95-06/97 Diplomstudium Rechtswissenschaften, 1.  
Studienabschnitt (Universität Wien)  
Juni 1995 Matura (GRG Wien III – Zweig: Realgymnasium)  
Unterstufe: Gymnasium Theresianische Akademie Wien  
Volksschule: Sacre Coeur Wien

### **Berufserfahrung**

Seit 2003 Mitarbeit an:  
Broschüre Partnerschaft. Ehe. Trennung. Scheidung.  
Kodex „Banken und Börserecht“ 8. Auflage - 16.  
Auflage  
Kodex „Besonderes Verwaltungsrecht“ 1. Auflage - 7.  
Auflage  
Kodex „Innere Verwaltung“ 6. Auflage - 14. Auflage  
Kodex „Allgemeines Verwaltungsverfahren“ 29. Auflage  
- 39. Auflage  
Kodex „Versicherungsrecht“ 7. Auflage - 13. Auflage  
2002 Merchandisingprojekt „Taraftar“ Fussball WM 2002  
13.-17.10.2001 Messestandplanung und Betreuung Anuga 2001  
1997 - 1999 Organisation von studentischen Aushilfsgruppen für  
Weihnachtsgeschäft (Nov. u. Dez.) für Metro Vösendorf

1996 - 2001	Projektorganisation und Durchführung für WIP-Sportmanagement (Swatch Soul City, Austria Tabak, PSK, Blaupunkt, Telekom-Austria,...)
04/96-11/96	Grundwehrdienst (Grundausbildung Garde, Wachausbildung, Wachkommandantenausbildung)
07/95-08/95	Ferialjob „Film Festival auf dem Wiener Rathausplatz“
07/92	Ferialjob „Archiv - ORF Funkhaus Wien“